

## Inhalt

Editorial .....	335
Günther Anders: Noch nicht einmal »nur gewesen« .....	338
Erich Wulff: Requiem für einen vietnamesischen Freund .....	339

## Rassismus — Kulturelle Identität

Robert Miles Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus .....	353
Etienne Balibar Gibt es einen »neuen Rassismus«? .....	369
Georg Auernheimer Kulturelle Identität — ein genaueklärerischer Mythos? .....	381
Roxana Ng Geschlecht, Ethnizität oder Klasse? .....	395

\* \* \*

Gudrun-Axeli Knapp: Zur Mikropolitik von »Technikdistanz« .....	409
Heiner Goebbels: Prince and the Revolution .....	421
Volker Gransow und Wayne Miller: Carl Schmitt in den USA .....	427
Wirtschaftliche Unabhängigkeit als Ziel der nicaraguanischen Revolution. Interview mit Comandante Victor Tirado .....	437

### *Kongreßberichte*

Feministische Ökonomie; Bündische Jugend; Franz Mehring .....	441
---	-----

### *Besprechungen*

Christentum und Marxismus; Sprachpolitik; Ästhetik und Kultur- industrie; Junge und alte Menschen; Erziehungsgeschichte; Weimarer Republik und Faschismus; Wirtschafts- und Sozialpolitik; Politische Ökonomie .....	447
---	-----

Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries .....	499
--	-----

**Besprechungen****Philosophie**

<i>Himmelheber, Max (Hrsg.): Scheidewege 1988/89 (H.Fallschessel) . . . . .</i>	447
<i>Hofmann, Rupert (Hrsg.): Gottesreich und Revolution. Zur Vermengung von Christentum und Marxismus in politischen Theologien der Gegenwart (Th.Klein) . . . . .</i>	448
<i>Clévenot, Michel: Von Jerusalem nach Rom. Geschichte des Christentums im 1. Jahrhundert (D.Eilert) . . . . .</i>	449
<i>Höffe, Otfried: Politische Gerechtigkeit. Grundlegung einer kritischen Philosophie von Recht und Staat (F.Konersmann) . . . . .</i>	450
<i>Lokhorst, Gert J.C.: Brein en Bewustzijn (H.Längin) . . . . .</i>	451

**Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Belaval, Yvon: Digressions sur la rhétorique (M.Hinz) . . . . .</i>	452
<i>Lins, Ulrich: Die gefährliche Sprache. Die Verfolgung der Esperantisten unter Hitler und Stalin (G.Simon) . . . . .</i>	453
<i>Lins, Ulrich: La danĝera lingvo. Studo pri la persekutoj kontraŭ Esperanto (G.Simon) . . . . .</i>	453
<i>Newmeyer, Frederick J.: The Politics of Linguistics (G.Simon) . . . . .</i>	455
<i>Kaufmann, Hans: Über DDR-Literatur (V.Gransow) . . . . .</i>	457

**Kunst- und Kulturwissenschaft**

<i>Autorenkollektiv (Lsg.: Erwin Pracht): Ästhetik der Kunst (Th.Themann) . . . . .</i>	458
<i>Pfeiffer, Helmut, Hans-Robert Jauß und Françoise Gaillard (Hrsg.): Art social und art industriel. Funktionen der Kunst im Zeitalter des Industrialismus (W.Kühnert) . . . . .</i>	459

**Soziologie**

<i>Weingart, Peter, Jürgen Kroll und Kurt Bayertz: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland (U.Bosum/W.Grode) . . . . .</i>	460
<i>Heimeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen (J.Lichtenberger) . . . . .</i>	461
<i>Breyvogel, Winfried, und Heinz-H. Krüger (Hrsg.): Land der Hoffnung — Land der Krise. Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900-1987 (J.Ecarius) . . . . .</i>	463
<i>Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Die ergraute Gesellschaft (F.Karl) . . . . .</i>	464
<i>Karl, Fred: Alte Menschen im Stadtteil (A.Labisch) . . . . .</i>	466

**Erziehungswissenschaft**

<i>Keim, Wolfgang (Hrsg.): Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus. Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft (H.-J.Gamm) . . . . .</i>	468
<i>Rutschky, Katharina: Deutsche Schul-Chronik. Lernen und Erziehen in vier Jahrhunderten (Ch.Mürner) . . . . .</i>	469
<i>Schlung, Franz H.: Sozialgeschichte des Schulwesens in Hessen-Kassel (N.Franck) . . . . .</i>	470
<i>Schlüter, Anne (Hrsg.): Quellen und Dokumente zur Geschichte der gewerblichen Berufsbildung von Mädchen (M.Kipp) . . . . .</i>	471

(Fortsetzung Seite X)

## Editorial

Im Westberliner Wahlerfolg der Republikaner manifestiert sich kein allgemeiner Rechtsruck, sondern die Spaltung des rechten Lagers. Gescheitert ist die Strategie der Christdemokraten, die durch anhaltende Arbeitslosigkeit, Sozialstaatsdemontage und Korruption zerbröckelnde Mehrheit im verstärkten Rekurs auf nationale Identität zu stabilisieren. Das Verprechen, die »Ausländerzahlen« durch ein restriktiveres Ausländergesetz zu verringern, ist aus ökonomischen Gründen unerfüllbar, denn Migranten machen 15 Prozent der Lohnabhängigen aus. Glaubt man Vertretern des Unternehmerverbandes (z.B. der Elektroindustrie) und den CDU-Sozialausschüssen, so ist das Kapital angesichts sinkender Geburtenraten sogar auf zusätzliche Einwanderer angewiesen. Trotz aller Kampagnen gegen »Asylmißbrauch« können als Flüchtlinge nicht anerkannte Asylbewerber meist nicht ausgewiesen werden, weil sie nach der (von der Bundesrepublik unterzeichneten) Genfer Konvention eben doch Flüchtlinge sind. »Aussiedler« müssen schon deshalb aufgenommen werden, weil das Ausreiseverbot für »Deutschstämmige« jahrelang als Beleg für den östlichen Totalitarismus fungierte. Der Versuch, die sozialen Spannungen mit dem Hinweis umzukodieren, es handle sich hier nicht um »Asylanten« oder »Ausländer«, schürt Rassismus in der Bevölkerung, überzeugt aber keineswegs von der »Deutschstämmigkeit« dieser Einwanderer — ging es doch in den bisherigen Debatten um »Ausländerintegration« gerade darum, die deutsche Staatsbürgerschaft an Sprache und Lebensweise zu knüpfen (siehe die geltenden Einbürgerungsbestimmungen). So führten die herrschenden Konservativen selbst ihre jüngsten Wahldebakel herbei, indem sie, implizit oder explizit, die bloße Anwesenheit von Einwanderern und Flüchtlingen als Ursache verschiedenster Krisen darstellen, die als Heilmittel verkündete Politik aber nicht praktizieren können. Nicht zu Unrecht empfinden CSU und Teile der CDU die Wahlerfolge der »Republikaner«, die ihr Wahlprogramm bei ihnen »abgeschrieben« haben, als himmelschreiendes Unrecht ...

Die Auflösung der Verknüpfung von Volk, Nation und Staat, aus deren Identität die Regierenden das von ihnen vertretene Gemeininteresse ableiten, bildet den Hintergrund der christdemokratischen Verstrickungen. Verursacht ist sie durch Verschiebungen der inneren (Migrationsprozesse) und äußeren Grenzen (europäische Integration). In den europäischen Industrieländern ist eine Bevölkerungsgruppe entstanden, die ökonomisch zwar integriert und sozial zum Teil assimiliert ist, von politischer Mitwirkung jedoch ausgeschlossen bleibt — am entschiedensten in der Bundesrepublik. Zunehmend stehen die demokratischen Verfassungen, die gleiches Recht für alle Bürger vorsehen, in Frage. Die Hamburger Entscheidung, Einwanderern nach acht Jahren legalen Aufenthalts das kommunale Wahlrecht zu geben, durchbricht in einem wenn auch marginalen Bereich die herrschende Definition des souveränen Volkes als Volk der Staatsbürger. Gegenvorschläge aus CDU und SPD, zur Rettung der verlorenen Einheit Einbürgerungen zu erleichtern und doppelte Staatsbürgerschaften zu akzeptieren, würden andererseits den Zusammenhang von Volkszugehörigkeit und Abstammung, von Staatsbürgerschaft und nationaler Identität aufbrechen lassen.

Die GRÜNEN verfechten das von vielen Einwanderervereinen geforderte »Niederlassungsrecht«, nach dem die Bürgerrechte unabhängig von der Staatsbürgerschaft zu gewähren sind. Auch daß die Aussiedler von der deutschen Bevölkerung mehrheitlich nicht als Deutsche akzeptiert werden, hängt damit zusammen, daß die Identität von Abstammung, Sprache und Kultur hier auseinanderfällt. Und schließlich: Wie kann die neue Mobilisierung des »deutschen Nationalstaats« als Antwort auf die ökonomisch-sozialen Konflikte in Einklang gebracht werden mit den ökonomischen Notwendigkeiten der europäischen Integration? Wird sich der nationale Chauvinismus in eine Art Euro-Chauvinismus transformieren, gegen »EG-Ausländer« wie Türken und Maghrebiner?

Für die Linke wie für die Rechte gilt, daß die Verflechtungen des internationalen Kapital- und Arbeitsmarktes keine Rückkehr zu den alten Verknüpfungen erlauben. Gewerkschaftliche Kämpfe zur rechtlichen Gleichstellung der Einwanderer blieben bislang aus, weil der (latente) Rassismus deutsche und eingewanderte Arbeiter spaltet. Gerade die relative Rechtlosigkeit der Migranten erlaubt es aber dem Kapital, durch Über-Ausbeutung Löhne und Arbeitsbedingungen auch allgemein auf niedrigerem Niveau zu halten — was wiederum den Migranten selbst angelastet wird und den Rassismus verschärft usw. Die Gewerkschaftsführer stehen vor dem Dilemma, daß antirassistische Politik sie ihren deutschen Mitgliedern entfremden würde, der Verzicht darauf jedoch die Kampfkraft gegenüber dem Kapital schwächt. — Für die Kräfte der Linken geht es mithin um eine neue Anordnung der Zusammenhänge von Nation, Volk, Bürger und Staat. Eine kulturelle Identität ist zu entwickeln, die Volk und nationale Zugehörigkeit nicht identifiziert, nicht ihrerseits rassistische Ausgrenzungen enthält und Gemeinsamkeit gegen den herrschenden Block stiften kann. Antirassistische Politik steht hier vor einem ähnlichen Problem wie feministische Politik, wenn diese die mit Frauenverachtung verknüpfte widerständige Identität etwa der männlichen Arbeiterklasse angreifen und sich doch mit ihren Trägern verbünden muß, um eine gemeinsame Politik bei Anerkennung der Unterschiede zu entwickeln.

Die zwei ersten Beiträge zum Heftschwerpunkt intervenieren in die bundesdeutsche Debatte um »Rassismus« oder »Ausländerfeindlichkeit«. *Robert Miles* präzisiert die Spezifik rassistischer Ideologien und Praxen, um eine Inflationierung des Rassismusbegriffs zu vermeiden. *Etienne Balibar* stellt die Logik eines neuen »Rassismus ohne Rassen« dar, in dem ein Begriff von »Kultur« die Funktion biologischer Vorstellungen übernimmt. — *Georg Auernheimer* befaßt sich mit den gegensätzlichen politischen Kontexten, in denen der Begriff »Kulturelle Identität« verwendet wird, und prüft die Bedingungen, unter denen die Forderung nach kultureller Identität emanzipatorisch sein kann. *Roxana Ng* analysiert, wie Geschlecht, Ethnizität und Klasse im Alltagshandeln reproduziert werden und fragt nach Eingriffs- und Bündnismöglichkeiten.

Etwas länger ist der literarische Text, mit dem wir dieses Heft eröffnen. Noch einmal kommt *Erich Wulff* zurück auf die mit dem Schriftstellernamen Georg W. Alsheimer verknüpfte Thematik. Die *Vietnamesischen Lehrjahre* (1968, <sup>2</sup>1972) waren mit dem imperialistischen Krieg konfrontiert, die *Reise nach Vietnam* (1979) mit den Problemen beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

N.R.



# volks uni



10. Berliner Volksuni  
Pfingsten, 12. bis 15. Mai 1989  
Fachhochschule für Wirtschaft

## Perestroika und Europa

- ▷ Dialektik der Perestroika und Erneuerung des Marxismus
- ▷ Sozialistische Marktwirtschaft und Demokratie
- ▷ Festung Westeuropa oder »Gemeinsames Europäisches Haus«
- ▷ Perestroika und die sowjetischen Gewerkschaften
- ▷ Euro-Kapitalismus und Gewerkschaftspolitik
- ▷ Europa von unten: Alternative Produktionskonzepte und europaweite Arbeiterkooperativen
  
- ▷ Kein Sozialismus ohne Feminismus
- ▷ Gesellschaftsutopien in der Frauenbewegung
- ▷ Multikulturelle Gesellschaft und neuer Rassismus
  
- ▷ Neue Aufgaben im christlich-marxistischen Dialog?
- ▷ Kämpfe um Ökologie in der Sowjetunion
- ▷ Gentechnologie: Fallen die Schranken?
  
- ▷ Martin Buchholz - Verdummt nochmal  
Kabarett zum 10jährigen Jubiläum der Volksuni
- ▷ Audrey Motaung und Band (Südafrika) - Jazz, Gospel, Blues
- ▷ Eine Reihe zum sowjetischen Film. Vorführung und Diskussion

Mit Referenten aus der Sowjetunion, Westeuropa, der DDR und der Bundesrepublik

Ein ausführliches Programmbuch (3 DM) erscheint Mitte April und ist in Berlin im Buchhandel erhältlich oder zu bestellen beim VOLKSUNI-Büro, Dominicusstraße 3, 1000 Berlin 62, zuzüglich 1,80 DM Porto (bitte den Betrag in Briefmarken beilegen).

Günther Anders

## Noch nicht einmal »nur gewesen«

»Sie meinen also«, fragte der Interviewer heiser, nachdem er meine Noahgeschichte\* gelesen hatte, »wir werden nicht sein, sondern nur gewesen sein?«

»Noch nicht einmal das«, antwortete ich.

»Was meinen Sie nun wieder damit?«

»Daß die Aussage 'wir werden gewesen sein', da es niemanden geben wird, der wissen wird, daß wir einmal dagewesen waren, viel zu positiv ist. Daß sie durch den Satz ersetzt werden muß: 'Wir werden ... niemals gewesen sein'. Aber diesen Satz gibt es natürlich nicht.«

»Und warum nicht?« fragte er vollends stimmlos.

»Deshalb nicht«, erklärte ich, »weil es morgen niemanden geben wird, der ihn aussprechen könnte; weil es morgen niemanden geben wird.«

Er nickte.

»Und zweitens gibt es diesen Satz deshalb nicht, weil heute (außer vielleicht zwei oder drei 'Zeitakrobaten') kein Mensch lebt, der fähig wäre, sich bereits in die Morgigen hineinzusetzen (von den morgen bereits nicht mehr Seienden zu schweigen), also deren Einstellung zur Vergangenheit (auch zum heutigen Tage) vorwegzunehmen.«

Der Interviewer faltete seine Brauen.

»Sie kommen nicht mit?«

»Doch.«

»Aus diesem Grunde ist sinnvoll allein eine Aussage über uns Heutige. Und zwar die folgende: *Wir sind heute solche, die in den Augen der Morgigen, da es diese nicht geben wird, nie gewesen sein werden. Also sind wir und unsere Ahnen auch schon Niegewesene!*«

Nach diesen wahnsinnigen Worten blieb der Interviewer stumm.

»Ist Ihnen nicht gut?« fragte ich.

»Nur etwas schwindlig.«

»Mindestens das«, schloß ich. »Den meisten gelingt nämlich selbst das noch nicht einmal.«

\* Die atomare Drohung, München 1972, I-II.

Erich Wulff

## Requiem für einen vietnamesischen Freund

Zum Gedenken an Buituong Huan, gestorben in Saigon  
Ho-Chi-Minh-Stadt am 3. Mai 1988

Es fällt mir schwer, Dich auf deutsch anzureden: Als Du noch lebstest, als Du noch nicht diese dünnhäutige Maske aus Pergament warst, die ihren Atem — ich kann es nicht glauben — für immer angehalten hat, da haben wir französisch miteinander gesprochen, und liebevoll hast Du Dich über uns Deutsche, über unsere Ordnungsliebe, über unsere Pedanterie und über unsere Autoritätsgläubigkeit lustig gemacht — nicht ohne die Deinen, die Vietnamesen, gleich mit einzubeziehen: Ihr wäret genauso autoritätsgläubig wie wir, nur, glücklicherweise, gleichzeitig so chaotisch undiszipliniert, daß kein allzu großes Unheil daraus erwachsen kann. Als Du das sagtest, da lag der 8. Mai 1945 gerade 16 Jahre zurück, und ich war seit einer Woche in Vietnam, wie ich jetzt weiß, auch, um für eine Weile kein Deutscher mehr sein zu müssen.

Du hast mich, den Ahnungslosen, vielleicht war das meine einzige Stärke damals, an die Hand genommen, hast mir als Erster die Augen geöffnet dafür, daß etwas verborgen lag hinter dem bunten Gewusel der Straßen und Märkte, hinter der Emsigkeit der Werkstätten, hinter der Harmonie der Farben und Formen, als welche die klassische Landschaft Hues — Berge, Himmel und Reisfelder — sich meinem Neulingsblick darbott: Armut, Ausbeutung, Unterdrückung, Grausamkeit, und daß es Menschen bei Euch gab, die dagegen aufbegehren. Überbleibsel des Kolonialismus, sagtest Du, sind es, übernommen und absichtlich aufrechterhalten von einem korrupten Familienclan und seiner katholischen Klientel, fünf Prozent höchstens im Lande. Wenn es gelänge, Ngo Dinh Diem und seine Brüder zu stürzen, würde dies alles sein Ende finden, ein Zeitalter der Gerechtigkeit bräche dann an.

Als ich länger im Lande war, sah ich freilich, daß dies noch nicht alles war, daß nicht der Zufall eine solche diktatorische Herrschaft hervorgebracht hatte, sondern daß es Interessen im Weltmaßstab gab, die dafür verantwortlich waren: Imperialismus und Neokolonialismus — und die zu verhindern suchten, daß Ihr Euer Schicksal in die eigenen Hände nähmet. Nghi, Tuong, Phan, Triet und Que, die Freunde von der Befreiungsfront, mußten erst kommen, damit ich auch das sehen lernte. Aber wie ein neues Blickfeld sich nur aus dem ihm vorangehenden eröffnen kann, so hätte ich dies ohne Dich vielleicht gar nicht erst zu Gesicht bekommen. In meinen »vietnamesischen Lehrjahren« warst Du mein erster Lehrer.

Und keinen habe ich mehr als Dich geliebt. Gewiß, es mag dies auch daran gelegen haben, daß Du, anders als meine späteren kommunistischen Freunde, nicht Teil eines Netzes warst, wo jeder die Verantwortung für alle anderen, die er kannte, zu tragen hatte, und wo es jeden Tag um Leben und Tod ging. Über lange Zeit, in den ersten zwei Jahren vor allem, haftete etwas nur halb Verbindliches, ein bißchen Unerntes, ja Halbwüchsiges unseren nächtelangen Diskussionen an, unserem Durchspielen, Überdenken und Analysieren von Ereignissen und

Eventualitäten, aber auch von uns hergestellten Kontakten zwischen oppositionellen Politikern, Journalisten und — ohne unser Wissen — sicher auch Geheimdienstlern verschiedenster Provenienz. — Dies stiftete eine Art verschworener Kumpanei zwischen uns, ließ aber auch Raum und Muße für gemächliche Teestunden in der Mittagshitze, für Austausch über Privates, über unsere Kindheit, über Liebesgeschichten und Freundschaften, und über die Pariser Jahre, die jeder von uns nach Hue mitgebracht hatte. Du und Deine Familie, Ihr hattet mich gleich adoptiert — der Vertrag galt auch, ohne daß sie etwas davon ahnten, für Deine Schwester Hien und für Huong, ihren Mann, in Hanoi, damals noch Lichtjahren gleichend 600 Kilometer von uns entfernt, auf einem anderen Stern ...

Mit den Jahren wurde es dann ernster: in den Buddhistenaufstand, 1963, waren wir beide verwickelt, wir beide haben an der vietnamesischen Geschichte jener Jahre herumgezurr, vielleicht auch ein kleines Stückchen dazu beigetragen, sie zu bewegen. Ich wurde ausgewiesen, kehrte Anfang 1964 nach Diems Sturz im Triumph zurück, als es schien, Du und unsere anderen liberalen Freunde, Ihr hättet in Saigon nun einen Zipfel der Macht in der Hand. Du warst Minister, lebstest in einem winzigen Haus, Matratzen auf dem Fußboden, ein verschlafener Soldat hielt vor der Tür Wache — und ließ jeden ohne weitere Überprüfung ein. Sicher, es verwunderte mich, daß die Veränderungen, über deren Dringlichkeit wir uns einig gewesen waren, nicht vorankamen: daß der Friede nicht näherrückte, daß die Amerikaner eher an Einfluß gewannen — auch die schloßartigen, von Parks umgebenen, scharf abgeriegelten Villen, in denen manche unserer Freunde, Minister wie Du, sich verbarrikiert hatten, machten mir zu schaffen — sie machten es auch Dir, denn sehr bald schon gabst Du Dein Amt auf und kehrtest als Rektor zurück an die Universität in Hue.

Die Jahre, die nun folgten, blieben wir Freunde. Phuong war da, Deine Frau, die Du 1962 geheiratet hattest, zwei Kinder kamen. Fast jeden Abend plauderten wir — und politisierten auch wieder. Aber Du merktest wohl, daß ich nicht mehr daran glaubte, die Buddhisten und Du, Ihr könntet allein Vietnams Schicksal wenden. Spätestens nach dem Tonkin-Zwischenfall, im August 1964, begann ich, mich an der Befreiungsfront zu orientieren, und die Freunde, die ich unter ihren Kämpfern gewonnen hatte, zumeist waren es meine Studenten, nach Kräften zu unterstützen. Darüber durfte ich mit Dir nicht sprechen — aber ich bin sicher, Du hast es gespürt. Du rietest mir zur Vorsicht, zur Besonnenheit. Das gab einen ganz feinen Sprung im Porzellan unserer Freundschaft, sie war zerbrechlich geworden, wir hatten beide Rücksicht darauf zu nehmen und taten das auch — liebevoll, wie man Rücksicht auf einen kleinen Charakterfehler, ein kleines Gebrechen, eine übergroße Empfindlichkeit eines nahestehenden Menschen nimmt. Und ganz und gar nicht besonnen stürztest Du Dich 1966, Hals über Kopf, in den nächsten Buddhistenaufstand hinein, im zweiten Jahr der Anwesenheit einer US-amerikanischen Besatzungsmacht von einer halben Million Soldaten. Zu den Losungen dieses zweiten Aufstands gehörten diesmal auch Friede, nationale Selbstbestimmung und Würde. So sehr Du das selbst auch vertratest, hattest Du gleichwohl doch auch Deine Mühe damit — denn Du wolltest einen Frieden, der den Abzug der Amerikaner von einer totalen — und sofortigen —

Machtübernahme der Befreiungsfront, meiner neuen Freunde also, abkoppelte. Die nationale Entwürdigung durch die Amerikaner konntest Du nicht mehr ertragen, sie erinnerten Dich immer mehr an die französischen Kolonialisten, nur ohne deren kulturelles Raffinement — aber Du fürchtetest auch Bürokratismus und totalitäre Willkür, die Du mit der Idee kommunistischer Herrschaft verbandest. So bleibst Du trotz Deines Engagements für den Frieden zwischen den Fronten, und da bleibst Du auch, als der Aufstand zusammenbrach und einige andere seiner Führer in die Berge gingen, um sich der nationalen Befreiungsfront anzuschließen. Thieu warf Dich ins Gefängnis, Bui Diem, ein persönlicher Freund, von dem Du Dich politisch jedoch getrennt hattest, sorgte dafür, daß Du nach einigen Monaten wieder heraus konntest. Die nächsten Jahre standest Du unter ständiger polizeilicher Überwachung — und Du verlierst Deine Arbeit. Die Untätigkeit konntest Du nicht ertragen, Du, der aufgeklärte Cartesianer, wandtest Dich der Religion und der Astrologie zu. Als die Amerikaner 1971 ihr Hauptkontingent abzuziehen begannen, und die Buddhisten zwar keine Macht, aber doch wieder ein bißchen Einfluß als (der Weltöffentlichkeit zuliebe) zugelassene Opposition gewannen, wurdest Du einer ihrer Senatoren im Saigoner Parlament. Wieder machtest Du Politik für den Frieden — und hattest persönlich doch Angst vor seinen Folgen. Das vorletzte Mal habe ich Dich 1972 in Würzburg gesehen, bei Rupprecht und Barbara, Freunden, die 1961 zusammen mit mir in Vietnam gewesen waren: Dir war eine Reise ins Ausland erlaubt worden. Wieder redeten wir eine ganze Nacht. Eine Koalition mit den vietnamesischen Kommunisten, ja, das wolltest Du — aber aus einer Position ausgewogener Kräfteverhältnisse, eine Quadratur des Kreises, versuchte ich Dir klarzumachen, ich, der inzwischen ein bedingungsloser Verbündeter geworden war. Unsere Freundschaft hielt auch dieser Prüfung stand, besser als ich gefürchtet hatte, denn zum ersten Mal seit Jahren konnten wir wieder offen miteinander reden.

Dann kam der 30. April 1975. Phuong, sie war schwanger, und Deine zwei Kinder hattest Du nach Amerika geschickt: Du fürchtetest Straßenkämpfe in Saigon und wolltest sie nicht gefährden. Du hättest mitfliegen können, aber Du bleibst, auch diesmal. Du sahst Deine Aufgabe, Deine Pflicht darin, die Stadt und das Mekong-Delta — mehr war von Thiems Staat nicht übrig geblieben — ohne weiteres Blutvergießen der Befreiungsarmee zu übergeben. Deshalb ließest Du Dich — für zwei Tage — von Duong Van Minh, dem letzten Saigoner Regierungschef, zum stellvertretenden Ministerpräsidenten machen — und zum Verteidigungsminister. So paradox es klingen mag: daß diese Übergabe gelang, die bedingungslose Kapitulation des Staates, den Du erhalten wolltest, war Deine einzig wirklich große politische Tat, der historische Dienst, den Du, zusammen mit Minh und ein paar anderen, Deinem Lande erwiesen hast — viele Tausende, wahrscheinlich Zehntausende von Menschenleben hast Du damit zu retten geholfen. Wieder warst Du Grenze, Übergang, Zwischenraum, Niemandland — wieder ging die Geschichte über Dich hinweg — aber diesmal hast Du ihr einen entscheidenden Stoß, dort unten am Boden liegend, versetzt, in die richtige Richtung, auf die sie sich ohnehin zubewegte — aber gerade, weil sie so schneller vorankam, hat sie weniger Menschen unter sich zermalmt.

Der Dank dafür waren vier Jahre Umerziehungslager. Ich will damit nicht

rechten, weil Du selber auch nicht damit gerechnet hast — gleich nach dem Sieg konnte es nur ein grobes Raster geben, um diejenigen herauszufiltern, die eine potentielle Gefahr für die neue revolutionäre Macht bilden konnten. Es gab ja bis 1977 im Mekong-Delta noch von der CIA unterhaltene Gruppen ehemaliger Thieu-Offiziere und Soldaten, die Brücken sprengten, kommunistische Kader »exekutierten«, kurz, militärischen Widerstand mit umgekehrten Vorzeichen zu leisten versuchten. Freunde von der Befreiungsfront haben mir erzählt, daß sie ihre eigenen Kader, die in verschiedene Funktionen des Thieu-Regimes eingeschleust worden waren, manchmal erst nach Monaten oder gar einem Jahr im Umerziehungslager wiederfanden. Auch Tuong, mein Dichterfreund aus Hue, der mir so nahesteht wie Du es tatest, zehn Jahre Befreiungsfront hatte er 1975 hinter sich, schrieb mir 1976 es sei unumgänglich, daß Du eine Weile im Lager verbringst. Er begründete das auch: Jeder vietnamesische Patriot hätte bis 1975 irgendwann doch zur Befreiung finden oder sich zumindest aus allen Verflechtungen mit dem Regime zurückziehen müssen. Vielleicht kannte er Deinen Stolz nicht, der es nicht zuließ, im letzten Moment Unterschlupf bei den Siegern von morgen zu suchen. Aber ich muß einräumen, daß ich damals auch etwas bedrückt und enttäuscht war, daß Du den entscheidenden Schritt nicht getan hattest — heute begreife ich es besser, denn zu jener winzigen Beschleunigung, die Du der Geschichte im Augenblick der Befreiung gabst, zu ihr wärest Du nicht in der Lage gewesen, wenn Du damals schon auf der anderen Seite gestanden hättest. Anders als der etwas grobschlächtige, bis zum Schluß in Illusionen einer möglichen Machtteilung befangene Minh hast Du genau gewußt, was Du tatest. Indem Du abwartetest und schließlich doch — im einzigen Dir möglichen Moment — handeltest, hast Du Dich Deinem Schicksal und dem Deines Volkes gestellt.

Ich habe dann versucht, Dich aus dem Lager herauszuholen — zuerst zögernd, indem ich, inzwischen Vorsitzender der Deutsch-Vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft, mit dem Bonner vietnamesischen Botschafter über Dich sprach und für Dich um Nachsicht bat. Dann, 1979 in Hanoi, mit einem langen Brief, den ich Pham Van Dong, dem vietnamesischen Ministerpräsidenten, persönlich übergeben konnte. Auch von anderer Seite her geschah etwas: Amnesty International adoptierte Dich als Gewissensgefangenen. Mitte 1979 schrieb mir Phuong, Deine Frau, man hätte Dich entlassen und Du wohntest bei Deiner Schwester Hien und Deinem Schwager Huong, die nach der Befreiung aus Hanoi nach Saigon, in das Haus Deines in die USA geflüchteten Bruders Chuong übersiedelt seien. Waren es meine Anstrengungen, durch die Du schließlich freikamst? War es die Intervention von Amnesty? Ich bekam einen Brief von Dir, den ersten, seit wir uns 1972 gesehen hatten. Vor Freude sprang ich fast in die Luft. Nun würde es leicht sein, rechnete ich mir aus, für Dich eine Ausreiseerlaubnis zu erwirken — zumal Phuong Dir schon ein Einreisevisum in die Vereinigten Staaten besorgt hatte; um dies zu ermöglichen, hatte sie die US-Staatsbürgerschaft angenommen. Inzwischen waren ja auch die Boat-People zu einem der beherrschenden Themen der Weltpolitik geworden, und die vietnamesische Regierung hatte dem hohen Kommissar für Flüchtlingsfragen der UNO zugesagt, all denen, die ein gültiges Einreisevisum irgendeines Landes vorweisen konnten, die Ausreise auf legalem Weg zu ermöglichen.

Du warst inzwischen Ende 50 geworden. Eine Deinen Kenntnissen — und Deinen verminderten Kräften — entsprechende Arbeits- und Lebensperspektive gab es in Vietnam für Dich nicht. Du stelltest den Antrag, und wieder warteten wir alle: Du, Phuong und Deine Kinder, Deine Schwester, Dein Schwager Huong — und ich. Ein Jahr verging, anderthalb, zwei. Dein Antrag werde bearbeitet, so hieß es auf alle Anfragen bei der Botschaft in Bonn. Inzwischen reisen legal aus: frühere Generale und Würdenträger des Thieu-Regimes, Ingenieure, Wissenschaftler, Ärzte. Aber Du nicht. Xuan Thuy, 1968 bis 1973 Delegationschef der Demokratischen Republik Vietnam bei den Pariser Friedensgesprächen, so hieß es, sei jetzt für die Ausreiseanträge zuständig. Ich schrieb ihm, schrieb Pham Van Dong, stellte wieder und wieder Deinen Fall, Deine politische Biographie ausführlich dar, brachte mein eigenes Prestige in der Vietnam-Bewegung, so gut ich konnte, ins Spiel — noch ein Jahr, immer noch nichts. Der Botschafter in Bonn wurde ausgetauscht, der nächste wollte alles wieder von Anfang an wissen, und gab dann die gleichen Ratschläge, abwarten, abwarten, Geduld haben, alle Anträge würden in der Reihenfolge ihres Einganges bearbeitet. Einen Augenblick lang mußte ich an die Entschädigungsanträge der Nazi-Verfolgten hier bei uns denken, wo die gleichen Grundsätze gelten und, nach 10- bis 20jähriger Bearbeitungszeit, manchmal erst die Erben der Opfer — wenn es solche denn gibt — in den Genuß der Geldzahlungen kommen. Dein Tod hat die Schlange der Antragsteller um einen Platz vorrücken lassen: Wieviel Sekunden, Minuten, Tage, Wochen, Lebenszeit sind das?

Dann, 1983 im Januar, fuhr ich wieder nach Vietnam — ich hatte auf eine Einladung gedrängt, in erster Linie, um Dich wiederzusehen. Dem Generalsekretär des Solidaritätskomitees in Hanoi, meinem Gastgeber, erzählte ich — zum wievielten Male, ich hatte auch ihm schon geschrieben — Deine Geschichte. Er nickte wohlwollend, zeigte sich auch — als erster — unterrichtet: Die Entscheidung des Volkskomitees von Ho-Chi-Minh-Stadt stehe unmittelbar bevor, und, unter dem Siegel der Verschwiegenheit, sie werde positiv ausfallen. Warum versuchte er es trotzdem, mich für eine Tour nach Hue — statt nach Ho-Chi-Minh-Stadt — zu gewinnen? Beides zusammen gehe wegen schwieriger Flugverbindungen nicht. Ich war ihm gegenüber ganz ehrlich, sagte, ich wollte Dich sehen, aber auch die Erinnerung an die unwürdige Überwachung, deren Objekt ich 1979 in Ho-Chi-Minh-Stadt war, durch neue, angenehmere Eindrücke wieder verwischen können. Die Unhöflichkeit dieser Begründung war es wohl, die ihn zum Einlenken zwang. Er versprach mir nun in die Hand, daß ich Dich — ebenso wie die anderen Freunde in Saigon — sehen werde.

Die Tage in Ho-Chi-Minh-Stadt haben sich mir in allen Einzelheiten ins Gedächtnis eingepreßt: Mit Pham Van Ba, ist er nun Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzende der vaterländischen Front in Saigon, diskutierten wir auf der Terrasse des Ex-Majestique, Cuu-Long heißt es heute, das Programm der nächsten Tage. Ich kenne Ba schon seit langem, seit über einem Jahrzehnt. Das Treffen mit »den Freunden« — auch mit Dir, versicherte Ba mir — sei für den letzten Nachmittag vorgesehen: auf einem Empfang der vaterländischen Front — also unter diskreter Überwachung. Gottlob kenne ich den Weg zu Huongs Haus, schoß es mir durch den Kopf, aber ich kann meinen Besuch nicht ankündigen,

denn auch Huong — immerhin war er bis 1975 stellvertretender Vorsitzender des obersten Gerichtshofes in Hanoi — darf mich ohne offiziellen Begleiter nicht zu sich einladen. Glücklicherweise ist es ihm aber auch verboten, das zuzugeben, wenn ich uneingeladen vor der Tür stehe. Für einen solchen Fall lauten die Weisungen: Für kurze Zeit einlassen, bewirten, dann aber einen unaufschiebbaren Termin vorschützen — und den Ausländerbesuch spätestens am nächsten Tag der Miliz melden. Zuviel solcher unangekündigter Besuche erwecken trotz nachträglicher Meldung natürlich immer Verdacht.

Ich kann auch heute nichts darüber mitteilen, wie ich es fertiggebracht habe, ungesehen in Dein Haus zu kommen. Wir wollen annehmen, Du warst zufällig allein; denn ich weiß nicht, ob die Miliz tatsächlich nachträglich, wie angeordnet, von meinem Besuch verständigt worden war. Jedenfalls lagen wir uns, Tränen in den Augen, in den Armen. Du erzähltest vom Lager: daß es im ersten Jahr sehr wenig zu essen gab — Du hattest dort alle Deine Zähne verloren. Entscheidend war für mich aber die Frage: Wurde gefoltert, wurdet ihr einer entwürdigenden, demütigenden, erniedrigenden Behandlung unterzogen? Hättest Du mir davon berichtet, dann wäre ich damit an die Öffentlichkeit gegangen und hätte, durch einen solchen Schritt, was Vietnam angeht, zwangsläufig die Fronten gewechselt. Natürlich hätte ich nicht Dich als Quelle genannt: eine Versicherung aus meinem Munde, ich wüßte durch mir nahestehende Freunde von solchen Folterungen, hätte genügt, das Interesse der europäischen Linken zu wecken. Du kanntest mich gut genug, um das alles zu wissen. Nein, sagtest Du, es war eine Art Kriegsgefangenschaft ... borniert waren die Wächter, aber nicht willentlich grausam. Daß Du mich nicht dazu benutzt hast, eigene Politik zu machen, war ein weiterer Beweis Deiner Freundschaft. Der Sprung, der damals, Mitte der sechziger Jahre, in ihr entstanden war, er hatte sich wie durch ein Wunder geschlossen. Wir redeten miteinander wie 1961 bei Sonnenuntergang auf Deinem Balkon in Hue, trotz vieler Unterschiedlichkeiten in unserer Meinung und Einschätzung Freunde, deren Ziele wieder nah beieinander liegen.

Aber Du erzähltest mir auch, was mein Brief an Pham Van Dong, Deine Ausreise betreffen angerichtet hatte: 14 Tage lang wurdest Du zwei Stunden täglich von der politischen Polizei verhört, die Dir das Bekenntnis abringen wollte, ich sei ein Agent der CIA. Sie haben Dir sonst nichts angetan, Dich weder geschlagen noch eingesperrt. Als Du Dich immer wieder weigertest, dies zu gestehen, ließen sie die Sache auch fallen. Diese Anschuldigung habe ich, in der Freude des Wiedersehens, für eine der grotesken Dummheiten gehalten, zu der Polizeien fähig sind, für einen schlechten und etwas makabren Scherz. Später aber, wieder in Deutschland, begann sie zu wirken, und sie hat dann doch dazu geführt, daß ich mich aus der Vietnam-Arbeit allmählich immer weiter zurückzog. Natürlich stellte ich mir auch die Frage: Wer setzte diesen Floh in vietnamesische Ohren? Aber damals, im Januar 1983 in Huongs Haus, war das Glück des Wiederfindens so groß, daß ich über das Ganze nur lachen konnte.

Ernster war schon, daß Du von den angeblichen Fortschritten in der Bearbeitung Deines Ausreiseantrages nichts wußtest. Du hattest, wie ich, davon gehört, daß eine »Kautio« von Devisen oder Gold einen gewichtigen Beschleunigungsfaktor für die Bearbeitung darstellen kann. Aber beide wußten wir auch, daß



Dein »Fall« nicht auf der Ebene, auf welcher solche Anreize eine Rolle spielen, entschieden werden kann. Wenn alles nichts hilft, eine Kampagne in den westlichen Ländern, mit Deiner Sache als Beispiel, um darauf zu drängen, daß die vietnamesische Regierung das den Vereinten Nationen gegebene Versprechen, eine legale Ausreise für alle zu ermöglichen, auch einhält ... das war Deine Idee. Ich mußte Dir klar machen, daß das Interesse unserer Medien an Vietnam und den Vietnamesen, selbst an den »Boat-People«, seit längerem schon auf Null abgesunken war, und eine solche Kampagne deshalb kaum mehr mit Aussichten auf Erfolg in Gang gesetzt werden könne. Natürlich erleichterte das mich gleichzeitig auch, entband es mich doch vorerst von der Notwendigkeit, zwischen meinen Freundschaftspflichten zu Dir und meiner Loyalität zur vietnamesischen Revolution zu wählen. Aber ich war aus der Zwickmühle doch nur für eine begrenzte Zeit heraus: für so lange, wie noch Aussichten bestanden, durch weitere Interventionen Deine Sache voranzutreiben. Irgendwann würde ich auch die winzigste Chance, eine Kampagne für Deine Ausreise in Gang bringen, wahrnehmen müssen. In einem Brief an Nguyen Van Linh, dem Generalsekretär der vietnamesischen kommunistischen Partei, wenige Wochen vor Deinem Tod, habe ich diese Möglichkeit zum ersten Male angedeutet. Aber Du starbst, und der Brief blieb bei den Freunden, die ihn auf den Weg bringen sollten. So kam auch diese Entscheidung zu spät — und ein Gefühl der Schuld über meine Entschlußfähigkeit, aber auch über meine Säumigkeit, darüber, daß ich Dich hier, wo Du keinen Ort hast, über Wochen und manchmal auch Monate vergessen hatte, wird mich so lange ich lebe — nein, ich will nicht übertreiben, aber doch jedesmal wenn ich an Dich, an uns denke, begleiten. Darum ist dieser Brief auch eine verspätete Bitte darum, daß Du mir verzeihst.

Ich konnte nicht länger bleiben. Wir hatten die Zeitspanne, die Dir zugestanden war, bis Du mich unter irgendeinem Vorwand loswerden mußtest, schon bis zum Äußersten ausgeschöpft. Ob wir uns in zwei Tagen, beim Empfang der vaterländischen Front, wiedersehen würden, wußten wir nicht, denn eine Einladung hattest Du bislang nicht erhalten.

Aber Du warst dann doch da, und wir mußten allen anderen eine bewegende Wiedersehensszene vorspielen. Auch wenn mein Besuch bei Dir gemeldet worden war, galt es, nach oben hin das Gesicht zu wahren, sich auf keinen Fall öffentlich zur Mißachtung eines Verbots zu bekennen. Pham Van Ba, unser Gastgeber, setzte sich diskret in eine Ecke: damit ich »mit Huan ungestört plaudern kann«. Aber ich mußte auch die Gelegenheit nutzen, die ich hier hatte, die anderen Freunde, vor allem Phan und Son, wiederzusehen, mit ihnen verhältnismäßig unüberwacht sprechen zu können. Mit Dir redete ich nur wenig, denn die Gestelltheit der Situation brachte es mit sich, daß unsere Worte wie rezitierte Texte klangen, für dritte Ohren eher als für uns beide bestimmt. Auch unseren Abschied hatten wir, bei Dir, schon zur Hälfte vorweggenommen, so gut es ging: Wir wußten dabei schon, daß aus ihm wahrscheinlich zwei Duplikate werden würden. Vor allem um ihn — auch wenn ich noch nicht ahnte, daß es ein Abschied für immer war — haben uns die Umstände dieser offiziellen Version unseres Wiedersehens betrogen.

Was dann noch kam, ist der Rede kaum wert, obwohl es das Beschämendste

war: Beim Abschiedessen für mich, noch am gleichen Abend in einem erst kürzlich wieder zugelassenen privaten Saigoner Restaurant, eröffnete Pham Van Ba mir, das Volkskomitee von Ho-Chi-Minh-Stadt habe Huans Antrag positiv beschieden — dieser wandere jetzt auf den Tisch des Innenministers Pham Hung. Am darauffolgenden Tage, noch in Vietnam, schrieb ich an diesen, einen sehr engen Freund anderer Freunde, wie ich später von diesen erfuhr, erzählte Huans Geschichte wieder von Anfang an. Natürlich weiß ich nicht, ob er diesen Brief jemals erhalten hat — wurde ich doch einige Zeit danach Zeuge, auf welchen absurden und abenteuerlichen Umwegen selbst diese Freunde mit ihm, einer Art Adoptivonkel, korrespondieren mußten, damit seine eigene Geheimpolizei ihre Briefe an ihn nicht einfach abfing und unterschlug. Jedenfalls bekam ich von Pham Hung ebensowenig wie von allen anderen Adressaten meiner Petitionen je eine Antwort.

Es war dann schwer, in den Jahren danach, mit Dir den Kontakt aufrechtzuhalten. Ich wußte nicht genau, ob ich Dir jemand von der Freundschaftsgesellschaft ins Haus schicken darf — oder damit Deine Ausreise noch weiter gefährde. Die Zeit, die wir für uns beide hatten, war zu kurz gewesen, um alle Eventualitäten unserer weiteren Kontakte zu antizipieren. Vielleicht zwei Jahre nach meiner Rückkehr rief Raoul, ein amerikanischer Bekannter aus Kalifornien an: Angeblich hättest Du Dein Ausreisevisum erhalten. Ich versuchte, Deine Frau in Boston zu erreichen, Deine Tochter war am Telefon, sehr zurückhaltend, ja etwas abweisend: sie hätte auch schon etwas davon gehört. Das hat mich nicht ermutigt, noch einmal dorthin zu telefonieren. Vielleicht war es aber auch nur mein eigenes schlechtes Gewissen, nicht genug getan zu haben — denn anders als für Phuong war ich für Deine Tochter, die ich nur als Baby gesehen hatte, ja ein Unbekannter, und es war vielleicht ganz natürlich, daß sie am Telefon nicht alles sagen wollte. Jedenfalls erwies sich die Nachricht, als ein weiteres Jahr von Dir kein Brief kam, als eine Ente, und ich fragte mich, wie Raoul, der sonst immer so gut informiert ist, ihr aufgesessen sein kann. Wieder verfügte ich nicht über ein Interpretationsraster, das mir erlaubt hätte, An- und Vorzeichen zu erkennen — so daß nur die kruden Fakten, wonach Du immer noch in Saigon zu sein schienst, ihre Gültigkeit behielten.

Warum haben sie Dich nicht herausgelassen? Warum durftest Du Phuong und die Kinder nicht wiedersehen? Warum wurdest Du des Glückes beraubt, Deinen jüngsten Sohn Viet — er ist jetzt 13 Jahre alt — zum ersten Mal in die Arme nehmen zu können? 64 Jahre alt warst Du, weder Arzt noch Ingenieur, die bürgerliche politische Ökonomie, die Du studiert und gelehrt hattest, war im sozialistischen Vietnam ohne jeden Belang. Auch als Geheimnisträger konnte man Dich kaum einstufen, es sei denn, die »Organe« würden befürchten, Dein wacher Blick und Dein scharfer Verstand hätten banale Alltagsmißstände, die draußen nicht publik werden sollen, deutlicher als andere, auch was ihre Ursachen angeht, erkannt. Aber dann hätten sie Intelligenz und Beobachtungsgabe als solche schon wie politische Delikte, zumindest aber als staatsgefährdend, behandelt. Als dann die Nachricht Deines Todes kam, war meine erste Regung blindwütiger Haß. Damals wußte ich noch nicht, was ich einige Monate später von Deinem Schwager Huong erfuhr: daß »die Organe« Dir die Ausreisegenehmigung dann

doch noch aufs Sterbebett gelegt hatten, zu einem Zeitpunkt, wo keine Gefahr für sie mehr bestand, daß Du sie jemals in Anspruch nehmen könntest, und so kämpfte ich erfolglos mit dem absurden Verdacht, sie hätten mit Deinem plötzlichen Tode doch etwas zu tun. — Sollten sie vermutet haben, Du schriebe ein Buch über Deine vier Jahre im Umerziehungslager — ein authentischeres, als die Ansammlung von Halbwahrheiten, Gerüchten und bewußter Lügen, die Doan Van Toai in seinem »Vietnamesischen Gulag« verbreitet hat? Fürchtete jemand Dein Prestige als früherer buddhistischer Politiker, den man nicht als Marionette der Amerikaner diskreditieren kann? Aber all diese Annahmen erscheinen mir bei näherer Prüfung nicht haltbar: Buddhistische Exilpolitiker gibt es, auch ohne Dich, schon genug, ein schlimmeres Buch als das »Vietnamesische Gulag« ist von Dir kaum zu erwarten, ganz abgesehen davon, daß Du Huong und Hien niemals durch eine solche Veröffentlichung hättest in Schwierigkeiten bringen wollen. So bleiben nur Trägheit, Herzlosigkeit und ein zur Maxime einer allgemeinen Gesetzgebung gewordener Argwohn als Erklärungsgründe dafür übrig, daß Du fernab Deiner Nächsten, in einem Saigoner Spital (und ich weiß, wie die aussehen), sterben mußtest.

Ein Jahr vor Deinem Tode kam noch einmal, als Antwort auf eine kurze Botschaft von mir, in welcher ich über meine Interventionen berichtet hatte, ein in Paris frankierter Brief von Dir an: »Du bist ein wahrer Freund«, schriebst Du, »das ist alles, was ich Dir sagen kann ... Als ich Deine Worte las, war ich zu Tränen gerührt ...« (und ich, voll schlechten Gewissens, faßte diese Worte zunächst als sarkastischen Ausdruck Deiner Bitterkeit auf). »Du hast alles für mich getan, was nur möglich war«, fuhrst Du fort, »und ich, im Gegenzug nichts. Natürlich, das einzige, womit ich Dir Freude gemacht hätte, wäre, daß ich es geschafft hätte, mein Ausreisevisum zu erhalten ... nicht, daß ich es nicht mit allen meinen Kräften versucht hätte ... wenn es von mir abgehängt hätte, wäre ich längst, wie Odysseus, heimgekehrt, nach einer wunderbaren Reise« ... Und hier tat ich etwas, was ich mir nie verzeihen werde: Auf's Tiefste getroffen, erschreckt, meinte ich, Du machtest Dich über meine zahllosen vergeblichen Demarchen lustig, mit denen ich mich vor Dir brüsten würde, um mein Zurückschrecken vor dem letzten, entscheidenden Schritt, einer öffentlichen Kampagne für Deine Ausreise, zu verbergen. Ich hatte das Gefühl, Du risset mir eine Maske vom Gesicht. Ich hörte auf zu lesen und tat Deinen Brief beiseite, weil ich diese vermeintliche Enthüllung nicht weiter ertrug. Erst als die Nachricht über Deinen Tod bei mir eintraf — und wieder war es zuerst Raoul, der anrief — holte ich ihn aufs Neue hervor und sah, daß ich mich schon wieder einmal getäuscht, daß ich es selber gewesen war, der mich demaskiert hatte, nicht Du, daß Du vielmehr wirklich gemeint hattest, was Du schriebst. Denn Du fuhrst fort: »Aber weißt Du, man gewöhnt sich an alles. Ans Unglück wie ans Glück. Und langsam wird man empfindungslos. Wenn man mir gesagt hätte, daß mir nur 12 Jahre Glück mit Phuong zugemessen sind, und das ist alles, dann hätte ich aufgeschrieen, daß ich das niemals ertragen kann. Und doch, siehst Du, so ist es gekommen. Ich habe es ertragen. Freude und Trauer, das sind nur Stimmungen, Seelenzustände. Ich rede Blödsinn, natürlich, lauter Binsenwahrheiten. Aber früher, da redete ich von solchen Wahrheiten, jetzt lebe ich sie. Und da es nur Seelenzustände sind, also leer, ohne

solide Begründung, das heißt nichts, was andauert, so bringt es nichts, sich mit ihnen zu befassen. Ich glaube, daß ich hier ein bißchen in Deinem Terrain wilde-re, aber das ist keine Psychoanalyse, es ist Zen. Und doch, so sehr man dem Zen anhängen mag, man erinnert sich doch mit Wehmut der guten alten Zeiten, mit Dir, mit den Zwirners, mit Phuong. Ich umarme Euch, Dich, Edith und die Kinder. Umarme Ruppi und vor allem Barbara — ich sehe sie noch immer, so schön wie sie war, in ihrem graublauen Kostüm, in Hue, auf dem Flur ihrer Wohnung, als F. (der damalige deutsche Lektor in Hue) uns miteinander bekannt machte: Sie war zum Anbeißen. Küsse für Euch alle. Huan.«

Bevor ich diesen zweiten Teil Deines Briefes las, noch unter dem Eindruck des schrecklichen Mißverständnisses, zu dessen Opfer ich mich selber gemacht hatte, schrieb ich den langen Brief an Nguyen Van Linh. Ich wollte damit wohl alle Versäumnisse wieder gutmachen und mich selber in eine Lage bringen, aus der es für mich keinen Rückweg mehr gibt: Entweder er läßt Dich gehen, oder ich klage nicht nur die Bürokratie und ihren Schlendrian, sondern auch ihn, den höchsten Repräsentanten seines Landes und seiner Partei, öffentlich an. »In meinen Demarchen, den mündlichen wie den schriftlichen, habe ich alles ins Spiel gebracht, was ich an Ansehen besitze, als Weggenosse des Befreiungskampfes des vietnamesischen Volkes, als Antiimperialist und als Friedenskämpfer. Aber leider scheint dieses Ansehen bei den zuständigen Behörden nicht sehr schwer zu wiegen. Dies hat mich traurig gestimmt, auch deshalb, weil ich ähnliche Fälle wie den Huans kenne, wo die Ausreise durch Interventionen von Leuten erreicht werden konnte, die beileibe keine Freunde des vietnamesischen Volkes sind, dafür aber über einige politische oder wirtschaftliche Einflußmöglichkeiten verfügen ... Huan hat mir einen sehr bitteren Brief geschrieben, er fühlt sich von mir mehr oder weniger aufgegeben. Hier in der Bundesrepublik Deutschland fühle ich mich der Lächerlichkeit preisgegeben. Einige sagen: Was ist das für ein Sprecher des Solidaritätskomitees, für ein Vorstandsmitglied und früherer Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft mit Vietnam, der nicht einmal das Gewicht besitzt, für einen seiner besten Freunde die Ausstellung eines Ausreisevisums zu erreichen, ja den man noch nicht einmal einer Antwort würdigt ... Andere schließen daraus: Welcher bürokratische Starrsinn regiert in Vietnam, wenn nicht einmal einer seiner in der Bundesrepublik bekanntesten Sympathisanten seinen Kumpan von dort herausbringen kann? So bleibt nur die Wahl, wer sein Gesicht verliert, entweder ich oder die vietnamesische Regierung. Aber nicht dieser Zwiespalt, den ich seit Jahren ertragen muß, beginnt für mich, unerträglich zu werden, sondern ein anderer: Ich will nicht wählen müssen zwischen der Hälfte meines Lebens, die der Kampf für Vietnam war, und der brüderlichen Liebe, die ich Huan schulde. Und doch werde ich eines Tages dazu gezwungen sein. Ich flehe Sie an: ersparen Sie mir diese Zerreißprobe. Lassen Sie Huan, der bald 65 wird und von schwächlicher Gesundheit ist, ohne weitere Verzögerungen zu seiner Familie in Boston ausreisen, ohne daß noch Jahre der Überprüfung seines Antrages vergehen. Wenn Sie es für nötig halten, bin ich bereit, ihn selbst aus Vietnam abzuholen.«

Freunde, die ich bat, diesen Brief persönlich zu überbringen, ersuchten mich, ihn noch einmal zu überdenken. Sechs Wochen später hatte das Problem sich von

selber erledigt. So hat Linh ihn nicht mehr erhalten — mit Deinem Tod kamst Du dem zuvor. Aber er soll ihn, mit einem Nachwort versehen, doch noch lesen — auch jetzt, wo es zu spät ist, wo Du ihm durch Deinen Tod die Entscheidung aus der Hand genommen, ihn machtlos gemacht hast. Er soll wissen, wer Du warst. Und was bürokratischer Starrsinn, was Argwohn mit und bei den Menschen anrichten kann.

Deine Geschichte ist damit zu Ende. Wie immer, wenn ein Freund stirbt, wird der schneidende Schmerz langsam nachlassen. Mehr als 20 Jahre mußte ich schon ohne Dich auskommen, mich zufriedengeben mit den wenigen Lebenszeichen, die bei mir anlangten, so zufällig und unbeeinflussbar wie eine Flaschenpost. Aber ich wußte noch, Du bist da, Du atmest und fühlst, Du hörst, siehst, handelst und denkst, und das alles ist bei Dir aufgehoben, eingekellert, ein Vorratslager an Erfahrungen, Gefühlen, Empfindungen, das eines Tages vielleicht auch für mich offensteht — so wie ich auch für Dich eines angelegt habe. Die Stecker dieser Truhe sind jetzt herausgezogen, niemand, der es nicht schon getan hat, wird die Erfahrungen Deiner letzten Jahre in sich aufnehmen können. Und die meinen wirst Du nicht mehr teilen. Ich weiß noch, was für ein Glück es war, Tante T., nach fast 50 Jahren, in Riga noch wiedergesehen zu haben, kurz bevor sie, 82 geworden, dort starb. Vergessene Kindheits Erinnerungen hat sie mir noch übergeben, die Jahre der Deportation in sibirischen Dörfern, wo sie verkleidet als Wahrsagerin, ihre zwei Söhne, Gaston und Marion, vor dem Hungertod bewahrt, sind als Bilder in mein Leben mit eingezogen. Die viereinhalb Jahrzehnte, die ich fort war, hat sie auch für mich weitergelebt, und als ich kam, mit ihnen die Wunde der Trennung geschlossen. — Uns beiden war nur jene Stunde geblieben, den Wächtern entrissen, als ich mich wie ein Dieb in Dein Haus geschlichen hatte. Wie wenig ließ sich in dieser Zeit sagen; wieviel für mein Leben, für meine weiteren Entscheidungen Belangvolles, wurde für immer mit Dir begraben. Und dabei waren wir beide nur Freunde, wichtig füreinander, aber doch wohl ersetzbar. Deine Erfahrungen, Du hast sie außer für Dich selber vor allem für Phuong, für Deine Kinder gemacht, sie für sie aufbewahrt — so wie sie es für Dich getan haben, in Erwartung der Stunde, diese Geschenke austauschen zu können. Euch war noch nicht einmal die kleine Zeitspanne zugemessen, die ich für uns beide, durch List und durch freundschaftliche Hilfe, loseisen konnte. Ich brauche nur an Edith und meine drei Kinder zu denken, um mir auszumalen, was man Euch angetan hat. Ich weiß: nicht nur Euch. Wenn ich mit vietnamesischen Beamten über Deinen Fall sprach, machten sie mich unfehlbar darauf aufmerksam, daß es im Krieg unzähligen Familien nicht anders, ja noch schlimmer ergangen ist — Ihr konntet Euch wenigstens schreiben, Euch etwas mitteilen, wenn auch nur durch die Filter einer antizipierten Zensur. Die ersten Jahre nach dem Krieg habe ich solche Argumente auch noch gelten lassen — aber der Krieg ist lange zu Ende, vermeidbares und unvermeidbares Unglück sind zwei unvergleichliche logische und moralische Kategorien. Werden die im Krieg unvermeidbaren Einschränkungen und Opfer dem Zusammenleben der Menschen auch im Frieden, wo sie unnötig geworden sind, vorsätzlich weiterhin auferlegt, dann wird auch dieser Krieg nachträglich bis zu einem gewissen Grade sinnlos, dann, so erweist es sich, wurde er im Ergebnis für nicht viel anderes als für die Eitelkeit des

Sieges und das Machtstreben der Sieger geführt. Wohl gemerkt, ich will damit nicht sagen, daß nach dem Krieg alle Einschränkungen fallen können, keine Opfer mehr gebracht werden müssen. Ich betone dies deshalb, weil mir auch vorgehalten worden ist, meine Kritik bezeuge nur, ich sei unfähig, das Ausmaß der Nachkriegsprobleme in Vietnam zu erkennen. Aber ergibt sich aus der Notwendigkeit, auf viele Konsumgüter verzichten, über viele weitere Jahre noch hart arbeiten zu müssen auch diejenige, fast alle Kontakte zwischen den Menschen zu kontrollieren — und viele von ihnen — so alle privaten Kontakte zu »Ausländern« zu unterbinden? Und diejenige, Dich, mit bald 65 Jahren, ohne daß Du Arbeit in Deinem eigenen Lande hättest, dort zurückzuhalten? Du wärest der letzte gewesen, der notwendige Härten nicht hätte auf sich nehmen wollen. Weil Du ein Wuchern der überschüssigen, unnötig gewordenen vorausahntest, Verbote, die keinem anderen Zweck dienen, als ihre eigene Einhaltung zu kontrollieren, fürchtest Du auch den Sieg der Befreiung, für den ich mit all meinen Kräften einzutreten versuchte. Aber ist es nicht noch schlimmer gekommen: War nicht eine Zeitlang, 1979, lange nach dem Krieg, nahezu alles in Deinem Lande genehmigungspflichtig geworden, alles verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt, alles verwehrt, was nicht ausdrücklich freigegeben war, so daß die Einhaltung dem Erlaß der Vorschriften weit vorauslief, und, bevor überhaupt etwas gesagt oder getan, ja gedacht werden durfte, die Behörden erst gebeten werden mußten, es zu autorisieren? Mußten nicht sogar solche »Bitten« von den Behörden selbst ange-regt und damit überhaupt erst freigegeben werden? Für jeden Handschlag, für jeden einzelnen Schritt, gleich ob vorwärts oder zurück, ja letztlich für jeden Gedanken müßte eigentlich — und auch dies immer nur auf Anregung der Behörden — ein Antrag gestellt, eine Akte angelegt, eine Kommission zusammengerufen, ein Entscheidungsbefugter, ein Kontrolleur des Vollzuges ernannt werden. Linh und seine Freunde haben es bislang verhindert, daß Bürokratie sich in Deinem Lande auf diese Weise vollenden konnte — aber sie haben nicht verhindern können, daß Du — mit vielen anderen — zum Opfer ihres sinnblinden Argwohnes wurdest. Wenn es denn Krebs war, woran Du schließlich starbest (und nicht Deine Tuberkulose) — vielleicht hat er zu wuchern begonnen, als Du alle Hoffnung aufgabst, als Deine Gedanken, Deine Wünsche, Deine Pläne, Deine Phantasie, Deine Gefühle, Deine Energien kein Ziel mehr hatten, an das sie sich heften konnten — so blieb ihnen nur noch der Weg nach innen, gegen Dich selbst.

Dabei hätte Dein Land Menschen wie Dich gebraucht — Deinen scharfen Verstand, Deine beißende Ironie, aber auch Deine Gelassenheit und Deine Güte, Deine Anspruchslosigkeit, Deine Direktheit. Mit manchen anderen, die im Krieg dazwischenstanden, hättest Du Mittler sein können zwischen den Siegern und denen, die gedankenlos, zum eigenen Vorteil, irreführt oder aus Überzeugung den Amerikanern gefolgt waren: als Teil jener dritten Kraft, die nicht so sehr zum Sieg, als vielmehr nach dem Sieg so dringend benötigt wurde — und deren Bereitschaft, zum Wiederaufbau des Landes beizutragen, die Sieger leichtfertig zum Abfall geworfen haben. Hätten sie Euch, hätten Sie Dich genutzt, so sähe es in Deinem Lande heute vielleicht anders aus. Ihm wären vielleicht die anderthalb Jahrzehnte der Resignation erspart geblieben, die es — nach dem Sieg — wahrscheinlich noch mehr geschwächt haben als der Krieg selber. Du warst

nicht unnützlich — man hat Dich nur unnützlich gemacht, man hat Dich sinnlos ver-  
geudet.

Ich weiß, ich könnte noch lange mit Dir so zusammenbleiben. Solange ich  
Dich anrede, so lange meine Stimme, wie ein brüchiger Steg, die Schlucht des  
Vergessens überspannt, kommt es mir vor, als hätte der Tod Dich mir noch nicht  
völlig entrissen, als führte eine Faden der Ariadne aus dem Labyrinth, in dem  
wir anderen zurückgeblieben sind, noch hinüber in die fahle Dämmerung, in die  
Du entschwinden bist. Er kann Dir nicht mehr wehtun, der Faden, auch wenn  
ich ihn anzuspannen suche wie eine Sehne, um ihm noch einen Ton zu entlocken.  
Es ist auch mein eigener Tod, den ich, solange ich noch mit Dir rede, von mir  
fortscheuchen kann. Doch ich weiß, ich kann Dich auch damit nicht halten. Das  
Schweigen ist stärker.



# Nicaragua

## darf nicht alleine stehen

richtungen gingen verloren. Auch am Kio San Juan sind die Schäden beträchtlich.

**WIR SAMMELN DESHALB NICHT NUR GELD. SONDERN KÄMPFEN MIT TAUSEND GROSSEN & KLEINEREN PROBLEMEN DES WIEDERAUFBAUS:**

- Transportmöglichkeiten ● Zinkblechbeschaffung ● Motorsägen ● Notstromaggregate ● Dachnägel ● Medizinische Versorgung ● Trinkwasseraufbereitung

**HELFEN SIE UNS BITTE BEI DIESER ARBEIT. SPENDEN SIE UNTER DEM STICHWORT: »HURRIKANHILFE«**

**Konten: 1800 Stadtparkasse Ffm. BLZ 500 501 02 oder Postgiro Köln 69 99-508.**

Über die Katastrophe in Nicaragua informiert der „medico-Report“ 4, der auch in größeren Mengen kostenlos zur Verfügung steht (Bitte Rückporto in Marken belegen). Ebenso gibt es diesen Aufruf als kostenloses DIN-A2-Plakat.

**Medico international: Obermainanlage 7 6000 Frankfurt 11 · Telefon 069 / 4 99 00 41**

Die breite Schneise des Hurrikans hat Nicaragua vollständig erschüttert.

Besonders stark getroffen wurden die Gegenden um Bluefields, Rama, Wiwilí. Ernten, Brücken und Stromleitungen wurden vernichtet. Schulen und Gesundheitsein-



---

## Perspektiven des Anti/Ideologischen

**Stuart Hall**

### Ausgewählte Schriften



**Ideologie, Kultur,  
Medien, Neue Rechte,  
Rassismus**

### Argument

*Stuart Hall*

### **Ausgewählte Schriften**

*Herausgegeben von Nora Räthzel  
Mit einem Vorwort von  
Gustav Klaus*

Stuart Hall ist einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker im angelsächsischen Raum und zugleich ein gefragter Autor aktueller politischer Analysen. Statt im Strom des »Postmarxismus« mitzuschwimmen, hat er die Marxsche Theorie den Fragen einer sich ausdifferenzierenden und erneuernden kapitalistischen Gesellschaft ausgesetzt und sie mit Althusser und Foucault — und über diese hinausgehend — um- und ausgebaut.

Im Zentrum seiner Arbeiten steht das »Ideologieproblem«, die Frage nach der »Zustimmung« der Mehrzahl der Bevölkerung zum Kapitalismus in Europa. Daraus er-

geben sich Untersuchungen über die Wirkungsweise der Massenmedien, das Eingreifen des Staates in die Massenkultur sowie, im Anschluß an Gramsci, die Entwicklung einer Theorie des Rassismus und einer kritischen Analyse des Thatcherismus.

Hall arbeitete mit an Filmen über die Konstitution von »Rasse« in den Medien, die im britischen Fernsehen zu heftigen Diskussionen führten.

Diese erste Auswahl seiner Werke enthält einen Querschnitt durch die verschiedenen Bereiche seines Schaffens. Es finden sich Studien zur Marxschen Theorie, zur Medien- und Massenkultur, zur Neuen Rechten und zum Rassismus sowie kritische Analysen linker Politik.

240 S., br., DM 28,—

Weitere Titel zum Thema:

*Noam Chomsky*

### **Die Fünfte Freiheit**

*Über Macht und Ideologie  
Vorlesungen in Managua*  
176 S., br., DM 24,—

### **Theorien über Rassismus**

*Hrsg. von Otger Atrata,  
Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht  
und Cornelia Wolf*  
AS 164, ca. 170 S., DM 18,50  
(DM 15,50 für Stud.)

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

30 Jahre Argument



Robert Miles

## Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus

Im folgenden will ich die Bedeutung und Brauchbarkeit des Rassismus-Begriffs neu bestimmen. Zu diesem Zweck muß seine Beziehung zu einer Reihe verwandter Begriffe geklärt werden, indem wir die Natur desjenigen sozialen Prozesses theoretisch reflektieren, durch den wirklichen oder vorgestellten biologischen Charakteristika von Menschen eine Bedeutung zugeschrieben wird. Der Begriff »Rassismus« wird also analytisch entwickelt und nicht induktiv, auf Grund einzelner empirischer Ereignisse (z.B. auf Grund der Praxis und Ideologie der Nazis oder des britischen Kolonialismus), erschlossen. Der so gewonnene Begriff wird die Gemeinsamkeiten verschiedener Rassismen kennzeichnen, nicht aber den jeweils unterschiedlichen Gehalt der Repräsentation darstellen, ebensowenig wie die Umstände, die die Struktur dieses Gehalts und seine Äußerungsformen bestimmen. Dies wäre Gegenstand historischer Untersuchungen, die ich an anderer Stelle durchgeführt habe (vgl. Miles 1987a, 1988c).

Die theoretische Arbeit beginnt mit der Vorstellung von »Rasse«, von welcher der Rassismus-Begriff ursprünglich abgeleitet worden ist. Letzterer wurde zuerst benutzt, um die nazistische »Theorie« von der Überlegenheit der »Arier« über die Juden zu kennzeichnen, die wiederum teilweise aus den im 19. Jahrhundert aufgetretenen wissenschaftlichen Theorien über »Rasse« abgeleitet worden war (Hirschfeld 1938). Deshalb gibt es bis heute die Auffassung, der Rassismus-Begriff verweise ausschließlich auf Theorien über »Rasse«, der »Rasse«-Diskurs müsse also präsent sein, damit man von Rassismus sprechen könne. Dieser Ansicht bin ich nicht.

Im englischsprachigen Raum wird das Wort »Rasse« nach wie vor in mindestens drei verschiedenen Zusammenhängen benutzt: Innerhalb der Naturwissenschaften taucht es vor allem in der Biologie, speziell in der Genforschung auf, darüber hinaus in den Sozialwissenschaften. Außerdem ist es in der Umgangssprache sehr verbreitet und gehört zu den Schlüsselementen des Alltagsverständnisses (d.h. jener Ansammlung selbstverständlicher, oft widersprüchlicher Annahmen und Überzeugungen, mit denen die Menschen der sozialen Welt eine ideologische Struktur aufprägen, die eine gewisse Handlungsfähigkeit schafft). Diese Gebrauchsweisen unterscheiden sich, hängen aber zusammen.

In der Genforschung gibt es seit langem eine Diskussion darüber, ob die Anwendung eines »alten« Begriffs auf »neue« Phänomene, d.h. auf bestimmte Genkombinationen, die mit bloßem Auge nicht sichtbar sind und mit augenfälligen phänotypischen Variationen nicht korrelieren, zulässig ist. Obwohl unumstritten ist, daß der wissenschaftlich legitime Gegenstand der Analyse nicht mehr phänotypische Unterschiede, sondern Genkombinationen sind, ist man sich nicht einig, ob dieser Gegenstandswechsel sich auch in einer anderen wissenschaftlichen Terminologie niederschlagen, das Wort »Rasse« also nicht mehr benutzt werden sollte (vgl. Miles 1982; Montagu 1964; Jones 1981). Sicher ist nur, daß die Verwendung des »Rasse«-Begriffs zur Bezeichnung einer bestimmten

Hierarchie von »Rassen«, die sich durch phänotypische Kennzeichen wie z.B. durch die Hautfarbe voneinander unterscheiden, wissenschaftlich nicht zu rechtefertigen ist. Insofern existieren für Biologie und Genforschung keine »Rassen« (vgl. Montagu 1972; Rose u.a. 1984, 119f.).

Aber im Alltag sind die Tatsachen der biologischen Unterschiede sekundär im Vergleich zu den Bedeutungen, die diesen und sogar eingebildeten biologischen Unterschieden zugeschrieben werden. Um die Bedeutung dieses Vorgangs zu verstehen, müssen wir den Begriff der »Bedeutungskonstitution« (signification) einführen. Dieser Begriff bezeichnet einen Darstellungsprozeß, in dessen Verlauf bestimmten Objekten, Merkmalen und Prozessen eine Bedeutung zugeschrieben wird, die ihnen ein besonderes Gewicht verleiht und sie zugleich zu Trägern einer Reihe zusätzlicher, untergeordneter Merkmale macht (vgl. Potter u. Wetherhall 1987, 24-28). Bedeutungskonstitution beinhaltet also Selektion: Aus einer möglichen Menge von Objekten, Merkmalen und Prozessen werden nur bestimmte ausgewählt, die eine besondere, zusätzliche Bedeutung bekommen. Das betreffende Objekt, Merkmal oder der Prozeß werden damit zum Zeichen für die Existenz eines anderen, hypothetischen oder wirklichen Phänomens. Bedeutungskonstitution ist daher ein zentrales Element im Prozeß der *Repräsentation*, das heißt in jenem Prozeß, in dem ein Bild der sozialen Welt und der sozialen Prozesse geschaffen wird, ein Bewußtsein darüber, wie die Dinge »wirklich sind«.

Beim »Rasse«-Diskurs schließt die Bedeutungskonstitution zwei Ebenen der Selektion ein. Auf der ersten werden zunächst allgemeine biologische oder somatische Merkmale als Mittel der Klassifizierung und Kategorisierung ausgewählt. Auf der zweiten werden aus der Reihe der zur Verfügung stehenden somatischen Merkmale diejenigen ausgewählt, die dazu bestimmt sind, eine angenommene Differenz zwischen Menschen zu bezeichnen. Menschen unterscheiden sich durch eine Reihe phänotypischer Merkmale voneinander, zum Beispiel durch Größe, Gewicht, Länge der Arme und Beine, Haarfarbe, Ohrform usw. Spricht man also von »Rassen«, dann ist dies das Resultat eines bestimmten Prozesses der Bedeutungskonstitution: bestimmte somatische Merkmale (z.B. die Hautfarbe) werden bedeutungsvoll aufgeladen und so zum Einteilungskriterium von als »Rasse« definierten Bevölkerungsgruppen gemacht.

An die auf Grund bestimmter phänotypischer Unterschiede gekennzeichneten Menschen heften sich gewöhnlich weitere, spezifische oder einzigartige kulturelle Merkmale, mit dem Ergebnis, daß eine »Rasse« als etwas vorgestellt wird, dem ein spezifisches Profil biologischer und kultureller Eigenschaften zukommt. Der Determinismus dieser Vorstellung bedeutet, daß allen, die die phänotypischen Merkmale besitzen, auch die kulturellen Charakteristika unterstellt werden. Es wird also angenommen, die menschliche Gattung bestehe aus einer Anzahl unterschiedlicher Gemeinschaften, und jedes einzelne Individuum gehöre zu einer dieser Gemeinschaften.

In Europa, Nordamerika und Australasien bezeichnet man normalerweise (wenn auch nicht ausschließlich) jene Gruppen als »Rassen«, die sich in ihrer Hautfarbe unterscheiden, so daß »Rassen« entweder »weiß« oder »schwarz«, jedoch nie »kleinohrig« und »großohrig« sind. Die Tatsache, daß nur bestimmten

physischen Merkmalen unter bestimmten Bedingungen die Bedeutung »Rasse« gegeben wird, weist schon darauf hin, daß wir keine natürlich gegebene Aufteilung der Weltbevölkerung untersuchen, sondern die Anwendung spezifisch historischer und kultureller Bedeutungen auf die Gesamtheit der physiologischen Varianten des Menschen. Das geht auch aus historischen Dokumenten hervor, wonach heute als »weiß« definierte Völker früher als unterschiedliche »Rassen« galten (vgl. Kamin 1977; Miles 1982). Definiert man also Gruppen auf Grund phänotypischer Merkmale als »Rassen«, so handelt es sich um einen Aspekt der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit: »Rassen« sind sozial *imaginierte*, keine biologischen Realitäten.

Zwar fungierte »Rasse« ursprünglich als eine Vorstellung innerhalb eines europäischen Diskurses, die auf verschiedene Andere projiziert wurde. »Rasse« blieb jedoch kein Element innerhalb eines Unterwerfungsdiskurses: Im 20. Jahrhundert akzeptierten die Opfer dieses Diskurses oft ihre Kennzeichnung als »Rasse«, verkehrten aber die damit verbundene negative Bewertung ihres Charakters und ihrer Fähigkeiten ins Gegenteil. Folglich ist der »Rasse«-Diskurs in einen Widerstandsdiskurs verwandelt worden. Bestimmte somatische Merkmale (wiederum in der Regel die Hautfarbe) wurden zum Zeichen einer gemeinsamen Erfahrung und eines gemeinsamen Schicksals als ausgeschlossene Bevölkerungsgruppe, unabhängig von Klassenposition und kulturellen Wurzeln. Um politisch zu mobilisieren, wurde an »Rasse« appelliert (normalerweise in Form eines Appells an »Schwarz-Sein«). Das bekannteste Beispiel sind die Black Panther in den USA. Inhalt, Ziel und Strategie solcher Mobilisierungen unterscheiden sich beträchtlich, gemeinsam ist ihnen aber die (mindestens implizite) Anerkennung der Legitimität und Richtigkeit des europäischen Diskurses, durch den sie erst als »Anderere« konstruiert worden sind. Die Umkehrung der negativen Bewertung führt in Wirklichkeit dazu, den Prozeß der Bedeutungskonstitution, durch den der Andere konstruiert wurde, auf einer tiefer liegenden Ebene zu verstärken (vgl. Fanon 1969). Im Zuge eines solchen Widerstandes wird der »Rasse«-Diskurs noch zusätzlich legitimiert.

Bereits im ersten Viertel dieses Jahrhunderts hat eine »Schule« nordamerikanischer und europäischer Sozialwissenschaftler das Studium dieser und daraus folgender Prozesse als wissenschaftliches Studium der Beziehungen zwischen »Rassen« oder »Rassenbeziehungen« definiert (vgl. z.B. Banton 1987, 86ff.; Rex 1986). In den frühen siebziger Jahren wurde die Definition erweitert, so daß sie neben »Rassenbeziehungen« auch »ethnische Beziehungen« einschließt (Banton 1983). Wie ich anderswo dargestellt habe (Miles 1982, 22ff.; 1988), haben diese Autoren unkritisch den umgangssprachlichen Ausdruck »Rasse« benutzt, ihn verdinglicht und mit dem Status eines wissenschaftlichen Begriffs versehen (vgl. Guillaumin 1980, 39; Lecourt 1980, 282f.). Auf diese Weise haben Sozialwissenschaftler (einschließlich vieler, die sich selbst Marxisten nennen, vgl. Miles 1988) perverserweise das Leben einer Idee verlängert, die ausdrücklich und endgültig auf den Müllhaufen analytisch nutzloser Ausdrücke geworfen werden sollte. Klarheit ist notwendig: Ich streite nicht ab, daß Menschen sich nach somatischen und genetischen Merkmalen unterscheiden. Ebensowenig bezweifle ich, daß solche Merkmale in der »wirklichen Welt« zum Kennzeichen wichtiger

Differenzen zwischen Menschen werden und daß die Idee der »Rasse« zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt eingeführt wurde, um die so unterschiedenen Gruppen zu benennen. Worum es mir geht, ist die Wissenschaftlichkeit der Begriffe, mit denen dieser Repräsentationsprozeß und seine ökonomischen und politischen Konsequenzen analysiert werden. Wenn »Rassen« keine natürlich vorkommenden Populationen sind, dann sollten die Gründe und Bedingungen für die Prozesse der Rassenkonstruktion problematisiert werden, statt von ihrer Universalität und Natürlichkeit auszugehen. Im folgenden geht es mir um die Entwicklung von Begriffen, mit denen man die Historizität dieser Prozesse konsistent erfassen kann.

### Rassenkonstruktion

Der erste Schlüsselbegriff ist *Rassenkonstruktion* (racialisation). Er wurde zuerst von Fanon benutzt (1969, 162; der Begriff wurde hier mit »Rassisierung« wiedergegeben; Anm. d. Übers.) im Kontext einer Diskussion der Schwierigkeiten, denen sich die kolonisierten Intellektuellen in Afrika gegenübersehen, als sie sich an den Aufbau einer künftigen Kultur machten (ebd., 158ff.). Banton hat den Begriff auf eine mehr formale Weise für all jene Fälle benutzt, in denen die Idee der »Rasse« die Wahrnehmung der Weltbevölkerung strukturiert. Er beschränkte den Gebrauch auf die Art und Weise, wie wissenschaftliche Theorien über Rassentypologien zur Charakterisierung von Populationen verwandt wurden. In jüngerer Zeit hat Reeves zwischen *praktischer* und *ideologischer* Rassenkonstruktion unterschieden (1983, 173ff.). Damit erweiterte er Bantons Begriffsgebrauch, denn »ideologische Rassenkonstruktion« schließt bei ihm alle Fälle ein, in denen »Rasse« in einem Diskurs benutzt wird. Omi und Winant benutzen den Begriff, um »die Ausweitung einer rassistischen Bedeutung auf zuvor rassistisch nicht klassifizierte Beziehungen, soziale Praxen oder Gruppen zu bezeichnen. Rassenkonstruktion ist ein ideologischer, historisch spezifischer Prozeß« (1986, 64).

Früher habe ich »Rassenkonstruktion« und »rassistische Kategorisierung« synonym verwandt (1982, 120 u. 150). Letztere definierte ich als

»einen Prozeß der Grenzziehung zwischen verschiedenen Gruppen, wobei bestimmte Personen, primär mit Bezug auf (angenommene) angeborene (gewöhnlich phänotypische) Merkmale innerhalb dieser Grenzen verortet werden. Es handelt sich also um einen ideologischen Vorgang.« (Ebd., 157)

Heute ziehe ich es vor, nur von *Rassenkonstruktion* zu sprechen, aber in der obigen Definition, um den Begriff nicht auf historische Kontexte zu beschränken, in denen ausdrücklich von »Rasse« gesprochen wird. Da phänotypische Merkmale in europäischen Gesellschaften schon zur Unterscheidung von Gruppen dienten, bevor das Wort »Rasse« eingeführt worden war, mache ich keine solche Beschränkung. Auch in vielen gegenwärtigen Diskussionen werden — ohne die formale Präsenz eines »Rasse«-Diskurses — Kategorien wie »schwarz« und »weiß« benutzt zur Kennzeichnung und Konstruktion von Individuen und Gruppen.

Den Begriff »Rassenkonstruktion« benutze ich also, wenn soziale Beziehungen dadurch strukturiert werden, daß biologische Merkmale die Bedeutung bekommen, unterschiedliche soziale Gruppen zu konstruieren. Die zu Bedeutungsträgern werdenden Merkmale verändern sich historisch, und — obwohl es sich

gewöhnlich um sichtbare somatische Merkmale handelt — sind andere, nicht-sichtbare (behauptete und wirkliche) biologische Merkmale auch zu Bedeutungsträgern geworden. Der Begriff verweist also auf einen Vorgang der Kategorisierung und Repräsentation, in dem ein Anderer (normalerweise aber nicht ausschließlich) somatisch definiert wird. Die definierte Gruppe wird (implizit oder sogar explizit) für eine von Natur aus existierende Gruppe gehalten, die sich biologisch reproduziert und daher auch ein bestimmtes Muster der Geschlechterdifferenzierung einschließt (vgl. Billig 1976, 322ff.).

Die Konstruktion von »Rasse« ist ein dialektischer Prozeß der Bedeutungskonstitution. Wenn man ein reales oder vorgestelltes biologisches Merkmal zum Bedeutungsträger macht, um den Anderen zu definieren, unterwirft man das eigene Selbst notwendigerweise der Definition durch das gleiche Kriterium. Als die Griechen und Römer und später die europäischen Entdecker und Kaufleute die Afrikaner als »schwarz« definierten, definierten sie sich implizit als das entgegengesetzte Ende einer gemeinsamen Dichotomie oder eines Kontinuums, nämlich der Hautfarbe. Das »Schwarz-Sein« der Afrikaner widerspiegelte daher das »Weiß-Sein« der Europäer: Diese Gegensätze gehörten zusammen, jeder gab dem anderen seine Bedeutung innerhalb eines umfassenden Vorgangs der Bedeutungskonstitution. Das Selbst und der Andere waren daher gleichermaßen in eine gemeinsame (europäische) Bedeutungswelt eingeschlossen. Teilt der Andere diese Bedeutungswelt, dann wird er möglicherweise den Inhalt der »Rassenkonstruktion« zur Kennzeichnung des eigenen Selbst akzeptieren. Eine Periodisierung des Prozesses der Rassenkonstruktion würde das Aufkommen und den Gebrauch von »Rasse« als die zentrale, nicht aber als die einzige Phase seiner Geschichte bestimmen. Und obwohl die Vorstellung einer Hierarchie von »Rassen« in der offiziellen politischen Öffentlichkeit nicht mehr offen geäußert wird, ist die Auffassung nach wie vor weit verbreitet, daß »Rassen« als unterschiedliche biologische Gruppierungen existieren. Der Begriff der Rassenkonstruktion bezieht sich daher sowohl auf das Aufkommen der Vorstellung von »Rassen« als auch auf ihre fortdauernde Anwendung und Reproduktion.

Darüber hinaus beinhaltet die Konstruktion von Menschen als »Rassen« auch die Konstruktion von Prozessen, in die sie verwickelt sind, und von daraus resultierenden Strukturen und Institutionen als durch »Rasse« determinierte Prozesse und Strukturen. Werden zum Beispiel in der Gesetzgebung Menschen als »Rasse« definiert, so sind auch die Verhältnisse der Menschen untereinander, soweit sie durch Gesetze strukturiert sind, »rassisch« bestimmt (z.B. in Südafrika). Dasselbe geschieht aber auch, wo somatische Bedeutungen durch weniger formale Mechanismen konstituiert werden (z.B. wenn gefordert wird, daß »Schwarze« ausreichend in Entscheidungsstrukturen vertreten sein oder »Weiße« bei der Einwanderung bevorzugt werden sollten). Solche Prozesse haben eine lange Geschichte und finden sich in vorkapitalistischen wie in kapitalistischen Gesellschaften. Der jeweilige Inhalt dieses Prozesses und seine Konsequenzen (einschließlich seiner Verbindung mit politischen und ökonomischen Verhältnissen) kann nicht abstrakt bestimmt oder aus der Produktionsweise formal abgeleitet, sondern muß historisch untersucht werden (vgl. dazu Miles 1987a).

## Rassismus

Der zweite Schlüsselbegriff ist *Rassismus*. Seine junge Geschichte hat uns eine Vielzahl von Bedeutungen und Gebrauchsweisen beschert, die der Klärung bedürfen. Zunächst schlage ich vor, den Begriff ausschließlich auf ideologische Phänomene anzuwenden. Im zweiten Schritt werde ich die spezifischen Merkmale nennen, die vorhanden sein müssen, um seine Verwendung als Rassismus zu rechtfertigen.

Der Grund, warum sich dieser Begriff nur auf Ideologien beziehen sollte, ergibt sich aus der Voraussetzung, daß der analytische Wert eines Begriffs sich nach seiner Tauglichkeit zur Beschreibung und Erklärung gesellschaftlicher Prozesse bemißt. Wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe (1982, 1989), verringert ein inflationärer Gebrauch nicht nur die Erklärungskraft eines Begriffs, sondern untergräbt überhaupt die Bestimmtheit, mit der Aussagen gemacht werden können. Außerdem gibt es keinen notwendigen logischen Zusammenhang zwischen Kognition und Praxis. Die Fähigkeit, begriffliche Unterscheidungen zu treffen, ist nicht nur im Interesse einer theoretischen Genauigkeit notwendig, sondern auch, um potentiell erfolgreiche Interventionsstrategien formulieren zu können, mit denen sich rassistische Ideologien und die Benachteiligungen, die aus den dadurch ins Werk gesetzten Ausgrenzungen erwachsen, bekämpfen lassen.

Bevor ich mich der komplexen Dualität von Kognition und Praxis zuwende, muß zunächst der Begriff der *Ausschließungspraxis* geklärt werden, den ich benutze, um solche Fälle zu analysieren, in denen eine bestimmte Gruppe bei der Verteilung von Ressourcen und Dienstleistungen benachteiligt oder in der Hierarchie der Klassenpositionen unter- bzw. überrepräsentiert ist. Ein aktuelles britisches Beispiel wäre etwa die statistische Tatsache, daß männliche Jugendliche aus Westindien unter den Arbeitslosen überrepräsentiert (Newnham 1986, 17ff.), Frauen im Management unterrepräsentiert sind (Oakley 1981, 150ff.). Solche Ungleichheiten hinsichtlich Status und/oder Sozialleistungen setzen Entscheidungen und Prozesse voraus, bei denen Unterschiede zwischen Menschen gemacht werden. »Knappe« Ressourcen und Sozialleistungen sind die Grundlage für Diskriminierung und Ausgrenzung. Sie erfordern Entscheidungen über Wert und Berechtigung.

Der Begriff der Ausschließungspraxis meint also nur die konkreten Handlungen und Prozesse, ohne etwas über deren Ursache auszusagen. Dazu bedarf es zusätzlicher Untersuchungen. Der Begriff unterstellt z.B. nicht, daß Ausschließungspraxen, die die Erfahrungen und die gesellschaftliche Position von Personen aus der Karibik oder Asien bestimmen, teilweise oder ausschließlich darauf zurückzuführen sind, daß ihnen auf Grund ihrer Hautfarbe negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Das muß erst durch vergleichende Analysen nachgewiesen werden. Die hohen Arbeitslosenraten von Personen aus der Karibik oder aus Asien können zumindest teilweise das Ergebnis ihrer Überrepräsentation in besonders »rationalisierungsanfälligen« Beschäftigungssektoren sein und müssen nicht auf eine vorsätzliche Ausschließung auf Grund der Bedeutung somatischer Merkmale zurückgehen. Um der Gefahr monokausaler Erklärungen zu entgehen, sollte man, bis zum Beweis des Gegenteils, davon ausgehen, daß Aus-

schließungspraxen verschiedene Ursachen haben und nicht allein Ergebnis von Rassenkonstruktionen sind.

Zweitens bezieht sich der Begriff der Ausschließungspraxen sowohl auf vorsätzliche Handlungen wie auf ungewollte Folgen, die Strukturen der Ungleichheit schaffen. Sowohl Handlungen als auch deren Folgen müssen Individuen den freien Zugang zu bestimmten Sozialleistungen oder Positionen versperren oder zu ihrer Überrepräsentierung in negativ bewerteten Kategorien führen (z.B. werden sie öfter als andere von Polizeikontrollen angehalten und durchsucht). Aus Gründen analytischer Schärfe und um Interventionsstrategien entwickeln zu können, muß bestimmt werden, ob Ausschließungen ein vorsätzliches oder ungewolltes Resultat von Handlungen sind.

Drittens haben wir es mit einem dialektischen Verhältnis von Ausschließung und Einschließung zu tun, und zwar in doppelter Hinsicht: Ausschließungsprozesse, die beispielsweise Personen aus der Karibik oder aus Asien daran hindern, Lohnarbeit in Großbritannien zu finden, bestimmen zugleich implizit oder sogar explizit die Kriterien, nach denen andere dazugehören, also Zugang zur Lohnarbeit haben. Aktivitäten oder Prozesse der Einschließung, die z.B. dazu führen, daß die Kinder westindischer Eltern in »Sonderschulen« überrepräsentiert sind, waren gleichzeitig Aktivitäten oder Prozesse der Ausschließung dieser Kinder aus den »normalen« Schulen. In beiden Fällen sind Ausschließung und Einschließung verschiedene Momente ein und derselben Handlung oder eines einzigen Prozesses: Ausschließung ist zugleich Einschließung und umgekehrt.

Wenn wir den Rassismus-Begriff als ein Phänomen auf der Ebene der Repräsentation fassen, im Unterschied zu Ausschließungspraxen, was sind dann seine Hauptmerkmale? An anderer Stelle habe ich ausgeführt, daß Rassismus durch seinen ideologischen *Gehalt*, nicht durch seine *Funktion* definiert werden sollte (1989). Rassismus als Ideologie ist durch folgenden Gehalt bestimmt: 1) Gewissen biologischen Merkmalen wird eine Bedeutung zugeschrieben, wodurch sie zum Erkennungs-Zeichen bestimmter Gruppen werden. Status und Herkunft der Gruppen werden so als natürlich und unveränderlich vorgestellt, das Anderssein der Gruppe erscheint als eine ihr innewohnende Tatsache. Mit anderen Worten, es kommt zu einem Prozeß der Rassenkonstruktion. 2) Die so gekennzeichnete Gruppe muß mit zusätzlichen, negativ bewerteten (biologischen oder kulturellen) Merkmalen versehen und so dargestellt werden, als verursache sie negative Folgen für andere (vgl. Miles 1982, 78f.).

Die rassistische Ideologie hat eine Reihe zusätzlicher Merkmale. Weil sie einen Prozeß der Rassenkonstruktion voraussetzt, hat sie, erstens, einen dialektischen Charakter: In der Repräsentation des Anderen spiegelt sich zugleich das Bild des Selbst. Der Rassismus ist eine Repräsentationsform, die Gruppen von Menschen gegeneinander abgrenzt und zwangsläufig als eine Ideologie der Ein- und Ausschließung funktioniert. Aber anders als im Prozeß der Rassenkonstruktion, wo Personen etwa durch die Bedeutung der Hautfarbe zugleich ein- und ausgeschlossen werden, funktioniert der Rassismus als ein Spiegel, in dem die negativen Merkmale des Anderen als positive Merkmale des Selbst zurückgeworfen werden. Rassismus setzt also Rassenkonstruktion voraus, geht jedoch darüber hinaus, indem er explizit negativ bewertete Elemente benutzt.

Der Rassismus kann zweitens die Form einer relativ kohärenten Theorie annehmen, er kann eine logische Struktur aufweisen und Beweise anführen, die seine Annahmen stützen. Er tritt aber auch als weniger kohärente Ansammlung von Stereotypen, Bildern, Zuschreibungen und Erklärungen auf, die konstruiert und benutzt werden, um den Alltag zu bewältigen. Auf allzu viele Teilnehmer an der Debatte über die Natur des Rassismus als Ideologie üben die Schriften ihrer intellektuellen Kollegen eine unerschöpfliche Faszination aus, während sie über die Art, wie die Repräsentationen des Anderen im Alltagsleben der Arbeiterklasse geschaffen und reproduziert werden, fast nichts wissen. Das Schimpfwort »fucking black bastard« ist wohl kaum eine systematische theoretische Konstruktion. Nur weil es in einer Fabrik oder in einem Büro als Form der Ausgrenzung geprägt und benutzt wurde, um einen Anderen zu schaffen und zu erniedrigen, ist es nicht weniger rassistisch. Was den Rassismusbegriff zunächst am meisten einengte, war, daß er sich im wesentlichen auf Texte bezog. Das zeigte sich darin, daß er als Lehre gefaßt wurde. Historisch haben wir im Vergleich zu der Unmenge rassistischer Texte, die von Journalisten, Missionaren, pensionierten Offizieren, »Amateur«-Wissenschaftlern und Universitätsprofessoren produziert wurden, nur wenige Zeugnisse über Art und Ausmaß rassistischer Ideologien in der Arbeiterklasse.

Der Rassismus ist drittens *praktisch adäquat* (zur Diskussion dieses Begriffs vgl. Sayer 1979, 3-11), d.h. er reproduziert im Denken bestimmte beobachtbare Regularitäten und liefert eine kausale Erklärung dieser Beobachtungen. Diese Erklärung gilt als konsistent und wird als »Lösung« der wahrgenommenen Probleme vorgestellt. Versteht man »Rassismus« hauptsächlich als »Irrlehre«, verkennt man eine Existenzbedingung von Ideologien (die per definitionem zwar insgesamt eine falsche Erklärung geben, aber dennoch gewisse wahre Elemente enthalten können): Sie können erfolgreich als »Sinngabungsinstanz« wirksam sein, zumindest bei denjenigen, die diese Ideologien gebrauchen. Anders gesagt, die rassistische Ideologie kann beschreiben und erklären, wie der Lauf der Welt erfahren wird. Weil der Rassismus praktisch adäquat ist, variiert zumindest ein Teil seiner Inhalte mit der Klassenzugehörigkeit seiner Vertreter, denn die Art und Weise, wie die Welt erfahren wird, und die daraus entstehenden Probleme unterscheiden sich je nach Klassenzugehörigkeit. In vielen Arbeiterwohnvierteln in England fielen etwa der Niedergang kapitalistischer Produktion und der Verfall städtischer Infrastrukturen (beides unvermeidliche Folgen der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus) mit der Ankunft von Migranten aus der Karibik und dem indischen Subkontinent zeitlich zusammen. Während die Ursachen (im Gegensatz zu den Folgen), nämlich die sich verändernde Zusammensetzung und Mobilität des Kapitals sowie die Unfähigkeit des Kapitalismus, langfristig ausreichenden und angemessenen Wohnraum für die Arbeiterklasse bereit zu stellen, nicht unmittelbar sichtbar waren, galt und gilt für die Anwesenheit einer Bevölkerung, die schon historisch als minderwertige »Rasse« konstruiert worden war, das Gegenteil (vgl. Phizacklea u. Miles 1979; 1980, 173ff.).

Die Folge war, daß beide Ereignisse, der ökonomische Niedergang und die Einwanderung von Migranten, von einem Teil der einheimischen Arbeiterklasse als kausaler Zusammenhang erfahren wurde. So wurde ein reales Problem, der



fehlende Zugang zu materiellen Ressourcen und Sozialleistungen sowie die Suche nach einer Lösung und der Kampf um einen Ausweg, als »Rassenproblem« konstruiert. Die »Rasse«-Idee konstituiert Personen aus der Karibik und/oder aus Asien als illegitime und zu »uns« in Konkurrenz tretende Andere, deren Präsenz den Kampf um Wohnungen, Sozialeinrichtungen und Arbeit verursacht oder verschärft hat. Daraus wird dann, scheinbar logisch, gefolgert, daß die Probleme durch den Ausschluß der Anderen gelöst werden könnten. Um den Rassismus der Arbeiterklasse zu erklären, ist es deshalb nicht nötig, sich auf eine kapitalistische Verschwörung zu berufen oder auf die Existenz einer kleinen Minderheit »böser« Männer, die Hitlers Geburtstag feiern und Juden und »schwarze Dämonen« beschwören: Ein entscheidender Teil der Erklärung liegt vielmehr darin, daß Teile der Arbeiterklasse versuchen, sich die Welt so zu erklären, wie sie von ihnen unmittelbar erfahren wird.

Diese Ergebnisse untermauern empirisch die von Hall entwickelte Theorie, daß Rassismus in der Arbeiterklasse eine Form der Repräsentation ist, in der Teile dieser Klasse ihre Erfahrungen mit der kapitalistischen Produktionsweise leben (1980, 341). Allgemein bestätigen sie, daß Rassismus nicht aus

»einer Ansammlung falscher Wahrnehmungen besteht. (...) Er entspringt konkreten Problemen verschiedener Klassen und Gruppen in der Gesellschaft. Rassismus ist der Versuch, diese Bedingungen, Widersprüche und Probleme ideologisch so zu konstruieren, daß man mit ihnen umgehen und zugleich von ihnen ablenken kann.« (Hall 1978, 35)

Mit anderen Worten, Rassismus kann der Welt erfolgreich einen (wenn auch falschen) Sinn geben und so verschiedenen Sektoren verschiedener Klassen eine politische Strategie liefern. Insofern der Rassismus ein aktiver Versuch ist, eine spezifische Verbindung ökonomischer und politischer Beziehungen zu verstehen, diese Beziehungen daher seine Ursache sind, sollten Strategien zur Bekämpfung von Rassismus sich weniger ausschließlich darauf konzentrieren, diejenigen, die rassistisch argumentieren, davon zu überzeugen, daß sie »Unrecht« haben, sondern mehr darauf, diese spezifischen Verhältnisse zu verändern.

Viertens läßt sich mit dem Rassismusbegriff, wie bereits erwähnt, kein konkreter, historisch bestimmter Gehalt fassen, sondern die allgemeinen Merkmale bestimmen, die ein Diskurs aufweisen muß, um als rassistisch definiert werden zu können. Anders gesagt, »Rassismus« ist keine einmalige, statische Ideologie, die sich an Hand spezifischer Vorstellungen, Bilder und Stereotypen identifizieren ließe. Empirisch »hat es viele Rassismen gegeben, wobei jeder historisch spezifisch und in unterschiedlicher Weise mit den Gesellschaften verknüpft war, in denen er aufgetreten ist« (Hall 1978, 26; vgl. auch 1980, 342). Um auf die wenigen Forschungen zum Rassismus der Arbeiterklasse zurückzukommen: In unserer Untersuchung zum Rassismus der Londoner Arbeiterklasse in den siebziger Jahren haben Annie Phizacklea und ich die Spezifik dieser Ideologie herausgearbeitet, wobei etwa die relative Bedeutungslosigkeit von Stereotypen aus der britischen Kolonialgeschichte auffallend war (Phizacklea u. Miles 1979, 97f., 119f.; 1980, 173f.). Zwar existierte beispielsweise das Bild des »wilden Schwarzen«, das zuweilen den Kontext für andere Artikulationen abgab. Sein Erklärungswert für ökonomische und politische Realitäten, für den Mangel an Wohnungen und Sozialeinrichtungen im London der siebziger Jahre war indes gering.

In dem von uns herausgearbeiteten Rassismus diente die Hautfarbe der Identifikation des Anderen, von dem behauptet wurde, er hätte einen bevorzugten und nicht legitimen Zugang zu knappen Ressourcen (vgl. Miles u. Phizacklea 1979, III).

Rassismen unterscheiden sich also in mehreren Hinsichten voneinander: Bezüglich der Gruppe, die Objekt des Rassismus ist; der natürlichen Merkmale, die eine Bedeutung bekommen; der Charakteristika, die einer Gruppe zugeschrieben und negativ bewertet werden — alle diese Gesichtspunkte unterliegen historischen Veränderungen. Aber sie sind nicht historisch zufällig. Obwohl es wichtig ist, die sich verändernden Inhalte des Rassismus zu erkennen und seine Flexibilität zu erklären, gibt es auch bestimmte historische Kontinuitäten. So ist z.B. die europäische Repräsentation des Afrikaners über einen langen Zeitraum hinweg gleich geblieben. Verschiedene Rassismen sind nicht notwendig unabhängig voneinander, sie werden nicht immer vollständig neu geschaffen. Jeder Fall von Rassismus wird ein Produkt sowohl der Bearbeitung einiger historisch früherer als auch der Schaffung neuer Elemente sein.

Den Rassismus-Begriff benutze ich demgemäß, um eine bestimmte Form (wertender) Darstellung als Bestandteil eines umfassenderen Prozesses (deskriptiver) Rassenkonstruktion zu fassen. Als eine Form der Darstellung ist Rassismus analytisch unterscheidbar von Ausschließungspraxen. Eine solche Unterscheidung ist grundlegend, weil sie die Erklärung, warum als »Rasse« konstruierte Bevölkerungsgruppen in gegenwärtigen und vergangenen Gesellschaftsformationen benachteiligte Positionen einnehmen, nicht vorwegnimmt. Ausschließungspraxen können teilweise oder ganz durch Rassismus verursacht sein, aber das muß jeweils gezeigt und darf nicht von vornherein unterstellt werden.

### Institutioneller Rassismus

Dieser dritte Schlüsselbegriff läßt sich in zwei Fällen anwenden: Erstens in solchen, in denen Ausschließungspraxen aus einem rassistischen Diskurs entstanden sind und ihn daher voraussetzen, aber nicht mehr ausdrücklich mit ihm gerechtfertigt werden. Zweitens in Fällen, in denen ein explizit rassistischer Diskurs modifiziert wird, so daß der offen rassistische Inhalt eliminiert ist, andere Worte aber die ursprüngliche Bedeutung transportieren. In beiden Fällen bleibt der rassistische Diskurs unausgesprochen, ist aber in den Ausschließungspraxen oder im Gebrauch des neuen Diskurses enthalten. Der Begriff »institutioneller Rassismus« bezieht sich also nicht auf Ausschließungspraxen *per se*, sondern nur auf solche, die durch einen nun abwesenden rassistischen Diskurs gerechtfertigt oder in Gang gesetzt wurden, der mithin durch diese Praxen institutionalisiert worden ist. Will man also das Vorhandensein von institutionellem Rassismus erfassen, muß man auf die Geschichte des Diskurses rekurrieren und zeigen, daß vor dem Schweigen ein rassistischer Diskurs existierte.

Beide Formen des institutionellen Rassismus können an einem britischen Beispiel illustriert werden. Die erste läßt sich am Einwanderungsgesetz zeigen (vgl. Macdonald 1983). Keines der Einwanderungsgesetze nach 1945 bedient sich eines explizit rassistischen Diskurses: Sie beziehen sich nicht ausdrücklich auf »schwarze« Personen, und sie enthalten keine Aussagen, in denen versucht wird,

andere Personen auszuschließen, die als andere »Rasse« definiert werden (im Gegensatz etwa zu der *Special Restriction Order* von 1925, in der von »farbigen fremden Seeleuten« die Rede ist). Untersuchen wir aber den politischen Kontext, in dem die Gesetze verabschiedet wurden, zeigt sich die rassistische Ideologie, und ihre rassistischen Ziele werden erkennbar.

In den späten vierziger und den frühen fünfziger Jahren gab es in der britischen Regierung geheime Überlegungen, ob Gesetze verabschiedet werden sollten, um das Recht »farbiger« Commonwealth-Mitglieder auf Einreise und Niederlassung in Großbritannien zu unterlaufen. In den späten fünfziger Jahren mehrten sich die Forderungen von Politikern (besonders 1958 nach Angriffen auf Personen aus der Karibik) nach einer Beschränkung des Einwanderungsrechts, weil »Farbige« angeblich eher zur Kriminalität und zu ansteckenden Krankheiten neigten. Der zunehmende öffentliche Druck, wegen der angeblich negativen Konsequenzen für die Wohnungslage und für die staatlichen Sozialeinrichtungen die Einwanderung »Farbiger« zu beschränken, sowie die wachsende Unterstützung solcher Forderungen durch Parlamentsmitglieder reichten der konservativen Regierung 1962 aus, um die schon zehn Jahre zuvor angestrebten Gesetze zu erlassen (vgl. Joshi u. Carter 1984; Miles u. Phizacklea 1984). Alle nachfolgenden Gesetze dienten der Absicht, die im Gesetz von 1962 festgelegten Ziele effektiver zu erreichen. Zum Beispiel wurde den »farbigen« Paßinhabern des Vereinigten Königreichs 1968 durch raffinierte juristische Methoden das Recht genommen, nach Großbritannien einzureisen, während das Einwanderungsgesetz 1972 das Recht auf Einreise und Niederlassung auf einige Millionen »weiße« Personen ausdehnte.

Die staatliche Legitimierung dieser Gesetzgebung war selbst ein herausragendes Beispiel für einen rassistisch konstituierten Diskurs. Es hieß, »strikte Einwanderungskontrollen sind nötig, um gute Beziehungen zwischen den »Rassen« (race relations) zu gewährleisten«. Diese Maxime unterstellte, es gäbe auf Grund der Einwanderung in Großbritannien verschiedene »Rassen«, und die Zahl der Angehörigen dieser neu angekommenen »Rassen« müsse begrenzt werden, damit diese konfliktfrei koexistieren könnten. In den Worten des Weißbuches der Regierung hörte sich das so an:

»Die Präsenz ... von fast einer Million Einwanderern aus dem Commonwealth mit unterschiedlichem sozialen und kulturellen Hintergrund verursacht eine ganze Reihe von Problemen und schafft soziale Spannungen in den Gebieten, in denen sie sich konzentriert haben.« (*Immigration from the Commonwealth*, 1965)

Die Präsenz der Einwanderer war also die Ursache des Problems, das nur zu lösen ist, »wenn sich harmonische Beziehungen zwischen den verschiedenen Rassen, aus denen unsere Gesellschaft heute besteht, entwickeln können«. Der die Gesetzgebung legitimierende und gleichzeitig mit ihr auftauchende Diskurs unterstrich ausdrücklich die Strategie, bestimmten »Rassen« das Einreiserecht zu verweigern, weil *deren Anwesenheit* soziale Probleme schuf.

Dieses Prinzip wird durch den zweiten Fall eines institutionellen Rassismus veranschaulicht: Der rassistische Diskurs ist in einem scheinbar nicht rassistischen Diskurs enthalten. In den fünfziger Jahren waren die für ein Einwanderungsgesetz eintretenden Abgeordneten ziemlich offen und forderten, das Gesetz

solle ausschließlich für »farbige Personen« gelten. Aber auf Grund des (berechtigten) Rassismusvorwurfs sind solche expliziten Stellungnahmen in den offiziellen Reden der Politiker seltener geworden. Immer häufiger wird lediglich von der Notwendigkeit »striktier Einwanderungskontrollen« gesprochen. Berücksichtigt man aber, daß in der ursprünglichen Agitation explizit von »farbigen Einwanderern« die Rede gewesen war, deren Anwesenheit angeblich problematisch sei, und daß nach wie vor behauptet wird, durch Einwanderung entstehe ein Problem der »Rassenbeziehungen«, so wird man zu dem Schluß kommen, daß die neutraler klingenden Begriffe »Einwanderer« und »Einwanderung« Träger impliziter Bedeutungen bzw. eines darunter liegenden Textes sind. Letztlich versteht man unter Einwanderern »farbige« Einwanderer. Ein interessanter Fall einer solchen Kodierung sind die in den sechziger Jahren durchgeführten Meinungsumfragen zum Thema »Rückführung«: in ihnen ist abwechselnd von »Einwanderern« und von »farbigen Einwanderern« die Rede (vgl. Miles 1988). Der Begriff des institutionellen Rassismus bezieht sich also auf Fälle, in denen Rassismus in Ausschließungspraxen oder in einen formal nicht-rassistischen Diskurs eingebunden ist. In beiden Fällen muß der bestimmende Einfluß des Rassismus erst nachgewiesen werden.

### **Ideologische Artikulation**

Unter diesem Begriff verstehe ich, daß Ideologien inhaltliche Elemente oder ein allgemeiner Gegenstand gemeinsam sind, so daß sie zueinander in Beziehung treten bzw. so formuliert werden können, daß Elemente der einen in die andere eingebaut sind. Dieser Begriff hebt also hervor, daß Ideologien sich überschneiden und aneinander angrenzen.

Ein zentrales Merkmal, das der Rassismus mit anderen Ideologien teilt, ist die falsche Behauptung, es gäbe eine natürliche Aufteilung der Menschen in Gruppen mit jeweils angeborenen Unterschieden, die daher notwendigerweise die jeweilige soziale Organisation bestimmten. Daraus wird wiederum gefolgert, bestimmte Institutionen und Prozesse seien zeitlos und unveränderbar. Macht wird als eine vom Menschen unabhängige Determinante sozialer Verhältnisse dargestellt. Dies führt zur Verdinglichung der von Menschen geschaffenen und reproduzierten Prozesse und Institutionen: Sie werden als »bloße Dinge« widerspiegelt, die Macht über Menschen haben (MEW 25, 838).

Die zwei wichtigsten Ideologien, mit denen sich der Rassismus verknüpft, sind Sexismus und Nationalismus. Beide basieren auf einem Prozeß der Bedeutungskonstitution und können zur Begründung von Aus- und Einschließungspraxen benutzt werden. Im Falle des Sexismus werden wirkliche biologische Geschlechtsmerkmale als absolute Unterschiede gekennzeichnet und deterministisch mit einer Reihe zusätzlicher (wirklicher oder behaupteter) biologischer und kultureller Merkmale verbunden, wodurch zwei grundverschiedene Kategorien von Menschen geschaffen werden: Männer und Frauen. Der Geschlechtsunterschied wird zur Basis für die Konstruktion eines sozialen Geschlechts. Aus den angeblich angeborenen verschiedenen Eigenschaften von Frauen und Männern werden unterschiedliche Formen und Grade der Beteiligung an ökonomischen

und politischen Prozessen abgeleitet. Eine sexistische Argumentationsweise behauptet darüber hinaus, diese angeblichen Unterschiede erklärten und rechtfertigten die Behandlung von Frauen als minderwertige Personen.

Eine Basis für die Verbindung von Rassismus und Sexismus ist die biologische Fähigkeit von Frauen, Kinder zu bekommen. In vielen Fällen hat diese Fähigkeit dazu geführt (und tut es noch immer), Frauen auf die Aufgabe der Kindererziehung festzulegen und sie aus den meisten ökonomischen und politischen Aktivitäten auszuschließen. Frauen wurden als Gebärmaschinen dargestellt, und es wurde alles getan, um diese Festlegung zu zementieren. Daraus ergibt sich eine bezeichnende Verknüpfung mit dem Prozeß der Rassenkonstruktion, denn die biologische Reproduktion gibt ja die entscheidende Grundlage für die Reproduktion der »Rasse« ab. Wo Migranten als »Rasse« konstruiert wurden, formulierten sowohl Mitglieder der herrschenden wie der beherrschten Klassen im Interesse einer sogenannten »Verhinderung von Rasseverfall« ihre äußerste Besorgnis über die Folgen der Migration für die einheimischen Frauen.

Die praktischen Konsequenzen sind vielfältig: Wo Migranten rekrutiert wurden, um einen vorübergehenden Arbeitskräftemangel zu decken, beschäftigte man nur alleinstehende Männer auf Basis besonderer Verträge. Frauen wurden ausgeschlossen, um die Ansiedlung und Reproduktion einer »minderwertigen Rasse« zu verhindern. Wo eine Kolonialmacht bemüht war, sich als herrschende »Rasse« zu konstituieren und zu reproduzieren, wurde die Einwanderung von Frauen derselben »Rasse« gefördert, um durch höhere Geburtenraten einen Bevölkerungszuwachs der Kolonisatoren zu bewirken (vgl. MacKenzie 1984, 160). Beide Formen dieser Verknüpfung von Rassismus und Sexismus kamen im 19. Jahrhundert in Australien vor, wo die Kolonisierung als ein männliches Projekt dargestellt wurde (vgl. de Lepervanche 1987; Evans 1975, 10).

Auch der Verknüpfung von Rassismus und Nationalismus wurde wenig Aufmerksamkeit zuteil, obwohl es Anzeichen für ein wachsendes Interesse gibt (z.B. Nairn 1981; Anderson 1988; Miles 1987c). Die Ideologie des Nationalismus unterstellt ebenfalls eine natürliche Aufteilung der Weltbevölkerung in verschiedene Gruppen, die jeweils verschiedene kulturelle Profile haben und deren Fähigkeiten, einen eigenen Nationalstaat auf einem bestimmten Territorium zu errichten, demzufolge auch verschieden sind. Diese Ideologie entstand Ende des 18. Jahrhunderts und war eng verknüpft mit dem politischen Widerstand gegen monarchistische und aristokratische Regierungsformen in Europa (vgl. Smith 1983, 23; Kedourie 1985, 9ff.). Sie postuliert, »Nationen« seien universale Einheiten, jede mit ihrem eigenen Charakter und Schicksal. Und weil jede »Nation« als Einheit definiert ist, die sich selbst reproduzieren kann, unterstellt sie die Existenz von Frauen und Männern. Folglich gibt es eine Basis für die Verknüpfung von Nationalismus und Sexismus. Um die enge Entsprechung von Nationalismus und Rassismus als den offiziellen Ideologien des 19. Jahrhunderts zu zeigen, habe ich Andersons Vorschlag (1983, 15ff.) aufgegriffen, die »Nation« als *imaginierte Gemeinschaft* zu verstehen: »Wie 'Nationen', so werden auch 'Rassen' imaginiert, in dem doppelten Sinne, daß sie keine biologische Grundlage haben und daß die durch Bedeutungskonstitution dazugehörenden Mitglieder sich niemals alle kennen können, sich aber dennoch einbilden, ein kameradschaftlicher Verbund zu sein. Darüber hinaus werden sie als begrenzt vorgestellt, d.h. es werden Grenzen wahrgenommen, jenseits derer andere 'Rassen' existieren.« (Miles 1987b, 26f.)

Sowohl »Nationen« als auch »Rassen« sind also »ein Produkt menschlicher Erfindung« (Hobsbawm 1983, 13f.). Vorstellungen von »Rasse« und »Nation« sind klassen- und geschlechterübergreifende Formen der Kategorisierung mit einem beträchtlichen Artikulationspotential. Durch die Entwicklung des »wissenschaftlichen« Rassismus wurden diese Möglichkeiten seit dem 18. Jahrhundert noch erweitert. In seiner extremsten Form vertrat dieser Rassismus die Auffassung, das kulturelle Vermögen und die historische Entwicklungsfähigkeit seien durch die »Rasse« bestimmt, jede »Nation« daher Ausdruck der jeweiligen biologisch determinierten Fähigkeiten. In dieser Artikulation waren »Rasse« und »Nation« identisch (vgl. Gobineau 1970, 164).

Daraus kann aber nicht geschlossen werden, daß es eine enge logische Verknüpfung zwischen Nationalismus und Rassismus gibt, und daß es in jedem historischen Fall zu einer solchen kommt. Diese Ideologien sind keine autonomen Kräfte, sondern werden im Zusammenspiel komplexer, historisch bedingter ökonomischer und politischer Verhältnisse hervorgebracht und reproduziert. Die Verknüpfung von Nationalismus und Rassismus ist nur eine Möglichkeit, ihre Realisierung hängt von besonderen historischen Umständen ab. Der Begriff der ideologischen Artikulation lenkt die Aufmerksamkeit auf das Umfeld der rassistischen Ideologie. Auf Grund des inflationären Gebrauchs des Begriffs Rassismus ist diese Sichtweise besonders wichtig. Im Gegensatz zu einigen Autoren, die den Begriff ständig ausgeweitet haben, bis er Diskurse umfaßte, die ursprünglich als Nationalismus und Sexismus verstanden wurden, schlage ich vor, mehr Aufmerksamkeit auf die Formen zu verwenden, in denen sich Rassismus mit anderen Ideologien verbindet.

Um den inflationären Gebrauch des Rassismusbegriffs zu verhindern, habe ich versucht, ihn in einen Rahmen verwandter Begriffe einzubauen und ihn enger als Ideologie zu fassen. Da ich den Schwerpunkt auf Prozesse der Bedeutungskonstitution und Repräsentation lege, läßt sich meine Argumentation mit sehr unterschiedlichen Theorietraditionen verknüpfen: mit Anhängern von Max Weber wie z.B. Rex und mit marxistischen Kulturtheoretikern wie Hall, mit dem ich der Ansicht bin, daß der Rassismus-Begriff eine bestimmte Ideologie bezeichnet. Um die Reproduktion des Rassismus zu verstehen, konzentriere ich folglich mein Interesse auf die Reproduktion von Bedeutungen, und damit auf die Analyse von Kommunikationssystemen. Gerade im Kontext einer nachkolonialen und nachfaschistischen Ära, in der der Wunsch vorherrscht, Absichten zu verschleiern, ermöglicht der hier vorgeschlagene begriffliche Rahmen eine differenziertere Analyse als dies bei einer nachlässigen oder undefinierten Verwendung des Rassismusbegriffs möglich wäre.

*Aus dem Englischen von Nora Räthzel*

## Literaturverzeichnis

- Anderson, B., 1988: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt/M.  
 Banton, M., 1983: Racial and Ethnic Competition. Cambridge  
 ders., 1987: Racial Theories. Cambridge  
 Billig, M., 1976: Social Psychology and Intergroup Relations. London

- Evans, R., 1975: *Race Relations in a Colonial Setting*. In: R. Evans, K. Saunders und K. Cronin: *Exclusion, Exploitation and Extermination: Race Relations in Colonial Queensland*. Sydney
- Fanon, F., 1969: *Die Verdammten dieser Erde*. Reinbek
- Gobineau, A., 1970: *Essay on the Inequality of the Human Races*. In: M. Biddiss (Hrsg.): *Gobineau: Selected Political Writings*. London
- Guillaumin, C., 1980: *The Idea of Race and its Elevation to Autonomous Scientific and Legal Status*. In: UNESCO: *Sociological Theories: Race and Colonialism*. Paris
- Hall, S., 1978: *Racism and Reaction*. In: Commission for Racial Equality. *Five Views of Multi-Racial Britain*. London
- ders., 1980: *Race, Articulation and Societies Structured in Dominance*. In: UNESCO: *Sociological Theories: Race and Colonialism*. Paris
- Hirschfeld, M., 1938: *Racism*. London
- Hobsbawm, E., 1983: *Introduction: Inventing Traditions*. In: ders. und T. Ranger (Hrsg.): *The Invention of Tradition*. Cambridge
- Jones, J.S., 1981: *How Different are Human Races?* In: *Nature* 293, 188ff.
- Joshi, S., und B. Carter, 1984: *The Role of Britain in the Creation of a Racist Britain*. In: *Race and Class* 25(3), 53ff.
- Kamin, L.J., 1977: *The Science and Politics of I.Q.* Harmondsworth
- Kedourie, E., 1985: *Nationalism*. London
- Lecourt, D., 1980: *Marxism as a Critique of Sociological Theories*. In: UNESCO: *Sociological Theories: Race and Colonialism*. Paris
- Lepervanche, M. de, 1987: *Racism and Sexism in Australian National Identity*. Mimeopaper read in Department of Sociology, University of Glasgow
- Mackenzie, J.M., 1984: *Propaganda and Empire: The Manipulation of British Public Opinion, 1880-1960*. Manchester
- MEW = Marx-Engels-Werke, 1958ff: *Das Kapital*, Bd.3. Berlin/DDR
- Miles, R., 1982: *Racism and Migrant Labour: A Critical Text*. London
- ders., 1987a: *Capitalism and Unfree Labour: Anomaly or Necessity?* London
- ders., 1987b: *Recent Marxist Theories of Nationalism and the Issue of Racism*. In: *British Journal of Sociology* 38(1), 24ff.
- ders., 1987c: *Racism and Nationalism in Britain*. In: C. Husband (Hrsg.): *»Race« in Britain: Continuity and Change*. London
- ders., 1988: *Beyond the »Race« Concept: The Reproduction of Racism in England*. In: M. de Lepervanche und G. Bottomley (Hrsg.): *The Cultural Construction of Race*. Sydney
- ders., 1989: *Racism*. London
- ders., und A. Phizacklea, 1984: *White Man's Country: Racism and British Politics*. London
- Montagu, A. (Hrsg.), 1964: *The Concept of Race*. New York
- ders., 1972: *Statement on Race*. London
- Nairn, T., 1981: *The Break-Up of Britain*. London
- Newnham, A., 1986: *Employment, Unemployment and Black People*. London
- Oakley, A., 1981: *Subject Women*. Oxford
- Omi, M., und H. Winant, 1986: *Racial Formation in the United States: From the 1960s to the 1980s*. New York
- Phizacklea, A., und R. Miles, 1979: *Working Class Racist Beliefs in the Inner City*. In: R. Miles und A. Phizacklea (Hrsg.): *Racism and Political Action in Britain*. London
- dies., 1980: *Labour and Racism*. London
- Potter, J., und M. Wetherhall, 1987: *Discourse and Social Psychology: Beyond Attitudes and Behaviour*. London
- Reeves, F., 1983: *British Racial Discourse: A Study of British Political Discourse About Race and Race-Related Matters*. Cambridge
- Rex, J., 1986: *Race and Ethnicity*. Milton Keynes
- Rose, S., u.a. (Hrsg.), 1984: *Not In Our Genes: Biology, Ideology and Human Nature*. Harmondsworth
- Sayer, D., 1979: *Marx's Method: Ideology, Science and Critique in »Capital«*. Brighton
- Smith, A.D., 1983: *Theories of Nationalism*. London

---

# Ausländerfeindlichkeit in der BRD



## Theorien über Rassismus

Hrsg. von Otger Atrata,  
Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht  
und Cornelia Wolf

Die Aufsätze dieses Bandes — aktuelle Beiträge zu den unterschiedlichen Aspekten von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der BRD — sind aus einer 1988 in Tübingen abgehaltenen Veranstaltungsreihe hervorgegangen.

Die Autoren arbeiten heraus, welche Funktionen rassistische und ausländerfeindliche Vorurteile für die Reproduktion und Absicherung von Herrschaftsverhältnissen und für deren Verankerung im ökonomischen und politischen System unserer Gegenwartsgesellschaft haben. Das Problemfeld »Ausländerfeindlichkeit und Rassismus« ist nicht nur einzig auf das Phänomen Nationalismus zu reduzieren.

Aufgezeigt wird vielmehr, daß Rassismus und Ausländerfeindlichkeit für die in ihrer Lebensrealität eingeschränkten Menschen subjektiv durchaus nützlich und sinnvoll sein können.

Subjektiv-funktionale Motive greifen immer dann, wenn es um Ausgrenzung geht: sich nicht »normgerecht« Verhaltende werden von der Mehrheit zur Ordnung gerufen, einer Mehrheit, die sich auf eben diese Weise der Ordnung vergewissert, der sie sich selbst unterworfen hat.

Zu den Beiträgen: W. Ruf untersucht die ökonomische, U. Osterkamp die psychologische, W. Eiferding die ideologiekritische Dimension des Themas. H. Melber stellt einen Zusammenhang zum Kolonialismus her. Konsequenzen für das eigene politische Verhalten und daraus sich ableitende Strategien erörtert J. Klose für den Gewerkschaftsbereich. A. Kalpaka und N. Rähzel untersuchen den alltäglichen Rassismus von rechts und links. G. Geiger entwickelt die Perspektive einer multikulturellen Gesellschaft.

Mit diesem Band ist ein erster, wichtiger Schritt getan — auf dem Weg zur Untersuchung eines spezifisch deutschen, neuen Rassismus.

AS 164, ca. 170 S., DM 18,50  
(DM 15,50 für Stud.)

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

30 Jahre Argument



Etienne Balibar

## Gibt es einen »neuen Rassismus«?\*

Wieweit ist es heute angebracht, von einem »neuen Rassismus« zu sprechen? Das aktuelle Geschehen, dessen Formen von Land zu Land etwas verschieden ausfallen, aber doch deutlich erkennen lassen, daß es sich um ein transnationales Phänomen handelt, zwingt uns dazu, diese Frage zu stellen. Allerdings können dieser Frage zweierlei Bedeutungen gegeben werden: Einerseits die, ob wir heute vor einer historischen *Erneuerung* der rassistischen Politiken und Bewegungen stehen, die ihre Erklärung in einer Krisenlage oder etwa auch in anderen Ursachen findet, andererseits die, ob es sich hinsichtlich der von ihm besetzten Themen und seiner gesellschaftlichen Bedeutung um einen *neuen* Rassismus handelt, der sich nicht auf die früher aufgetretenen »Modelle« reduzieren läßt. Ich werde im Folgenden vor allem der Frage in der zweiten Bedeutung nachgehen.

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß die Hypothese, es handle sich um einen »neuen Rassismus« — jedenfalls in bezug auf Frankreich — zunächst aus einer immanenten Kritik der *Theorien*, der Diskurse, entwickelt worden ist, die auf der Ebene einer Anthropologie oder einer Geschichtsphilosophie dazu beitragen, eine Politik der Ausgrenzung zu legitimieren. Dabei ist nur wenig Mühe darauf verwandt worden, eine Verbindung zwischen der Neuartigkeit der vorgebrachten Thesen und dem neuen Charakter der politischen Situationen bzw. den gesellschaftlichen Veränderungen herzustellen, die dazu geführt haben, daß diese neuen Thesen überhaupt »greifen«. Ich werde im folgenden die These vertreten, daß die theoretische Dimension des Rassismus heute wie damals zwar historisch relevant, aber weder eigenständig noch primär ist. Der Rassismus gehört vielmehr — als ein wahrhaft »totales soziales Phänomen« — in den Zusammenhang einer Vielzahl von Praxisformen (zu denen Formen der Gewaltanwendung ebenso gehören wie Formen der Mißachtung, der Intoleranz, der gezielten Erniedrigung und der Ausbeutung) und von Diskursen und Vorstellungen, die nichts weiter darstellen als intellektuelle Ausformulierungen des Phantasmas der Segregation bzw. der Vorbeugung (d.h. die Notwendigkeit, den Gesellschaftskörper zu reinigen, die Identität des »eigenen Selbst« bzw. des »wir« vor jeder Promiskuität, jeder »Mestizierung« oder auch jeder »Überflutung« zu bewahren) und die sich um die stigmatisierenden Merkmale des radikal »Anderen« (Name, Hautfarbe, religiöse Praxisformen) herum artikulieren. Im Rassismus geht es demgemäß darum, Stimmungen, Gefühle, zu organisieren (deren zwanghaften Charakter, aber auch deren »irrationale« Ambivalenz die Psychologen vielfach beschrieben haben), indem sowohl ihre »Objekte«, als auch ihre »Subjekte« stereotypisiert werden. Aus eben dieser Kombination unterschiedlicher Praxisformen, Diskursformen und Vorstellungen in einem ganzen Netz von Gefühlsstereotypen läßt sich die Herausbildung einer rassistischen *Gemeinschaft*

\* Y'a-t-il un »néo-racisme«?, in: Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein, Race, Nation, Classe. Les identités ambiguës, Paris 1988, 27-41. Mit freundlicher Genehmigung von Autor und Verlag, der uns bittet, darauf hinzuweisen, daß die deutschen Rechte für das Buch noch frei sind.

erklären (oder auch einer Gemeinschaft von Rassisten, zwischen denen aus wechselseitigem Abstand wirksame »Nachahmungs«-Verbindungen bestehen) sowie auch die Art und Weise, wie sich gleichsam spiegelbildlich die Individuen und Kollektive, die dem Rassismus ausgesetzt sind (also dessen »Objekte«), dazu gezwungen sehen, sich selbst als eine Gemeinschaft wahrzunehmen.

Wie allumfassend dieser Zwang auch sein mag, *für seine Opfer* bleibt er offenbar dennoch immer als Zwang wahrnehmbar: Weder kann er ohne Konflikte verinnerlicht werden — wir sollten Albert Memmi (1987) erneut lesen —, noch den Widerspruch auslöschen, daß kollektiven Zusammenhängen eine Gemeinschaftsidentität zugeschrieben wird, ihnen aber zugleich das Recht bestritten wird, sich selbst zu definieren — lesen wir doch auch wieder bei Fanon (1969) nach! Dieser Zwang, sich als Gemeinschaft wahrzunehmen, hebt auch nicht den in den Handlungen, Diskursen, Theorien und Rationalisierungen [der Rassisten; Anm.d.Übers.] entalteten Überschuß an Gewaltsamkeit auf. Aus der Perspektive seiner Opfer besteht also eine wesentliche Asymmetrie des rassistischen Komplexes, die den Taten und dem Übergang zur Tat einen unbestreitbaren Primat über die Lehren verleiht — wobei als Taten natürlich nicht nur physische Gewalttaten und Diskriminierungen zu begreifen sind, sondern auch durchaus Worte, die durch Worte ausgeübte Gewalt in Form von Verachtung und Aggression. Dies führt uns zunächst dazu, die Veränderungen in der Lehre und der Sprache [der Rassisten; Anm.d.Übers.] zu relativieren: Muß man solchen Rechtfertigungen, die immer dieselbe Struktur bewahren (die Struktur, jedes Recht zu verweigern), auch wenn sie aus der Sprache der Religion in die der (Natur-)Wissenschaft oder aus der Sprache der Biologie in die der Kultur und der Geschichte überwechseln, solange sie zu denselben Taten führen, überhaupt eine derartige Bedeutung zuschreiben?

Diese Bemerkung ist durchaus richtig, sie ist sogar von zentraler Bedeutung — aber sie beseitigt noch nicht das Problem. Denn eine Zerstörung des Rassismus setzt nicht nur voraus, daß dessen Opfer dagegen revoltieren, auch die Rassisten selbst müssen sich verändern. Dementsprechend muß es zu einer *Zersetzung der rassistischen Gemeinschaft von innen heraus* kommen. Dies läßt sich mit der Bekämpfung des Sexismus vergleichen, dessen Überwindung zugleich die Revolte der Frauen und die Zersetzung der Gemeinschaft der »Männchen« erfordert. Nun sind aber die rassistischen Theorien für die Herausbildung dieser Gemeinschaft unverzichtbar. *Es gibt in der Tat ohne Theorie(n) keinen Rassismus.* Es wäre ganz und gar müßig, sich zu fragen, ob die rassistischen Theorien eher von den Eliten oder von den Massen kommen, aus den herrschenden oder aus den beherrschten Klassen kommen. Es liegt dagegen auf der Hand, daß sie jedenfalls von Intellektuellen »rationalisiert« werden. Es ist äußerst wichtig, sich die Frage zu stellen, welche Funktion die theoretischen Ausarbeitungen des Rassismus (deren Prototyp die evolutionistische Anthropologie der »biologischen Rassen« darstellt, wie sie sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet hat) für die Verfestigung der Gemeinschaft haben, die sich um den Signifikanten der »Rasse« herum bildet.

Diese Funktion scheint mir nicht ausschließlich in der allgemeinen Fähigkeit zur Organisierung der intellektuellen Rationalisierungen (was Gramsci als deren »Organizität« bezeichnet hat und Auguste Comte als deren »geistige Macht«) zu

bestehen und auch nicht in der Tatsache, daß die Theorien des Rassismus ein Bild einer Gemeinschaft, einer auf der Herkunft beruhenden Identität ausarbeiten, in dem sich Individuen aus allen Klassen wiedererkennen können. Sie liegt vielmehr in der Tatsache, daß die Theorien des Rassismus den wissenschaftlichen Diskurstyp nachahmen, indem sie sich auf sichtbares »Beweismaterial« stützen (woraus sich die wesentliche Bedeutung der rassistischen Stigmata, insbesondere der körperlichen Stigmata, für den Rassismus erklärt). Oder genauer, sie ahmen die Art und Weise nach, in der der wissenschaftliche Diskurstyp »sichtbare Tatsachen« auf »verborgene« Ursachen zurückführt und bilden so die Vorhut einer spontanen Theoriebildung, wie sie sich im Rassismus der Massen vollzieht.<sup>1</sup> Ich möchte mich hier zu dem Gedanken vorwagen, daß sich im Rassismus auf eine unauflösbare Weise die zentrale Funktion der *Verkennung* (ohne die die Gewalttätigkeit nicht einmal für diejenigen, die sie ausüben, zu ertragen wäre) mit einem »Willen zum Wissen« vermischt, d.h. mit einem heftigen *Begehren nach Erkenntnis*, nach einer unmittelbaren Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese beiden Funktionen verstärken sich ständig wechselseitig, weil für alle gesellschaftlichen Individuen und Gruppen die eigene kollektive Gewalttätigkeit ein beängstigendes Rätsel bildet, für das dringend eine auflösende Erklärung gefunden werden muß: Die Ideologen des Rassismus zeigen hier übrigens eine besondere intellektuelle Haltung, wie raffiniert ihre Ideologien auch ausgearbeitet sind: Im Unterschied beispielsweise zu den Theologen, die unbedingt zwischen einem esoterischen spekulativen Denken und einer Lehre für den Volksgebrauch einen Abstand aufrechterhalten müssen, haben die historisch wirksamen rassistischen Ideologen in diesem Sinne immer »demokratische« Lehren ausgebildet, d.h. solche, die unmittelbar zugänglich und gleichsam im Vorhinein dem niedrigen Intelligenzgrad angepaßt waren, der den Massen dort zugeschrieben wird, wo es um die Ausarbeitung einer Ideologie der Elitebildung geht. D.h. es ging ihnen immer um solche Lehren, die in der Lage waren, unmittelbar einen Schlüssel dafür an die Hand zu geben, nicht nur das zu interpretieren, was die Individuen erleben, sondern auch das, was sie innerhalb der gesellschaftlichen Welt *sind* — darin sind sie der Astrologie, der Charakterologie und Ähnlichem verwandt. Das gilt selbst dann, wenn ein solcher Schlüssel die Form der Offenbarung eines »Geheimnisses« der *conditio humana* annimmt (d.h. wenn mit ihnen ein Geheimnis-Effekt als wesentliche Bedingung für ihre imaginäre Wirksamkeit verknüpft ist, wie dies vor allem Léon Poliakov [1971 u. 1980] belegt hat).

Genau hierin liegt auch die Schwierigkeit, vor der jeder Versuch steht, den Inhalt des Rassismus der Wissenschaftler und vor allem dessen Einfluß zu *kritisieren*. Es ist in der Tat eine der Konstruktionsvoraussetzungen seiner Theorien, daß es sich bei dem gesuchten, von den Massen begehrtem Wissen um ein ganz elementares Wissen handelt, das nichts weiter tut, als deren spontane Gefühle zu rechtfertigen bzw. diese Massen zur Wahrheit ihrer Instinkte zurückzuführen.<sup>2</sup> Bebel hat bekanntlich den Antisemitismus als den »Sozialismus der Dummköpfe« bezeichnet und Nietzsche hat ihn für die Politik der Schwachsinnigen gehalten (was ihn allerdings keineswegs darin gehindert hat, seinerseits einen großen Teil der rassistischen Mythologie wieder aufzugreifen). Können wir unsererseits, wenn wir hier die rassistischen Lehren als auf spezifische Weise dema-

gogische Theorien kennzeichnen, deren Wirksamkeit darauf beruht, auf das bei den Massen vorliegende Begehren nach Wissen im Vorhinein eine Antwort zu geben, dieser Doppeldeutigkeit entgehen? Die Kategorie der »Masse« (oder auch des Volkstümlichen) ist keineswegs neutral, sondern hängt unmittelbar mit der Logik der Unterwerfung des Gesellschaftlichen unter die Denkformen von Natur und Rasse zusammen. Um auch nur zu beginnen, diese Doppeldeutigkeit aufzulösen, genügt es keinesfalls, zu untersuchen, wie der »Mythos« des Rassismus dazu kommt, einen derartigen Einfluß auf die Massen auszuüben, wir müssen uns auch fragen, warum es anderen soziologischen Theorien, die im weitesten Sinne im Rahmen einer Arbeitsteilung zwischen »Kopf-« und »Handarbeit« erarbeitet worden sind, nicht ebenso leicht gelingt, sich mit diesem Begehren nach Wissen zu verbinden. Die Mythen des Rassismus (der »Mythos der arischen Rasse« und der Mythos der Vererbung) sind dies nicht allein auf Grund ihres pseudo-wissenschaftlichen Inhalts, sondern ebenso als Formen einer imaginären Überwindung des Grabens, der die Intellektuellen von der Masse trennt, und als solche untrennbar mit dem Fatalismus verbunden, der die Massen in ihrer sogenannten natürlichen Infantilität festhält.

### Die neue Artikulation: Der differentielle Rassismus

Hiermit können wir zur Frage des »Neo-Rassismus« zurückkehren. Wie ich bereits gesagt habe, liegt die Schwierigkeit nicht so sehr darin, die *Tatsache* des Rassismus zu erkennen: Hierfür bietet die Praxis ein hinreichend sicheres Kriterium, jedenfalls wenn wir uns nicht von den Verleugnungen ablenken lassen wollen, die rassistische Praxen insbesondere von Seiten eines großen Teils der »politischen Klasse« erfahren, die damit nur ihr geheimes Einverständnis oder ihre interessierte Blindheit zum Ausdruck bringen. Die Frage ist vielmehr, wie wir erkennen können, in welchem Maße eine relativ neue Sprache als Ausdruck einer *neuen* Artikulation zu begreifen ist, in der sich in einer auf Dauer angelegten Weise gesellschaftliche Praxis und kollektive Vorstellungen, Lehren von Wissenschaftlern und politische Bewegungen miteinander verbinden. Kurzum, um mit Gramsci zu sprechen, es kommt darauf an, ob sich hier so etwas wie ein Hegemonie-Verhältnis abzeichnet.

Die Art und Weise, wie die Kategorie der *Immigration* [in Frankreich<sup>2</sup>] als Ersatz für den Begriff der Rasse und damit als Agens einer Zersetzung des »Klassenbewußtseins« funktioniert, liefert uns hierfür einen ersten Hinweis. Ganz offensichtlich haben wir es nicht einfach mit einer Tarnungsoperation zu tun, die auf Grund des mehr als schlechten Rufs des Ausdrucks »Rasse« und seiner Ableitungen nötig geworden wäre; und es handelt sich auch nicht ausschließlich um eine Auswirkung der Strukturveränderungen, die sich innerhalb der französischen Gesellschaft vollzogen haben. Schon seit langem sind die kollektiven Zusammenhänge der Arbeitsimmigranten Diskriminierungen und fremdenfeindlichen Gewalttätigkeiten ausgesetzt, die ihrerseits von den Stereotypen des Rassismus durchdrungen sind. Bereits in der Zwischenkriegszeit, also in einer früheren Krisenperiode, konnte man erleben, wie Kampagnen gegen die »Mischlinge« entfesselt wurden, die über den Rahmen der faschistischen Bewegungen hinaus

wirksam waren und deren logische Vollendung dann der Beitrag des Vichy-Regimes zum Hitlerschen Vernichtungsunternehmen gewesen ist. Warum hat man damals nicht den »biologischen« Signifikanten durch den »soziologischen« ersetzt und ihn zum ideologischen Schlußstein von Darstellungen des Hasses auf den anderen und der Furcht vor ihm gemacht? Neben dem unbestreitbaren Gewicht der spezifisch französischen Tradition des anthropologischen Mythos ist ein Grund wahrscheinlich der institutionelle und ideologische Bruch, der damals noch zwischen der Wahrnehmung der (im wesentlichen aus Europa kommenden) Einwanderung und den Erfahrungen des Kolonialismus bestand (einerseits wird Frankreich »erobert«, andererseits Seite »herrscht« es). Der andere ist das Fehlen eines neuen weltweiten Modells der Artikulation von Staaten, Völkern und Kulturen.<sup>3</sup> Diese beiden Gründe hängen im übrigen zusammen. Der neue Rassismus ist ein Rassismus der Epoche der »Entkolonialisierung«, in der sich die Richtung der Bevölkerungsbewegung zwischen den alten Kolonien und den alten »Mutterländern« umkehrt. Zugleich vollzieht sich eine Aufspaltung der Menschheit innerhalb eines politischen Raumes. Ideologisch gehört der gegenwärtige Rassismus, der sich bei uns um den Komplex der Immigration herum ausgebildet hat, in den Zusammenhang eines »Rassismus ohne Rassen«, wie er sich außerhalb Frankreichs, vor allem in den angelsächsischen Ländern, schon recht weit entwickelt hat: eines Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist; eines Rassismus, der — jedenfalls auf den ersten Blick — nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich darauf »beschränkt«, die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten. Diese Art von Rassismus ist zu Recht als ein differentialistischer Rassismus bezeichnet worden (P.A. Taguieff<sup>4</sup>).

Um die Bedeutung dieser Argumentation deutlich zu machen, sind die politischen Konsequenzen festzuhalten, die sich daraus ergeben. Die erste ist eine Erschütterung der Abwehrmechanismen des traditionellen Antirassismus und zwar durch Umstülpung seiner eigenen Argumentation, sie wird gegen ihn selbst gewendet. (Taguieff hat das sehr treffend als *Retorsionseffekt* des differentiellen Rassismus bezeichnet). Der Umstand, daß die Rassen keine isolierbaren biologischen Einheiten darstellen, daß es in der Tat keine »menschlichen Rassen« gibt, wird hier sofort zugegeben. Auch die Tatsache, daß sich das Verhalten der Individuen und deren »Eignung« nicht aus dem Blut und nicht einmal aus den Genen erklären läßt, sondern allein aus ihrer Zugehörigkeit zu historischen »Kulturen«, kann hier ebenfalls zugegeben werden. Der anthropologische Kulturalismus hatte mit seiner ausschließlichen Orientierung auf die Anerkennung der Unterschiedlichkeit und Gleichwertigkeit der Kulturen — deren polyphone Gesamtheit allein die menschliche Zivilisation konstituiert — dem humanistischen und kosmopolitischen Antirassismus der Nachkriegszeit den größten Teil seiner Argumente geliefert. Der Wert dieses Kulturalismus bestätigte sich darüber hinaus durch den Beitrag, den er zum Kampf gegen bestimmte, auf Uniformierung hinwirkende Formen des Imperialismus und zum Widerstand gegen die Ausschaltung von Minderheitskulturen oder beherrschten Kulturen, also gegen den »Ethnozid« leistete.

Der differentialistische Rassismus nimmt nun diese Argumentation wörtlich. Ein bekannter Anthropologe, berühmt geworden durch den Nachweis, daß alle Kulturen gleichermaßen komplex und für das Fortschreiten des menschlichen Denkens erforderlich sind (Claude Lévi-Strauss 1983), findet sich jetzt — ganz gleich ob freiwillig oder unfreiwillig — in den Dienst des Gedankens gestellt, »Kulturvermischungen«, die Beseitigung »kultureller Distanzen«, entsprächen dem geistigen Tod der Menschheit und gefährdeten vielleicht sogar die Regulierungsmechanismen, von denen das biologische Überleben der Menschheit abhängt. (Lévi-Strauss 1983).<sup>5</sup> Und diese »Beweisführung« wird dann auch noch ganz unvermittelt mit der »spontanen« Tendenz aller menschlichen Gruppen (womit in der Praxis Nationen gemeint sind, auch wenn die anthropologische Bedeutung der politischen Kategorie Nation ganz offensichtlich einigermaßen zweifelhaft ist) in Beziehung gebracht, ihre Traditionen, und damit ihre Identität, zu bewahren. Hier kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß ein biologischer oder genetischer »Naturalismus« keineswegs den einzigen möglichen Modus einer Naturalisierung menschlicher Verhaltensweisen und Gesellschaftlichkeit darstellt. Wenn sie dafür das — ohnehin stärker dem bloßen Anschein verhaftete als reale — Modell einer Hierarchie [von Natur und Kultur; Anm.d.Übers.] aufgibt, kann auch die Kultur durchaus als eine solche Natur fungieren, insbesondere als eine Art, Individuen und Gruppen *a priori* in eine Ursprungsgeschichte, eine Genealogie einzuschließen, in ein unveränderliches und unverrückbares Bestimmte-Sein durch den Ursprung.

Aber dieser erste Umstülpungseffekt zieht unmittelbar einen zweiten nach sich: Wenn die irreduzible kulturelle Differenz die wahrhaft »natürliche Umwelt« des Menschen bildet, gleichsam die Atmosphäre, ohne die sein historischer Atem nicht möglich wäre, dann muß jede Verwischung dieser Differenz notwendig Abwehrreaktionen auslösen, zu »interethnischen« Konflikten und generell zu einem Anstieg der Aggressivität führen. Dabei handelt es sich, wie man uns erklärt, um »natürliche« Reaktionen, die aber zugleich gefährlich sind. In einer staunenswürdigen Kehrtwendung bieten sich uns die differentialistischen Lehren für die Aufgabe an, *den Rassismus zu erklären* (und ihm präventiv zu begegnen).

Tatsächlich vollzieht sich eine ganz allgemeine Verlagerung der Problematik. Von der Theorie der Rassen bzw. des Kampfes der Rassen in der Menschheitsgeschichte — ganz gleich, ob diese auf biologische oder auf psychologische Grundlagen zurückgeführt wurden — wird der Übergang zu einer Theorie der »ethnischen Beziehungen« (oder auch der »*race relations*«) innerhalb der Gesellschaft vollzogen, *die nicht die rassische Zugehörigkeit, sondern das rassistische Verhalten zu einem natürlichen Faktor erklärt*. Der differentialistische Rassismus ist also, logisch betrachtet, ein Meta-Rassismus bzw. ein Rassismus, den wir als »Rassismus zweiter Linie« kennzeichnen können, d.h. ein Rassismus der vorgibt, aus dem Konflikt zwischen Rassismus und Antirassismus seine Lehren gezogen zu haben, und sich selbst als eine politisch eingriffsfähige Theorie der Ursachen von gesellschaftlicher Aggressivität darstellt. Wolle man den Rassismus verhindern, müsse man den »abstrakten« Anti-Rassismus vermeiden, d.h. dessen Verkenntung der psychologischen und soziologischen Gesetze, nach denen sich menschliche Bevölkerungen bewegen: Man müsse die »Toleranzschwellen«

beachten und die »natürlichen Distanzen« einhalten, d.h. man müsse — gemäß dem Postulat, daß die Individuen jeweils ausschließlich die Erben und Träger einer einzigen Kultur sein dürfen — die kollektiven Zusammenhänge voneinander abgrenzen (wobei die nationalen Grenzen in dieser Hinsicht die besten Trennmauern bilden). Damit verlassen wir an genau dieser Stelle die Sphäre des spekulativen Denkens und treten ganz unmittelbar in die der Politik und der Interpretation der Alltagserfahrung ein. Dabei ist wohlgemerkt die Kennzeichnung als »abstrakt« keine wissenschaftstheoretische Bestimmung; es handelt sich vielmehr um ein Werturteil, das um so mehr zur Anwendung kommt, je konkreter und wirksamer die Praxisformen sind, auf die es gemünzt ist — also etwa Programme der Stadterneuerung oder der Bekämpfung von Diskriminierung d.h. der Gegen-Diskriminierung in Schule und Beruf. Von der amerikanischen Neuen Rechten wird dies als »umgekehrte Diskriminierung« bezeichnet, und auch in Frankreich kann man zunehmend hören, wie »vernünftige« Menschen, die mit dieser oder jener extremistischen Bewegung überhaupt nichts zu tun haben, erklären, daß »der Anti-Rassismus den Rassismus erst hervorbringt«, und zwar auf Grund der von ihm betriebenen Agitation, auf Grund seiner Art und Weise, die Masse der Bürger in ihrem Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit zu »provizieren«. <sup>6</sup>

Es ist kein bloßer Zufall, daß die Theorien des differentialistischen Rassismus (die sich von nun an als Träger des wahrhaften Anti-Rassismus und damit auch des wahrhaften Humanismus darstellen können) sich leicht mit der »Massenpsychologie« verbinden, die durch ihre allgemeinen Erklärungen die irrationalen Bewegungen, die kollektive Aggressivität und Gewalttätigkeit und insbesondere die Xenophobie rehabilitiert. Darin kommt das schon weiter oben von mir angesprochene Doppelspiel voll zum Zug: Einerseits wird der großen Menge eine Erklärung für ihre eigene »Spontaneität« angeboten, andererseits wird implizit dieselbe Menge eben dadurch als »primitive Masse« abgewertet. Die neorassistischen Theoretiker sind keine Mystiker des Erbguts, sondern ganz »realistische« Techniker der Sozialpsychologie ...

Indem ich die Retorsions-Effekte des Neo-Rassismus auf diese Weise darstelle, vereinfache ich gewiß die Genese und die Komplexität seiner inneren Variationen. Aber mir geht es hier darum, klar herauszuarbeiten, worum es in der Entwicklung des Neo-Rassismus strategisch geht. Das macht anschließend Korrekturen und Ergänzungen erforderlich, die ich an dieser Stelle nur andeuten kann.

Der Gedanke eines »Rassismus ohne Rassen« ist gar nicht so revolutionär, wie man vielleicht denken könnte. Ohne hier auf alle Wendungen der Bedeutungsgeschichte des Wortes »Rasse« einzugehen, dessen »historiosophischer« Gebrauch tatsächlich noch vor jeder Neuformulierung der »Genealogie« im Rahmen der »Genetik« liegt, müssen hier einige bedeutende historische Tatsachen genannt werden, so unbequem diese auch (für eine gewisse Vulgärform des Anti-Rassismus, aber auch für die Umstülpungen, die diese durch den Neo-Rassismus erfahren haben) sein mögen.

Es hat immer schon einen Rassismus gegeben, für den der pseudobiologische Rassenbegriff kein wesentlicher Springpunkt war — nicht einmal auf der Ebene seiner sekundären theoretischen Ausarbeitungen. Sein Prototyp ist der Antisemitismus. Der moderne Antisemitismus — jener also, der sich im Europa der

Aufklärung herauszukristallisieren beginnt, ausgehend von der etatistischen und nationalistischen Wendung, die das Spanien der *Reconquista* und der Inquisition dem theologischen Antijudaismus gegeben haben — ist *bereits* ein »kulturalistischer« Rassismus. Gewiß haben die körperlichen Stigmata darin einen phantastischen Stellenwert, aber doch eher als Zeichen einer tief sitzenden Psychologie, eines geistigen Erbes, als eines biologischen Erbgutes.<sup>7</sup> Diese Zeichen sind sogar, wenn man das so sagen kann, um so verräterischer, desto weniger sichtbar sie sind, und der Jude ist um so »echter«, je unerkennbarer er ist. Sein Wesen besteht darin, eine kulturelle Tradition und ein Ferment moralischer Zersetzung zu sein. Der Antisemitismus ist also differentialistisch par excellence — und der gegenwärtige differentialistische Rassismus läßt sich unter vielen Gesichtspunkten seiner Form nach als ein *verallgemeinerter Antisemitismus* betrachten. Dieser Hinweis ist besonders wichtig, um die gegenwärtige Feindschaft gegenüber den Arabern, vor allem in Frankreich zu begreifen. Sie ist verbunden mit einem Bild des Islam als einer mit dem europäischen Denken (*européité*) unvereinbaren »Weltanschauung« und als eines auf universelle ideologische Herrschaft angelegten Unternehmens, d.h. also sie verwechselt systematisch »Arabertum« und »Islamismus«. — Damit richtet sich unsere Aufmerksamkeit auf eine historische Tatsache, die zuzugeben noch schwer fällt, die aber für ein Verständnis der für Frankreich spezifischen, nationalen Form der rassistischen Traditionen von zentraler Bedeutung ist. Gewiß gibt es auch eine spezifisch französische Traditionslinie der Lehre von der arischen Rasse, der Anthropometrie und des biologischen Genetizismus. Aber die wirkliche »französische Ideologie« ist das nicht. Sie besteht vielmehr in dem Gedanken eines universellen Erziehungsauftrags gegenüber dem ganzen Menschengeschlecht, der der Kultur eines »Landes der Menschenrechte« übertragen sei und dem dann in der Praxis die Assimilierung beherrschter Bevölkerungen entspricht. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Individuen oder Gruppen nach ihrer *mehr oder minder großen Eignung bzw. nach ihrem mehr oder minder großen Widerstand gegen diese Assimilierung* zu unterscheiden und zu bewerten. Diese zugleich subtile und erdrückende Form der Ausschließung/Einschließung hat sich im Prozeß der Kolonisierung entfaltet, in der spezifischen französischen (oder auch »demokratischen«) Variante der »Bürde des weißen Mannes«. Das paradoxe Verhältnis von Universalismus und Partikularismus innerhalb der rassistischen Ideologien untersuche ich an anderer Stelle (Balibar 1988).

Daß in den neorassistischen Lehren das Thema der Hierarchie lediglich dem bloßen Anschein nach, nicht aber wirklich ausgelöscht ist, wird ohne Schwierigkeiten erkennbar. Der Gedanke der Hierarchie — dessen Absurdität man sogar lautstark proklamieren kann — stellt sich einerseits in der Praxis dieser Lehren her (braucht also nicht ausdrücklich ausgesprochen zu werden), andererseits ist er in den Kriterien angelegt, die verwendet werden, um die Differenz der Kulturen zu denken (und damit kommen wiederum die besonderen logischen Möglichkeiten des »Meta-Rassismus«, der Position der »zweiten Linie« ins Spiel).

Die Vorbeugung gegen die »Krankheit der Vermischung« findet dort statt, wo die institutionalisierte Kultur die Kultur des Staates, der herrschenden Klassen und, zumindest offiziell, auch die der »nationalen« Massen ist, wo also deren



Lebens- und Denkweise durch die Institution für legitim erklärt wird. Diese Prophylaxe ist faktisch ein Verbot, sich auszudrücken und sozial aufzusteigen, das als Einbahnstraße funktioniert. Kein theoretischer Diskurs über die Gleichwertigkeit aller Kulturen kann einen wirklichen Ausgleich für die Tatsache schaffen, daß von einem »Black« in Großbritannien oder von einem »Beur« in Frankreich die Assimilation als Voraussetzung dafür verlangt wird, sich in die Gesellschaft »integrieren« zu dürfen, in der er doch bereits lebt (wobei zugleich unterschwellig immer der Verdacht gehegt wird, seine Assimilation sei oberflächlich, unvollständig, bloß vorgetäuscht) und daß dies als ein Fortschritt, ein Akt der Emanzipation, als Gewährung eines Rechts dargestellt wird. Und hinter dieser Tatsache sind dann noch kaum veränderte bzw. erneuerte Varianten des Gedankenes wirksam, die historischen Kulturen der Menschheit ließen sich in zwei große Teilmengen einordnen, in diejenigen, die universalistisch und fortschrittlich und in diejenigen, die unheilbar partikularistisch und primitiv seien. Diese Paradoxie ergibt sich keineswegs zufällig: Ein konsequenter differentialistischer Rassismus müßte einheitlich konservativ sein und für die Fixierung *aller* Kulturen eintreten. Er ist auch insofern konservativ als er der europäischen Kultur und Lebensweise — unter dem Vorwand, sie vor jedem Einfluß der Dritten Welt (tiers-mondisation) schützen zu wollen — jede Art von wirklicher Entwicklung verschließen will. Aber zugleich greift er auch die alten Unterscheidungen von »geschlossenen« und »offenen«, »unbeweglichen« und »unternehmensfreudigen«, »kalten und warmen«, »herdenartigen« und »individualistischen« usw. Gesellschaften wieder auf. Eine Unterscheidung, die ihrerseits die gesamte Doppeldeutigkeit des Begriffs der *Kultur* (wie sie besonders im Französischen existiert<sup>8</sup>) ins Spiel bringt.

Wenn die kulturellen Unterschiede jeweils als getrennte Einheiten (oder als symbolische Strukturen) gedacht werden (also jeweils als »Kultur«<sup>9</sup>), verweist uns das auf die kulturelle Ungleichheit im europäischen Raum selbst; oder, genauer, auf »Kultur« als *Bildung*<sup>10</sup> (als gelehrte oder populäre, technische oder volkstümliche Bildung), d.h. auf *Strukturen der Ungleichheit*, die sich in einer industrialisierten, verschulten, mehr und mehr internationalisierten, durch weltweite Einflüsse konstituierten Gesellschaft tendenziell reproduzieren. Die »unterschiedlichen« Kulturen sind also die Hindernisse für den Erwerb *der* Kultur bzw. sie werden institutionell (durch die Schule oder durch die Normen der internationalen Verständigung) zu Hindernissen aufgebaut. Und umgekehrt erscheinen die »kulturellen Defizite« der beherrschten Klassen als praktische Seite ihrer Fremdheit bzw. als Lebensformen, die den zerstörerischen Auswirkungen der »Vermischung« in besonderem Maße ausgesetzt sind (d.h. den zerstörerischen Auswirkungen der materiellen Bedingungen, unter denen sich diese »Vermischung« vollzieht).<sup>11</sup> Diese latente Gegenwart des Themas der Hierarchie kommt heute besonders in Gestalt des Vorrangs des *individualistischen* Modells zum Ausdruck: als die implizit überlegenen Kulturen gelten diejenigen, die den sozialen und politischen Individualismus besonders hoch bewerten und fördern, im Gegensatz zu denjenigen Kulturen, die ihn hemmen und einengen. Die überlegenen Kulturen wären demnach diejenigen, deren »Gemeinschaftsgeist« von nichts anderem als vom Individualismus gebildet würde.

## Die Wiederkehr des Biologischen

Von daher läßt sich auch begreifen, woraus sich schließlich die *Wiederkehr des Themas der Biologie* legitimiert, die Ausarbeitung neuer Varianten des biologischen »Mythos« im Rahmen eines kulturellen Rassismus. Bekanntlich bestehen in dieser Hinsicht national ganz unterschiedliche Situationen. In den angelsächsischen Ländern, wo sie sowohl an die Traditionen des Sozialdarwinismus und der Eugenik anknüpfen als sich auch unmittelbar mit den politischen Zielsetzungen eines kämpferischen Neoliberalismus kurzschließen können (vgl. Barker 1981), verfügen die theoretischen Modelle der »Ethologie« und der »Sozialbiologie« (die zum Teil zueinander in Konkurrenz stehen) über einen größeren Einfluß. Allerdings beruhen selbst noch diese eher biologistischen Ideologien auf dem, was die »differentialistische Revolution« erbracht hat. Nicht etwa die Konstitution der »Rassen« bildet ihr Erklärungsziel, sondern die lebenswichtige Bedeutung, die die Abgeschlossenheit der Kulturen und Traditionen für die Akkumulation der individuellen Fähigkeiten hat, sowie die »natürlichen« Grundlagen von Xenophobie und gesellschaftlicher *Aggressivität*. Die Aggressivität ist eine fiktive Essenz, deren Anrufung allen Formen des Neorassismus gemeinsam ist und die es ermöglicht, den Biologismus ein Stück zu verschieben: zweifellos gibt es keine »Rassen«, es gibt nur Bevölkerungen und Kulturen, aber es gibt doch biologische und (und biopsychische) Ursachen und Wirkungen der Kultur sowie biologisch determinierte Reaktionen auf die kulturelle Differenz (die so etwas wie eine unauslöschliche Spur der »Animalität« des immer noch an seine erweiterte »Familie« und an sein »Territorium« gebundenen Menschen bilden). Wo umgekehrt der »reine« Kulturalismus vorzuherrschen scheint (wie in Frankreich) kann man eine schleichende Verschiebung in Richtung auf Diskurse über Biologie beobachten: Diskurse über die Kultur als einer externen Regulierungsform des »Lebendigen«, über seine Reproduktion, seine Leistungen und seine Gesundheit werden ausgearbeitet. Unter anderem Michel Foucault hatte dies vorausgesehen (1979).

Es kann durchaus sein, daß die gegenwärtigen Varianten des Neorassismus nur eine ideologische Übergangsformation bilden, dazu bestimmt, sich in Richtung auf soziale Diskurse und Techniken weiterzuentwickeln, in denen die Dimension der historischen Erzählung genealogischer Mythen (und damit das Spiel der Substitutionsverhältnisse von »Rasse«, Volk, Kultur und Nation) relativ zurücktritt gegenüber der Dimension psychologischer Bewertungen intellektueller Fähigkeiten, der »Disposition« zu einem »normalen« gesellschaftlichen Leben (oder umgekehrt zur Kriminalität und Abweichung) zu einer »optimalen« Reproduktion (in gefühlsmäßiger, gesundheitlicher oder eugenischer Hinsicht usw.). Fähigkeiten und Dispositionen würden dann von einer ganzen Armee sich dafür anbietender kognitiver, sozio-psychologischer oder auch statistischer Wissenschaften gemessen, selektiert und kontrolliert, indem die Anteile von Vererbung und Umwelt jeweils richtig dosiert würden. Eine solche Entwicklung ginge in Richtung auf einen »Post-Rassismus«. Und zwar meiner Überzeugung nach um so mehr, je mehr die sozialen Beziehungen sich zu Beziehungen auf globaler Stufenleiter entwickeln und die Ortsveränderungen von Bevölkerungsgruppen im

Rahmen eines Systems von Nationalstaaten dazu führen werden, den Begriff der »Grenze« neu zu denken und seine Anwendungsweise auf die Funktion einer gesellschaftlichen Prophylaxe zu beschränken, die auf eine zunehmend individualisierte Ebene bezogen wird: Die technologischen Strukturveränderungen werden dazu führen, daß ungleiche Schulausbildungen und intellektuelle Hierarchien eine immer wichtigere Rolle im Klassenkampf spielen werden, in der Perspektive einer verallgemeinerten techno-politischen Selektion der Individuen. Vielleicht stehen wir erst vor einem wirklichen »Zeitalter der Massen« in einer Epoche von Unternehmer-Nationen

*Aus dem Französischen von Frieder O. Wolf*

## Anmerkungen

- 1 Colette Guillaumin hat diesen m.E. grundlegenden Punkt klar herausgearbeitet: »Die Aktivität der Kategorienbildung ist auch eine Aktivität der Erkenntnisgewinnung (...) Daher ergibt sich zweifellos die Ambiguität jedes Kampfes gegen die Stereotypen, sowie die Überraschungen, die dieser Kampf für uns bereithält. Die Kategorisierung kann sowohl Erkenntnis als auch Unterdrückung gebären.« (1972, 183f.)
- 2 In der BRD ist es eher die Kategorie »Ausländer« [Anm.d.Übers.].
- 3 Vergleichen wir etwa die Art und Weise, wie in den USA das »Schwarzen-Problem« vom »ethnischen Problem«, das die sukzessiven Einwanderungswellen aus Europa und deren gesellschaftliche Aufnahme aufgeworfen hatte, getrennt geblieben ist, bis schließlich in den Jahren von 1950 bis 1960 ein neues »Ethnizitäts-Paradigma« eine Projektion der letzteren Problematik auf die erstere zur Folge hatte (vgl. Omi, Winant 1986).
- 4 Vor allem in Taguieff 1984, 1986 und 1985. Der Grundgedanke ist auch schon in den Untersuchungen Colette Guillaumin enthalten, ebenso in: De Rudder 1986. Für die angelsächsischen Länder ist Barker 1981 zum Vergleich heranzuziehen.
- 5 Ein 1971 für die UNESCO verfaßter Vortrag, vgl. die Kritik von O'Callaghan u. Guillaumin 1974. Heute wird Lévi-Strauss von einer ganz anderen Position aus als Vertreter eines »Anti-Humanismus« und »Relativismus« kritisiert (vgl. Todorov und Finkielkraut).
- 6 In den angelsächsischen Ländern lassen sich diese Themen überrreich an Hand von Beispielen aus »Humanethologie« und »Soziobiologie« belegen. In Frankreich beruhen sie dagegen auf einer unmittelbar kulturalistischen Grundlage. In dem von A. Béjin und J. Freund herausgegebenen Sammelband (1986) findet sich eine ganze Anthologie derartiger Äußerungen, die von den Theoretikern der Neuen Rechten bis zu erheblich gesetzteren Universitätslehrern reichen. Es ist nicht ganz unnützlich, darüber hinaus noch zu wissen, daß dieses Werk auch in einer popularisierten Fassung, in einer volkstümlichen Publikation mit sehr großer Auflage unter die Leute gebracht worden ist: Faye (Hrsg.) 1987.
- 7 Ruth Benedikt hat dies u.a. bei H.S. Chamberlain bemerkt: »Allerdings unterschied Chamberlain die Semiten nicht anhand von physischen Zügen oder anhand ihrer Abstammung: wie er wußte, ist es nicht möglich, im modernen Europa die Juden vom Rest der Bevölkerung durch tabellarische anthropometrische Messungen zu unterscheiden. Aber sie waren für ihn Feinde, weil sie eine besondere Art des Denkens und Handelns hatten. 'Man kann ganz rasch zum Juden werden ...' usw.« (Benedict 1983, 132f). In ihren Augen ist dies sowohl ein Zeichen für den »Freimut« Chamberlains als auch sein innerer »Widerspruch«. Dieser Widerspruch ist zur Regel geworden ohne daß es in Wirklichkeit eine solche Regel gäbe. Bekanntlich ist im Antisemitismus das Thema der Minderwertigkeit des Juden sehr viel weniger wichtig als das der unaufhebbaren Andersartigkeit. Das geht sogar so weit, daß man sich über die intellektuelle, kaufmännische »Überlegenheit« der Juden beklagt, die sie so »gefährlich« machte. Das Nazi-Unternehmen offenbarte sich häufiger als Unternehmen zur Reduktion der Juden auf den Status von »Untermenschen« als daß es sich als Konsequenz eines tatsächlich vorhandenen »Untermenschentums« darstellte: deshalb konnten Juden nicht zu Sklaven gemacht, sie mußten vernichtet werden.

- 8 Auch im Deutschen wechselt der Begriff der Kultur — was auch seine künstliche Entgegensetzung zur »Zivilisation« ermöglicht hat — zwischen einer deskriptiven (»die Kultur der Minoer«) und einer bewertenden (»ein Mann von Kultur«) Bedeutung [Anm. d. Übers.].
- 9 Im Original dt. [Anm.d.Übers.].
- 10 Im Original dt. [Anm.d.Übers.].
- 11 Offenbar muß man die Schärfe der »Rassenkonflikte« und der Ressentiments gegenüber der Anwesenheit von Immigranten in der Schule sehr viel eher auf diese Subsumtion der »soziologischen« Differenz der Kulturen unter die institutionalisierte Hierarchie der Kultur als der entscheidenden Instanz für die soziale Kategorisierung und deren Naturalisierung zurückzuführen als auf den Effekt einer bloßen Nachbarschaft (vgl. Boulot, Boyson-Fradet 1984).

*Nachbemerkung:* Erst nach Abfassung dieser Untersuchung ist mir das Buch von Pierre-André Taguieff (1988) zugänglich geworden, in dem er die Analyse, auf die ich mich oben bezogen habe, beträchtlich weiterentwickelt, vervollständigt und zugleich in ihrem Resultat verschiebt. Ich hoffe, dieses Buch demnächst so diskutieren zu können, wie es dies verdient.

## Literaturverzeichnis

- Balibar, E., 1988: Racisme et nationalisme. In: E. Balibar, I. Wallerstein, Race, Nation, Classe. Paris
- Barker, M., 1981: The New Racism. Conservatives and the Ideology of the Tribe. London
- Béjin, A. und J. Freund (Hrsg.), 1986: Racismes, antiracismes. Paris
- Benedict, R., 1983: Race and Racism. London, New York
- Boulot, S., und D. Boyson-Fradet, 1984: L'échec scolaire des enfants des travailleurs immigrés. In: L'immigration maghrébine en France, Les Temps Modernes, No.Special.
- Fanon, F., 1969: Die Verdammten dieser Erde. Reinbek
- Faye, G. (Hrsg.), 1987: Dossier choc: Immigrés — Demain la haine. In: J'ai tout compris, No.3, Juin
- Finkielkraut, A., 1988: La défaite de la pensée. Paris
- Foucault, M., 1979: Sexualität und Wahrheit. Der Wille zum Wissen. Frankfurt/M.
- Guillaumin, C., 1972: L'idéologie raciste. Genèse et langage actuel. Paris
- Lévi-Strauss, C., 1983: Race et culture. In: Le regard éloigné. Paris
- Memmi, A., 1987: Rassismus. Frankfurt/M.
- Omi, M., und H. Winant, 1986: Racial Formation in the United States. London, New York
- O'Callaghan, M., und C. Guillaumin, 1974: Race et race ... la mode »naturelle« en science humaines. In: L'Homme et la Société, No. 31-32
- Poliakov, L., 1971: Le mythe aryen. Paris
- ders., 1980: La causalité diabolique. Paris
- Rudder, V. de, 1986: L'obstacle culturel: La différence et la distance. In: L'Homme et la Société, Janvier
- Taguieff, P.A., 1984: Les présuppositions définitionnelles d'un indéfinissable: le racisme. In: Mots, No.8, Mars
- ders., 1985: L'identité française au miroir du racisme différentialiste. In: Espace 89. L'identité française. Paris
- ders., 1986: L'identité nationale saisie par les logiques de racisation. Aspects, figures et problèmes du racisme différentialiste. In: Mots No.12, mars.
- ders., 1988: La Force du préjugé. Essai sur le racisme et ses doubles. Paris
- Todorov, T., 1986: Lévi-Strauss entre universalisme et relativisme. In: Le Debat, No.42, Nov.- Dec.

Georg Auernheimer

## Kulturelle Identität — ein gegenauflärerischer Mythos?

So umstritten und umkämpft die Bedeutung von »kultureller Identität« ist, so häufig ist der Gebrauch als politischer Kampfbegriff und als pädagogische Formel. In der Entwicklungspolitik und ihrer Theorie ist davon ebenso die Rede wie in der Bildungspolitik und Pädagogik, nämlich dort, wo es um Bildungs- und Erziehungsprogramme für Minderheiten geht, am häufigsten in der sogenannten Ausländerpädagogik, daneben auch in der »Pädagogik der Dritten Welt«. <sup>1</sup> Für nationale Befreiungsbewegungen und für regionalistische Bewegungen ist sie zur politischen Botschaft geworden. Entwicklungshelfer und Pädagogen machen sich zu Anwälten der kulturellen Identität ethnischer Gruppen. Die Kultusminister in der Bundesrepublik haben neben »Integration« die »Erhaltung der kulturellen Identität« der ausländischen Kinder in ihre einschlägige Vereinbarung geschrieben. Auch andere Politiker, darunter solche, denen sonst das Wohl von Minderheiten wenig am Herzen liegt, machen sich Sorgen um deren kulturelle Identität. Vertreter von Minderheiten selber wiederum, sowohl eingewanderter wie autochtoner, verfechten programmatisch die kulturelle Identität ihrer Gruppe gegen die Assimilationsversuche der Majorität. Berücksichtigt man noch den Stellenwert dieses Topos im antiimperialistischen Diskurs vieler Intellektueller in Afrika, Asien und Lateinamerika, so wird die Ambivalenz, die widersprüchliche Struktur seines Bedeutungsfeldes vollends deutlich. Dieser vagabundierende Bedeutungsträger, zweifellos auch ein Element ideologischer Diskurse, steht einmal im Dienst neokolonialer Bevormundung, ein andermal im Dienst von Befreiungsbewegungen. <sup>2</sup> Diese Charakterlosigkeit hat ihm das Mißtrauen aufklärerischer Geister eingebracht. Die Verwendung in Politik und Pädagogik stößt auf wissenschaftliche Einwände. Die Geltung, ja überhaupt Brauchbarkeit als wissenschaftliche Kategorie ist strittig (dazu Meillassoux 1980, Bukow/Llaryora 1988). Das hinderte zunächst einmal nicht, die Rede von kultureller Identität als ideologische zu untersuchen, die Einbindung in konträre ideologische Diskurse — die Projektgruppe Ideologietheorie um W.F. Haug würde sagen: in ideologische Appellationen »von oben« sowohl wie in kulturelle Selbstverständigungsprozesse »von unten« — und die ideologischen Effekte, die praktischen Implikationen in Politik und Pädagogik zu analysieren.

Manche AutorInnen betrachten kulturelle Identität oder Ethnizität <sup>3</sup> unter Verweis auf die Konstitutionsprinzipien moderner Gesellschaften als bloße soziale Konstruktionen mit mehr oder weniger Phantomcharakter. Am radikalsten scheinen in dieser Hinsicht Bukow/Llaryora (1988), die Ethnizität für das fragwürdige Ergebnis sozialer Zuschreibung, der Etikettierung von Minoritäten halten. — Sie sprechen in diesem Sinn von der »Soziogenese ethnischer Minderheiten«. Andere AutorInnen — vor allem im angelsächsischen Sprachraum — sehen in der ethnicity das Ergebnis einer mehr oder weniger willkürlichen Selbstzuordnung der Individuen und der letztlich beliebigen Auswahl ethnischer Merkmale für Prozesse der Selbstdefinition. <sup>4</sup> Dieser Position neigt auch Greverus (1981) in

ihrem Aufsatz über »Ethnizität und Identitätsmanagement« zu. Nach Cohen (1988) dagegen verweist Ethnizität, unabhängig von ihrem mythischen Charakter, auf »einen realen Prozeß historischer Individuation«. Allerdings sieht auch er die Gefahr der Fetischisierung von »images of ethnicity«, mit der sie aus dem aktuellen Bedeutungskontext gerissen werden (25). Damit sind wir wieder bei dem Problem der Ideologisierung angelangt. Es scheint aber möglich — Cohen (1988) gibt Hinweise dafür —, bestimmte gesellschaftliche Konstellationen zu benennen, die eine Fetischisierung begünstigen. In dieser Hinsicht sind Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse bedeutsam. Darüber hinaus muß Klarheit gewonnen werden über die Funktion der Kultur für die Lebenspraxis der Menschen, und zwar im allgemeinen wie speziell in »modernen«, d.h. marktvermittelten, warenproduzierenden Gesellschaften, in denen das Verhältnis der einzelnen zur Gesellschaft seine Unmittelbarkeit und Selbstverständlichkeit verloren hat, so daß sie mit dem Problem ihrer Identität konfrontiert sind.

### Kulturelle Identität — wissenschaftliches Für und Wider

Kulturelle Identität und Kulturkonflikt sind, wie gesagt, Topoi politischer und pädagogischer Diskurse. Preiswerk (1980) beispielsweise behauptet einen positiven Zusammenhang zwischen entwicklungspolitischen Strategien, die auf die Wahrung oder Wiedergewinnung der kulturellen Identität gerichtet sind und besserer Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen, einer stärkeren Gebrauchswertorientierung der jeweiligen Volkswirtschaft. Umgekehrt meint er einen »negativen Kreis«, man kann auch sagen: Teufelskreis, zwischen »auswärtiger Durchdringung«, Verlust der kulturellen Identität und Vernachlässigung der Grundbedürfnisse zugunsten der Luxusbedürfnisse von Eliten ausmachen zu können. Hauck (1980) wirft ihm die Vernachlässigung sozialer Fakten und — als tieferen Grund dafür — die Abstraktion von den Produktionsverhältnissen vor. In der entwicklungspolitischen Diskussion über sogenannte Self-Reliance-Strategien scheint kulturelle Identität allgemein eine wichtige Rolle zu spielen (vgl. Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1). Aber auch in der pädagogischen Diskussion und in der Migrationsforschung ist kulturelle Identität zu einem vielgebrauchten Modebegriff avanciert. Haußer (1987) vermerkt zu Recht »den inflationären Gebrauch des Identitätskonzepts bei Publikationen der Ausländerforschung« in der Bundesrepublik. Die offizielle Bildungspolitik gegenüber ausländischen Kindern und Jugendlichen ist seit zwei Jahrzehnten von dem doppelten Ziel geleitet — sowohl »Integration« als auch »Erhaltung der kulturellen Identität«. Dabei wird diese in der herrschenden Lesart als Erhaltung des nationalen Zugehörigkeitsgefühls zum Herkunftsland und der Rückkehrfähigkeit und -bereitschaft verstanden. In der erziehungswissenschaftlichen Diskussion sind Einwände gegen die in ihrem Kern konservative Formel von der *Erhaltung* der kulturellen Identität vorgebracht worden. Andererseits formiert sich heute ein neues Bündnis von Vertretern und pädagogischen Anwälten der Minderheiten, die angesichts des Versagens der sozialen Integration die kulturelle Identität zu ihrer bildungspolitischen Leitlinie machen, wobei zu differenzieren ist zwischen konservativen Positionen und solchen, bei denen kulturelle Identität nicht mehr rück-

wärtsgewandt und statisch verstanden wird. Auf die Entwicklung von Handlungsfähigkeit innerhalb der Aufnahmegesellschaft wird dort Wert gelegt.

Verfolgt man die erziehungs- und allgemein sozialwissenschaftliche Diskussion, so ist generell ein Hin- und Herpendeln zwischen der Verdinglichung und Naturalisierung von kultureller Identität einerseits und ihrer Negation andererseits zu verzeichnen. Die biologisch-rassistische Begründung, die zur Zeit nur noch im Alltagsdenken verbreitet scheint, aber mit dem Modischwerden der Soziobiologie auch wieder im akademischen Bereich hoffähig werden könnte, ist in den Fachdiskussionen von einer soziologistischen bzw. kulturalistischen Sichtweise abgelöst worden. Kulturelle Identität basiert demnach auf sozialen Anpassungsprozessen und kultureller »Prägung« vor allem in der frühen Kindheit (vgl. Liegle 1980). In popularisierter Form ist dieses Paradigma im Alltagsdenken von PädagogInnen sedimentiert. So ist dort die Beziehung zu ausländischen Kindern häufig vom Gedanken an deren andersgeartete Mentalität bestimmt (Feil/Furter-Kallmünzer 1987).

Mit dem Paradigma der kulturellen Prägung ist logisch die Vorstellung verknüpft, daß bei einer Veränderung oder einem Wechsel des »kulturellen Umfelds« oder aber auch bei widersprüchlichen kulturellen Einflüssen und Anforderungen Kulturkonflikte unausweichlich seien. Bei einem Kulturwechsel wird — so kann man die dem Modell impliziten Vorstellungen vereinfacht wiedergeben — das verfügbare Verhaltensprogramm mindestens teilweise dysfunktional. Bei diskrepanten Sozialisationseinflüssen wird das innere Steuerungssystem gleichsam überfordert. So nimmt die Kulturdifferenzhypothese vor allem in der Migrationsforschung und Ausländerpädagogik einen wichtigen Stellenwert ein (vgl. Bukow/Llaryora 1988). Kulturkonflikte werden zur Erklärung von Devianz, Kriminalität und Krankheit bei Migranten herangezogen (vgl. Czock 1988). Wie rassistische Vorstellungen spezifische Bedrohungspantasien, nämlich die Angst vor Rassenvermischung, mit sich bringen, so begünstigen soziologistische Konzepte die Befürchtung, allzu mehrdeutige und widersprüchliche Normen und Werte würden zu Verhaltensstörungen und Identitätsproblemen führen. Von politischer Seite können damit restriktive ausländerpolitische Bestimmungen wie z.B. die Einschränkung des Familiennachzugs oder Segregationsmaßnahmen wissenschaftlich legitimiert werden.

Nicht zuletzt veranlaßt durch diese problematische politische Inanspruchnahme, hat sich eine Reihe von Sozial- und Erziehungswissenschaftlern mit der Kulturkonfliktthese wie auch mit dem Topos »kulturelle Identität« auseinandergesetzt (Auernheimer 1988, Bukow/Llaryora 1988, Czock 1988, Hamburger 1986, Haußer 1987, Twenhöfel 1984). Dabei kommen einige AutorInnen dazu, Kulturkonflikte überhaupt zu leugnen, sie zu einem nicht realitätshaltigen sozialen Konstrukt oder Ideologem zu deklarieren oder jedenfalls für unwesentlich gegenüber den sozialen und rechtlichen Benachteiligungen von Minderheiten zu erklären (so Hamburger 1986, Haußer 1987). Die Probleme junger Migranten, soweit sie nicht überhaupt der Außensicht zugeschrieben werden, werden ausschließlich auf den unsicheren Rechtsstatus, die Diskriminierung, die geringen Bildungs- und Berufschancen und auf den Mangel an Lebensperspektiven im allgemeinen zurückgeführt. Die eindeutigste und entschiedenste Position beziehen

Bukow/Llaryora (1988), die einen auf Ethnizität angewendeten labeling-approach, also Etikettierungsansatz, vertreten. Sie sprechen von der »Ethnisierung« von Minderheiten. Die Politik der Ethnisierung, die einem bestimmten Steuerungsbedarf des Systems entspreche, werde durch sozialwissenschaftliche Ansätze gestützt, und zeige auch in der Alltagswelt Wirkung. Die Soziogenese ethnischer Minderheiten wird, etwas verkürzt dargestellt, so erklärt, daß Merkmale, die an sich für moderne formal-rational organisierte Gesellschaften belanglos sind, als soziale Abgrenzungskriterien verwendet werden, wobei nach Auffassung der Verfasser einige längst überwundene Sozialstrukturen wie Familialismus, Klientensystem etc. zu kulturellen Eigenheiten hochstilisiert werden. Die Definitionen werden nicht nur von den Betroffenen selbst übernommen, sondern sie schaffen zusammen mit der damit verbundenen sozialen Benachteiligung tatsächlich soziale Realität. Bukow/Llaryora lassen übrigens auch die Deutung von kulturellen Unterschieden als Modernitätsrückstand nicht gelten. So sehr die Konsequenz ihrer Argumentation fasziniert, so wenig überzeugt doch ihre Ethnisierungsthese. Die praktischen Schlussfolgerungen erscheinen bedenklich. Nahegelegt wird nämlich die Vernachlässigung kultureller Traditionen der Minderheiten. Selbstverständlich verbietet sich aus ihrer Sicht die Rede von kultureller Identität, weil sie nur die fragwürdige Politik der Ethnisierung stützt.

Bukow/Llaryora berufen sich auf Meillassoux, der als Ethnologe vor dem Mißbrauch der Ethnologie im Umgang mit Arbeitsmigranten warnt und den Versuch, »Arbeitseinwanderer in ihre Ethnizität einzubinden«, für verfehlt und für ein Element kapitalistischer Herrschaftsstrategien hält (Meillassoux 1980, 58). Er verweist unter anderem auf die Politik der Bantustans in Südafrika. Meillassoux argumentiert allerdings, anders als Bukow/Llaryora, historisch-materialistisch. Er arbeitet heraus, daß mit dem Übergang zur Lohnarbeiterexistenz traditionelle, beispielsweise dörfliche Sozialstrukturen und soziale Bindungen neue Funktionen für die Migranten übernehmen, wenn sie nicht mit der Zeit ihren »organischen Gehalt« überhaupt verlieren (1980, 55). Sie werden teilweise von den politischen Instanzen aus politischen und ökonomischen Gründen künstlich aufrechterhalten. — Meillassoux verweist auf die Senkung der Reproduktionskosten der Arbeiter durch die traditionelle Hauswirtschaft. So ideologisch deshalb diese Art der »Pflege« kultureller Traditionen ist, z.B. die Konservierung der Stammesorganisation bei afrikanischen Bergarbeitern (1980, 53f.), so wenig plädiert Meillassoux für den Bruch mit der kulturellen Tradition. Er vermerkt ausdrücklich: »Kulturelle Werte sollen und müssen natürlich gefördert und respektiert werden« (1980, 58). Und er erwähnt seine eignen Bemühungen um die Förderung der Muttersprache von Immigranten in Frankreich. Zwar gibt er den kulturellen Traditionen auf Dauer keine Chance, aber eine vorübergehende Brückenfunktion für die Migranten. Die Art des Umgangs mit der Tradition möchte er allerdings diesen selber überlassen. Eine Bevormundung lehnt er ab.

In den angelsächsischen Ländern, d.h. vor allem in den Einwanderungsstaaten USA, Kanada und Australien, wird ethnicity häufig rationalistisch-instrumentell definiert. Sehr prononciert bestimmt sie z.B. Isajew als »einen strategischen Wahlakt von Individuen, die unter anderen Umständen eine andere Gruppenmitgliedschaft als ein Mittel gewählt hätten, mehr Macht und Prestige zu erlangen«



(zit. n. Stephan 1987, 62). Unter Bezugnahme auf die internationale Diskussion über ethnicity betont auch Greverus (1981) den instrumentellen Charakter von ethnischen Eigenheiten zur Durchsetzung spezifischer Ziele und Interessen. Dabei setzt sie in in ihrem Katalog von sechs »Grundintentionen ethnischen Identitätsmanagements« Machtgewinn wertneutral neben das Streben um kulturelle Autonomie. Die je spezifischen historischen Konstellationen, Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse treten damit in den Hintergrund. Der Unterschied zwischen Unterdrückung und dem Kampf dagegen verschwimmt. Bei der ethnischen Profilierung werden — so Greverus — »die hervorragendsten Charakteristika des Ethnos ... selektiv für das Identitätsmanagement ... eingesetzt« (1981, 223).

So sehr der Beitrag von Greverus wohl als kritische Wendung gegen die Mythen des eigenen Faches, der Ethnologie und speziell der europäischen Volkskunde, gemeint und somit von einem aufklärerischen Motiv getragen ist, so bleibt die Verfasserin doch im deutschen Eigentlichkeits-Denken, so scheint es, insofern befangen, als sie nicht nur zwischen »Ethnos« (»eine jeweils stabile Einheit mit einem ausgeprägten Wir-Bewußtsein«) und Ethnizität, sondern auch noch zwischen dieser und bloßer »Pseudo-Ethnizität« unterscheiden zu müssen glaubt. Auch die Rede von »echten Identitätsmerkmalen«, die sie z.B. bei den Schwarzen in den USA vermißt, zeigt die Gefahr neuerlicher Mystifikation.

Zu fragen ist: Hat nicht Ethnizität in »modernen« Gesellschaften in der Tat immer symbolischen und selektiven Charakter, weil die Individuen nicht mehr unmittelbar ins Gemeinweisen eingebunden sind, sondern ihren gesellschaftlichen Zusammenhang erst herstellen müssen? Auf der anderen Seite braucht Ethnizität deshalb nicht bloß imaginär zu sein.

## Kultur und Identität

Wir müssen uns einen Begriff machen von Kultur, d.h. gemäß historisch-materialistischer Methode von ihrer Funktion für die Menschen, von ihrem Ort im Lebensprozeß und innerhalb der gesellschaftlichen Reproduktion. Außerdem wäre, um den Zusammenhang zwischen kultureller Praxis und Identität zu bestimmen, aufzuklären, was sich hinter dem Identitätsanspruch historisch-konkret verbirgt.

Die Verhältnisse, die die Menschen zur Produktion ihres materiellen Lebens jeweils eingehen, setzen historisch spezifische Orientierungsanforderungen. Die Menschen machen sich Vorstellungen über ihr Verhältnis zur Natur, über ihr Verhältnis untereinander und über sich selbst. Ihr Bewußtsein basiert dabei immer schon auf den ideellen Formen gesellschaftlicher Erfahrung (Leontjew 1982). In Ritualen und anderen symbolischen Darstellungen vielfältiger Art ist ein bestimmtes Verhältnis zur Natur, ist die Ordnung des Gemeinwesens vergegenständlicht. Das Bewußtsein ist abhängig von der materiellen Lebenspraxis insofern, als es die jeweiligen Lebensbedingungen wie die gegenständliche Welt überhaupt modellhaft abbilden muß, um die Tätigkeit zu steuern. Die inneren Abbilder sind aber nun keineswegs einfach und unmittelbar aus den sinnlichen Wahrnehmungen zusammengesetzt. Abgesehen vom konstruktiven Charakter

unseres Bewußtseins, werden die Wahrnehmungen nämlich durch die gesellschaftlichen Bedeutungen »gebrochen« (ebd., 147), die allenthalben in den Produktivkräften (Werkzeugen etc.), Produktionsverhältnissen und Symbolsystemen vergegenständlicht sind. »Die Bedeutung vermittelt das Bewußtwerden der Welt« (ebd., 258).

Das gilt generell und macht die historisch-gesellschaftliche Spezifik unseres Bewußtseins deutlich. Wir müssen aber nun differenzieren zwischen Symbolbedeutungen und »funktionellen Bedeutungen«. Die letzteren erschließen sich unmittelbar im Gebrauch (von Werkzeugen z.B.) bzw. im sozialen Verkehr (ökonomische Formen z.B.). Sie haben — im Gegensatz zu den Symbolbedeutungen — keinen Verweisungszusammenhang auf etwas anderes, wiewohl einen praktischen Kontext. Diese stehen für ein Signifikat. Sie übernehmen neben der Kommunikationsfunktion eine Repräsentationsfunktion für das Bewußtsein. Mit ihrer Hilfe bilden wir uns Vorstellungen von den gegenständlichen, d.h. sachlichen und sozialen Beziehungen, von unserem Verhältnis zur Welt und von uns selbst (zur Repräsentationsfunktion der Sprache s. Wygotski 1977).

Als die Kultur einer Gesellschaft oder gesellschaftlichen Gruppe können wir ihr Repertoire an Kommunikations- und Repräsentationsmitteln bezeichnen. Wir begrenzen damit Kultur begrifflich mit Williams (1981) auf symbolische Bedeutungen, allerdings nicht nur auf elaborierte Symbolsysteme wie Kunst etc. Auch die symbolische Verwendungsweise von Dingen im Alltagsleben ist Teil kultureller Praxis. Mit dieser Definition wird Kultur als analytischer Begriff brauchbar; denn ihre dialektische Beziehung zum materiellen Lebensprozeß, zur jeweiligen Produktionsweise und Klassenlage wird damit bestimmbar und läßt sich hinsichtlich ihrer Bewegungsweise untersuchen. Sprechen wir der Kultur die Funktion der Handlungsorientierung, der Selbstvergewisserung und Selbstverständigung zu, wobei wir uns in Übereinstimmung mit marxistischen wie bürgerlichen Wissenschaftlern befinden (z.B. Gramsci, Haug, Metscher, Bourdieu, Clarke, Willis, Claessens, Greverus), so zwingt das zu der Annahme, daß mit einer Veränderung der materiellen Lebensbedingungen auch das kulturelle Bedeutungssystem, die kulturelle Praxis verändert, und zwar von den Menschen verändert werden muß. Wir stoßen damit auf die Prozeßhaftigkeit der Kultur und die Bedeutung der Praxis der Menschen für diesen Prozeß, die sich darin vergegenständlichen.<sup>5</sup> Das gilt selbst für Kulturen im Stadium scheinbarer Stagnation. Wie Greverus (1971) in einer Studie über die sizilianische »Misericordia-Kultur« aufzeigt, wird im kulturellen Prozeß eine Selektion von spezifischen Themen vollzogen, die sich als Antworten auf die sozioökonomische Situation interpretieren lassen. Greverus meint dabei ein »dominantes Thema«, im Fall der sizilianischen Volkskultur die »Würde«, ausmachen zu können (Greverus 1971, 294f.).

Das leitet über zu einem weiteren Aspekt; denn Themen lassen sich natürlich verschieden artikulieren, und außerdem erfolgt die Selektion der Themen nicht im herrschaftsfreien Raum. Auf Grund ihres symbolischen Charakters ist jede Kultur und ist jedes Kulturelement mehrdeutig und für Bedeutungsverschiebungen, Verdichtungen usw. — generell für Transformationen und unterschiedliche Artikulationen offen (vgl. Lipp 1979; PIT 1979). Daher ist Kultur das Feld des Kampfes um Bedeutungen, um kulturelle Hegemonie (dazu PIT 1979), und zwar

besonders in Zeiten gesellschaftlicher Umwälzungen, wenn die Transformation kultureller Bedeutungen ansteht. Im Grunde wird aber die Arbeit daran permanent geleistet, und zwar in erster Linie, aber nicht nur von den Intellektuellen der verschiedenen Klassen.<sup>6</sup> Politische und ökonomische Revolutionen, Prozesse des sozialen Wandels ebenso wie Migrationsbewegungen haben kulturelle Um- und Neubildungen zur Folge. So zeigt, um das an einem Beispiel zu verdeutlichen, Johannsen (1981) in einer Studie, wie seit der Jahrhundertwende in den ehemals osmanischen Ländern mit dem Eindringen des Kapitalismus in verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren Bewegungen auf den Plan treten, die den Islam neu interpretieren und dem Übergang zur säkularisierten Industriegesellschaft Rechnung zu tragen versuchen, indem sie unter anderem das Verhältnis von Staat, Recht und Religion neu bestimmen. Interessant ist dabei, daß — ähnlich wie am Ausgang des europäischen Mittelalters — die Neubestimmung der religiösen Formen und Inhalte als »Rückkehr zu den Fundamenten der Religion« interpretiert wird (Johannsen 1981, 798). In einer Fallstudie über den Reislamisierungsprozeß einer türkischen Arbeitsmigrantin aus Berlin arbeitet Schiffauer (1984) heraus, wie hier die Religion eine neuartige, dem dörflichen Islam, mit dem die Migrantin aufgewachsen ist, fremde Funktion für die individuelle Identitätsfindung übernimmt, was auch mit neuen Formen der Religiosität verbunden ist. Innerhalb der Einwandererkolonien werden selbstverständlich auch Kämpfe um kulturelle Hegemonie, teilweise sogar erbittert, ausgetragen.

Gelingt die Transformation kultureller Bedeutungssysteme nicht rechtzeitig oder adäquat, weil die Menschen von der Veränderung ihrer Lebensbedingungen und Sozialstrukturen überrascht werden oder weil die Veränderung nicht von ihnen selbst bestimmt und kontrolliert werden kann, kommt es — so kann angenommen werden — zu einer kollektiven oder individuellen Desorientierung und damit unter Umständen zu Formen der Regression (Fanon 1966, Greverus 1971, Wulff 1978). Mit A. N. Leontjew können wir sagen: Der »persönliche Sinn«, der aus der gesellschaftlichen Lebenspraxis entspringt, läßt sich in solchen Fällen nicht mehr in den tradierten gesellschaftlichen Bedeutungen konkretisieren (Leontjew 1982, 136ff.). Das ist der Kern dessen, was »kulturelle Entfremdung« genannt werden kann (dazu Auernheimer 1988). Wulff (1978) spricht von »De-kulturation«. Wir finden dies z. B. bei Migrantenfamilien, die aus noch vorkapitalistischen Regionen oder Sektoren zugewandert sind und teilweise an bäuerliche Traditionen gebunden sind, wobei nicht übersehen werden soll, daß manche Tradition wie etwa die Familienloyalität auch überlebenssichernde Funktion in der Fremde erhalten oder behalten kann. Zum Teil bezieht die Migrantenkultur daraus eine gewisse Stärke. Die Familien können sich dadurch oft trotz ihrer sozialen Benachteiligung vor Verwahrlosungstendenzen bewahren.

Ethnizität läßt sich nun auf der Basis unserer bisherigen Überlegungen mit Cohen (1988) verstehen als realer historischer Individuationsprozeß, der nicht trennbar ist von der Geschichte der Klassenkämpfe (»inseparable from class struggle«, Cohen 1988, 24), als das Ergebnis kollektiver Erfahrungen und Antworten darauf.<sup>7</sup> Dabei versuchen Gruppen von Menschen unter Rückgriff auf ihre jeweils verfügbaren kulturellen, oft ethnisch spezifischen Ressourcen für ihr Leben unter je bestimmten Bedingungen und mit je spezifischen Widersprüchen

Lösungen zu finden, die mehr oder weniger adäquat sein mögen, mit denen sie jedenfalls von neuem kollektive Traditionen begründen. Aus der Vermittlung oder Komposition von materiell-strukturellen und kulturellen Aspekten, wie sie auch im marxistischen Konzept der »Lebensweise« terminologisch zu fassen versucht wird, erklärt sich das nach Nationalität, Generation etc. unterschiedliche Verhältnis der Individuen zur gleichen Reproduktionsform, vor allem eben zur Lohnarbeit. Auch unter den Arbeitsimmigranten eines Landes läßt sich eine zum Teil große Vielfalt der Lebensweisen feststellen, die durch die unterschiedlichen Herkunftskulturen bedingt ist. Freilich wirken die gleichen Lebensverhältnisse zugleich egalisierend. In dieser Sichtweise entscheidet nicht das »Wir-Bewußtsein« (Greverus) über die soziale Realität von ethnischen Besonderheiten, so gewiß ethnische Gruppen erst durch das Wir-Bewußtsein zu Akteuren werden. Dafür mag ein »myth of origins« (Cohen 1988) bedeutsam werden, der die Gefahr der Fetischisierung in sich birgt.

Der Zusammenhang zwischen Kultur und Identität sowie die identitätsstiftende oder -sichernde Funktion von Ethnizität bleiben bis zu diesem Punkt der Argumentation allerdings historisch abstrakt. Wir sind genötigt, wenigstens knapp auf die historische Spezifik der Identitätsproblematik einzugehen, um endgültig entscheiden zu können, wo und inwiefern die Rede von kultureller Identität heutzutage ihre Berechtigung hat und wovon darin überhaupt die Rede ist. In dieser Hinsicht ist die Einsicht wichtig, daß die Identitätsproblematik erst mit der bürgerlich-kapitalistischen Form der Vergesellschaftung virulent wird (s. Schubert 1984). Selbstverständlich stellt sie sich seitdem in allen Gesellschaftsformationen gleicher oder höherer Entwicklungsstufe. In vorbürgerlichen Gesellschaften — Prozesse des Übergangs in Europa seien hier vernachlässigt — wird die Identität der Gruppe durch die Sitten, Riten und Gebräuche des Stammes, des Dorfes etc. hergestellt und immer von neuem bestätigt. Der/die einzelne geht darin auf. Dem Individuum wird »Identitätsarbeit« erst zugemutet, sobald den Menschen der gesellschaftliche Zusammenhang in den abstrakten Formen von Ware, Geld, Kapital und Staat gegenübertritt. Der »vereinzelte einzelne« muß sein Verhältnis zur Gesellschaft bewußt herstellen, muß seinen sozialen Ort bestimmen, seine Rollen in der Interaktion mit den anderen definieren, muß seine Motive ordnen und in der Auseinandersetzung mit seiner Lebensgeschichte einen Lebensentwurf versuchen. Das ist die Normalform, die sich historisch immer mehr durchsetzt. Die Diskussion um die sogenannte Individualisierungsthese in der Bundesrepublik bestätigt das.

Sobald mit dem Vordringen der kapitalistischen, aber auch der sozialistischen Warenproduktion traditionale Sozialordnungen zerfallen oder verlassen werden, mit dem Übergang zur individuellen Reproduktion also, wird zunächst die Befähigung zur individuellen Lebensbewältigung und dann mit der Universalisierung des Marktes die Identitätsfindung als individuelle Aufgabe unumgänglich. Die kulturellen Traditionen taugen in solchen Situationen des Übergangs zwar vielfach nicht mehr zur Handlungsorientierung, liefern aber — zumal nach Umbildungen und Verknüpfungen mit neuen Kulturelementen — symbolisches Material, Mittel zur Identitätsarbeit. Die Neuorientierung, die mit der radikalen Veränderung der Lebensweise auf Grund von Migration oder aus welchen

Gründen immer erforderlich wird, ist ohne die Anknüpfung an kulturelle Traditionen, allerdings auch ohne deren Transformation nicht zu leisten. Ihre völlige Negation ist entwicklungshemmend. Insoweit hat die Rede von kultureller Identität einen richtigen Kern. Optimal sind kulturelle Neubildungen, in denen Altes und Neues, Eigenes und Fremdes schöpferisch verschmolzen wird. Jugendsubkulturen von Einwanderergruppen liefern dafür ein augenfälliges Muster, so sicher letztlich jede Kultur ein Produkt solcher Synthesen ist. Sollen Migranten eine für ihre Lebenssituation adäquate Kultur entwickeln, so muß ihnen ihre Herkunftskultur einschließlich Literatur, Kunst, Musik zugänglich sein. Deren Vermittlung, verbunden mit der Förderung der Herkunftssprache, ist daher eine wichtige bildungspolitische Forderung. Wenn die Rede ist von der kulturellen Identität der Migranten oder von Angehörigen anderer ethnischer Minderheiten in Europa oder auch wenn sich Intellektuelle in sogenannten Schwellenländern angesichts des europäisch-amerikanischen Kulturimperialismus um die kulturelle Identität ihrer Jugend besorgt zeigen, dann geht es um die prekären Bedingungen für die Identitätsbildung der Menschen auf Grund der Enteignung oder Entwertung ihres kulturellen Erbes.

Für die Identitätsbildung, eine Orientierungsaufgabe von besonderer Komplexität, erhalten kulturelle Formen und Inhalte einen spezifischen Stellenwert. Sie dienen der Selbstverständigung, Selbstregulation und Selbstdarstellung, indem sie als symbolische Mittel mein Verhältnis zu mir und zur Gesellschaft für mich vorstellbar und nach außen darstellbar machen. Auch die symbolische Verwendungsweise von Alltagsdingen kann diesem Zweck dienstbar gemacht werden (vgl. Jugendsubkulturen). Dem säkularen Trend zur Universalisierung, zur Auflösung partikularer Sozialbindungen also, ist der Prozeß der Individualisierung komplementär. Gerade in diesem Prozeß gewinnen aber klassen- und gruppenspezifische Traditionen und Milieus, darunter auch ethnische Selbstzuordnungen, einen neuartigen symbolischen Wert. Das dürfte ein Motiv für die Ethnic-Revival-Bewegung der sechziger und siebziger Jahre in den USA gewesen sein — ein Phänomen, das die Distinktion zwischen »realer« und »symbolischer Ethnizität« (Elschenbroich 1986) nahelegen mag, wenngleich sie mit der Einsicht in den durchweg symbolischen und selektiven Charakter von Ethnizität ihre Plausibilität verliert. Richtig ist die Feststellung, daß neben der Sprache auch andere symbolische »Determinanten« für kulturelle Identität, z.B. Religion, Musik u.a.m., gewählt werden können (z.B. Grant 1987, 38ff.). Der Blick auf regionalistische Bewegungen oder Regionen mit manifesten ethnischen Konflikten bestätigt das. In dieser Logik macht die Diskriminierung unechter gegenüber »echten Identitätsmerkmalen« (Greverus 1981) wenig Sinn. Ohnehin kann die der identitätsbildenden »Bricolage« (Schubert 1984) zugrunde liegende Selektion nicht völlig beliebig sein. Sie wird sich vielmehr immer irgendwie auf den realen historischen Individuationsprozeß beziehen. Die Gefahr kultureller Erstarrung und Ideologisierung von Ethnizität ist gesellschaftlich begründet. Der Anlaß zur Fetischisierung von ethnischen Merkmalen zu natürlichen Wesenszügen ist in Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen zu suchen.

Die Identitätsbildung hat neben der produktiven Aneignung des kulturellen Erbes (s. KWM 4, 753) nämlich die Möglichkeit der Kontrolle der eigenen

Lebensbedingungen und die Offenheit von Zukunftsperspektiven zur zweiten entscheidenden Voraussetzung. Man muß wenigstens bis zu einem gewissen Grad Herr seines Lebens sein, sonst bleiben Lebensentwürfe bloße Fantasterei. Ist die Zukunft verbaut, so ist die Vergangenheit tot, allenfalls Gegenstand nostalgischer Rückschau. Insofern ist z. B. der Verweis auf die soziale Lage der ausländischen Jugendlichen im Streit um kulturelle Identität mehr als berechtigt. Auch in der entwicklungspolitischen Debatte sind wir bei Preiswerk (1980) auf die These vom Zusammenhang zwischen der »Kontrolle über das Schicksal« und kultureller Identität gestoßen. Allerdings wird dieser Zusammenhang häufig in verkehrter Form hergestellt, so als ob kulturelle Identität die Voraussetzung für Selbstbestimmung sei. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

### Kulturelle Identität und Emanzipation

Aufschlußreich ist, daß kulturelle Identität als politische Botschaft überall dort besonders aktuell wird, wo Minoritäten oder auch Majoritäten von Unterdrückung, Ausbeutung oder zumindest von sozioökonomischer Benachteiligung in besonderer Weise betroffen sind, wo die Menschen extrem oder — im Vergleich beispielsweise zum üblichen Lohnarbeiterschicksal — spürbarer Entwicklungen ausgeliefert sind, die sie nicht kontrollieren können. Bei Arbeitsmigranten bedarf das kaum eines besonderen Nachweises. In der Dritten Welt macht die wirtschaftliche Abhängigkeit, die die Kolonialherrschaft früherer Zeiten ersetzt hat, die Kontrolle über das eigene Schicksal für die Massen unmöglich. Weniger ins Bewußtsein getreten ist bisher, daß die autochtonen ethnischen Minderheiten in Europa mehr oder weniger sozioökonomisch benachteiligt sind. Immerhin ist am Nordirlandkonflikt die Überlagerung ethnischer und sozialer Trennungslinien öffentlich zutage getreten und deutlich geworden, daß soziale Gegensätze als ethnische Differenzen artikuliert werden können (vgl. Blaschke 1980). Minderheiten wie die Slowenen in Österreich oder die Waliser in Großbritannien sind in sogenannten strukturschwachen Regionen heimisch und haben aus verschiedenen historischen Gründen ähnlich den Iren geringere Sozialchancen. In diesen und ähnlichen Fällen ist der Ruf nach kultureller Identität mit der Hoffnung auf ein besseres, d. h. auch selbstbestimmtes Leben insgesamt verbunden. Bukow/Llaryora (1988) haben insoweit nicht Unrecht, wenn sie die These aufstellen: »Ethnisch markierte kulturelle Bestände werden nicht ohne dritte Gründe, Gründe, die im politischen oder ökonomischen Bereich liegen mögen, für eine Gesellschaft relevant« (31).

Hierin liegt aber nicht die Problematik. Das Problem liegt anderswo. — In dem Maße nämlich, in dem das Bemühen um kulturelle Identität oder Autonomie an die Stelle des Kampfes um bessere Lebensbedingungen tritt, anstatt mit ihm verknüpft zu werden, nimmt es ideologischen Charakter an. Es dient der Desartikulation oder Entnennung der Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse.<sup>8</sup> Aus diesem Grund tönt wohl die Rede von der kulturellen Identität je nach Opportunität nicht selten auch aus den Agenturen der jeweils Herrschenden. Dort soll sie Segrationsmaßnahmen, die künstliche Aufrechterhaltung von alten, beispielsweise tribalen Strukturen und kulturelle Stagnation legitimieren.

Klassisches Beispiel ist Südafrika. Neville Alexander, Theoretiker der südafrikanischen Befreiungsbewegung, polemisiert besonders gegen die Verdinglichung ethnischer Charakteristika, weil sie die südafrikanische Befreiungsbewegung zu spalten droht. Dennoch hält auch er es für falsch, »ethnisches Bewußtsein schlicht zu leugnen« (1986, 128). Die Entwicklung ethnischer Gruppen, zum Teil Produkt kolonialer Politik, sei historisch aufzuklären. Die nationale Befreiungsbewegung müsse an einer kulturellen Synthese arbeiten.

Der Ruf nach kultureller Identität kann durchaus emanzipatorische Qualität erhalten, wenn er verstanden wird als Forderung nach eigenständiger Weiterentwicklung der eigenen Kultur auf der Basis selbstbestimmter Vergesellschaftung, statt an deren Stelle zu treten. Eine auf Grund politischer Einflußnahme oder wirtschaftlicher Abhängigkeit fremdbestimmte Entwicklung läßt keine »organische« Kulturentwicklung, d.h. eine den gesellschaftlichen Strukturveränderungen angemessene Transformation des kulturellen Bedeutungssystems, zu. Der Widerspruch zwischen der Herkunftskultur und -sozialisation und der neuen sozioökonomischen Struktur der Gesellschaft wirkt, wie Wulff an Umwälzungen im damals noch abhängigen Südvietnam aufgezeigt hat, als pathogener Faktor. Es kommt zu Entwicklungsverzerrungen, zu Traditionalismen, zu Regressionserscheinungen unterschiedlicher Art. Wulff schildert verschiedene Reaktionen auf die kulturelle Desorientierung bei Dorfgemeinschaften und städtischen Schichten in Südvietnam vor der Befreiung, so z.B. Familialismus und Nepotismus, deklarativen Nationalismus, Fortschrittsgläubigkeit einerseits, Traditionalismus andererseits (Wulff 1978, 233f.). Nach Johannsen (1981) ist auch die Reislamisierung in Ländern wie dem Iran als Reaktion auf den »blockierten Übergang« zur Industriegesellschaft und auf die damit verbundene strukturelle Heterogenität zu interpretieren. »Regressive Tendenzen« glaubt Greverus in der Volkskultur Siziliens erkennen zu können, das eine jahrhundertelange Geschichte der Unterdrückung hat (1971, 297). Fanon, der Intellektuelle der nordafrikanischen Befreiungsbewegung, der bekanntlich die Entwicklungen in Afrika zum Gegenstand seiner Reden und Schriften gemacht hat, zeigt für die dortige Situation auf, wie unter kolonialistischer Herrschaft auf Grund der fremdbestimmten, von den Kolonisierten nicht kontrollierbaren ökonomischen und sozialen Strukturveränderungen pathogene Situationen entstehen. Auch er deutet das Verhalten teilweise als Regression. Nach ihm sind die politischen Reaktionen auf die koloniale Herrschaft selbst noch davon gezeichnet, daß den Kolonisierten eine kulturelle Identität abgesprochen wurde. Dem verdankten sich Traditionalismus und Tribalismus, Folklorismus, »abstrakter Populismus« und Nationalkult als »steriler Formalismus« (Fanon 1966, 190ff.).

Fanon hat in seinen scharfsinnigen Analysen und seinen Appellen an die Adresse der afrikanischen Intellektuellen klargestellt, daß sich kulturelle Identität nur im Zuge der Befreiung vom Imperialismus entwickeln läßt. Wie der Kolonialismus die Kultur zum Erliegen bringe, so wecke der Befreiungskampf die kulturelle Produktivität. In keinem Fall könne es um die bloße Wiederbelebung der Traditionen gehen. »Der Befreiungskampf gibt der nationalen Kultur nicht ihren alten Wert und ihre früheren Konturen wieder: er strebt eine grundsätzliche Neuordnung der Beziehungen zwischen den Menschen an und kann daher weder

die Formen noch die Inhalte der Kultur unberührt lassen« (Fanon 1966, 207). Auch die ausschließliche Rückwendung auf afrikanische Traditionen hält Fanon für ebenso falsch wie illusionär. Obgleich er allerdings das kulturelle Programm der Negritude als beschränkt kritisiert, findet er sie doch als Reaktion auf die Negation afrikanischer Kultur durch die Kolonialherren historisch verständlich, wenn nicht sogar unvermeidlich. Sie ist als abstrakte Negation der Negation Durchgangsstadium im Prozeß der Befreiung. Diese historisierende Sichtweise ist zu generalisieren: Das Insistieren auf kultureller Identität ist selbst in seinen verzerrten Formen immer im Kontext der Interaktion zwischen Über- und Unterlegenen zu sehen. Neben Fanon lehrt uns Freire, daß die Unterdrückten erst aufhören, »Lösungen aus anderen Kulturen für die eigenen Probleme zu übernehmen«, wenn sie lernen, »sich selbst und die Gesellschaft aus einer eigenen Perspektive zu sehen« (Freire 1977, 19) und fähig werden zur »kritischen Intervention« in den historischen Prozeß. Aufhebung der kulturellen Entfremdung ist für ihn gleichbedeutend mit »conscientizacao«.

In den Reden und Schriften von Freire, Fanon, Alexander und anderen Intellektuellen der Dritten Welt wird übrigens unmißverständlich gesagt, daß der Prozeß der nationalen Befreiung und kulturellen Identitätsfindung nur in einer globalen, menschheitlichen Perspektive vor Stagnation und Verzerrung bewahrt bleibt und Unterdrückung aufheben kann. Ihnen ist klar, daß sonst kulturelle Identität unversehens für neue Herrschaftsstrukturen mißbraucht wird.

## Schluß

Als Konsequenz unserer Überlegungen wäre abschließend festzuhalten, daß es aus historisch-materialistischer Sichtweise unangemessen ist, den Kampf um kulturelle Identität — wie einige rationalistische Zeitgenossen — als einen Atavismus vormodernen Ursprungs abzutun. Ethnische Charakteristika können gerade in den nicht mehr traditionellen Gesellschaften in ihrer Zeichenhaftigkeit persönlichen Sinn für die Individuen bekommen, nämlich für ihre Aufgabe der Identitätsbildung. — Angehörige ethnisch markierter Gruppen können sich der Stellungnahme dazu in der Regel gar nicht entziehen. Ebenso können kulturell spezifische Traditionen Bedeutung für politische Befreiungsbewegungen gewinnen. Gegen die Verdinglichung ethnischer Merkmale ist die Prozeßhaftigkeit von Ethnizität zu betonen. Deren historisch spezifische Bedeutung erschließt sich nur unter Rückbezug auf die Form der Vergesellschaftung und auf die konkreten gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte. Damit läßt sich auch der widersprüchliche Charakter der Berufung auf ethnische Besonderheiten erhellen. Entschieden zurückzuweisen ist der Mißbrauch ethnischer Definitionen als Rechtskategorie, beispielsweise zur Bestimmung der Staatsbürgerschaft wie in der Bundesrepublik. Dies impliziert die Leugnung historischer Fakten, Assimilationspolitik und andere teils groteske, teils inhumane staatliche Reaktionsweisen. Das Hinübergleiten in einen ideologischen Diskurs einschließlich der Gefahr des Ethnozentrismus ist stets wachsam im Auge zu behalten. Dieser Anforderung wird man aber mit aufklärerischem Pathos nicht gerecht.



## Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu das Jahrbuch »Pädagogik: Dritte Welt« für 1986 mit dem Titel »Kulturelle Identität und Universalität«, hrsg. von U. Schmidt, Frankfurt/M. Zum Stellenwert des Terminus »kulturelle Identität« innerhalb der entwicklungs- und politikwissenschaftlichen Diskussion siehe Handbuch der Dritten Welt, 2., überarb. Auflage, Bd. 1, insbes. die Beiträge von V. Matthies (»Kollektive Self-Reliance«) und K.-G. Riegel (»Tradition und Modernität«).
- 2 Im Gegensatz dazu ordnet Cohen (1988) die Bezeichnung ethnicity — anders als race (Rasse) — nicht einem ideologischen Diskurs zu, wobei für mich offen bleibt, wieweit ethnicity für ihn ideologisiert ist. — Race »is an ideological construct ... The notion of ethnicity, in contrast, lacks any connotation of innate characteristic whether of superiority or inferiority« (23).
- 3 »Kulturelle Identität« entspricht, nach den mir bekannten Diskussionsbeiträgen zu urteilen, weitgehend dem englischen »ethnicity«, das, eingedeutscht als Ethnizität, in die sozialwissenschaftliche Fachsprache hierzulande vorzudringen beginnt.
- 4 Ein deutliches Beispiel für die Unterstellung völliger Beliebigkeit liefert Isajews Auffassung (siehe weiter unten). Bei anderen angelsächsischen Autoren kann man lange Listen von möglichen ethnischen Merkmalen finden, die quasi zur Wahl stehen.
- 5 Nicht zu übersehen ist sicher, daß kulturelle Bedeutungssysteme angesichts erfahrbarer gesellschaftlicher Widersprüche auch historisch vorgreifend transformiert werden (können), daß Kultur eine utopische Dimension hat oder haben kann. Strittig ist, ob diese Dimension nachweisbar sein muß, damit man von Kultur sprechen kann. Für J. Kuczynski sind Kulturschöpfungen jeweils den Klassen vorbehalten, die historisches Subjekt sind oder werden. Daher möchte er den Gegenstand seiner Forschung, die »Alltagsgeschichte des deutschen Volkes« nicht als Kulturgeschichte bezeichnen. »Eine eigentliche, ursprüngliche, nicht von der Kultur der Herrschenden abgeleitete schöpferische Bauernkultur etwa gab es meiner Ansicht nach nicht«, schreibt er (1981, 38). Zur Kultur in der Klassengesellschaft gehört für ihn das Bewußtsein, »entweder heute die kulturell ... beherrschende Klasse zu sein oder später zu werden« (ebd.). Danach würden z. B. die Äußerungsformen sizilianischen Volkslebens gar nicht unter die Kategorie Kultur fallen. Wir halten diese Begriffsbestimmung für zu eng und wenig ertragreich. Unbestritten ist zugleich, daß sich die Höhe der Kulturentwicklung nach dem Grad geschichtlichen Bewußtseins, nach der historischen Perspektive und damit auch nach den »großen Traditionen« bemißt, und zwar einfach deshalb weil die Orientierungsfunktion für die Menschen davon abhängig ist. In die gleiche Richtung zielt die Frage, ob eine Kultur und eine Sprache eher provinziellen Zuschnitt oder aber nationalen oder gar internationalistischen Charakter hat (vgl. Gramsci).
- 6 Wir trennen nicht zwischen »Kultur« und »Ideologie« wie W.F. Haug und die Projektgruppe Ideologietheorie, obgleich wir deren Fragestellungen für wichtig und richtig halten. Terminologisch hielten wir eine Unterscheidung zwischen Kultur im engeren Sinn (nach der Definition von W.F. Haug) und Kultur in der umfassenden Bedeutung (einschließlich der ideologischen Dimension) für diskutabel. Viele Eigenheiten, Bewegungs- und Bildungsgesetze wie Mehrdeutigkeit, Bedeutungsverdichtung und -verschiebung gelten für Ideologie und Kultur gleichermaßen.
- 7 Den historischen Individuationsprozeß hat der türkische Dichter Nazim Hikmet für »sein« Volk in dem Gedicht »Wir kommen von weit her ...« in eine lyrische Form gebracht. Bemerkenswert ist dabei, daß er diesen Prozeß in den Horizont der universalen Menschheitsperspektive rückt (N. Hikmet: Ich liebe mein Land. Gedichte. o.O., o.J., 20).
- 8 Das Verhältnis zwischen der kulturellen Ideologie als Ideologem und dem Rassismus als ideologischem Diskurs bleibt damit noch zu klären. Folgt man Cohen (1988), der ungeachtet der historischen Vielfalt von Rassismen, auf deren Herausarbeitung er gerade Wert legt, die Unterstellung angeborener Eigenschaften (»innate characteristic«) als einheitliches Kennzeichen des ideologischen Konstrukts Rasse festhält, so mag auch die Rede von kultureller Identität je nachdem ideologischen Charakter annehmen. Rassistisch ist sie dort, wo »kulturelle Identität« wie in Südafrika mit Rasse gleichgesetzt wird. Sicherlich kann sie aber auch in anderen Varianten soziale Segregation und Benachteiligung legitimieren helfen.

## Literaturverzeichnis

- Alexander, N., 1986: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Kultur und Politik der unterdrückten Mehrheit Südafrikas. Frankfurt/M.
- Auernheimer, G., 1988: Der sogenannte Kulturkonflikt. Orientierungsprobleme ausländischer Jugendlicher. Frankfurt/M.
- Blaschke, J. (Hrsg.), 1980: Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen. Frankfurt/M.
- Bukow, W.D., und R. Llyryora, 1988: Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten. Opladen
- Cohen, P., 1988: The Perversions of Inheritance: Studies in the Making of Multi-Racist Britain. In: Multi-Racist Britain. Ed. by Cohen/Bains
- Czock, H., 1988: Eignen sich die Kategorien »Kultur« und »Identität« zur Beschreibung der Migrantensituation? In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H.1
- Elschenbroich, D., 1986: Eine Nation von Einwanderern. Ethnisches Bewusstsein und Integrationspolitik in den USA. Frankfurt/M.
- Essinger, H., 1984: Fremde Werte lernen. In: Materialien zum Projektbereich »Ausländ. Arbeiter«, H.41, 51ff.
- Fanon, F., 1966: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M.
- Feil, Ch., und M. Furtner-Kallmünzer, 1987: Belastungen im Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen — ein Überblick. In: Ausländerarbeit und Integrationsforschung. Hrsg. v. DJI. München
- Freire, P., 1977: Erziehung als Praxis der Freiheit. Reinbek
- Grant, N., 1987: Bildung und Erziehung für eine multikulturelle Gesellschaft. In: Vgl. Erziehungswiss., Informationen — Berichte-Studien Nr. 17, 27ff.
- Greverus, I.M., 1971: Kulturbegriffe und ihre Implikationen, dargestellt am Beispiel Süditalien. In: Kölner Zschr. f. Soziol. u. Sozialpsych., H.1, 295ff.
- ders., 1981: Ethnizität und Identitätsmanagement. In: Schweiz. Zschr. f. Soziol., 223ff.
- Hamburger, F., 1986: Erziehung in der Einwanderergesellschaft. In: Interkulturelle Pädagogik. Hrsg. v. M. Borelli. Baltmannsweiler
- Handbuch der Dritten Welt. 2., überarb. Aufl., Bd.1
- Hauck, G., 1980: Zu Preiswerks entwicklungspolitischen Konzept. In: Argument 122, 573ff.
- Haußer, K., 1987: Zum Identitätskonzept in der Ausländerforschung. In: Ausländerarbeit und Integrationsforschung. Hrsg. v. DJI, München
- Johannsen, B., 1981: Islam und Staat im Imperialismus. In: Argument 129, 690ff., und Argument 130, 787ff.
- KWM =Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 4, 1986 (Stichwort »Kulturelles Erbe«). West-Berlin
- Kuczynski, J., 1981: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 1. Köln
- Lage und Perspektiven der Volksgruppen in Österreich, 1989. Hrsg. v. der ÖRK. Wien
- Leontjew, A.N., 1982: Tätigkeit, Bewusstsein, Persönlichkeit. Köln
- Liegle, L., 1980: Kulturvergleichende Ansätze in der Sozialisationsforschung. In: Handbuch der Sozialisationsforschung. Hrsg. v. Hurrelmann/Ulich. Weinheim, Basel, 197ff.
- Lipp, W., 1979: Kulturtypen, kulturelle Symbole, Handlungswelt. In: Kölner Zschr. f. Soziol. und Sozialpsych., 450ff.
- Meillassoux, C., 1980: Gegen eine Ethnologie der Arbeitsimmigration in Westeuropa. In: »Dritte Welt« in Europa. Hrsg. von Blaschke, J./Greussing, K., Frankfurt/M.
- Preiswerk, R., 1980: Kulturelle Identität, Self-Reliance und Grundbedürfnisse. In: Argument 120, 167ff.
- PIT =Projekt Ideologietheorie, 1979: Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband 40. West-Berlin
- Richter, H., 1982: Einwanderungsland, subkulturelle Segregation und Hilfe zum Selbstsein. In: Neue Praxis, 116ff.
- Schiffauer, W., 1984: Religion und Identität. Eine Fallstudie zum Problem der Reislamisierung bei Arbeitsmigranten. In: Schweizer Zschr. f. Soziol., H.2, 485ff.
- Schubert, V., 1984: Identität, individuelle Reproduktion und Bildung. Gießen
- Stephan, W., 1987: Versuch einer Vergleichsanalyse multikultureller Erziehung. In: Vgl. Erziehungswiss., Informationen — Berichte — Studien Nr. 17, 53ff.
- Thernstrom, S. (Hrsg.), 1980: Harvard Encyclopedia of American Ethnic Groups. Cambridge
- Twenhöfel, R., 1984: Kulturkonflikt und Integration. Zur Kritik der Kulturkonfliktthese. In: Schweizer Zschr. f. Soziol. H.2, 405ff.
- Wulff, E., 1978: Persönlichkeit und Psychiatrie am Beispiel einer psychiatrischen Erfahrung aus Vietnam. In: ders. (Hrsg.), Ethnopsychiatrie. Wiesbaden
- Wygotski, L.S., 1977: Denken und Sprechen. Frankfurt/M.

Roxana Ng

## Geschlecht, Ethnizität oder Klasse?

### Überlegungen zur Methode\*

Ein Grund für die Entstehung dieses Textes ist der Mangel an einer systematischen Theorie, die die Erfahrungen von Frauen aus ethnischen Minderheiten in Kanada und in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern auf den Begriff bringen kann. Ein anderer ist ein politisches Problem: Als Feministin, die in einer Einwanderer-community<sup>1</sup> in Kanada arbeitet, hat mein Status als Frau nicht das gleiche Gewicht wie der als Angehörige einer ethnischen Minderheit. Es wird unterstellt, daß Feminismus spaltet, daß man sich als Feministin nicht gleichermaßen mit Problemen ethnischer Minderheiten auseinandersetzen kann. Diese Auffassung entspricht der klassischen linken Position, die Frauenfrage sei dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit nachgeordnet und Frauenemanzipation werde sich ganz von selbst aus der allgemeinen Befreiung des Proletariats ergeben. Bis dahin müßten wir unsere »persönlichen« Probleme zurückstellen und für den Sozialismus arbeiten.

Die Arbeiten sozialistischer Feministinnen aus den letzten zehn Jahren (z.B. Hamilton 1978; Hartmann 1976) haben unser Wissen über die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Patriarchat erweitert und uns mit einem vorläufigen Leitfaden versorgt, an Hand dessen wir über unsere Situation nachdenken und politisch arbeiten können (z.B. Rowbotham u.a. 1976). Zwar gibt es allmählich einige Arbeiten zur Situation von eingewanderten Frauen (z.B. Wilson 1979; Guyot u.a. 1978; Sellar 1981), nicht jedoch zum Verhältnis von Ethnizität, Geschlecht und Kapitalismus. Es gibt kaum eine theoretische oder empirische Studie, die ernsthaft die Dynamik von Geschlecht, Ethnizität und Klasse untersucht, d.h. die wirklich gelebten Verhältnisse erforscht, die für einige von uns die Grundlage ihrer Erfahrung bilden.

Dieser Text ist ein Stück aus meiner gegenwärtigen Arbeit, in der ich die Situation von eingewanderten Frauen zu verstehen versuche, ohne ihre Erfahrungen als Frauen und ethnische Minderheiten zugleich zu negieren. Es ist auch ein Versuch, die besondere Position von Frauen aus ethnischen Minderheiten in entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsformationen wie Kanada zu begreifen.

Der Begriff »Immigrantin« wird hier deskriptiv, im Sinne des Alltagsverständnisses benutzt. Das heißt, es geht mir nicht darum, nach bestimmten Kriterien, wie z.B. juristischer Status, Beruf, Hautfarbe etc., zu definieren, was eine Immigrantin ist. Bezeichnen wir im Alltagsleben eine Frau als »Immigrantin«, dann berücksichtigen wir nicht nur den juristischen Status, obwohl er natürlich immer mit gemeint ist. In ihrer Arbeit über portugiesische Immigrantinnen in Vancouver, hat Boulter zwei Verwendungsweisen unterschieden: die erste bezieht sich auf die juristische Definition:

\* Zuerst unter dem Titel »Sex, Ethnicity or Class. Some methodological Considerations«. In: *Studies in Sexual Politics*. University of Manchester, 1988.

»Die zweite Bedeutung des Begriffs Immigrant kommt im 'alltäglichen Gebrauch', in täglichen Handlungen vor. Das heißt, er wird nicht immer und nicht auf alle Immigranten angewandt. Einige Personen sind immer Immigranten, und alle ihre sozialen Beziehungen sind durch diese Etikettierung bestimmt. Andere sind nur Immigranten, wenn sie mit der Einwanderungsbehörde in Kontakt treten; wenn sie Bewerbungsformulare ausfüllen müssen, in denen nach Staatsangehörigkeit oder nationaler Herkunft gefragt wird.« (Boulter 1978, 56)

Der Begriff »Immigrantin« beschwört meist das Bild einer Frau, die anders aussieht (d.h. einen anderen ethnischen oder kulturellen Hintergrund hat), nicht richtig Englisch sprechen kann, sich in der Öffentlichkeit nicht adäquat verhält und eine bestimmte Position in der Berufshierarchie einnimmt (z.B. als Putzfrau, Näherin in der Massenproduktion etc.). Mit anderen Worten, der Begriff beinhaltet ein Klassenverhältnis.

Ich verwende ihn hier auch, um die Aufmerksamkeit auf den Prozeß zu lenken, durch den ein Teil der Bevölkerung zur Immigrantin wird. Dies entspricht der Art und Weise wie Marx, Braverman zufolge, den Begriff Arbeiterklasse benutzte:

»Versteht man den Begriff 'Arbeiterklasse' richtig, dann umfaßte er nie eine bestimmte Personengruppe, sondern war eher eine Bezeichnung für einen fortdauernden gesellschaftlichen Prozeß ..., dessen Kern die Transformation von Bevölkerungssektoren war.« (Braverman 1974, 24)

Historisch sind Immigrantinnen das Produkt einer kapitalistischen Entwicklung, die Teile einer Bevölkerung aus ihren angestammten Lebenszusammenhängen verdrängt und sie in die Zentren der neuen industriellen Entwicklung treibt, wo sie zunehmend in eine Ökonomie eingebunden werden, die auf dem Profitprinzip basiert: in eine Geldwirtschaft. Obwohl ich hier nicht die politische Ökonomie der Migration behandeln will, bildet sie den Hintergrund, ohne den die Situation der Immigrantinnen nicht verstanden werden kann. Der Begriff »Immigrantin« bezieht sich auf eine Reihe von Produktionsbeziehungen, auf die ich weiter unten näher eingehen werde. Im Verlauf dieses Textes werde ich versuchen, einige Prozesse zu zeigen, durch die ein bestimmter Teil der Bevölkerung in »Immigrantinnen« verwandelt wird.

Die Standarddebatte unter SoziologInnen, ob Geschlecht, Ethnizität oder Klasse für den sozialen Status von Immigrantinnen bestimmender sind, wird irrelevant, sobald wir Frauen in unseren Untersuchungen als Subjekt behandeln. Statt dessen rückt dann die Frage in den Mittelpunkt, wie die Erfahrungen von Immigrantinnen in der gegenwärtigen Gesellschaft geformt werden. Indem ich also die Situation der Immigrantinnen in Kanada zu erklären versuche, kritisiere ich zugleich die Methode der konventionellen Soziologie, die Frauen zu Objekten macht (vgl. Smith 1979).

### Eine Untersuchungsmethode

Wenn SoziologInnen Ethnizität oder Klasse zu ihrem Gegenstand machen, behandeln sie diese als diametral entgegengesetzte Kategorien und versuchen, je nach theoretischem Standpunkt, zu entscheiden, welche Kategorie oder welche »Variable« die gesellschaftliche Stellung vorrangig bestimmt (z.B. Robbins 1975; Filson 1979). Aus den Standardabhandlungen über Klasse und Ethnizität fallen

Frauen meistens heraus: In der Literatur über Ethnizität werden die Erfahrungen von Frauen gewöhnlich unter die der Männer subsumiert (vgl. Jacobson). In den Untersuchungen zu Klasse und Schichtung geben die Theoretiker zu, die Klassenstellung der Frauen wegen ihrer »Doppelrolle« in Familie und Produktion nicht genau angeben zu können (vgl. zur Diskussion und Kritik dieser Position, West 1978). Frauen befinden sich außerhalb des Rahmens der Soziologie. Wenn sie überhaupt behandelt werden, dann als Objekte, niemals als Subjekte. Kurz: ihre Erfahrungen werden dem theoretischen Vorgehen und dem, was der Forscher als theoretisch bedeutend definiert, untergeordnet (vgl. Smith 1979 und 1981). Feministinnen haben zunehmend versucht, Frauen in die Untersuchungen über Ethnizität und Klasse einzubeziehen. Die Ähnlichkeiten zwischen Rassismus und Sexismus werden oft dargestellt und Parallelen zwischen den Erfahrungen von Frauen und ethnischen Minderheiten gezogen (vgl. Lee und Roberts 1981).

Diese Arbeiten sind ein wichtiger Schritt nach vorn in ein Gebiet, das bislang von SoziologInnen vernachlässigt wurde. Ich gehe jedoch anders vor. Eine Analyse, die von unseren Erfahrungen als Frauen und als Angehörige einer ethnischen Minderheit ausgeht, kann meiner Ansicht nach nicht ausschließlich theoretisch sein. Im Prinzip geht es um eine Methode, mit der eine Welt verstanden werden kann, die nicht statisch bleibt, sondern beständig Veränderungen unterworfen ist, die ihrerseits fortwährend unsere Lebensbedingungen transformieren.

Was ich also über Immigrantinnen sagen werde, ist nicht so sehr eine endgültige Theorie ihrer Situation im heutigen Kapitalismus, sondern illustriert eine Untersuchungsmethode, die ihre Erfahrungen in den Vordergrund stellt. Wenn ich von Erfahrungen spreche, so meine ich damit die Aktivitäten der Personen, weniger was sie über ihre Situation denken und wie sie sie empfinden. Das Ziel ist, die Prozesse zu entdecken, durch die ihre Erfahrungen zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt und im Rahmen bestimmter Produktionsverhältnisse geformt und bestimmt werden. Ich setze voraus, daß Erfahrungen nicht willkürlich oder zufällig sind: sie sind durch eine soziale Ordnung bestimmt, die unter den materiellen historischen Bedingungen einer gegebenen Produktionsweise eine spezifische Form annimmt.

Angewandt auf meine Untersuchung von Geschlecht, Ethnizität und Klasse heißt das erstens, zu erforschen, wie diese Kategorien und Begriffe im Alltagsleben *produziert* und zweitens, wie sie in der Bewältigung des Alltagslebens für die Individuen zu konkret gelebten Verhältnissen werden. Das kann nur empirisch herausgefunden werden. Aber es geht nicht um eine empirische Beobachtung, die vom Diskurs ausgeht und die alltägliche Welt als Material zur Stützung oder Zurückweisung bestimmter theoretischer Behauptungen benutzt (vgl. auch Smith 1975). Es geht darum, zu erkennen, wie das Leben der Menschen durch die materiellen gesellschaftlichen Schranken, in denen sie leben, bestimmt ist. Marx und Engels haben es folgendermaßen formuliert:

»Die empirische Beobachtung muß in jedem einzelnen Fall den Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Gliederung mit der Produktion aufweisen.« (MEW 3, 25)

Mit der skizzierten Methode werde ich zwei Aspekte des Lebens von Immigrantinnen in Kanada untersuchen: Erstens, wie die veränderte gesellschaftliche

Ordnung, der sich die Immigrantinnen als Resultat des Einwanderungsprozesses gegenüber sehen, die Hausarbeit und die Beziehungen innerhalb der Familie beeinflusst. Zweitens werde ich einen Prozeß darstellen, durch den Immigrantinnen in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden.

Ich stütze mich dabei auf zwei Forschungsarbeiten: Die erste Datengrundlage wurde vom Zentrum für Immigrantinnen in Toronto erhoben und von mir im Zeitraum 1976 bis 1980 dokumentiert (Ng und Ramirez 1981). Das Material konzentriert sich auf die Erfahrungen der Frauen im Haus, weil die Mehrheit der Interviewten Hausfrauen waren. Sie kamen aus ländlichen oder halbländlichen Gebieten in industriell weniger entwickelten Ländern wie Italien und Ländern in Lateinamerika. Ihre Ehemänner waren nach Kanada ausgewandert, um sogenannte »blue collar jobs« zu übernehmen, die entweder ein relativ niedriges Qualifikationsniveau oder traditionelle Qualifikationen erforderten, für die es in Kanada keine Ausbildung mehr gibt (vgl. ebd., 26; 60, Fn 5).

Die zweite Datenbasis ist ein Teil meiner Dissertation, deren Thema Immigrantinnen und Staat war. Forschungsgegenstand war die tägliche Arbeit in einer stadtteilbezogenen Agentur, die Immigrantinnen berät und ihnen Arbeitsplätze vermittelt, sowie das Verhältnis von Immigrantinnen zum herrschenden Staatsapparat.

### **Veränderte Organisationsformen der Hausarbeit von Immigrantinnen**

Die seit den späten sechziger Jahren erschienenen marxistisch-feministischen Arbeiten zur Hausfrauenarbeit haben eine neue Forschungsetappe eröffnet und viel dazu beigetragen, die Beziehungen zwischen Hausarbeit und kapitalistischer Produktionsweise zu verstehen. Benston argumentiert z.B. mit der Marxschen Werttheorie, daß Hausarbeit Gebrauchswert, aber keinen Mehrwert schaffe. Ihr zufolge ist daher Hausarbeit eine vorkapitalistische Produktionsweise, »Herstellung einfacher Gebrauchswerte durch Tätigkeiten, die mit der Familie und dem Heim verknüpft sind« (Benston 1969). Della Costa stellt dem gegenüber den Marxschen Begriff der Reproduktion ins Zentrum und meint, die allgemeine Stellung der Frau ließe sich aus der Arbeit von Frauen der Arbeiterklasse ableiten, deren Aufgabe hauptsächlich die Reproduktion der männlichen Arbeitskraft sei. Da die Arbeitskraft Mehrwert produziere, produziere auch die Hausarbeit indirekt Mehrwert und gehöre also zur kapitalistischen Produktionsweise. Im Laufe der Zeit verengte sich die Debatte auf sehr technizistische und mechanistische Analysen der verschiedenen »Komponenten« der Hausarbeit und deren Beziehung zur kapitalistischen Produktion (z.B. Secombe 1974; Blumenfeld und Mann 1980). Engels' Analysen in *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* folgend, wird der Schwerpunkt normalerweise auf die im Zuge der kapitalistischen Entwicklung stattfindenden historischen Veränderungen der Arbeitsteilung im Haushalt gelegt. Der besondere Klassencharakter der Hausarbeit im heutigen Kapitalismus ist unerforscht geblieben (vgl. auch Malos 1980).

Hier geht es weniger darum, ob die Hausarbeit der Immigrantinnen in die kapitalistische Produktionsweise paßt, sondern mehr darum herauszufinden, wie der Einwanderungsprozeß die Bedingungen verändert, unter denen Hausarbeit

gemacht wird. Die Spuren des Transformationsprozesses werden verfolgt, um darin die Einflüsse bestimmter gesellschaftlicher Veränderungen zu finden. Betrachten wir die Immigrantenfamilien und lenken unseren Blick dabei auf das, was Frauen im Haushalt tun, dann sehen wir, daß ihre Arbeit im Verlauf des Einwanderungsprozesses eine *qualitative* Veränderung durchmacht. Ich will nicht behaupten, Immigrantenfamilien kämen aus einer Gesellschaft, die von der kapitalistischen Produktionsweise völlig unbeeinflusst ist. Aber ich will die Aufmerksamkeit darauf lenken, wie sich die soziale Ordnung in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften (z. B. in Großbritannien, Kanada, den USA) von der in solchen Ländern unterscheidet, deren Entwicklung durch Imperialismus und Kolonialismus abgeschnitten worden ist. Diese Unterschiede sind Resultat der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab. Das Eindringen des Kapitalismus in einheimische Ökonomien hat die traditionellen Formen der Lebenserhaltung zerstört und die Haushalte auf dem Lande gezwungen, Geld zu verdienen. Arbeiter, die auf der Suche nach Lohnarbeit von einem Industriezentrum zum anderen wandern und ihre Ehepartner und Kinder im Heimatdorf zurücklassen — dieses Bild ist in den weniger entwickelten Gebieten der Welt nur zu bekannt. Aus dieser Konstellation heraus entsteht zuerst das Phänomen der modernen Migration. Unter diesen Bedingungen behält die Frau den größten Teil der Kontrolle über die Hausarbeit, die mehr oder weniger ein organischer Teil des Dorflebens ist. Die räumliche Anordnung der Haushalte macht es möglich, die Hausarbeit unter Familienmitgliedern (normalerweise Frauen), Nachbarn und Freundinnen aufzuteilen. Der folgende Auszug aus einem Interview mit einer Sozialarbeiterin zeigt sehr deutlich die Unterschiede zwischen der Organisation der Familieneinheiten in der italienischen Nachbarschaft, in der sie aufwuchs und den städtischen Zentren in Kanada:

»Die Form der Hausarbeit war für die Frauen in der bäuerlichen Nachbarschaft, deren Männer schon ausgewandert waren, um das Familieneinkommen zu verdienen, viel gemeinschaftlicher als sie hier jemals sein könnte, schon allein auf Grund der räumlichen Anordnung. Als ich noch ein Kind war, lebten wir alle in einem Häuserblock, und die Häuser bildeten einen Innenhof. Es gab also eine 'Hofkultur' und jeden Tag tat man dort irgend etwas: waschen, bügeln, was auch immer. Man konnte Dinge gemeinsam benutzen. Es gab auch sowas wie ein Tagesmutterssystem. Die Kinder mußten im Hof spielen, sie durften nicht auf die Straße. Die Frauen paßten so nebenbei auf sie auf, informell. Niemand gab einen Auftrag. Es passierte einfach, weil dort die Wäsche gewaschen und aufgehängt wurde.« (Ng und Ramirez 1981, 32)

Wo die Industrialisierung noch nicht vollständig in die einzelnen Haushalte vorgedrungen ist, ist die Hausfrauenarbeit ein integraler Bestandteil der Familienökonomie. Ihre Arbeit ist unmittelbar in den Produkten sichtbar, die sie für den Familienkonsum produziert. Man sollte zwar vorsichtig sein und den Status von Frauen in Bauernwirtschaften nicht überschätzen, aber anthropologische Studien zeigen, daß Frauen über einen gewissen Grad an Macht und Autonomie verfügen, wenn ihre Arbeit einen integralen Bestandteil der Ökonomie bildet (vgl. Wolf 1972). Auf jeden Fall zeigen unsere Forschungen, daß die Organisation der Haushalte in der oben beschriebenen Anordnung den Frauen die Schaffung von kooperativen Netzwerken erlaubt, auf die sie sich im Notfall verlassen können (vgl. Ng und Ramirez 1981, 36ff.).

Die Bedingungen der Hausarbeit verändern sich drastisch mit dem Migrations-

prozeß. Sie gehen natürlich nicht nur in den Haushalten der Immigrantinnen vor sich. Aber in Kanada hat es sehr lange gedauert, den jetzigen Organisationsstand zu erreichen, während Migrantenfamilien über Nacht in eine grundlegend andere soziale Ordnung verpflanzt werden. Der Migrationsprozeß rückt also diese Transformation verschärft in den Blickpunkt.

Die unmittelbare Folge der Einwanderung ist die vollständige Einbeziehung der Familie in die Geldwirtschaft. Für Immigrantinnen aus der Arbeiterklasse wird der Lohn jetzt zum einzigen und wichtigsten Faktor für das Überleben der Familie. Selbst die grundlegendsten Produkte für den Haushalt, die die Hausfrau vorher wahrscheinlich selbst hergestellt hat, sind nur noch gegen Geld erhältlich. Da die Hausarbeit der Frau keinen Verdienst einbringt und nicht sichtbar zur Ökonomie des Haushalts beiträgt, wird sie gesellschaftlich und in der Familie niedrig bewertet. Sie selbst wird auf Grund dieser veränderten Beziehung zwischen Familie und Ökonomie abhängiger von ihrem Mann (Ng und Ramirez 1981, 27ff.).

Unter fortgeschrittenen kapitalistischen Bedingungen wie in Kanada wird der Rhythmus der Frauenarbeit durch die Stechuhr bestimmt, besonders durch die Lohnarbeit des Ehemannes außer Haus, durch die Stundenpläne der Kinder im Schulsystem, durch die technologische Innovationen im Haushalt (z.B. Staubsauger, Waschmaschine usw.), durch die Entfernung zwischen Wohnung und Supermarkt, Einkaufszentrum und Waschsalon etc. etc. (ebd., 30ff.). Wo die Lebensweise zudem nach dem Prinzip der Kleinfamilie organisiert und die Hausarbeit privatisiert ist, d.h. auf die engen Grenzen der unmittelbaren Familie beschränkt, wird die Schaffung eines kooperativen Netzwerks wie im Dorf unmöglich. In der neuen Umgebung wird eine Immigrantin, insbesondere wenn sie kein Englisch kann, zunehmend isoliert sein (ebd., 38f.). Sowohl die Isolation als auch die Notwendigkeit, Geld zu haben, machen die Immigrantin auf eine neue Weise von ihrem Mann abhängig, in praktischer und in gefühlsmäßiger Hinsicht. Diese Abhängigkeit ist das Ergebnis bestimmter Produktionsverhältnisse und entsteht in einer spezifischen gesellschaftlichen Anordnung. Es ist nicht so sehr die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, die sich verändert, sondern eher die materielle gesellschaftliche Organisation der Hausarbeit. Die neuen Lohnarbeitsverhältnisse durchdringen unmittelbar die Sphäre der Hausarbeit und organisieren sie um. Paradoxerweise wird auch der Immigrant durch die Transformation des Verhältnisses zwischen Hausarbeit und Lohnarbeit zunehmend von der Arbeit seiner Frau abhängig: sie ist sowohl für seine Reproduktion wie für die Unterstützung der Familienökonomie nötig. Dies ist besonders auffällig und sichtbar in der ersten Phase der Einwanderung, wenn die Familie nicht genügend Bargeld hat, um die notwendigen Subsistenzmittel zu kaufen, die es ihr erlauben würden, wenigstens das unterste Durchschnittsniveau des kanadischen Lebensstandards zu erreichen. Möglicherweise ist z.B. nicht genügend Geld vorhanden, um die grundlegenden Fertiggerichte oder eine Waschmaschine zu kaufen (obwohl irgendwie immer genug für sein Auto oder einen Farbfernseher da ist). In diesen Fällen muß die Arbeit der Frauen ersetzen, was mit Geld nicht gekauft werden kann. Oft sind Tätigkeiten, die als »traditionelle Werte und Gewohnheiten« interpretiert werden, wie z.B. Nudeln oder Tomatensoße selbst



herzustellen, einfach Mittel, die Familienausgaben zu verringern. Nach meiner Erfahrung gehen die Immigrantinnen sobald sich die finanzielle Situation der Familie verbessert hat, sofort dazu über, Dosen oder Tiefgefrorenes zu kaufen. Das dient nicht nur als Statussymbol, sondern bedeutet eine enorme Zeitersparnis bei der Hausarbeit. Reicht der Lohn aber wirklich nicht, um die Familienausgaben zu bestreiten, muß auch die Hausfrau nach einer Lohnarbeit außerhalb des Hauses suchen. Von dem Augenblick an, da Frauen Lohnarbeiterinnen werden, verweist man sie auf eine bestimmte Stufe in der Berufshierarchie. Dies behandle ich im nächsten Abschnitt.

Ich habe ein Stück weit gezeigt, wie die Klassenstruktur in Kanada (z.B. die Tatsache, daß sich der eingewanderte Arbeiter, da er auf bestimmte Art in den Produktionsprozeß integriert ist, auf die Arbeit seiner Frau stützen muß, um die Familie zu erhalten) die Verhältnisse in der Immigrantenfamilie verändert und strukturiert. Im folgenden will ich die Konsequenzen von Geschlecht und Ethnizität für die Klassenstellung von Immigrantinnen darstellen, die in der kanadischen Gesellschaft zu Lohnarbeiterinnen werden.

### Immigrantinnen und der kapitalistische Arbeitsprozeß

Die Segmentierung des kapitalistischen Arbeitsmarktes nach Geschlecht und Ethnizität ist inzwischen eine allgemein bekannte Tatsache (vgl. Armstrong und Armstrong 1978; Blaxal und Reagan 1976; Cassin 1977). Die Entwicklung dieser Segmentierung will ich hier nicht weiter verfolgen.

Ich gehe in meiner Untersuchung von dem notwendigen Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Struktur einerseits und den Handlungen der Personen, die ihre Lebensbedingungen produzieren und reproduzieren andererseits aus. Auch diese Einsicht ist aus den Arbeiten von Marx und Engels gewonnen:

»Die gesellschaftliche Gliederung und der Staat gehen beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor; aber dieser Individuen, nicht wie sie in der eigenen oder fremden Vorstellung erscheinen mögen, sondern wie sie *wirklich* sind, d.h. wie sie wirken, materiell produzieren, also wie sie unter bestimmten materiellen und von ihrer Willkür unabhängigen Schranken, Voraussetzungen und Bedingungen tätig sind.« (MEW 3, 25)

Geschlecht, Ethnizität und Klasse können so nicht nur als *bloße* Kategorien, sondern als gesellschaftliche Verhältnisse begriffen werden, die in Produktions- und Reproduktionsprozessen entstehen, hervorgebracht durch menschliche Handlungen, die in Zeit und Raum stattfinden. Die Art, wie diese Verhältnisse sich manifestieren, ist daher vom jeweiligen historischen Moment abhängig und verändert sich im Laufe der Zeit, in der sich die Produktionsverhältnisse verändern.

Die Frage ist also, wie die Erfahrungen der Immigrantinnen durch die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse bestimmt sind, wie diese Verhältnisse im Alltag praktisch reproduziert und erhalten werden. Sozialstruktur und Staat in Kanada sollten nicht als statische Gegebenheit, sondern als gelebte Realität untersucht werden, in die die Erfahrungen von Immigrantinnen eingebunden sind. Wenn wir den Begriff Immigrantin wieder in die alltäglichen sozialen Verhältnisse einbetten, wird erkennbar, daß er bestimmte Produktionsverhältnisse voraussetzt, die für die Entwicklung des Monopolkapitalismus auf globaler Stufenleiter und für ein bestimmtes internationales System des Austauschs von Arbeitskräften

und Arbeitsprodukten spezifisch sind. Auch hier ist die Marxsche Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweisen erhellend:

»Was ist ein Negersklave? Ein Mensch von der schwarzen Rasse. Eine Erklärung ist die andere wert. Ein Neger ist ein Neger. In bestimmten Verhältnissen wird er erst zum Sklaven. Eine Baumwollspinnmaschine ist eine Maschine zum Baumwollspinnen. Nur in bestimmten Verhältnissen wird sie zu *Kapital*. Aus diesen Verhältnissen herausgerissen, ist sie so wenig Kapital, wie Gold an und für sich *Geld* oder der Zucker der Zuckerpreis ist.« (Marx und Engels 1970, 80)

Immigrantinnen werden erst durch die Einspeisung verschiedener Arbeitskräfte-reservoirs in das kapitalistische Weltsystem, durch Migrationsprozesse, zu einer sozialen Kategorie.

In Kanada wurden Immigrantinnen immer dann zu einem sichtbaren Merkmal der Gesellschaft, wenn weibliche Arbeitskräfte in großer Zahl beschäftigt wurden. Dies geschah z.B. in der späten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als es in Großbritannien einen Überschuß an alleinstehenden, arbeitslosen Frauen gab und in den Kolonien (einschließlich Kanada und Australien) Hausbedienstete und Ehefrauen gesucht wurden (vgl. Lay 1980). In jüngster Zeit geschah dies, als es den Immigranten erlaubt wurde, ihre Familien zum Daueraufenthalt nach Kanada zu bringen. Dieses System fiel in den siebziger Jahren mit dem Abflauen der ökonomischen Entwicklung zusammen, als die Quoten für »alleinstehende Immigranten« gesenkt und die Politik der »Familienzusammenführung« betont wurde.

Der kanadische Staat hat durch die Einwanderungspolitik den größten Einfluß auf die Stellung von Immigrantinnen. Auf den ersten Blick scheint die Gesetzgebung leicht durchschaubar. Sie unterteilt Immigranten in zwei Kategorien: »alleinstehende Immigranten«, deren Einreise nach Kanada ökonomischen Bedürfnissen und Kriterien unterworfen ist, und »unterstützte Immigranten«, deren Einreise nicht den gewöhnlichen ökonomischen Erfordernissen unterworfen ist und von denen daher erwartet wird, daß sie nicht auf dem Arbeitsmarkt auftauchen. Der Unterstützer muß fünf bis zehn Jahre für das finanzielle Wohlergehen der unterstützten Person sorgen. Diese juristische Definition bedeutet, daß die unterstützte Person kein Anrecht auf irgendeine Form von staatlicher Fürsorge hat, auch nicht auf Sozialhilfe, Kinder- oder Erziehungsgeld (vgl. auch Ng und Das Gupta 1980; Ng und Ramirez 1981, 49ff.). Diese Klassifizierung von Immigranten unterscheidet an sich nicht zwischen Individuen verschiedenen Geschlechts- und/oder verschiedener ethnischer Herkunft oder Klassenzugehörigkeit. Lediglich an den Kriterien, die für die Einreiseerlaubnis »alleinstehender Immigranten« entscheidend sind, zeigt sich, daß viele BewerberInnen nicht in diese Kategorie passen: Sprachfertigkeit, Ausbildungsstand, Investitionskraft etc. Die Mehrheit der Personen, die als »unterstützte Immigranten« ins Land kommen, sind ältere Personen, Frauen und Kinder aus der »Dritten Welt« oder aus weniger entwickelten Ländern. Viele dieser unterstützten Immigranten, besonders Frauen, müssen von Zeit zu Zeit aus finanzieller Not Lohnarbeit verrichten, obwohl es ihnen nicht erlaubt ist. Geschieht dies, dann landen sie aus verschiedenen Gründen am unteren Ende der Berufshierarchie: wegen mangelnder Sprachkenntnisse, der Kontrolle durch Gewerkschaften und Berufsverbände, des segregierten Arbeitsmarktes, der Definition von »Qualifikationen«, fehlender Arbeits- erfahrung usw.

Wie dabei Merkmale wie Geschlecht, Ethnizität und Klasse zu den ihre Erfahrungen bestimmenden strukturierenden Elementen werden, habe ich in der oben erwähnten empirischen Untersuchung über eine Arbeitsvermittlungs- und Beratungsagentur herausgearbeitet: Die Agentur wendet sich an Frauen aus vier verschiedenen Kulturkreisen: Italien, Spanien, Westindien und China. Sie ist von Aktivistinnen aus der Einwanderer-community gegründet worden, die meinten, die Regierung und andere freiwillige Organisationen berücksichtigten nicht ausreichend die Bedürfnisse von Immigrantinnen. Deshalb erkämpften sie sich die Unterstützung der Gemeinde und bauten eine Agentur auf, deren Ziel es ganz eindeutig war, die Interessen der zu beratenden Frauen zu vertreten.

Wenn eine Frau zum ersten Mal die Agentur besucht, muß sie zunächst ein Bewerbungsformular auf Englisch ausfüllen, in dem nach Name, Adresse und Telefonnummer, Geburtsdatum, Familienstand, Herkunftsland, der gesuchten Arbeit und nach detaillierten Informationen über Ausbildungsstand, vorhergehende Berufserfahrungen, Stand der englischen Sprachkenntnisse gefragt wird. Dieses Formular liefert der Beraterin die Basisinformationen über ihre Klientin, auf der Rückseite ist Raum für Kommentare und Auflistung der Beratungstätigkeit. Sobald die Klientin dieses Formular ausgefüllt hat, kann der offizielle Beratungsprozeß beginnen.

In Wirklichkeit füllen natürlich die wenigsten Klientinnen ihr Formular selbst aus, abgesehen von den Angaben zu Namen, Adresse etc. Selbst wenn die Klientin gut englisch kann, schreibt sie entweder falsche Angaben in die falsche Spalte oder sie notiert irrelevante Informationen. In der ersten Sitzung besteht die Aufgabe der Beraterin darin, das Formular mit der Klientin auszufüllen und dabei die nötigen Informationen zu bekommen, um ihr einen Arbeitsplatz zuweisen zu können. In diesem Fall dient das Formular nicht nur dazu, eine Akte anzulegen, es wird auch als Interviewleitfaden benutzt.

Während des Interviews versucht die Beraterin herauszubekommen, was für eine Art Arbeit die Klientin machen will oder zu tun imstande ist. Gelingt ihr das, kann sie ihre Tageskartei, in der die Tätigkeiten nach bestimmten Kriterien geordnet sind, konsultieren und etwas Passendes für die Klientin herausuchen. Die Beratungsarbeit ist sehr viel mühsamer, wenn die Klientin keine Vorstellung darüber hat, was für eine Arbeit sie haben will, was häufig vorkommt. In diesem Fall muß die Beraterin in das Leben der Klientin eintauchen, Ausbildung, vorherige Arbeiten usw., um zu bestimmen, wofür sie »geeignet« ist. Dies erfordert von der Beraterin die Fähigkeit, die Erfahrungen und Qualifikationen der Klientin abzuschätzen und sie in »Eignung« für bestimmte Tätigkeiten zu übersetzen. Aus den gesamten von der Klientin gegebenen Informationen wählt sie die wesentlichen Elemente aus und bearbeitet sie so, daß sie zu den Anforderungen der Arbeitgeber in ihren Stellenangeboten passen. Diese Phase des Beratungsprozesses ist ein Aspekt der Verknüpfung nicht-englisch sprechender Immigrantinnen mit dem Arbeitsprozeß und insofern ein Beitrag zur Konstitution von Klasse in der kanadischen Gesellschaft.

Das hat wenig mit Voreingenommenheit oder Vorurteilen der Beraterin zu tun, obwohl auch die in einigen Fällen existieren mögen. Viele Frauen aus der »Dritten Welt« und aus weniger ökonomisch und industriell entwickelten Ländern wie

Italien und Portugal haben kein »Qualifikationen«, die den Anforderungen des technisierten Arbeitsprozesses in Kanada genügen. Die traditionellen Fähigkeiten, die Frauen im Haushalt oder in der Landwirtschaft entwickeln, wie z.B. Nähen oder Gartenarbeit, gelten in einem technologisch entwickelten Arbeitsprozeß nicht als »Qualifikation«. Immigrantinnen werden daher in Dienstleistungssektoren und in die Bereiche ungelernter Arbeit abgeschoben — z.B. Küchenarbeit in Hotels und Restaurants, Reinigungs- und Hauswartsarbeiten in Büros und Appartmenthäusern — oder in besondere »Ausbeuterbetriebe«. Es sollte hier festgehalten werden, daß die Vermittlungsagentur gerade mit den Sektoren der Industrie in Verbindung steht, für die Geschlecht und Ethnizität traditionell Einstellungskriterien sind. Ich will damit nicht leugnen, daß die Beraterinnen oft gar keine andere Wahl haben, als Immigrantinnen diese Arbeiten zu vermitteln, auch nicht, daß sie eine nützliche Funktion erfüllen, wenn sie Immigrantinnen, die wenig Englisch können und keine Qualifikation haben, die sich gut vermarkten lassen, zu einer dringend benötigten Arbeit verhelfen. Es ging mir darum, zu verstehen, welche Dynamik eine solche Hilfeleistung in einer Klassengesellschaft entwickelt. Die Selektion von Immigrantinnen, ihre Anpassung an bestimmte oben erwähnte Tätigkeitsarten eines schon nach Geschlecht, Ethnizität und Klasse segregierten Arbeitsmarktes, ist ein Element der Erhaltung und Reproduktion eben dieses Arbeitsmarktes. Zugleich ist es eine Form, in der Klassenherrschaft im Alltag reproduziert wird. Unter anderem in der hier beschriebenen Weise erhalten die Erfahrungen der Immigrantinnen die Form, in der sie dann in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft erscheinen.

Ich habe versucht, die Erfahrungen von Immigrantinnen in der heutigen kanadischen Gesellschaft zu lokalisieren und zu erklären. Ich habe die Erfahrungen von Frauen innerhalb und außerhalb des Hauses untersucht, um ihre Situation als Ganzes zu verstehen. Die Unterordnung der Frauen beschränkt sich nicht auf das Familienleben, wie oft angenommen. Die Transformationen der Familienorganisation in Abhängigkeit von Ökonomie und Immigrationsprozeß spielen eine entscheidende Rolle auch für die Unterordnung der Frau im Haus, in der Familie. In Kanada wird diese Unterdrückung noch durch den Staat verschärft, durch Einwanderungsgesetz, Ausbildungssystem und Sozialstaat. Zuletzt sahen wir, wie auch Unterstützerguppen letztendlich gegen die Interessen derjenigen arbeiten können, deren Interessen sie gerade vertreten wollen. Alle diese Prozesse führen zu einer neuen Art der Abhängigkeit, die die Grundlage der untergeordneten Position von Immigrantinnen in der kanadischen Gesellschaft bildet.

Erkennbar wurde auch, daß die Frage, ob Geschlecht, Ethnizität oder Klasse für die reale Lebenssituation wichtiger ist, nicht mehr relevant ist, wenn wir uns auf die Erfahrungen der Personen in der wirklichen Welt konzentrieren. Die Frage ist statt dessen: Wie wird ihre Erfahrung als Teil des gesellschaftlichen Gesamtinteresses organisiert, und welche Dynamiken formen diese Erfahrungen zu einem bestimmten Zeitpunkt in dieser bestimmten Weise. Die Untersuchung verdeutlicht, daß die Prozesse, die unser Leben grundlegend beeinflussen, Teil des ganz gewöhnlichen Alltagslebens sind, in dem wir uns selbst reproduzieren: Wenn wir Arbeit suchen oder einfach nur unsere Arbeit machen. Die Verbindung

zwischen Alltagshandlungen und sozialen und ökonomischen Prozessen ist also nicht mysteriös; sie ist durchaus empirischer Untersuchung zugänglich. Das Problem ist nicht, wohin wir sehen, sondern *wie* wir hinsehen.

Zum Schluß möchte ich noch auf einige praktische und politische Konsequenzen dieser Methode eingehen. Obwohl die hier vorgenommene Analyse nicht automatisch zu einer »richtigen« politischen Arbeit führt, lenkt sie unsere Aufmerksamkeit auf die wirkende Dynamik, die uns beständig spaltet, wenn wir versuchen, unsere Lebensbedingungen zu verändern. Selma James hat darauf hingewiesen, daß Geschlecht, »Rasse« und Klasse, obwohl sie sich als getrennte Einheiten gegenüberstehen, sich aus demselben historischen Produktionsprozeß entwickelt haben. Die antagonistischen Gegensätze zwischen diesen Elementen entstehen unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion:

»Wenn aber Geschlecht und 'Rasse' von Klasse getrennt werden, bleibt schließlich nichts weiter übrig, als das dumpfe provinzielle politische Sektierertum der weißen männlichen Linken in den Metropolen. (...) Der Widerspruch zwischen den abgespaltenen Einheiten Geschlecht oder 'Rasse' einerseits und der Gesamtheit der Klasse andererseits, ist das größte Hindernis für die Macht der Arbeiterklasse und zugleich die kreative Energie, um diese Macht zu erlangen.« (James 1975, 9)

Soziale Ungleichheit ist nicht in einen strukturellen Prozeß »eingefroren«, über den wir keine Kontrolle haben. Obwohl wir es nicht beabsichtigen, können unsere eigenen Handlungen ein Beitrag zur fortdauernden Produktion und Erhaltung von Ungleichheit in unserer Gesellschaft sein (und sind es oft). Die Analyse der täglichen Routine einer Arbeitsvermittlung zeigte, daß Fürsprecher einer Gruppe so handeln können, daß sie die Unterordnung der Leute verstärken, deren Befreiung sie gerade unterstützen wollen. Das ist eine der Formen, in denen die durch die kapitalistische Produktion hervorgebrachten Widersprüche uns voneinander und von unseren gemeinsamen Kämpfen abspalten. Es liegt also nicht nur im theoretischen Interesse, eine Methode anzuwenden, die die Widersprüche und die Realität einer sich ständig verändernden Welt erfassen kann. Wir haben auch eine Verantwortung gegenüber anderen Mitgliedern unserer Gesellschaft, die tatsächlich von dem profitieren können, was wir während unserer akademischen Ausbildung gelernt haben, wenn unsere Analysen ihrer Situation brauchbar sind.

*Aus dem Englischen von Nora Räthzel*

### Anmerkung der Übersetzerin

- 1 Der Begriff wird auch in der deutschen Migrationsforschung benutzt und wurde daher übernommen.

### Literaturverzeichnis

- Amseden, Alice H. (Hrsg.), 1980: *The Economics of Women and Work*. Middlesex
- Armstrong, Pat, und Hugh Armstrong, 1978: *The Double Ghetto: Canadian Women and Their Segregated Work*. Toronto
- Arnopolous, Sheila McLeod, 1979: *Problems of Immigrant Women in the Canadian Labour Force*. Ottawa
- Blaxall, Martha, und Barbara Reagan (Hrsg.), 1976: *Women and the Workplace. The Implications of Occupational Segregation*, Chicago, London

- Benston, Margaret, 1969: »The Political Economy of Women's Liberation«. In: *Monthly Review*
- Blumenfeld, Emily, und Susan Mann, 1980: *Domestic Labour and the Reproduction of Labour Power: Towards an Analysis of Women, the Family and Class*. In: Bonnie Fox (Hrsg.), *Hidden in the Household. Women's Domestic Labour under Capitalism*.
- Boulter, Alison Isabel, 1978: *Constituting Ethnic Difference: An Ethnography of the Portuguese Immigrant Experience in Vancouver*. Unpublished M.A. Thesis, Dept. of Anthropology and Sociology. U.B.C.
- Braverman, Harry, 1974: *Labour and Monopoly Capital. The Degradation of Work in the Twentieth Century*. New York, London
- Campbell, Marie, 1980: *Sexism in British Columbia Trade Unions, 1900-1920*. In: Barbara Latham und Cathy Kess (Hrsg.), *In Her Own Right: Selected Essays on Women's History*
- Cassin, Marguerite, 1977: *Class and Ethnicity: The Social Organization of Working Class East Indian Immigrants in Vancouver*
- Cockburn, Cynthia, 1981: »The Material of Male Power«. In: *Feminist Review* 9, 41-58
- Della Costa, Mariarosa, 1972: *Women and the Subversion of the Community*. In: dies. u.a., *The Power of Women and the Subversion of the Community*. Bristol
- Filson, Glen, 1979: *Class and Ethnic Differences in Canadians' Attitudes Toward Native People's Rights and Immigration*. Paper presented at the CSAA annual meeting, 4.6.
- Fox, Bonnie (Hrsg.), 1980: *Hidden in the Household, Women's Domestic Labour Under Capitalism*. Toronto
- Guillaumin, Colette, 1980: *The Idea of Race and Its Elevation to Autonomous, Scientific and Legal Status*. In: *Sociological Theories: Race and Colonialism*. Paris, 37-67
- Guyot, Jean, u.a., 1978: *Migrant Women Speak*. London
- Hamilton, Roberta, 1978: *The Liberator of Women. A Study of Patriarch and Capitalism*, London
- Hartmann, Heidi, 1976: *Capitalism, Patriarchy, and Job Segregation by Sex*. In: Blaxall u.a. (Hrsg.), *Women and the Workplace*
- Jacobson, Helga, 1979: »Immigrant Women and the Community: A Perspective for Research«. In: *Resource for Feminist Research* 8(3), 17-21
- James, Selma, 1975: *Sex, Race and Class*. Bristol
- Kaluzynska, Eva, 1980: »Wiping the Floor with Theory — a Survey of Writings on Housework«. In: *Feminist Review* (6)
- Lay, Jackie, 1980: *To Columbia on the Tynemouth: The Emigration of Single Women and Girls in 1862*. In: Barbara Latham u.a. (Hrsg.), *In Her Own Right*
- Lee, Daniele Jeteau, 1981: »Toward a Feminist Critique of the Sociology of Ethnic Relations«. Invited speech to the Dept. of Sociology in Education, O.I.S.E., 2.2.
- dies., und Barbara Roberts (Hrsg.), 1981: »Ethnicity and Fertility«. In: *Canadian Ethnic Studies* 13(1), 1-23
- Malos, Ellen (Hrsg.), 1980: *The Politics of Housework*. London
- Marx, Karl, 1970: *Lohnarbeit und Profit*. In: *Marx und Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*. Berlin/DDR
- MEW 3, 1958ff.: *Die deutsche Ideologie*. Berlin/DDR
- Morgan, Patricia, 1981: »From Battered Wife to Program Client: The State Shaping of Social Problems«. In: *Kapitalistate* (9), 17-39
- Ng, Roxana, 1981: »Constituting Ethnic Phenomenon: An Account from the Perspektive of Immigrant Women«. In: *Canadian Ethnic Studies* 8(1), 97-108
- dies., 1982: »Immigrant Women and the State: Towards an Analytical Framework. Paper presented by invitation at the Western Association of Sociology and Anthropology annual meeting, Saskatoon
- dies., und Tania Das Gupta, 1981: »Nation Builders? The Captive Labour Force of Non-English Speaking Immigrant Women«. In: *Canadian Women's Studies* 3(1), 83-89
- dies., und Judith Ramirez, 1981: *Immigrant Housewives in Canada*. Toronto
- Robbins, E., 1975: *Ethnicity or Class? Social Relations in a Small Canadian Industrial Community*. In: J.W. Bennett (Hrsg.), *The New Ethnicity: Perspectives from Ethnology*, New York
- Rowbotham, Sheila, Lynn Segal und Hilary Wainwright, 1979: *Beyond the Fragments*. London
- Sassen-Koob, Saskia, 1981: »Towards a Conceptualization of Immigrant Labour«. In: *Social Problems* 29(1), 65-85

- Saffioti, Heleieth, I.B., 1978: *Women in Class Society*. New York, London
- Seccombe, Wally, 1974: »The Housewife and Her Labour under Capitalism«. In: *New Left Review* 83, 3-23
- Seller, Maxine Schwartz (Hrsg.), 1982: *Immigrant Women*. Philadelphia
- Smith, Dorothea E., 1974: »The Ideological Practica of Sociology«. In: *Catalyt* 8, 39-54
- dies., 1975: »Wath it Might Mean to do a Canada Sociology: The Everyday Rodld as Problematic«. In: *Canadian Journal of Sociology* 1(3), 363-376
- dies., 1979: *A Sociology for Women*. In: Julia Sherman u.a. (Hrsg.): *The Prism of Sex: Essays in the Sociology of Knowledge*, Wisconsin
- dies., 1980: *Women, Class and Family*. Paper prepared for SSHRC Workshop on »Women and the Canadian Labour Force, 2.-4.10.
- dies., 1981: *The Experienced World as Problematic: A Feminist Method*. Univ. of Saskatchewan, Sorokin Lectures 12
- Turner, Rex (Hrsg.), 1974: *Ethnomethodology*. Middlesex
- West, Jackie, 1978: *Women, Sex and Class*. In: Annette Kuhn u.a. (Hrsg.): *Feminism and Materialism: Women and Modes of Production*. London, Boston, Henley
- Willis, Paul, 1982: *Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule*. Frankfurt/M.
- Wilson, Armit, 1978: *Finding a Voice: Asian Women in Britain*. London

## Hinweis auf weitere Beiträge zum Themenschwerpunkt

- Verena Stolcke: *Das Erbe sichern. Die »Naturalisierung« der gesellschaftlichen Ungleichheit*. Argument 163 (1987)
- Michèle Barrett und Mary McIntosh: *Ethnozentrismus im sozialistischen Feminismus*. Argument 163 (1987)
- Hamburger Frauengruppe aus der Türkei: *Türkinnen in der Initiative*. Argument 163 (1987)
- Jürg Frischknecht: *Rassismus und Ausländerpolitik in der Schweiz*. Argument 138 (1983)
- Wieland Elfferding: *Notiz zum Diskurs des »Heidelberger Manifests«*. Argument 138 (1983)
- Stuart Hall: *Die Konstruktion von »Rasse« in den Medien*. Argument 134 (1982)
- Bell Hooks: *Ain't I A Woman*. Argument 134 (1982)
- Baber Johansen: *Islam und Staat im Imperialismus*. Argument 129 und 130 (1981)
- Anouar Abdel-Malek: *Prometheus in Fesseln*. Argument 130 (1981)
- H.C.F. Mansilla: *Kollektive Identität, gesellschaftliche Wahrnehmung natürlicher Ressourcen und Entwicklungsziele in Lateinamerika*. Argument 130 (1981)
- Stuart Hall: *Rasse — Klasse — Ideologie*. Argument 122 (1980)

---

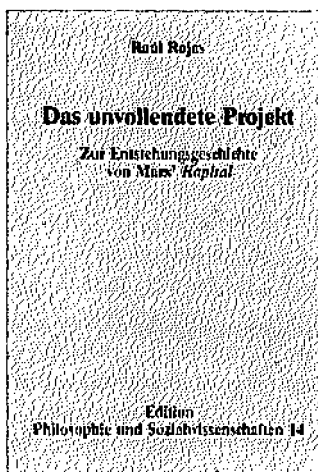
# Aktualität des Marxismus



## Die »Linie Luxemburg - Gramsci«

Zur Aktualität marxistischen Denkens

Argument-Sonderband AS 159  
148 S., br., DM 18,50/15,50 f. Stud.  
Mit der Absicht, herrschende Vorurteile über zwei Klassiker des Marxismus zu korrigieren, dokumentiert der Band zehn Vorträge, die 1985 in Hamburg auf einem Kongreß mit dem Titel »Antonio Gramsci — Rosa Luxemburg« gehalten wurden. Die Beiträge erblicken die Gemeinsamkeit der beiden Theoretiker in einer Konzeption des Marxismus, die von den Tabus und Fehlern der eigenen Organisation nicht haltmacht, damit die überwältigende Mehrheit der »subaltern Gehaltene« zu politischem Handeln bewegt werden kann.



Raúl Rojas

## Das unvollendete Projekt

Zur Entstehungsgeschichte von Marx' Kapital

Edition Philosophie und Sozialwissenschaften EPS 14

380 S., br., DM 28,—

Dies Buch begreift und analysiert *Das Kapital* im Zusammenhang mit seinen historischen und theoretischen Voraussetzungen. Das Marxsche Projekt wird in eine Reihe von theoretischen Krisen eingebettet, auf die es eine wissenschaftlich-revolutionäre Antwort gibt, die unvollendet und an manchen Stellen in sich widersprüchlich ist.

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

30 Jahre Argument



Gudrun-Axeli Knapp

## Zur Mikropolitik von »Technikdistanz«\*

Auf den letzten Seiten ihres Textes zieht Cynthia Cockburn folgendes Resümee: »Als ich mir anfangs Gedanken über den Gegenstand dieses Buches machte, war ich der Überzeugung, daß von dem Begriffspaar 'Geschlecht und Technologie' die Technologie mit ihren Konnotationen von Härte und Effektivität der mächtigere Begriff sei. Geschlecht schien eher ein abstraktes, flüchtiges Moment zu sein. Jetzt bin ich jedoch sicher, daß von beiden das Geschlecht der hartnäckigere und tyrannischere Begriff ist. Das Geschlecht wirkt sich auf unser Leben weit aus grundsätzlicher und zerstörerischer aus als die Technologie, denn hinter der Technologie steckt ja das Geschlecht. Es steht im Bündnis mit Klasse, sitzt am Steuer schneller Autos und an den Schaltpulten schneller Brüter, in nuklearen Raketenköpfen und in ihren phallischen Trägersystemen.« (251)

Bemerkenswert ist dies Fazit einer feministischen Sozialistin unter anderem wegen seiner ungewöhnlichen Optik: Anstatt die Beziehung von »Klasse« und »Geschlecht« — beides gesellschaftliche Strukturkategorien — im Hinblick auf »Technologie« und Verfügungsmacht über Technik zu vergleichen, werden zwei Kategorien mit völlig unterschiedlichem analytischen Status parallelisiert. Etwas vermeintlich »Flüchtiges« (Geschlecht) erweist sich als grundsätzlicher als das »Harte« (Technologie). Das irritierende Moment an einer solchen Perspektive löst sich auf, wenn man den politisch-wissenschaftlichen Hintergrund miteinbezieht, vor dem die Untersuchung entstanden ist. Anscheinend klingt ein Nachhall der marxistischen Debatten um das Verhältnis von »Basis« und »Überbau« hier ebenso an wie die politische Diskussion um »Technischen Fortschritt«.

Provokant — und auf den ersten Blick in unvermuteter Nähe zur radikalfeministischen Technikkritik — hebt Cynthia Cockburn die Bedeutung der männlichen Prägung von Technologien hervor, die mit Merkmalen von Bemächtigung und Herrschaft assoziiert ist. Aus ihrer machtanalytischen Perspektive, die den Aspekt der Frauenunterdrückung betont, lassen sich einige gängige Positionen in der hiesigen Debatte um »Frauen und Technik« infragestellen: sie verdeutlicht die Beschränktheit des Glaubens, daß mit »Technischem Fortschritt« und Automation im Produktionsbereich (zumindest halbautomatisch) auch die alten Grenzen der Arbeitsteilung fallen, die nicht nur Kopf- und Handarbeit, sondern auch »Männerarbeit« und »Frauenarbeit« voneinander scheiden; sie erhellt aber auch das illusionäre Moment jener liberalistischen Hoffnung, daß Qualifizierungsprogramme und öffentliche Aufklärungskampagnen ausreichen, um die Mauer zu durchbrechen, die Frauen von gewerblich-technischen und naturwissenschaftlich-mathematischen Berufen trennt. Beide Positionen unterschätzen in dieser Sicht die Enge der Verbindung von Technologie, ökonomisch-politischer Macht und Geschlechterhierarchie und das hartnäckige wie subtile Funktionieren der »Machinery of Dominance«.

\* Anmerkungen zu Cynthia Cockburn: Die Herrschaftsmaschine. Geschlechterverhältnisse und technisches Know-how. Argument-Verlag 1988.

In der theoretischen Anlage der Untersuchung nimmt Cynthia Cockburn eine Doppelperspektive ein, ohne sich in Primatsfragen zu verheddern: Gegen jede Art von ökonomistischem oder technizistischem Reduktionismus gibt sie am Beispiel »Technologie und Geschlecht« Einsichten frei in die realitätsschaffende Funktion kultureller Deutungssysteme — in diesem Fall von »Männlichkeit« und »Weiblichkeit«. Gegen die Verselbständigung der Ebene von Deutungen und die Verflüchtigung der Lebensverhältnisse im Symbolischen, beharrt sie auf der Analyse der *Zusammenhangs* von Diskurs und materieller Realität.

Empirie und Theorie stehen in ihrer Untersuchung sowohl in einem Wechsel- als auch Spannungsverhältnis zueinander, die zum Weiterfragen motivieren. Ich möchte im folgenden »Die Herrschaftsmaschine« in drei Schritten diskutieren:

Zunächst werde ich die Studie kurz skizzieren und versuchen, ihren Stellenwert innerhalb der feministischen Technologiediskussion in der Bundesrepublik anzugeben. Anschließend werde ich auf einige theoretische Aspekte näher eingehen. Dabei sollen sowohl die anregenden Seiten des Buches benannt als auch Verkürzungen in der Analyse aufgezeigt werden. Abschließend wird es um die politischen Konsequenzen gehen, die Cynthia Cockburn vorschlägt.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage nach dem Zusammenhang von technischer Kompetenz und gesellschaftlicher Macht, betrachtet im Fokus der geschlechtlichen Arbeitsteilung: Wie kommt es, daß trotz aller technologischen Veränderungen, welche Berufe und Tätigkeiten revolutionierten, Machtverhältnisse unangetastet blieben und die Arbeit rund um Technik und Technologie weiterhin geschlechtstypisch verteilt ist? Über welche Mechanismen stellen sich die Geschlechterhierarchien in diesem Feld immer wieder her, wie werden sie legitimiert, was stellt sie in Frage, wo gibt es Anzeichen von Veränderung, was waren die Bedingungen ihrer Möglichkeit, welches ist ihr Preis?

Cynthia Cockburn sucht eine empirische Antwort: um die Auswirkungen technologischer Veränderungen im detail und auf unterschiedlichen Stufen der Entwicklung erfassen zu können, erstellte sie eine Art »Panel« verschiedener Technologien. Sie verglich traditionelle und modernisierte Arbeitsplätze in Betrieben, in denen computergestützte Technologien neu eingesetzt wurden, und untersuchte darüber hinaus auch Firmen, die derartige Technologien entwickeln. Insgesamt lernte sie durch Arbeitsplatzbeobachtungen, Expertengespräche etc. elf Unternehmen kennen, führte 196 themenzentrierte Interviews durch und kombinierte schließlich die qualitative Befragung mit einer Fragebogenaktion, die ihre beachtliche Datenbasis zusätzlich erweiterte. — Ihre wichtigsten Argumente und Ergebnisse kurz zusammengefaßt:

— Männer profitieren im Privaten wie im Produktionsbereich von der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Unternehmen profitieren von einem segmentierten Arbeitsmarkt, auf dem sie Frauen gegen Männer ausspielen können. Als Arbeiter profitieren Männer davon, wenn Frauen vom Arbeitsmarkt überhaupt ferngehalten werden oder durch die Arbeitsmarktstruktur daran gehindert werden, um alle verfügbaren Arbeitsplätze mit den Männern zu konkurrieren. Die Art der Arbeitsplätze und die Arbeitsbeziehungen in der Erwerbssphäre tragen dazu bei, die Geschlechtersegregation in der Gesellschaft zu verewigen.

- *Geschlechtertypisierung* und *Geschlechtertrennung* sind die wesentlichen Mechanismen, durch die Männer sich ihre Kontrolle über technisch qualifizierte Tätigkeiten und Berufe sichern. Die kapitalistische Produktionsdynamik mit ihrer beständigen horizontalen und vertikalen Neugliederung der Arbeitsprozesse gibt Männern die Möglichkeit, den Eintritt von Frauen in bestimmte »männliche« Bereiche abzuwenden, indem sie durch ein horizontales oder vertikales »Ausweichen« die Frauen stets auf Distanz halten. Ideologische Prozesse stützen diese »Ausfallschritte«.
- Unternehmer, männliche Beschäftigte und Gewerkschaften verfolgen ihre jeweiligen Interessen — in durchaus unterschiedlichen Konfliktkonstellationen — unter Ausnutzung der kulturellen Konstruktion der Geschlechterdifferenz. Differente Klasseninteressen und Konkurrenzen unter Männern ändern nichts am Resultat, daß Männer »als Geschlecht ... stets auf Seiten der Gewinner geschlechtsspezifischer Spaltungen« stehen (229).
- Die »Machinery of Dominance« vermittelt sich — auf dem strukturellen Hintergrund geschlechtlicher Arbeitsteilung — wesentlich über die Geschlechterideologie. In ihr erscheinen Frauen als das »Andere« der Technik, die für »Männlichkeit« steht. Die Deutungselemente, die von den Gesprächspartnern zur Schilderung ihrer Beziehung zur Technik herangezogen werden, sind innerhalb eines überschaubaren Bestands an Oppositionspaaren (hart/weich, körperlich/geistig etc.) variabel. Je nach Art der technologischen Veränderung und der konkreten Tätigkeit verändern sich die Kriterien, vermittels derer die ideologische Segregation der Geschlechter erfolgt. Konstant ist ihre Funktion: die Legitimation männlicher Dominanz und die Ausgrenzung des Weiblichen. Unlogik und Purzelbäume im Denken werden dabei in Kauf genommen.

Verorten wir nun »Die Herrschaftsmaschine« im Kontext der hiesigen feministischen Debatte über »Frauen und Technik«. Meines Wissens sind bisher nur in wenigen bundesrepublikanischen Analysen die Prozesse der »Vergeschlechtlichung« (gendering) von Berufen und Arbeitstätigkeiten so systematisch und auf so breiter empirischer Grundlage untersucht worden wie von Cynthia Cockburn. Und ebenso selten ist die enge Verknüpfung dieser »Farbgebung« (Rosa oder Blau), wie sie es nennt, mit der Hierarchisierung von Tätigkeiten im Spannungsfeld: »Klasse« — »Geschlecht« — »Technik« aufgewiesen worden.

Zwar gibt es in der Bundesrepublik seit einigen Jahren eine intensive Diskussion über den Herrschaftsnexus von Männlichkeit und Technik, sie konzentrierte sich jedoch stark auf Formen der Erkenntnis und den Verfügungscharakter neuzeitlicher Naturwissenschaft und Technik (z.B. Keil 1985, Rübsamen 1985, Keine 1985; Woesler de Panafieu 1985 sowie die auf Merchant [1987] und Fox-Keller [1986] bezogene Diskussion). Auch das Phänomen der »Vergeschlechtlichung« von Tätigkeiten und Berufen ist zwar immer wieder problematisiert und untersucht worden (z.B. Nienhaus 1982, Rabe-Kleberg 1986, Gottschall 1988, Krüger 1988, Heinig/Lenz 1988); sein machtpolitische Funktion innerhalb der »Machinery of Dominance« wird jedoch von Cynthia Cockburn in einem weitergefaßten gesellschaftstheoretischen Rahmen diskutiert und mit einer dezidierten politisch-feministischen Perspektive verknüpft.

Machttheoretische Analysen haben in diesem Feld bei uns bislang keine so prominente Rolle gespielt, wie jene Ansätze, die das Verhältnis »Frauen und Technik« unter Rückgriff auf das Theorem vom »weiblichen Arbeitsvermögen« zu erklären versuchten. An anderer Stelle habe ich die Konzepte vom »weiblichen Arbeitsvermögen«, »weiblichen Aneignungsweisen« der Computertechnologie und auch Maria Mies' Überlegungen zum »weiblichen« und »männlichen Gegenstandsbezug«, auf die sich Teile der ökofeministischen Technikkritik beziehen, ausführlich besprochen (Knapp 1989a). Ich beschränke mich deshalb hier auf die Frage nach Argumentationsmustern, welche die Debatte bei uns prägten und was sie von dem Ansatz, den Cynthia Cockburn repräsentiert, unterscheidet.

Die Diskussion um das Verhältnis von Frauen zur Technik, die mit dem Entstehen der Frauenbewegung neu aufflammte, bewegte sich stark im Einzugsbereich rollen- und sozialisationstheoretischer Erklärungen: »Technikdistanz« von Frauen wurde nun nicht mehr mit dem unterschiedlichen »Wesen« von Technik und Frauen, sondern mit geschlechtsspezifischer Erziehung und arbeitsteiliger Praxis begründet. Ulrike Teubner hat früh auf die Problematik solcher Erklärungen aufmerksam gemacht und die strukturellen Barrieren des Zugangs zur Technik sowie die Notwendigkeit von Herrschaftsanalysen hervorgehoben, dennoch behielt der »Sozialisationsansatz« seine vorrangige Bedeutung. Dem Begründungsfeld »Geschlechtsrolle/Sozialisation« verhaftet blieben auch jene feministischen Ansätze, die den Schritt vom »Defizit zur Differenz« (Teubner und Hoffmann) vollzogen und nun — gestützt auf die These vom »weiblichen Arbeitsvermögen« — nach weiblichen Besonderheiten im Umgang mit »Natur« und »Technik« suchten. Der Diskurs bewegte sich im Dreieck »Männlichkeit« — »Technik« — »Weiblichkeit«. »Weiblichkeit« und »Männlichkeit« wurden dabei jedoch nicht als symbolische Konstruktionen oder herrschaftsfunktionale Ideologeme gelesen, sondern als Sets von Eigenschaften, welche tatsächlich die Angehörigen beider Geschlechter voneinander unterscheiden und entsprechend ihr Verhalten prägen. Danach sind Frauen einfühlsam, intuitiv, kontextbezogen, sorgend, kooperativ, weich und zärtlich, sie sind nicht: nüchtern, rational kalkulierend, instrumentell, ehrgeizig, machtbetont, aggressiv usw. In diesem Spiegel sympathischer Eigenschaften entgingen die Unterschiede zwischen *Frauen* (als Subjekten/Objekten widersprüchlicher Vergesellschaftung und Repräsentantinnen eines breiten gesellschaftlichen Reservoirs von Arbeitsvermögen) und dem stereotypen normativ-kulturellen Bild von *Weiblichkeit* ein Stück weit der Aufmerksamkeit. Sie wurden wissenschaftlich tendenziell eingeschmolzen im Tiegel eindimensionaler Theorien weiblicher Sozialisation (z.B. Belotti 1976, Scheu 1977; kritisch dazu: Hagemann-White 1984, Haug 1987) und dementsprechend polaren Lokalisierungen von Männern und Frauen im System der Arbeitsteilung und entlang der Trennlinien Öffentlichkeit — Privatheit. (Dazu näher: Knapp 1989b) Der Erklärungsansatz vom weiblichen Arbeitsvermögen und seine oft simplifizierenden Varianten sind in einem weiten Spektrum aufgegriffen worden — vom Institut Frau und Gesellschaft bis zum Computer-Projekt von Frigga Haug u.a. (Haug/Brosius 1987, zustimmend verweist darauf auch der Literaturbericht von Sünne Andresen im Argument 174, 1989), ihr Geltungshorizont reicht weit über

die Frauenforschung hinaus bis in die Technikdiskussionen von Gewerkschaften und — erstaunlich überfraktionell — Parteien hinein. In jüngster Zeit haben neben der theoretisch begründeten Kritik auch empirische Untersuchungen den begrenzten Erklärungswert dieses Ansatzes hervorgehoben (Janshen/Rudolph 1987, Gottschall 1988): es ist in seinen sozialisationstheoretischen Annahmen nicht komplex genug, um vielschichtige Wirklichkeit aufzuschließen, seine auf die Differenz zwischen den Geschlechtern orientierte Anlage verführt dazu, Differenzierungen innerhalb eines Geschlechts zu übersehen oder: wenn sie unübersehbar sind, können sie aus dem Ansatz heraus nicht mehr erklärt werden; außerdem verleitet die Betonung der Geschlechterpolarität im Subjektiven (»männliche« versus »weibliche« Eigenschaften) im Objektiven (Arbeitsteilung, Rollen, Öffentlichkeit-Privatheit) zu analogisierenden Kurzschlüssen zwischen Verhältnissen und Verhalten.

Verallgemeinernd läßt sich für die hiesige Debatte um Frauen und Technik zusammenfassen: soweit Ansätze mit dem Konstrukt des »weiblichen Arbeitsvermögens« arbeiteten, rückten machtanalytische Fragen häufig in den Hintergrund, es ging eher um Probleme der besonderen Aneignungsweisen von Technik oder der Distanzierung von ihr; erkenntniskritische und technikphilosophische Ansätze, welche den Herrschaftsaspekt dagegen betonten, operierten häufig — unter Absehung von empirischen Befunden — auf einem relativ hohen Abstraktionsniveau, von dem aus die gesellschaftlich konkreten Ausprägungen von Herrschaft schwer zu fassen sind. So analogisierten sie Methoden und Logiken naturwissenschaftlicher Erkenntnis mit der abgespaltenen Form von Rationalität, die zuweilen mit »Männlichkeit« gleichgesetzt wurde (kritisch dazu: Scheich 1987, Teubner 1987). In jüngster Zeit rückt der Zusammenhang von Geschlechterideologie und gesellschaftlicher Vormachtstellung auch im Bereich der Technikdiskurse in den Vordergrund. Zwei Strömungen fließen dabei möglicherweise zusammen: zum einen die alte feministische Diskussion zur Arbeitsmarktsegmentation, zum anderen die verstärkte Diskussion über den »gender«-Begriff.

Cynthia Cockburns Analyse steht in der letztgenannten Tradition: der Untersuchung der kulturellen Konstruktion von »Geschlecht«. Sie hat in der angloamerikanischen Kulturanthropologie und Ethnomethodologie eine lange Geschichte, die von Feministinnen im gesamten englischsprachigen Bereich aufgegriffen und weiterentwickelt wurde. Cynthia Cockburn bezieht sich darauf und verknüpft sie mit einer historisch-materialistischen Gesellschaftsanalyse. Diese Verbindung hat sich — zumindest in den Teilen des Buches, die sich mit den aktuellen Mechanismen der Reproduktion von Geschlechterhierarchie und -segregation befassen — als ergiebig erwiesen. Sie ermöglicht es, den Zusammenhängen von Ökonomie, Geschlechterideologie und Herrschaftsinteressen im Feld »Technologie« näher auf die Spur zu kommen, ohne jene personalisierenden Kurzschlüsse, die mit der Gleichsetzung von Männern und Männlichkeit (und Frauen mit Weiblichkeit) einhergehen.

Als besonders gelungen und anregend empfand ich (vielleicht auch auf Grund eines persönlichen Forschungsinteresses in diesem Bereich) die Analysen der Mechanismen, über die Männer dem direkten Vergleich mit Frauen ausweichen und ihre Kontrolle über technisch qualifizierte Berufe sichern. Sehr klar und

empirisch belegt skizziert Cockburn die Choreographie des kapitalistisch-patriarchalen Two-Step: ein Schritt zur Seite, ein Sprung nach oben — als Begleitung das hohe Lied der Männlichkeit (und hinter der Bühne arbeitet die Hausfrau). Besonders ihre Beschreibungen der Argumentationsfiguren, mit denen Männer in den Gesprächen ihre Dominanzposition in bezug auf Technik legitimierten, die gedanklichen Volten, die sie dabei vollführten, waren erhellend. Die Akzentunterschiede zwischen Arbeitnehmern, Vertretern des Kapitals und der Gewerkschaften in diesem Zusammenhang deuten auf die ökonomische Funktionalisierbarkeit ungleichzeitiger patriarchaler Deutungsmuster und den ideologischen Opportunismus von Interessen — und werfen damit ziemlich grundsätzliche Fragestellungen wieder auf wie die nach dem ideologietheoretischen »Status« der Geschlechterideologie und nach der Reichweite von Patriarchatsanalysen unter heutigen Klassenverhältnissen und umgekehrt. Cockburn selbst bleibt in ihrer Analyse hier allerdings sehr »immanent« und geht auf derartige Fragen nicht ein.

In ihrer Darstellung männlicher Legitimationsmuster wird darüber hinaus erkennbar: die fixe Idee, an der sie festhalten, gilt nur partiell den *inhaltlichen* Merkmalen von Männlichkeit und Weiblichkeit, wichtiger ist vielleicht die in der dualistischen Struktur der Deutungsmuster verankerte Qualität, Distanzen und Dominanzverhältnisse anzuzeigen. Und: sie ist in unmittelbaren Konkurrenz- und Vergleichsverhältnissen anscheinend wichtiger, als außerhalb ihrer. Ich vermute, daß im identitätslogischen Mechanismus der Stereotypisierung (Becker-Schmidt/Knapp 1987) und in der Struktur des kulturellen Fundus an Geschlechterklischees eine Beweglichkeit angelegt ist, die sie funktional werden läßt für Herrschaftslegitimation unter komplexen und widersprüchlichen Bedingungen: in ein und demselben Vorgang der »Benennung« von sich selbst als »männlich« wird etwas als das »andere« fixiert und bekommt einen niederen Rang, der den Sprechenden als dominant affirmiert. Gleichzeitig stehen genügend stereotype Oppositionspaare zur Verfügung, die je nach konkreter Bedarfslage zitiert und ausgetauscht werden können. Auch die von Cockburn befragten Unternehmer spielten auf diesem Klavier, doch hatten sie anscheinend in ihrem Klassenstatus ein anderes Bezugskriterium für Dominanz — jedenfalls erwiesen sie sich als vergleichsweise flexibel. Schon Hedwig Dohm staunte 1876 über die »unfaßlichen Widersprüche« in männlichen Urteilen über Frauen. Danach erscheint »das Weib als ein Potpourri der allerentgegengesetztesten Eigenschaften, als ein Kaleidoskop, das, je nachdem man es schüttelt, jede beliebige Charakternünce in Form und Farbe zutage fördert. Der Grundstoff dieser weiblichen Seelen scheint nach dem Dafürhalten der kritischen Menge ein chaotischer Nebel, aus dem willkürlich der Schöpfermund des Mannes jeder von ihm beliebten Eigenschaft sein 'Werde' zuruft.« (Dohm 1876, 10) Der »chaotische Nebel«, der Vielfältigkeit vorgibt, setzt sich zum Gutteil aus Dualismen zusammen, die der »Schöpfermund« nach Interesse aufruft. Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen wäre zum Beispiel die Diskussion um den Verarbeitungsmechanismus der »Widerspruchseliminierung«, wie sie etwa Frigga Haug in ihrer Computer-Untersuchung führt, zu problematisieren bzw. ihr Geltungsbereich zu präzisieren (Brosius/Haug 1987). Als eine der Stärken von Cynthia Cockburns Studie

empfinde ich im Mittelteil die Phänomenologie der ineinandergreifenden Elemente, über die sich im Endergebnis Ausschluß und männliche Dominanz herstellen. Gleichwohl hatte ich hieran auch ein Ungenügen: an strategisch wichtigen Punkten setzt die Analyse aus, und Cockburn arbeitet mit Setzungen. Nicht zufällig, denn hier stoßen wir auf weitgehend offene theoretische Fragen feministischer Wissenschaft: zum einen auf die noch ausstehende historisch differenzierte Theorie patriarchaler Herrschaftsformen (Hausen 1986, Gerhard 1988), zum anderen auf der subjektiven Seite das Fehlen einer ausformulierten Sozialpsychologie des Geschlechterverhältnisses. Cockburn reflektiert diese fehlenden Vermittlungen zwischen Empirie und Theorie jedoch nicht, sondern schließt beide kurz unter dem Primat der vorgefaßten theoretischen Annahme.

Nehmen wir einen Punkt, an dem mir die Lücke auffiel: der Begriff des »Interesses«. Das männliche Interesse an Dominanz und Herrschaft wird vorausgesetzt und konstatiert — es läßt sich ja auch schwerlich leugnen — aber es wird nicht *erklärt*. Zwar zitiert die Autorin Untersuchungen über den Zusammenhang von Sexismus und Dominanz und kommt an einigen Stellen zu Recht pointierten Einschätzungen wie: »Die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist der klarste Ausdruck davon, wie sehr Männer ihr Recht auf Technologie als Privatbesitz aufrechterhalten wollen. Männer nehmen nicht nur am öffentlichen Projekt der Naturbeherrschung teil, sie betreiben auch als ihr Privatprojekt die Kontrolle der Frauen.« (203) Dies sind aber lediglich Feststellungen, keine Erklärungen im Sinne einer konstitutionslogischen Annäherung an das Problem von Herrschaft.

Zuweilen rekurriert sie auf »männliche Identität«, um von daher ein »Interesse« an Dominanz nahezulegen. Aber auch diese Hinweise sind keine Erklärung der in diesem Fall subjektiven Herrschaftsmotive und Antriebskräfte.

Gerade weil sie Wert auf die Unterscheidung von »Männlichkeit« und »Männern« legt, wäre es wichtig, Klammer und Kluft zwischen beiden und ihrem (intra- wie intersubjektiven) Bezug auf Verhältnisse von Dominanz und Unterwerfung zu ergründen. Und: Gerade weil sie davon ausgeht, daß wir es bei »Klasse« und »Geschlecht« mit »zwei schwer auf uns lastenden Herrschaftssystemen« (17) zu tun haben, wäre eine Analyse des Charakters und der Differenz beider Herrschaftsformen unabdingbar (R. Becker-Schmidt 1989).

Der nach meiner Auffassung am wenigsten überzeugende Teil des Buches ist das theoretische Kapitel über den Zusammenhang von Technologie, Produktion und Macht, in welchem in einem großen Bogen die Geschichte männlicher Machtergreifung von Technik vom Neolithikum bis heute nachgezeichnet wird. Die Argumentation ist holzschnittartig: auf der Grundlage einer Skizze der ökonomischen Dynamik der Produktivkraftentwicklung, zunehmender Arbeitsteilung und der Entstehung von Klassengesellschaften wird die historische Trennung von Frauen und Technologie, und damit von Macht nachvollzogen. Das, was ihre Untersuchung sonst auszeichnet — die »mikropolitische« Analyse des Zusammenhangs von ökonomisch-technologischer Entwicklung, Ideologie und männlicher Herrschaft — geht hier weitgehend verloren. Dies ist sicherlich zum Teil auf die unbefriedigende Forschungslage zurückzuführen und auf die grundsätzliche methodische Problematik epochen- und kulturüberspannender Aussagen. Es liegt aber auch an Cockburns mangelnder methodischer Reflexion in

diesem Punkt. Zumindest wären hier Hinweise auf die Grenzen der Aussage-möglichkeiten über den Zusammenhang von Technologie und Männermacht an-gebracht gewesen.

Die zentrale Funktion der »Vergeschlechtlichung« von Tätigkeiten und Techno-logie als kulturelle Produktion der Legitimation von Herrschaft, von der Cock-burn ja ausgeht, wird nicht in die historische Perspektive einbezogen. So kommt es dann doch an einigen Stellen zu suggestiven Legierungen von Geschlechtszu-gehörigkeit und Geschlechtseigenschaften im Begriff »Männlichkeit«. Ich will darauf eingehen, weil sich daran exemplarisch ein über Cockburns Studie hin-ausreichendes methodisches Problem historischer Rekonstruktion von Herr-schaft verdeutlichen läßt.

Daß »Männlichkeit« und die entsprechende Ideologie ein historisches Produkt sind, gehört zu den frühesten Einsichten der Frauenforschung (Hausen 1978); Barbara Duden (1987) hat in ihrem Buch »Geschichte unter der Haut« auf subtile Weise gezeigt, wie wenig geeignet unsere heutigen Vorstellungen von Männlich-keit und Weiblichkeit sind, weit zurückliegende Phänomene aufzuschließen. Selbst noch das »materielle Substrat« der Geschlechterdifferenz — der weibliche und männliche Körper — ist danach nicht »an sich« gegeben, sondern »produ-ziert« im jeweiligen historisch-kulturellen Kontext. Obwohl ich der Radikalität der diskursanalytischen Perspektive von Barbara Duden nicht bis an ihr relativis-tisches Ende folge, sondern davon ausgehe, daß z.B. die Körpermorphologie immer bestimmte Anhaltspunkte für kulturelle Deutungen liefert, die historisch nicht unbegrenzt variabel sind, halte ich Analysen wie die ihre für ungemein an-regend und unverzichtbar. Sie sprengen die Borniertheit, die (auch) materialisti-sche Untersuchungen häufig kennzeichnet. Ein Beispiel aus dem hier zur Debat-te stehenden Buch: Cynthia Cockburn beschreibt (29ff.) die besondere Bedeu-tung der Metallverarbeitung in der Entwicklung der Produktivkräfte und in die-sem Zusammenhang die Wichtigkeit des Eisens und entsprechender Technolo-gien für die mittelalterliche Agrarwirtschaft. Die Schmieden waren im Mittelal-ter integrale Bestandteile jedes Dorfes. So weit so gut — doch nun heißt es: »Und kaum ein Gewerbe war mehr mit Männlichkeit verknüpft, als das des Schmied-es.« (30)

Das ist auf den ersten Blick plausibel — und dann lohnt es sich doch weiterzu-fragen: was für ein Bild von »Männlichkeit« ist da gemeint? Ist das mittelalterli-che Bild identisch mit dem, was Karin Hausen als »Aussagesystem des Ge-schlechtscharakters« beschreibt — das sich jedoch erst im 18. Jahrhundert durch-setzt? Noch Barbara Dudens »Quelle« — die Aufzeichnungen eines Eisenacher Arztes um 1730 — spricht von einer anderen »Männlichkeit« als jener, die uns mehr oder weniger vertraut ist. Die Übersetzung des Textes ebnet dabei mögli-cherweise von der Autorin angedeutete, aber nicht ausgeführte Nuancen zusätz-lich ein: im Original ist an dieser Stelle von »manliness« die Rede, während Cockburn sonst den Begriff »masculinity« verwendet — im Deutschen bliebe uns nur die Möglichkeit einer Umschreibung. Fragen wir weiter und holen uns An-reggungen bei Nachbardisziplinen wie den Kulturwissenschaften. In der Folklore, die sich um den »Schmied« rankt und in volkskundlichen Analysen wird der Schmied als eine besonders komplexe Figur geschildert: er ist ein Grenzgänger



und Verwandler, verwickelt in Metamorphosen — sogar die Ethymologie des Wortes »Schmied« erzählt noch davon, daß er Erzarbeiter, Künstler, Bildner, Bewirker ist. Eliade stellt ihn auf Grundlage zahlloser Überlieferungen und ethnologischer Quellen in schamanistische und alchemistische Traditionen. Noch bis zum Ende des Mittelalters existierten in der Metallurgie Vorstellungen, daß Metalle im Körper der Erdmutter »reifen«: die metallurgischen Berufe, vor allem auch der Schmied, hatten Konnotationen von »Geburtshilfe«. »Der Vergleich der menschlichen Arbeit, die sich des Feuers bediente — Metallurgie, Schmiedearbeit, Küche usw. —, mit dem Wachstum des Embryos im Mutterleib blieb noch dunkel im europäischen Wortschatz erhalten, wie z.B. in 'Mutterkuchen', placenta.« (Eliade, 46) Eisen besaß eine sakrale Bedeutung, es war heilig und furchterregend zugleich; die Bearbeitung von Metallen war verknüpft mit Initiation, Tod und Auferstehung usw. Der Schmied hat also kulturgeschichtlich mit Bereichen zu tun, die selbst innerhalb einer kulturellen Epoche nicht dem Männlichen oder Weiblichen zuzuordnen sind geschweige denn heutigen Bildern von »Maskulinität« und »Feminität«. (Siehe: Eliade o.J.; Schrader 1929; Chevalier/Gheerbrant 1969) Eine nach meinem Verständnis *historisch-materialistische* Analyse müßte erklären können, ob und wie sich die kulturelle Deutung dieser Figur im Zusammenhang der Produktivkraftentwicklung verändert hat und ob es eine Verbindung gibt zu den jeweiligen Repräsentationssystemen der Geschlechterdifferenz und des Geschlechterverhältnisses und damit zur Legitimation von Herrschaftsverhältnissen. Cynthia Cockburn argumentiert hier mit einer verführerisch simplen Kette: Metall, Härte, körperlich schwere Arbeit, Männlichkeit. Damit projiziert sie den kompletten Satz heutiger Konnotationen von Technik und Männlichkeit in die Geschichte. Zweifel sind angebracht.

Soviel zu Cockburns »diesseitigen« Analysen von Rosa und Blau. Abschließend möchte ich der Frage nachgehen, wie sie sich das »Jenseits« von Geschlechtertypisierung, Technologie und Männermacht vorstellt und vor allem: den Weg dahin. Aufschluß gibt das achte Kapitel (»Jenseits von Rosa und Blau«).

Ihr Befund ist düster: »Frauen sind durch die Transformationsprozesse der später siebziger und frühen achtziger Jahre weder an eine technische Ausbildung noch an entsprechende Arbeitsplätze gelangt. Der Umbruch hat das jahrhundertalte Verhältnis zwischen Mann, Maschine und Frau kaum tangiert ... Mit der zunehmenden 'Intelligenz' der Maschinen ist das Verhältnis der Frauen zur Technologie nicht wechselseitiger, sondern einseitiger geworden.« (225) Während Untersuchungen in der BRD — z.B. von Karin Gottschall — darauf hindeuten, daß diese Frage sich heute nicht abschließend beantworten läßt, meint die Kollegin aus England: Das Setzen auf verbesserte berufliche Chancen durch technische Veränderungen »war eine auf Sand gebaute Hoffnung« (225). Was tun? Die politischen Vorschläge, die Cynthia Cockburn macht, zeichnen sich durch eben jene Kombination von Radikalität und Handfestigkeit aus, wie die gesamte Analyse, auf die sie sich beziehen. In einer für mich atemberaubenden Mischung aus Pragmatismus und Utopismus sagt sie, was zu ändern wäre: Ihre Vorschläge reichen von der Unterstützung autonomer Fraueninitiativen zur kollektiven Aneignung von Technologie, radikalen Korrekturen der auf einem falschen Verständnis von Frauenunterdrückung beruhenden Gleichberechtigungspolitik,

Umstrukturierung des Berufsausbildungssystems, Feminisierung der Gewerkschaften, wobei praktischerweise gleich ein feministischer Tarifvertragsentwurf mitgeliefert wird, bis hin zur Abschaffung der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Aber diese Dimensionen eingreifender Veränderung erscheinen fast noch im Bereich des Möglichen im Vergleich zu ihrer Aufforderung, die »Geschlechtertypisierung in unserem ganzen Denken« (251) aufzulösen und damit das altehrwürdige Ordnungssystem der Zweigeschlechtlichkeit (Hagemann-White) zu revolutionieren. »Das erst zeigt die Dimension des Unternehmens.« (251) Ihren Entwurf formuliert sie im Konjunktiv: »Wie immer die neue Gesellschaft, die wir schaffen wollen, im einzelnen aussehen würde, sie würde mit Sicherheit Vielfalt und individuelle Unterschiede feiern.« (252)

Es fällt nicht schwer, diese Perspektive zu teilen. Und dennoch empfand ich die Lektüre dieses Teils des Buchs schließlich als lähmend. Zwar waren die Vorschläge schlüssig und konsequent, aber eine Analyse der Bedingungen ihrer Realisierbarkeit fehlte. Vom Ende des Buches fällt daher noch einmal ein anderes Licht auf Leerstellen der Untersuchung und das Verhältnis ihrer Empirie zur Theorie. Ich will sie abschließend benennen. Nicht, weil ich denke, daß Cockburn dies zusätzlich auch noch hätte leisten können, sondern weil damit ein Fokus möglicher Weiterarbeit benannt werden soll.

Die machtanalytische Perspektive ihrer Arbeit, deren Wichtigkeit eingangs betont wurde, zeigt hier ihre Kehrseite. Die »Interessen«, von denen die Rede ist und deren Durchsetzung konkretisiert wird, sind Interessen an der *Aufrechterhaltung* von Dominanz. Nachvollzogen werden die Logik und das *Funktionieren* der »Herrschaftsmaschine«. Subjektive Handlungsimpulse zur Veränderung müssen aber anknüpfen können an Risse und Brüche, an Widerspruchsmomente, die sich in der Objektivität selber zeigen. Der Sprung in politische Vorschläge erfolgt damit zu abrupt, sie hängen in aller Großartigkeit ein Stück weit in der Luft. Um Boden unter die Füße zu bekommen, wären also zum einen objektive Konfliktkonstellationen in diesem Zusammenhang genauer zu erfassen, als es Cockburn tut, zum anderen gälte es, die subjektiven Potentiale von Veränderung und Einfügung zu konkretisieren: die Tendenzgehalte von Erfahrungen. Dies geschähe sowohl in der theoretischen Arbeit an einer politischen Psychologie oder feministischen Subjekttheorie, in ihrer empirischen Fundierung und Anreicherung und ist letztlich doch wesentlich eine praktische Frage. Das Buch »Die Herrschaftsmaschine« enthält Anregungen für beides.

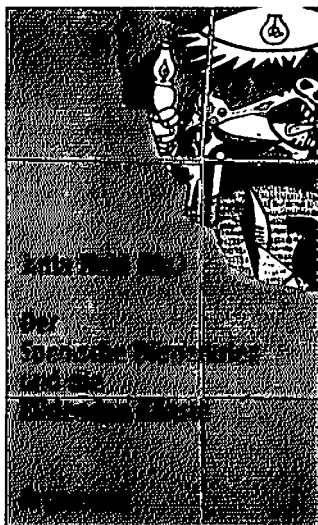
## Literaturverzeichnis

- Becker-Schmidt, Regina, 1989: Identitätslogik und Gewalt. Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Feminismus. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. Köln
- Becker-Schmidt, Regina, und Gudrun-Axeli Knapp, 1987: Geschlechtertrennung — Geschlechterdifferenz. Suchbewegungen sozialen Lernens. Bonn
- Belotti, Elena G., 1976: Was geschieht mit kleinen Mädchen? München
- Brosius, Gerhard, und Frigga Haug (Hrsg.), 1987: Frauen \ Männer \ Computer. West-Berlin
- Chevalier, Jean, und Alain Gheerbrant, 1969: Dictionnaire des Symboles. Paris
- Dohm, Hedwig, 1876: Der Frauen Natur und Recht. Berlin
- Duden, Barbara, 1987: Geschichte unter der Haut. Stuttgart
- Eliade, Mircea, o.J.: Schmiede und Alchimisten. Stuttgart

- Fox-Keller, Evelyn, 1986: *Liebe, Macht und Erkenntnis. Männliche oder weibliche Wissenschaft?* München
- Gensior, Sabine, 1985: Zur Problematik der Um- und Neubewertung der Frauenarbeit beim Einsatz neuer Technologien. In: *Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der DGB (Hrsg.): Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag Dortmund 1984.* Frankfurt/M., New York
- Gerhard, Ute, 1988: Über das Verhältnis von Geschichte und Soziologie. In: *Sektion Frauenforschung (Hrsg.): Dokumentation des Workshops »Frauenforschung — Frauenpolitik«.* Hannover
- Gottschall, Karin, 1988: Zur Entstehung des Routinebereichs als Fraueneinsatzfeld in großbetrieblichen Verwaltungen. Hannover
- dies., 1988: Abbau geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung im Dienstleistungssektor? In: Sabine Gensior und Lothar Lappe (Hrsg.): *Frauenarbeit, technische Entwicklung und segmentierter Arbeitsmarkt.* Frankfurt/M., New York
- Hagemann-White, Carol, 1984: Sozialisation: Weiblich — männlich? Opladen
- Haug, Frigga, 1987: Subjekt Frau. Zur Politik der Erinnerung. In: B. Rommelspacher (Hrsg.): *Weibliche Beziehungsmuster. Psychologie und Therapie von Frauen.* Frankfurt/M.
- Hausen, Karin, 1978: Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere« — Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: H. Rosenbaum (Hrsg.): *Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur.* Frankfurt/M.
- dies., 1986: Patriarchat. Vom Nutzen und Nachteil eines Konzepts für Frauengeschichte und Frauenpolitik. In: *Journal für Geschichte, Sept./Okt.*
- Heinig, Sabine, und Ilse Lenz, 1988: *Schöne Neue Frauenwelt. Computer in Bildung, Beruf und Beziehungen.* Münster
- Hoffmann, Ute, 1987: *Computerfrauen. Welchen Anteil haben Frauen an der Computergeschichte und -arbeit?* München
- Janshen, Doris, und Hedwig Rudolph, 1987: *Ingenieurinnen. Frauen für die Zukunft.* West-Berlin
- Karl, Helga, und Christof Ohm, 1983: Textautomation: Männersache? Frauensache? In: *Das Argument* 135
- Keil, Annelie, 1985: »Weiblich — männlich« — Soziale Gestaltungsprinzipien. In: *Bremer Frauenwoche (Hrsg.): Leben und Technologie.* Bremen
- Keine, Liselotte, 1985: Zur Kritik männlich-politischer Logik, zur Möglichkeit weiblicher Logik. In: *Bremer Frauenwoche (Hrsg.): Leben und Technologie.* Bremen
- Knapp, Gudrun-Axeli, 1989a: Männliche Technik — weibliche Frau. Zur Analyse einer problematischen Beziehung. In: Becker, Dietmar, Regina Becker-Schmidt, Gudrun-Axeli Knapp und Ali Wacker (Hrsg.): *Zeitbilder der Technik.* Bonn
- dies., 1989b: Zur widersprüchlichen Vergesellschaftung von Frauen. In: E. Hoff (Hrsg.): *Die doppelte Sozialisation Erwachsener.* München
- Krüger, Helga, 1988: Frauen und Technik — ein nicht zu bewältigendes Problem. In: Frerichs, Petra und Helga Krüger (Hrsg.): *Frauen und neue Technologien. Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen, Materialien 2.* Bremen
- Merchant, Carolyn, 1980: *The Death of Nature. Women, Ecology and the Scientific Revolution.* New York
- Mies, Maria, 1983: Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung. In: C.v. Werlhof u.a. (Hrsg.): *Frauen, die letzte Kolonie.* Reinbek
- Nienhaus, Ursula, 1982: *Berufsstand Weiblich.* West-Berlin
- Rabe-Kleberg, Ursula, 1986: Geduld — oder die »besondere Eignung von Frauen für Frauenberufe«. In: *Institut Frau und Gesellschaft (Hrsg.): Frauenforschung 1-2.* Hannover
- Scheich, Elvira, 1987: Zur politischen Theorie der Technik. In: Beer, Ursula (Hrsg.): *Klasse Geschlecht.* Bielefeld
- Scheu, Ursula, 1977: *Wir werden nicht als Mädchen geboren — wir werden dazu gemacht.* Frankfurt/M.
- Teubner, Ulrike, 1987: Zur Frage der Aneignung von Technik und Natur durch Frauen — oder der Versuch, gegen die Dichotomien zu denken. In: *Verein Sozialwissenschaftlicher Forschung und Bildung für Frauen (Hrsg.): Facetten feministischer Theoriebildung, Bd. 1.* Frankfurt/M.
- Woesler de Panafieu, Christine, 1985: Zum Übergang von der instrumentellen zur digitalen Vernunft. In: Kuhlke, Christine: *Rationalität und sinnliche Vernunft. Frauen in der patriarchalen Realität.* West-Berlin

---

# Kunst und Antifaschismus



## *Der Spanische Bürgerkrieg und die bildenden Künste*

Hrsg. von Jutta Held  
Schriften der  
Guernica-Gesellschaft  
Bd. 1

Dieser Band ist der erste einer Schriftenreihe der Guernica-Gesellschaft im Argument-Verlag.

Antifaschistische Kunst und Antikriegskunst werden an keinem Ort der BRD systematisch gesammelt oder dokumentiert. Deswegen sind viele Künstler vergessen, die im Widerstand gegen den Faschismus oder im latenten Konflikt zu ihm leben und arbeiten mußten. Ziel der Guernica-Gesellschaft ist es, sich der in Vergessenheit geratenen oder in Vergessenheit gebrachten antifaschistischen Kunst anzunehmen, sie zu erforschen

und zu dokumentieren. Gilt es doch, die Traditionen und Erfahrungen eines Kunstschaffens lebendig zu halten, das aus dem Widerstand gegen Krieg und Faschismus hervorgegangen ist.

In diesem Verständnis hat der erste Band der Reihe programmatischen Charakter: Der Spanische Bürgerkrieg, Guernica zumal, signalisierte weltweit die drohende Gefahr des Faschismus. Wohl kaum ein anderes Ereignis des 20. Jahrhunderts hat die Künstler deswegen so herausgefordert.

Erst aufgrund sehr genauer Rekonstruktionen lassen sich Fragen sinnvoll stellen, beispielsweise die nach einer Logik der Reaktionen auf die Bedrohung durch Faschismus und Krieg, danach, in welcher Weise die Künstler diese Bedrohung reflektierten und ihr gegenüber Widerstand leisteten.

Der vorliegende Band kann hierbei nur einen Anfang markieren. Versammelt sind Forschungen unterschiedlicher Richtung. Einen Schwerpunkt bilden neue Analysen und Materialien zu Picassos Werken zum Spanischen Bürgerkrieg, insbesondere zu seinem »Guernica«-Bild.

Autoren des Bandes sind — neben der Herausgeberin — u. a. Reinhard Kühnl, Harald Olbricht, Peter H. Feist, Reiner Rumold, Walther L. Bernecker.

67 Abb., ca. 250 S., DM 34,—

## *Argument*

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

*30 Jahre Argument*

Heiner Goebbels

## Prince and the Revolution\*

Ich werde mich hüten, über Prince zu reden und ihn bei lebendigem Leibe zum Seminargegenstand zu machen; aber als ich vor über einem Jahr nach einem Titel für diesen Beitrag gefragt wurde, wollte ich mit diesem unmißverständlich klar machen, daß in der Begrifflichkeit des Revolutionären kein Stein mehr auf dem anderen sitzt und der meist moralische Blick auf die Avantgarde selbst einer radikalen Umwandlung unterworfen ist, die es möglich bzw. nötig macht, diese heikle Kategorie mit einer des Revolutionären so unverdächtigen, kommerziellen Person wie Prince zu pointieren. Mir geht es darum, das grundsätzlich Neue einer musikalischen Bewegung zu unterstreichen, der — zumindest auf den ersten Blick — überhaupt nichts Neues mehr anhaftet.

Wir sind musikalisch (und sicher gilt vergleichbares für alle Kunst) an einem historischen Punkt angekommen, der durch einen zentralen Widerspruch gekennzeichnet ist:

In genereller Perspektive muß man davon ausgehen, daß alles denkbare und bis vor kurzem noch unvorstellbare musikalische Material entdeckt, erobert ist und keine materialimmanenten Fortschreitungen mehr möglich seien; die Instrumente, ihre Beherrschung und Überschreitung sind an Grenzen angelangt, und die Verfügbarkeit über alles Klangliche ist (insbesondere unter Berücksichtigung der digitalen Speicher: Samplecomputer) grenzenlos. Es scheint tatsächlich im Reichtum der Erfindungen, das Material betreffend, im Moment kaum eine Steigerung denkbar.

Auf der anderen Seite gibt es durch die hochgradig arbeitsteilige Trennung der musikalischen Sparten und ihrer Entwicklung für die einzelnen Komponisten, Interpreten und Produzenten sehr wohl riesigen Nachholbedarf. So gilt in der Tradition der akademischen Moderne längst als kalter Kaffee, was die U-Musik gerade zu entdecken sich anschickt, wie es auf der anderen Seite z.B. für jeden Rockmusiker, der seit vielen Jahren mit digitalen Effektprozessoren arbeitet, peinlich zu lesen ist, wie z.B. (in einem Programmheftbeitrag der Alten Oper in Frankfurt zu »Prometheo«) Luigi Nono den Eindruck erweckt, plötzlich das Delay in die Musik einzuführen. Sollte es also doch einmal die einen oder anderen Berührungspunkte geben, so findet die engstirnige Borniertheit, mit der sich die Genres voreinander absetzen, ihren Ausdruck gleichermaßen in der arroganten, undurchlässigen Ignoranz wie in der naiv bewundernden Begeisterung füreinander.

Die beiden letzten großen Innovationsschübe der vergangenen 20 Jahre fanden nicht in der Neuen Musik, sondern zum einen in der Disco-Musik, zum anderen in der experimentellen (nicht oder kaum subventionierten) Subkultur statt. Ich denke sowohl an Punkgruppen und Geniale Dilletanten Anfang der achtziger Jahre, wie besonders an die Improvisatoren der sogenannten »noise art«-Szene vor allem aus New York. Man muß fairerweise von dem konkurrenzlosen Erfindungsreichtum z.B. auf der elektrischen Gitarre oder beim Saxophon einmal

absehen (Fred Frith, Hans Reichel, Eugen Chadbourne, Henry Kaiser, Robert Quine etc. und Elliott Sharp, John Zorn, Ned Rothenberg, Dietmar Diesner usw.), weil in der Neuen Musik für diese Instrumente ohnehin noch kein Vokabular entwickelt wurde. Immer noch werden diese Instrumente und ihre Parts ausschließlich von der akademischen Instrumentaltechnik her gedacht und konzipiert, und die ganze körperliche Geschichte, die auf beiden Instrumenten in den letzten 50 Jahren geschrieben wurde, scheint in den kompliziert gedachten und brav ausgeführten Stimmen nicht einmal auf.

Aber selbst in der Vokalmusik, in dem die akademische Musik ja seit hundert Jahren Erfahrungen sammelt, tauchten plötzlich Stimmen auf, die in ihrem Intensitätsgrad, Einfalls- und Ausdrucksspektrum bisher noch nie Gehörtes möglich machten (Blixa Bargeld, Furious Pigs, Diamanda Galas, Arto Lindsay, David Moss, Phil Minton etc.). Dies alles wird von der akademischen Avantgarde so schnell nicht eingeholt werden können, weil ganz andere Faktoren ihre Entstehung möglich machten: nicht nur individueller Erfindungsreichtum eines einzelnen Komponisten, sondern ein ganzer Pool von Musikern, die sich gegenseitig beeinflussen, anregen, anstacheln; eine Arbeitsweise, die sich ständig ihrem sozialen Umfeld und ihren ökonomischen Bedingungen stellen muß (z.B. der Stadt New York), eine Offenheit gegenüber anderen Medien und eine Kraft und Reaktionsgeschwindigkeit, die nur aus der Sensibilität der Wahrnehmung von Wirklichkeit kommt.

Ich vermute, daß es auf Grund der skizzierten Situation jetzt zu einem Stillstand kommen muß, der dringlich die Aufarbeitung aller dieser Erfahrungen (und das Tempo, in dem diese verarbeitet werden, ist schnell genug) möglich macht, bevor man aus ihnen kompositorische Konsequenzen ziehen kann. Natürlich gilt das auch für den Einfluß ganz anderer Kulturen, mit deren Musik wir jetzt immer rascher konfrontiert werden; natürlich ist das Tempo und die Rücksichtslosigkeit, mit der z.B. die Musik aus Afrika, jetzt dem Nahen Osten und Bulgarien, transplantiert und vermarktet wird, grauhaft; man kann aber deren Souveränität nicht mit moralischen Appellen schützen, weil sich diese auf dem Markt nicht durchsetzen werden, sondern nur dadurch, daß man ihren reflektierten Gebrauch diskutiert und dadurch überhaupt erst Kriterien entwickelt für Rücksicht, Differenz, Konfrontation und Geschmack bei der Überschreitung exotischer Grenzen. Alles andere ist boutiquehaft oder eine verlogene Verbrüderung.

Zurück zu dem prophezeiten (oder erhofften) Wartestand beim zeitgenössischen Komponieren: Postmodern im diskreditierenden Sinne sind nur die Konsequenzen, die regressiv sich wenden und restaurierende, musikalische Produkte installieren (neobarocke, neo-romantische oder auch neo expressive). Zu kritisieren sind außerdem alle Versuche, sich kulturelle Injektionen zu geben, von denen man keine gelebte Ahnung hat. (So sind z.B. nach Zimmermanns »Soldaten« schon viel zu viele Opern mit schlechten Jazzmusik-Einlagen ausgestattet worden.) Mir geht es nicht darum, die Doppel-Bass-Drum der speed-metal-drummer ins Symphonieorchester einzuführen oder dem Neuen Lied in Darmstadt mit einem gescratchten Plattenteller zu neuer Vitalität zu verhelfen: Aber es ist nicht mehr »neu«, wenn es diese Erfahrungen ignoriert. In der Totalität der

Medien gibt es keine Ausrede mehr. — Denkbar im Kampf um eine musikalische Zukunft ist die Aufarbeitung und Heranziehung aller bis dato gemachter musikalischer Erfahrung zu einer neuen Erzählweise, die die komplizierten Vermittlungsprozesse im Auge hat. Das heißt zu allererst: die Zeit für Personalstile ist vorbei. Eklektizismus muß länger kein Schimpfwort mehr sein, wenn er nicht beliebiges Kombinieren und Selbstbedienung im musikalischen Supermarkt meint, sondern wenn es sich um ein reflektiertes, mit Zurückhaltung, Geschmack und Geschichtsbewußtsein ausgestattetes Verfahren handelt, das unsere Wahrnehmungsweisen vorantreibt und gleichzeitig Erinnerungen aufarbeitet, bis die Komponisten alle bisher entstandene Musik als Bestandteile einer Sprache beherrschen, mit der jetzt Neues und Genaues gesprochen werden kann. Es mag vielleicht arrogant klingen, aber ich vermute, daß tatsächlich eine andere Generation von Komponisten heranwachsen muß, die jenseits der klassisch getrennten Wertigkeit aufwächst und ausgebildet wird, und die (und damit wären wir fast bei Prince) überall zu Hause ist, weil es kein musikalisches Zuhause mehr gibt. Auch nicht mehr in der Rock-Musik: Es gibt nicht mehr die besoffenen Typen in der Kneipe von Tom Waits, den aufrichtigen Sozialpädagogen im Publikum von Sting, und die Kids, die denken, daß Mick Jagger immer noch Anfang 20 ist, nur weil er sich so zu bewegen versucht. Es gibt alles natürlich doch noch, aber es stimmt nicht mehr im gesellschaftlichen Kontext.

Aus diesem Anlaß nun doch ein paar vorsichtige Sätze zu Prince. Man wird auch bei ihm den Personalstil nicht finden. Er zieht für seine Songs alle in der Geschichte der Rockmusik entwickelten Formen heran, Soul, Mowtown, Rhythm & Blues, Country, Folkrock, Jazz, nicht austauschbar, sondern aus dem inhaltlichen Zusammenhang gewählt, aber ohne sich an ein Milieu anzubiedern; immer über seine eigene persönliche Mitte, seine Art des Arrangements, seine Stimme übersetzt. Hier erst wird die Musikerpersönlichkeit auf einer neuen Ebene wieder aktuell. Auf genau der Ebene, auf der auch die neuen kompositorischen Qualifikationen und Kriterien funktionieren: längst nicht mehr nur auf harmonischer, rhythmischer und melodischer Differenzierung, sondern z.B. auf der Perspektive der Abmischung, dem Klang der snare, dem Abstand des Mikrophons zur Stimme, die Wahl der Hallräume und vieles andere. Daß Prince auch im kompositorischen Detail, also auch im Arrangement der Streicher, im Programm der Rhythmusmaschine oder im Falsett seiner Stimme, ständig Risiken eingeht, die sich produktiv auf die musikalische Spannung des Ganzen auswirken, ist nur eine zusätzliche, für unseren Zusammenhang hier aber unwesentliche Zugabe an die Avantgarde-Fans.

Wirkliche Veränderung hat in den letzten Jahren auch in der Technologie der musikalischen Produktion dort stattgefunden, wo das meiste Geld sitzt, der größte kommerzielle Druck herrscht, dort, wo Musik tatsächlich gebraucht wird, nämlich zum Tanzen, in der Disco, ist Musik, gemessen an den Kriterien der Schnelligkeit, Abwechslung, Kraftentwicklung, Entertainment, Spannung, Überraschung und dem Ausreizen einer Wirkungsästhetik, ohne Parallele in anderen musikalischen Sparten Aufregendes aufgetaucht, das in anderen musikalischen Sparten ohne Parallele blieb. Natürlich auch in der Schnelligkeit und Rücksichtslosigkeit der Verarbeitung alles dessen, was dem Produzenten unter

das Messer kommt, dem »cut creator« der Hip Hop Musik oder bei »acid house«. Revolutionär ist das nur im musiktechnologischen, formalspielerischen, nicht im inhaltlichen Sinne. — Aber wo greift der noch? In welchen Bereichen ist Musik noch das, was mit ihr gemeint ist?

Als ich Mitte der siebziger Jahre — angeregt von Eislers kompositorischem Prinzip (Fortschritt und Zurücknahme) — versucht habe, die Musik in die politische Bewegung der unorganisierten Linken einzubeziehen, ging es mir nicht darum, »mit Musik Politik zu machen«, sondern »die Musik zu politisieren«, und zwar nicht im Sendesaal des Rundfunks, sondern im politischen Spannungsfeld der Kräfte, die damals aktiv waren, also auf der Straße, in Versammlungen, Konzerten, Kampagnen, Jugendzentren etc. Ich habe versucht, beide Felder der Politisierungen, das musikalische Material wie den gesellschaftlichen Kontext, ins Auge zu fassen; unter der Maßgabe der Eislerschen Dialektik: beim Bekannten zu beginnen, um Neues zu versuchen.

Inzwischen hat sich der soziale Kontext völlig verlagert, von den Straßen in die Parlamente oder grüne Strategiediskussionen, in Bereiche, die keine Fragen an künstlerische Kreativität stellen; und unser Wissen um die Komplexität der politischen Vermittlung/Wahrnehmung/Veränderung ist — zusammen mit dem Mißtrauen in die Sprache als Verständigungsmittel — gewachsen. In der Hierarchie der Wahrnehmung ist kaum noch von Bedeutung, was einer sagt, sondern wie er es tut und vor allem in welchem Kontext. Das gilt längst auch für die Musik. Zu viele Bedeutungsebenen schieben sich zwischen die Zeichen, und vielleicht ist es gerade der gute Wille des politischen Komponisten, der die Wirkung seines Produkts am Ende ins Gegenteil verzerrt. Konkret: Vielleicht ist es der steife akademische Rahmen, der ein freies Denken beim Zuhörer verhindert, oder vielleicht wird die Eitelkeit der Interpreten im Konzert wichtiger als die Semantik des Gesungenen, vielleicht ist es auch nur der Verkehrsfunk, der im entscheidenden Moment das Autoradioprogramm unterbricht und die Message versaut. Oder ist das gerade die Chance? Denn nicht ein Kontinuum aus Propaganda und Gehorsam, sondern nur ein Wechselverhältnis aus Sinnggebung und Sinnentzug kann den Raum schaffen, in dem sich das Denken des Zuhörers frei bewegen und damit Verstehen stattfinden kann.

Vielleicht existiert der Realismus nur noch in der Disco?

Ich muß nicht betonen, daß ich das nicht affirmativ meine, sondern damit die Irritationen und Skrupel beschreiben möchte, die heute Komponieren begleiten müssen — besonders politisch gemeintes Komponieren, wenn man nicht wie eine geniale Figur des 19. Jahrhunderts nach wie vor im Stübchen sitzt und mit »Phantasie« auszudrücken in der Lage zu sein glaubt, was sich im individuellen Geist angestaut hat. Heiner Müller hat einmal in einem Interview gesagt:

»Phantasie ist etwas sehr Negatives. Menschen mit Phantasie sind dauernd gefährdet von den Widrigkeiten des wirklichen Lebens.«

Und Komponisten mit Phantasie, könnte man hinzufügen, laufen besonders Gefahr, nicht mehr die Schnittstellen der Realität zu berühren, sich zu verlieren in privates, frei schwebendes Denken nicht einmal über, sondern in Musik, das nicht mehr gekoppelt ist an die Rezeptionsstrukturen und Aufmerksamkeiten der Hörer der Zeit.



Zugegeben, ich langweile mich schnell. Eine Musik, bei der ich schon bei den ersten Takten bestimmen kann, wie es weitergehen wird, muß mich schon sehr in ihren Bann ziehen, um mich als Zuhörer zu behalten, oder sie muß gerade diese Redundanz als Konzentration einsetzen, wie etwa eine feste Kamera-Einstellung in einem Straub-Film. Ich komme nicht von ungefähr auf diesen Vergleich, weil ich in den letzten Jahren als Komponist eher vom Film und seinen Techniken Anregungen bekomme als von der Neuen Musik. Man kann das im Detail ausführen: Schnitttechniken, Rückblenden, Großaufnahmen, Blickwinkel, Videotechnik, den Einsatz der Tonspuren, aber auch die Bildkraft, den Erzählwert etc.

Ich meine aber auch die Haltung des Filmemachers. Ich kenne in der Neuen Musik keine Unternehmungen, die etwa mit den Werbespots von Jean-Luc Godard oder dem wöchentlichen Kulturmagazin von Alexander Kluge vergleichbar wären. Denn es geht ja nicht um das Experimentelle an sich; eine Musik, die kein Publikum hat oder eine Platte, die sich nicht verkauft, ist ja noch nicht deswegen, weil sie nicht kommerziell ist, fortschrittlich oder anti-kapitalistisch; sie muß sich beweisen, reiben und messen lassen an der Realität und sich mit ihr auseinandersetzen. Kluge hat einmal vom »Politischen als Intensität alltäglicher Gefühle« gesprochen, und diese setzen präzise Wahrnehmung voraus. Natürlich richtet es keinen größeren Schaden an, Streichquartette für Greenpeace und Rockkonzerte für Afrika aufzuführen, aber es ist sicher weder radikale politische Wahrnehmung noch politische Musik auf der Höhe der Zeit.

\* Vortrag bei den Kasseler Musiktagen, September 1988. Die Vorträge erscheinen im Frühjahr 1989 im Bärenreiter-Verlag.

## Literatur im historischen Prozeß



Frauen-  
Literatur - Politik

Argument

## Frauen — Literatur — Politik

Hrsg. v. A.Pelz, M.Schuller, I.Stephan,  
S.Weigel und K.Wilhelms

Die Beiträge konzentrieren sich um einen in der feministischen Literaturkritik veränderten Begriff des Politischen, der verborgene Gewaltzusammenhänge und symbolisch-diskursive Herrschaftsformen einbezieht: Politische Erfahrungen in der Literatur und politische Effekte literarischer Strategien — Eurozentrismus, sexuelle und kulturelle Differenz — Frau und Tod/Tötung — Theorie(ver)lust: zur Rezeption der »französischen Theorie« im feministischen Diskurs.

Literatur im historischen Prozeß 21/22  
Argument Sonderband 172/173  
ca. 320 S., br., DM 32,- / 28,- für Studenten

---

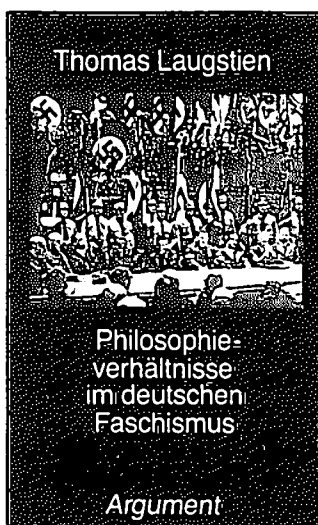
## Anti/Faschismus und Philosophie



### Deutsche Philosophen 1933

Hg. von Wolfgang Fritz Haug

Der Band besichtigt Interventionen deutscher Philosophieprofessoren (Gehlen, Litt, Rothacker u. a.) im historischen Moment »1933«. Welche soziale Rolle spielten die Interpreten des »Geistes« und der »Vernunft«, die Sachverständigen der »Werte« oder des »Verstehens«? Jenseits vom »Fall Heidegger« untersuchen die Autoren das Funktionieren des »normalen« Philosophiebetriebes und fragen, auf welche Weise auch eher unverdächtige Denker mittels ihrer spezifischen Kompetenz zur ideologischen Konsolidierung des Nationalsozialismus beitragen konnten. Ideologische Mächte im deutschen Faschismus 3, AS 165, ca. 200 S.



Thomas Laugstien

### Philosophieverhältnisse im deutschen Faschismus

Dieser Band ist eine empirische Arbeit, die in der Analyse philosophischer Institutionen (Gesellschaften, Zeitschriften, Kongresse, Seminare) das Verhältnis von Philosophie und Faschismus untersucht. Der Autor beschreibt minutiös, wie sich die Philosophie zum und im autoritären Staat verhielt und nennt Daten, Namen und Fakten.

Ideologische Mächte im deutschen Faschismus 4, AS 169, ca. 160 S. Jeder Argument-Sonderband DM 18,50 (DM 15,50 für Stud.).

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

30 Jahre Argument

Volker Gransow und Wayne Miller

## Carl Schmitt: Feind oder Fundgrube?

### Zur neueren Rezeption in den USA

Der Staats- und Völkerrechtslehrer Carl Schmitt (1888-1985) galt und gilt als Faszinosum. Seine Verehrer spüren bei der Lektüre eine »überintensive Helle« (Maschke 1980, 204) — man kann es auch Blendung nennen. Ernst Bloch nannte seine Schriften »sadistisch lockend, medusisch lähmend« (Bloch 1977, 208). Schmitt war mal konservativer Katholik, mal radikaler Nazi, mal distanzierter Beobachter des Aufstiegs seiner Schüler zu tonangebenden Verfassungsrechtlern der Bundesrepublik. Er hatte zeitlebens Existenzangst und wurde steinalt.

Seine geistige Wandlungsfähigkeit läßt sich am Begriff des »totalen Staates« demonstrieren: Zunächst war für Schmitt der totale Staat identisch mit dem pluralistischen Parteienstaat der Weimarer Republik; total nur insofern, als er immer mehr Kompetenzen an sich zieht. Dann ließ er 1931 eine zweite Begriffsfüllung anklingen. Gerade der pluralistische Parteienstaat verhindere, »daß der totale Staat sich als solcher mit der selben Wucht zur Geltung bringt, wie er es in den sogenannten Ein-Parteienstaaten, Sowjetrußland und Italien, bereits getan hat« (Schmitt 1931, 84). Deutlich wird die doppelte Bestimmung 1933. Jetzt unterscheidet sich der Weimarer quantitativ totale Staat »aus Schwäche« vom *qualitativ* totalen Staat. »Ein solcher Staat läßt in seinem Inneren keine staatsfeindlichen, staatshemmenden oder staatszerspaltenden Kräfte aufkommen ... Ein solcher Staat kann Freund und Feind unterscheiden« (Schmitt 1933, 361). Damit spielt Schmitt auf seine Definition des Politischen an. »Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.« Allerdings nicht *nur* die Unterscheidung, die »Begriffe Freund, Feind und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch, daß sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben« (Schmitt 1928, 4 und 6). Schmitts Schüler Ernst Forsthoff, später Säulenheiliger des BRD-Verfassungsrechts, präziserte: »Der Jude« sei Feind und müsse »als solcher unschädlich gemacht werden« (Forsthoff 1933, 39).

Die dritte Stufe seiner Interpretation des totalen Staates erreichte Schmitt im Jahre 1937, nachdem Remilitarisierung, Vierjahresplan und die Orientierung auf den Anschluß Österreichs die Richtung deutscher Außenpolitik hinreichend klar gemacht hatten: Erst durch den totalen Krieg erhält der totale Staat seinen Sinn. Er verfügt über totale Feindschaft und totale Kriegstechnik. »Im Krieg steckt der Kern der Dinge. Von der Art des totalen Krieges her bestimmen sich Art und Gestalt der Totalität des Staates.« (Schmitt 1937, 236) Schmitt, zu dieser Zeit als Nazi-Funktionär bereits kaltgestellt, war offenbar der einzige Denker innerhalb Deutschlands, der das Regime auf jenen Begriff bringen konnte, den Goebbels 1943 weltbekannt machen sollte.

Aber auch innenpolitisch war er zur Stelle gewesen. Schon 1932 hatte er die »gesunde Wirtschaft im starken Staat« verlangt, damit dominierende ökonomische

Interessen nicht mehr der »parteilpolitischen Kostümierung« bedürften, zu der sie die parlamentarische Demokratie zwang (Schmitt 1932, 32). 1934 besang er Hitlers Mordaktion vom Juni: »Der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Mißbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft.« (Schmitt 1934) Den Röhm-Morden war auch sein Mentor Kurt Schleicher zum Opfer gefallen. 1936 schlug er vor, Juden nur noch mit ihren »echten« hebräischen Namen zu zitieren (z.B. Marx = Mordechai).

Die mit leichtem Schauer gemischte Faszination, die Schmitt auf Marxisten ausübt, speist sich aus diesem konsequenten Faschismus: der starken Wirtschaft, dem Freund-Feind-Denken, der Sinnggebung des Staates durch den Krieg. Aber sie hat noch einen anderen Grund: vor 1932-33 war Schmitt weit offener und interessanter für Linke gewesen als die Mehrheit der Weimarer Staatsrechtslehrer. Sein Buch »Die Diktatur« (1921) trug den Untertitel »... bis zum proletarischen Klassenkampf« und wurde von niemand Geringerem als Max Adler gelobt. Schmitt trat bis 1933 antiliberal, aber nicht antisemitisch auf — auch nicht im persönlichen Umgang. Er trennte Recht und Politik, Kunst und Philosophie nicht. Er akzeptierte Franz L. Neumann und Otto Kirchheimer als Diskussionspartner. Walter Benjamin zeigte sich von Schmitt beeindruckt. Anders als die herrschende Lehre wies Schmitt auf die Gefahren hin, die vom Artikel 76 der Weimarer Verfassung ausgingen. Hinter dem Nazi Schmitt wird ein nach links offener Konservativer sichtbar.

Freilich gibt es noch einen weiteren Carl Schmitt. Schon früh war er von Donoso Cortes und den Mythen der spanischen Gegenrevolution inspiriert. In seiner »Politischen Theologie« von 1922 heißt es, Souveränität sei letztlich an die Entscheidung über den Ausnahmezustand gebunden. Diese »Entscheidung ist, normativ betrachtet, aus einem Nichts geboren« (Schmitt 1985, 42). Gleichzeitig mit seiner relativ verfassungsfreundlichen »Verfassungslehre« erschien der das Freund-Feind-Verhältnis verabsolutierende »Begriff des Politischen« im Jahre 1928. Angesichts der Ambivalenzen in Leben und Werk einerseits, der eindeutigen nazistischen Kompromittierung andererseits scheint es extrem schwierig, produktive Lektüre von Apologie zu trennen, zumal Schmitt von 1945 bis 1985 zäh an seiner eigenen Legende gearbeitet hat.

Die alte Erfahrung, daß es, Schmitt betreffend, besondere Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit gibt, wird jetzt von US-amerikanischen Linken geteilt. »What is a nice leftist journal like *Telos* doing in a theoretical dive like this?« fragen Paul Piccone und G.L. Ulmen in ihrer Einleitung zum Themenheft über Carl Schmitt. Die Antwort stand schon im Editorial des vorhergehenden Heftes. Es heißt dort zum Stand der politischen Theorie nach dem »Zusammenbruch« des marxistischen Paradigmas in den siebziger Jahren: »Der alte liberale Wein mußte in neue Schläuche gefüllt werden, damit es aussah, als handle es sich wirklich um etwas anderes. Kommunikationstheorie, Dekonstruktion, Linguistik etc. erwiesen sich als besonders nützlich. (...) Auch deshalb dürfte es von Nutzen sein, die Grundlagen der politischen Theorie neu zu besichtigen — wenn dies auch die Beschäftigung mit einer so abstoßenden und fragwürdigen Gestalt wie Carl Schmitt einschließt.« (*Telos* 71/1987, 4).

Wir lassen beiseite, ob man wirklich von einem Zusammenbruch der von Marx inspirierten politischen Theorie reden kann (die Arbeiten von Hirsch, Jessop, Offe u.a. sprechen dagegen) und ob Kommunikationstheorien und Diskursanalysen liberaler Wein in neuen Schläuchen sind. Wir befassen uns an dieser Stelle auch nicht mit der allgemeinen Zunahme an Schmitt-Studien in den USA (vgl. Schwab 1988). Uns geht es um einen Bericht über die Diskussion in nunmehr vier Ausgaben der Theoriezeitschrift *Telos* (71/1987-74/1988) und um die Frage, wieweit es für linke politische Theorie nützlich ist, Arbeiten Carl Schmitts auszugraben. Die Beiträge lassen sich nach fünf Rubriken gruppieren: Erstens gibt es eine Kontroverse um Schmitt und die Frankfurter Schule. Zweitens werden bisher auf Englisch nicht vorhandene Schmitt-Texte zugänglich gemacht. Drittens geht es um Schmitts Biographie. Viertens werden verschiedene Aspekte des Werkes analysiert. Fünftens zeigen sich bereits erste Reaktionen auf die früheren *Telos*-Artikel.

### Carl Schmitt und die Frankfurter Schule

Den Auftakt bildet Ellen Kennedys Aufsatz »Carl Schmitt and the Frankfurt School« in *Telos* 71 (1987). Ihr Kerngedanke ist: »Linke Theorie ist anti-liberal. Aber die in diesem Jahrhundert schlagendste und kohärenteste Kritik liberaler Institutionen wurde von Schmitt entwickelt.« (39) Sie skizziert Schmitts Liberalismus-Kritik und schildert »Konvergenzen« mit der Frankfurter Schule an Hand einiger Arbeiten von Walter Benjamin, Otto Kirchheimer, Franz Neumann, Herbert Marcuse und Jürgen Habermas. Allesamt werden sie des heimlichen Schmittianismus überführt und unterliegen schließlich dem Totalitarismus-Verdikt: »Die Ablehnung der parlamentarischen und repräsentativen Demokratie zugunsten unterschiedlicher Modell von direkter Demokratie war im modernen Deutschland eine charakteristische Position sowohl für die politische Rechte wie für die Linke.« (66) Damit hat Kennedy ihren Kritikern leichtes Spiel gemacht. Denn weder ist linke Theorie an sich anti-liberal noch war Schmitt der beste Kritiker des Liberalismus. Und schon gar nicht teilen Schmitt und die Frankfurter Schule das Demokratieverständnis. Martin Jay, Autor einer als Standardwerk geltenden Geschichte der Frankfurter Schule, weist Kennedys Thesen nicht nur en detail, sondern auch mit folgendem Schlüsselsatz zurück: »Im Gegensatz zur Entweder/Oder-Logik der Schmittschen Argumentation mit ihrer Vorliebe für essentialistische und binäre Oppositionen bevorzugte die Kritische Theorie eine immanente Kritik der scheinbaren Dichotomien, indem sie zeigte, wie jede mit der anderen vermittelt war.« (73) Gegenüber Jays Antikritik, die mit Vokabeln wie »absurdity« oder »without foundation« nicht spart, bleiben die zwei anderen Kennedy-Kritiken blaß. Alfons Söllner verteidigt ebenfalls die angegriffenen Autoren. Er geht allerdings nicht so weit wie das Vorwort zum Protokoll des Kirchheimer-Symposiums von 1985. Dort ist von einem »diametralen Verhältnis« von Schmitt und Kirchheimer die Rede: »Der neuerdings wieder hoffähig werdende Begriff des sogenannten Links-Schmittianismus, auch auf bestimmte Analysen Otto Kirchheimers vor 1933 angewendet, erweist sich, bei differenzierter Analyse seiner Arbeiten gerade vor 1933, nur als hilfloses ideologisches

Konstrukt.« (Luthardt 1985) Ulrich Preuss konzentriert sich auf den Vergleich Habermas-Schmitt. Er weist vor allem auf fundamentale Unterschiede hin: Für Schmitt sei Liberalismus die Antithese zur Demokratie, für Habermas hingegen (im »Strukturwandel der Öffentlichkeit«) sei letztlich das Versprechen von Demokratie grundlegend für den bürgerlichen Verfassungsstaat.

Mit seiner Beschränkung auf die Habermas-Verteidigung bietet Preuss Kennedy eine neue Angriffsfläche. In ihrer Antwort auf die drei Kritiker in *Telos* 73 (1987) fragt sie, warum er sich nicht zu seinem Links-Schmittianismus bekennt. Und in der Tat hat Preuss an anderer Stelle Nutzen in der Schmitt-Lektüre gesehen — freilich in anderer Absicht als Kennedy (vgl. Preuss 1985). Kennedy selber wirkt unglaublich, wenn sie in der Einleitung zu den von ihr auf Englisch herausgegebenen Parlamentarismus-Schriften von Schmitt ein positives Bild von ihm zeichnet (vgl. Kennedy 1985), ihn in der *Telos*-Kontroverse aber benutzt, um den vorgeblich mit der Frankfurter Schule gemeinsamen Antiliberalismus zu diskreditieren, ja fast den Frankfurtern einen mit Schmitt gemeinsamen Affekt gegen die Demokratie zu unterstellen. Unbefriedigend bleibt, daß angesichts der schwachen Argumentation Kennedys gleich drei Anti-Kritiken aufgeboten werden mußten, die sich teilweise wiederholen. Alfons Söllner schreibt am Schluß seiner Replik: »Das Thema 'Carl Schmitt und die Frankfurter Schule' hat nicht nur in Deutschland große Bedeutung. Aber Kennedy hat ihre Möglichkeit vertan. Weder treten die eigentlichen Gegner auf noch stimmt das Szenario, in dem das Drama sich abspielen muß. Die Rollen sollten erweitert und die Bühne neu arrangiert werden!« (*Telos* 71/1987, 96)

Leider hat nicht nur Ellen Kennedy diese Chance verpaßt. Ihre Kritiker haben sich so sehr auf die Zurückweisung der eher plumpen Unterstellungen konzentriert, daß sie auf eine subtilere Analyse der (zumindest bei Neumann und Kirchheimer wirklich vorhandenen) Wechselbeziehungen zu Schmitt fast ganz verzichteten. Ob da ein Zusammenhang besteht zum Untertitel der Zeitschrift? Regulär lautet der Untertitel »Vierteljahresschrift für kritisches Denken«. Ausgerechnet die »Carl Schmitt und der Frankfurter Schule« gewidmete Ausgabe Nr. 71 heißt allerdings »A Quarterly Journal of Post-Critical Thought«.

### Schmitt-Texte

Das eigentliche Schmitt-Heft sollte indes noch folgen. Die Nummer 72 bringt zwei auf Englisch noch nicht veröffentlichte Texte. Der erste ist »Die legale Weltrevolution«, ein Aufsatz aus dem Jahre 1978. Schmitt hatte in den zwanziger Jahren die »legale Revolution« in Deutschland (durch die Nazis) antizipiert. Nun aber macht er ausgerechnet Santiago Carillo zum Protagonisten der legalen Weltrevolution. Ein schlechteres Beispiel für die Tücke des Weltkommunismus als den biedereren Spanier hätte er wohl kaum finden können. Immerhin wird eine Obsession des späten Schmitt deutlich: Kritik am Pseudo-Universalismus, der zum herrschenden Weltbürgerkrieg beiträgt. Dahinter steht Angst vor einem echten Universalismus und einem wirklichen Weltfrieden. Eine friedliche Welt würde womöglich weder Freund noch Feind kennen und damit Schmitts Thesen sinnlos machen.

Ebenfalls erstmals auf Englisch erscheint der (gewichtigere) Abschnitt »Die Quelle der Tragik« aus »Hamlet oder Hekuba« mit einer Antwort auf Walter Benjamins »Ursprung des deutschen Trauerspiels«. Im Dezember 1930 hatte Benjamin Schmitt ein Exemplar des Trauerspiel-Buches geschickt und dazu geschrieben: »Sie werden sehr schnell bemerken, wieviel das Buch in seiner Darstellung der Lehre von der Souveränität im 17. Jahrhundert Ihnen verdankt. Vielleicht darf ich Ihnen darüber hinausgehend sagen, daß ich auch Ihren späteren Werken, vor allem der 'Diktatur', eine Bestätigung meiner kunstphilosophischen Forschungsweisen durch ihre staatsphilosophischen entnommen habe.« (Zit. n. Taubes 1987, 27) Vermutlich hatte der erfolgreiche Professor 1930 überhaupt nicht geantwortet, wohl aber den Brief Benjamins aufgehoben. Die Antwort kam erst nach dessen Tod, eben 1956 in »Hamlet oder Hekuba. Der Einbruch der Zeit ins Spiel«. Schmitt kritisiert Benjamins Hamlet-Interpretation, versteht dabei allerdings Benjamin gründlich falsch. Während für ihn die Tragödie Auferstehung des Mythos bedeutet, geht es Benjamin umgekehrt um Öffnung der Geschichte. Im intelligenten Nachwort des Übersetzers David Pan liest sich das so: »Es ist dies eine geschickte Verdrehung von Benjamins Hinwendung zum historisch Möglichen, dessen Relevanz und Bedeutsamkeit durch Bindung an eine mythische Tradition gewährleistet ist, nicht als unwandelbar und autoritativ aufgefaßt, sondern als gezielte Umgestaltung des Mythos.« (*Telos* 72/1978, 159) Dieser Text ist für eine Betrachtung des oft (gerne als Rechts-Links-Berührung) beschworenen Verhältnisses von Benjamin und Schmitt zentral. Schmitt besteht auf dem Tragischen, denn nur so läßt sich Schuld ohne Verschulden denken. Ist für Benjamin Geschichte die große Rumpelkammer, so darf nach Schmitt »nicht das Erfundene (Hekuba), sondern nur das Wirkliche uns erschüttern« (Güde 1985, 66).

### Schmitts Biographie

In *Telos* 72 finden sich einige Dokumente und ein Aufsatz »Carl Schmitt and the Conservative Revolution« von Joseph W. Bendersky. Der Schmitt-Biograph (vgl. Bendersky 1983) zeigt sich wieder von der apologetischen Seite (vgl. Jay 1984). Er bemüht sich nach Kräften, eine Distanz zwischen Schmitt und den Anhängern der »Konservativen Revolution« (Ernst Jünger, Hans Zehrer usw.) zu konstruieren. Dabei ist unbestreitbar, daß sich Schmitt diesem Personenkreis desto mehr näherte, je mehr es mit der Weimarer Republik bergab ging. Zudem war Schmitt ständiger Gesprächspartner Armin Mohlers, als dieser sein Buch über die »Konservative Revolution« verfaßte. In diesem Buch wurde nicht nur der Terminus »Konservative Revolution« geprägt, sondern Schmitt auch explizit einbezogen (vgl. Mohler 1972).

Die ebenfalls von Bendersky eingeleitete Auswahl der Dokumente wirkt sehr selektiv angesichts der Vielzahl der auf Englisch noch nicht vorliegenden Schmitt-Dokumentationen. Es handelt sich um Protokolle der Verhöre Robert W. Kempners in Nürnberg 1947. Schmitt bestreitet sämtliche konkreten Vorwürfe, leugnet seine intellektuelle Täterschaft und bezeichnet seine antisemitischen Ausfälle als aus dem wissenschaftlichen Kontext gerissen. Für sein Verhalten 1933 bis 1936 gibt er die Erklärung, daß er dem NS eine eigene — Schmittsche

— Bedeutung geben wollte. »Angeblich wollte er immer den Staat gegen die Bewegung stärken: Es wird aber den Ermordeten ziemlich gleich gewesen sein, ob sie vom SA-Mann Schmitt oder vom Hilfspolizisten Schmitt abgeknallt wurden.« (Güde 1985, 63) Im Kern zeichnet sich in diesen Gesprächen schon jener Selbstbetrug ab, in dem sich Schmitt zum Opfer der Nazis erklärte. Er formulierte diese Deutung bald nach der Entlassung aus der Haft in einem Buch mit dem Titel »Ex captivitate salus« (Aus der Gefangenschaft kommt das Heil). Helmut Ridder setzte dem damals treffend entgegen: »Ex oblivione malum« (Aus dem Vergessen kommt das Böse).

Besonders übel an dieser Auswahl ist das Weglassen der Erinnerungen von Ossip K. Flechtheim, damals Mitarbeiter Kempners bei der Vorbereitung der Nürnberger Prozesse. Flechtheim hatte Schmitt noch vor Kempner vernommen. In der Bendersky bekannten deutschen Fassung der Nürnberger Transkripte sind Flechtheims Erinnerungen an dieses Verhör enthalten. Bendersky bestreitet nun in *Telos* deren Relevanz. Es handele sich zu 50 Prozent um die Beschreibung einer »früheren beruflich/persönlichen Ablehnung Flechtheims durch Schmitt an der Universität Köln 1933« (*Telos* 72/1987, 97). Auch dies wäre nicht uninteressant: Schmitt hatte Flechtheim zunächst als Doktoranden akzeptiert, ließ im Sommersemester 1933 den jüdischen Sozialisten wie eine heiße Kartoffel fallen und konnte sich 1947 an nichts erinnern. Vor allem aber ist der Flechtheim-Text lesenswert, weil er folgenden Satz enthält: »Er erklärte auch, daß er überrascht war, daß die Russen ihn nicht sofort als Berater herangezogen hätten!« (Flechtheim 1987, 108f.) Es läßt sich vermuten, daß Bendersky aus diesem Grund Flechtheim nicht nachgedruckt hat. Denn ein Schmitt, der sich selbst als potentiellen Sowjetberater sieht, paßt nicht ins Bild vom katholischen offenen Konservativen, der nur von 1933 bis 1936 ein paar schlimme Dinge geschrieben hat. Er paßt viel eher ins Bild vom Opportunisten, dessen »okkasioneller Dezisionismus« (Löwith 1960, 93) auch das politische Verhalten bestimmt. Andererseits findet sich im gleichen Heft ein Dokument, das Schmitt 1933 gut beleuchtet: ein Brief von Heidegger vom 22. August 1933. Heidegger und Schmitt kannten sich vor 1933 nicht. Jetzt beantwortet Heidegger einen Brief Schmitts. Er schreibt ihm u.a., »daß ich sehr auf Ihre entscheidende Mitarbeit hoffe, wenn es gilt, die juristische Fakultät im Ganzen nach ihrer wissenschaftlichen und erzieherischen Ausrichtung von Innen her neu aufzubauen« (*Telos* 72/1987, 132).

### Theoretische Innovationen

Mehrere Beiträge sollen zur Aktualisierung Schmitts beitragen. Paul Hirst (»Carl Schmitt's Decisionism«, *Telos* 72/1987) versucht, mit Schmitt über Schmitt hinauszukommen. Gerade weil Schmitt kein Demokrat ist, sieht er Dinge, die Demokraten oft vergessen möchten. »Schmitt ist von Wert, weil er hervorhebt, daß alle Rechtsordnungen ein 'Außen' haben und daß bestimmte Agenturen innerhalb des Staates die Möglichkeit ... außer-legaler Handlungen haben. Bei den heute so handelnden Staaten hat dies weit größere Konsequenzen als zu Zeiten Schmitts, ungeachtet der Nazis, weil Organisationsfähigkeit und Militär-



macht so viel größer sind. Der gesamte nukleare Sicherheitsapparat hat sich demokratischer Kontrolle entzogen.« (25)

G.L. Ulmen versucht, den US-Imperialismus mit Schmittschen Termini zu umschreiben. Er knüpft an Schmitts Idee vom »nomos« der Erde an, von der Bedeutung von Landnahme und Landbesitz, vom Gegensatz zwischen Land und Meer, Kontinentalvölkern und Seefahrern. Das Seefahrervolk waren früher die Briten, jetzt sind es die US-Amerikaner. Ulmen verfolgt Wandlungen vom politischen zum ökonomischen und kulturellen Imperialismus. Er schließt mit der Aussicht auf eine neue Szenerie »jenseits des 'ökonomischen Imperialismus' — die gesamte Frage des kulturellen (spezifisch amerikanischen) Imperialismus. Der Schritt von der 'Tyrannei der Werte' zur Tyrannei der Kultur ist einer von der Jurisprudenz zur Kritischen Theorie. Dies jedoch ist ein Schritt über Carl Schmitt hinaus.« (Ebd., 71) Uns kamen schon vorher Zweifel an einer primär geopolitisch konstruierten Imperialismustheorie.

George Schwab hat für das selbe Heft einen älteren Aufsatz überarbeitet, der Schmitts »Begriff des Politischen« weiterentwickeln soll: »Enemy or Foe: A Conflict of Modern Politics«. Die Trennung von »enemy« und »foe« ist im Deutschen nicht möglich; sie werden gleichermaßen als »Feind« (aber gelegentlich auch als »Gegner«) übersetzt. Umgangssprachlich werden heute beide Worte im Englischen synonym benutzt. Historisch hätten sie jedoch unterschiedliche Bedeutung gehabt, meint Schwab. »Enemy« sei der öffentliche Feind, dem gegenüber man keinen persönlichen Haß hegt. Er wird im Sinne des Schmittschen Dezisionismus um der Selbsterhaltung willen bekämpft. »Foe« sei dagegen der private Feind, der auch gehaßt wird. Diese »sprachliche Verdeutlichung« des Schmittschen Denkmodells war seinerzeit von ihm selbst begrüßt worden. Dem *Telos*-Heft hat sie den Titel gegeben. Es geht also auch um die Schmitt-Rezeption der Linken: Ist Schmitt ein »enemy«, von dem zu lernen ist, oder ein hassenswerter »foe«? Man kann sich auf die Frage nicht einlassen, wenn man keinen »roten Faden« für das Labyrinth des Schmittschen Denkens besitzt. Aber auch sprachgeschichtlich ist Schwabs These nicht überzeugend: »enemy« ist linguistisch mit »enmity« (Haß) verwandt, »foe« mit der feudalen Fehde, einem keineswegs rein persönlichen Unternehmen, sondern sozial ritualisierter Struktur.

Zwei weitere Beiträge stellen Schmitt nicht ins Zentrum. Richard Faber stützt seine Kritik an der politischen Theologie Hans Blumenbergs mehr auf Walter Benjamin als auf Carl Schmitt. Alfons Söllner erwähnt in einer Studie über die Wandlungen Hans Morgenthaus vom Liberalen zum konservativen Verfechter nationaler Interessen Schmitt nur einmal. Dabei wäre es sicher aufschlußreich, Morgenthaus Verhältnis zu Schmitt vor und nach 1933 vergleichend zu untersuchen. In seiner intellektuellen Autobiographie nannte Morgenthau Schmitt »the most evil man alive« (zit. n. Quaritsch 1988, 462).

Die Aufsätze reichen nicht aus, um die in den Editorials von *Telos* 71 und 72 geweckten Hoffnungen zu befriedigen. Ein Durchbruch in der linken politischen Theorie läßt sich nicht erkennen. Trotzdem machen vor allem Pan und Hirst klar, daß Schmitt produktiv-kritisch gelesen werden kann.

## Erste Reaktionen

Es ist eine banale Feststellung, daß Freund-Feind-Denken zu Polarisierungen führt. Gleichwohl ist sie auch in diesem Fall richtig. Mehrere Redaktionsmitglieder haben die *Telos*-Redaktion verlassen, zumindest ein Redakteur hatte halböffentlich vorher protestiert (Richard Wolin: »An Open Letter to the 'Telos' Editorial Staff Concerning Ellen Kennedy's Essay 'Carl Schmitt and the Frankfurt School'«). Auch die öffentliche Reaktion ist inzwischen da: In Heft 74 erschien ein Leserbrief von Jeffrey Herf. Er nimmt den Doppelverriß seines Buches über »Reactionary Modernism« (in der Weimarer Republik) zum Anlaß, das Schmitt-Heft als »sad event in the history of *Telos*« zu charakterisieren. Er fragt, ob es nicht eine ganze Reihe anderer Konservativer gäbe, von denen mehr zu lernen sei, von Winston Churchill bis zu Harry Truman. Weniger rhetorisch wirkt die Frage: »Are we now to go in search of 'tough Germans' like Carl Schmitt to counterbalance the Habermasian softies who talk too much about talking?« (*Telos* 74/1987-88, 136). Die Frage wird freilich in der langen Antwort der Redakteure Paul Piccone und G.L. Ulmen nicht beantwortet.

## Vorschläge zur Diskussion

Am Ende der hier versuchten Übersicht stehen »mixed messages«: Neben der mehr oder minder subtilen Apologie finden sich substantielle Analysen. Sicher ist, daß Schmitt kein Tabu für Linke sein sollte. Wir schlagen ein paar Themen zur weiteren Diskussion diesseits und jenseits des Atlantik vor:

1. *Weimarer Konservatismus und heutiger Neokonservatismus*. — Die *Telos*-Diskussion wirkt eigentümlich raum- und zeitlos. Das Ansteigen des Schmitt-Interesses in den USA fällt aber mit der Reagan-Administration zusammen — nur aus Zufall? Gibt es strukturelle Gemeinsamkeiten und politische Unterschiede zwischen dem Weimarer Konservatismus und dem US-Neokonservatismus (vgl. Saage/Hennig 1983)?

2. *Kontinuität/Diskontinuität bei Kompromittierten*. — Gibt es unterschiedliche Brüche oder nicht im Denken von Martin Heidegger, Paul de Man und Carl Schmitt?

3. *Spieltheoretische Erneuerung?* — In den achtziger Jahren bot sich mit dem »rational choice Marxism« (Elster, Przeworski u.a.) eine spieltheoretische Erneuerung des Marxismus an. Wie steht es demgegenüber mit der These, hier würden »Freundschaft und Feindschaft einfach verrechnet« (Schmitt 1963, 121)?

4. *Schmitt als exemplarischer Patriarch*. — War Schmitt Vertreter eines extrem patriarchalischen Ordnungsdenkens oder versuchte er eine Integration des Weiblichen in die Theoriebildung (vgl. Sombart 1985)? Ist hier ein möglicher Ansatzpunkt zur Analyse von Männerphantasien in der politischen Theorie?

5. *Neubestimmung von Totalitarismus?* — Schließlich gehört zur Diskussion der Reformen in der UdSSR, Osteuropa und China das Nachdenken über Stalinismus. Stalinismus ist oft als Subphänomen eines übergreifenden Totalitarismus verstanden worden, nicht zuletzt von Teilen der osteuropäischen Dissidenz. In diesem Zusammenhang ist noch nie betrachtet worden, welchen Einfluß Schmitt auf Carl J. Friedrich hatte, den neben Hannah Arendt bedeutendsten Kritiker des

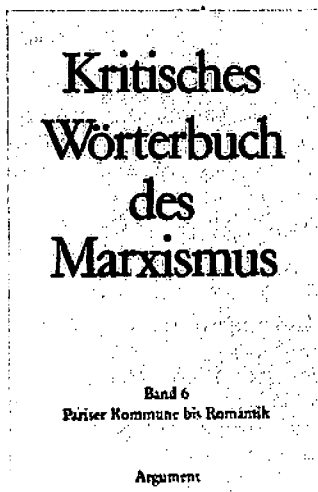
Totalitarismus. Es ist möglich, daß der Prediger des Anti-Totalitarismus selbst vom Theoretiker des »totalen Staates« tief beeinflußt war.

## Literaturverzeichnis

- Bendersky, Joseph W., 1983: Carl Schmitt. Theorist for the Reich. Princeton
- Bloch, Ernst, 1977: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt/M. (=Gesamtausgabe, Bd.6)
- Flechthelm, Ossip K., 1987: Über sein Verhör des Carl Schmitt am 27. März 1947 in Berlin. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte 1
- Forsthooff, Ernst, 1933: Der totale Staat. Hamburg
- Güde, Fritz, 1985: Der Schiffbrüchige und der Kapitän. Carl Schmitt und Walter Benjamin auf stürmischer See. In: Kommune 6
- Jay, Martin, 1984: Rezension zu »Joseph W. Bendersky: Carl Schmitt«. In: Journal of Modern History 3
- Kennedy, Ellen, 1985: Carl Schmitt's »Parlamentarismus« in Its Historical Context. In: Carl Schmitt: The Crisis of Parliamentary Democracy. Cambridge (Mass.)
- Löwith, Karl, 1960: Der okkasionelle Deizisionismus von Carl Schmitt. In: ders., Gesammelte Abhandlungen. Stuttgart
- Luthardt, Wolfgang (Hrsg.), 1985: Demokratischer Verfassungsstaat, Politische Justiz, Gesellschaftlicher Wandel. Materialien zum Otto-Kirchheimer-Symposium, Freie Universität Berlin
- Maschke, Günter, 1980: Im Irrgarten Carl Schmitts. In: Karl Corino (Hrsg.), Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus. Hamburg
- Mohler, Armin, 1972: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. 2., erw. Fassung, Darmstadt
- Preuss, Ulrich K., 1985: Aktuelle Probleme einer linken Verfassungstheorie. In: Prokla
- Saage, Richard, und Eike Hennig (Hrsg.), 1983: Konservatismus — eine Gefahr für die Freiheit. München
- Schmitt, Carl, 1928: Der Begriff des Politischen. Berlin-Grunewald
- ders., 1931: Der Hüter der Verfassung. Tübingen
- ders., 1932: Gesunde Wirtschaft im starken Staat. In: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen 21
- ders., 1933: Weiterentwicklung des totalen Staates in Deutschland. In: Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924-1954. West-Berlin 1973
- ders., 1934: Der Führer schützt das Recht. In: Deutsche Juristen-Zeitung, 1.8.
- ders., 1937: Totaler Feind, totaler Krieg, totaler Staat. In: Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar, Genf, Versailles. Hamburg 1940
- ders., 1963: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. West-Berlin
- ders., 1985: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. 4. Aufl., West-Berlin
- Schwab, George, 1988: Progress of Schmitt Studies in the English-Speaking World. In: H. Quaritsch (Hrsg.), Complexio Oppositorum. West-Berlin
- Sombart, Nicolaus, 1985: Der Partisan. Carl Schmitts Endspiel. In: die tageszeitung, 16.9.
- Taubes, Jacob, 1987: Gegenstrebige Fügung. Ad Carl Schmitt. West-Berlin
- Quaritsch, Helmut (Hrsg.), 1988: Complexio Oppositorum. Über Carl Schmitt. West-Berlin

---

# Eine marxistische Enzyklopädie



Mit dem im Frühjahr 1989 erscheinenden 8. Band liegt das KWM vollständig vor: ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die marxistische Begriffe verwenden, den Begriffsgebrauch anderer beurteilen wollen oder sich schlicht und einfach dafür interessieren, was sich hinter Ausdrücken wie »Machismus«, »Säuberung«, »Kräfteverhältnisse« usw. usf. verbirgt. Das KWM zeigt Problemfronten auf, weist nicht den Weg zur Wahrheit letzter Instanz. Das Problemlösungspotential des Marxismus wird ebenso deutlich gemacht, wie die Vielzahl ungelöster Fragen. Darüber hinaus setzen sich die Zitatnachweise zu einer Art Stichwortregister für die Werke der marxistischen Klassiker zusammen.

## *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*

Hrsg. von G. Labica und G. Bensussan

Hrsg. der deutschen Ausgabe: W. F. Haug

Bisher erschienen: Band 1 bis 7

Im Frühjahr '89 erscheint Band 8

Band 7

Säuberung bis Trotzismus

Band 8

Überbau bis Zusammenbruchstheorie

Jeder Band ca. 200 S., br. je 26,—

DM, Ln. je 36,— DM

»Das KWM hat sich längst als ein nützliches unentbehrliches Arbeitsmittel etabliert, weil es die große Lücke zwischen den plattpopulären Schnellschußdefinitionen und der wissenschaftlichen Spezialliteratur schließt. Wer einen Grundbegriff der marxistischen Diskussion nachschlagen will, tut dies am besten zuerst im KWM.« (*Arbeiterkampf*)

»Ein Standardwerk zum Arbeiten, um das keiner mehr herumkommt, der sich für kritische Gesellschaftswissenschaft interessiert.« (*Tagesanzeiger, Zürich*)

»Gesunde Nachdenklichkeit und Neugier fällt beim Lesen des Kritischen Wörterbuchs von einem Aha-Erlebnis ins nächste und kommt am Ende zu einem Bildungserlebnis.« (*FAZ*)

Rezensionsbeihfte zum KWM:

Beiheft 1985, 216 S.

Beiheft 1987, 192 S.

(Preis je Heft DM 18,50)

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

30 Jahre Argument

## **Wirtschaftliche Unabhängigkeit: Ein fundamentales Ziel der nicaraguanischen Revolution**

### **Interview mit Comandante Victor Tirado\***

Die Anspannung des Krieges hat der sandinistischen Führung die Möglichkeit verwehrt, zu theoretisieren und die Vergangenheit und Gegenwart zu analysieren. Trotzdem haben sich im Sandinismus, der sich als aktuelle Doktrin der nationalen Befreiung versteht, hunderte von Elementen angehäuft. Sie sind in der alltäglichen Praxis der Gesellschaft, die sich im Umbruch befindet, geboren worden. Darüber sprach Comandante Victor Tirado, Mitglied der FSLN-Führung, mit ANN.

*ANN:* Das Jahr 1989 begann für Nicaragua mit Aktivität: die Regierung bestätigte die Wahlen für 1990, unterstrich ihren Wunsch, die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten wieder zu normalisieren und hat konkrete Schritte unternommen, um die nationale Einheit mit den Privatunternehmern zu stärken. Verlangt die heutige Etappe die Vertiefung dieses Klassenbündnisses, wo doch das Ziel der FSLN die nationale Befreiung ist?

*Tirado:* Ja. Die nationale Einheit impliziert eine Etappe von Umwandlungen, wo allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft des Landes große Anstrengungen abverlangt werden. Und zwar allen, die bereit sind, zur Entwicklung und zum Wirtschaftswachstum beizutragen, das nicht nur für uns, sondern auch für das Bürgertum von Vorteil sein wird. Überall auf der Welt, wo es Länder wie unseres gibt, muß die nationale Einheit angestrebt werden, damit man sich nicht irrt und keine Fehler macht. Alle gesellschaftlichen Kräfte müssen sich dieser Einheit bewußt sein, um wirtschaftliche Siege zu erringen. Das ist ein Gesetz.

*ANN:* Aber diese Einheit würde eine Veränderung der Gesellschaftsordnung beinhalten. Hier hat es bürgerliche Kreise gegeben, die das Land fluchtartig verlassen haben. Ist die Schaffung einer nationalen Einheit immer noch möglich?

*Tirado:* Sie ist möglich. Es stimmt, daß einige führende Vertreter der Bourgeoisie geflohen sind. Sie haben dem nordamerikanischen Druck via Wirtschaftskrise nicht standgehalten. Wir sind aber zuversichtlich, daß — wenn der Frieden zustande kommt — alle zurückkehren. Sie werden zurückkommen, weil sie die Möglichkeit haben, hier in Ruhe zu produzieren. Auch qualifizierte Leute, Techniker, werden wieder zurückkommen, weil sie in den Vereinigten Staaten oder in einem andern Land nicht Fuß fassen können. Dort werden in Großem Umfang Arbeitsplätze wegrationalisiert und es ist nicht einfach, eine Stelle als Tellerwäscher zu finden. Für uns ist es wichtig, das ganze Land vorwärts zu bringen. Niemand kann in Nicaragua einen Schritt zurück machen. Daher müssen wir sehen, wie sich die wirtschaftlichen Kräfte wieder einpendeln.

*ANN:* Ist die Anerkennung der revolutionären Legalität die Vorbedingung für jede Wiedereingliederung?

*Tirado:* Selbstverständlich. Wenn man wirklich im Recht ist und die Interessen des Volkes verteidigt, darf man keine Angst vor der Opposition haben.

*ANN:* Das heißt also, daß die gemischte Wirtschaft, der Pluralismus, die Blockfreiheit in der heutigen Phase volle Gültigkeit behalten?

\* Auszug aus dem Wochenbulletin der nicaraguanischen Nachrichtenagentur ANN (Nr.143, 7.2.1989). Das Gespräch führten Roberto García und Sergio Ferrari.

*Tirado:* Das ist Sandinos Doktrin der nationalen Befreiung, weil sie die nationale Einheit anstrebt. Klar gibt es mächtige Kräfte, wie die Vereinigten Staaten, die versuchen, das Konzept der gemischten Wirtschaft zu untergraben und in ihrem Sinn umzugestalten. Aber dieses Konzept verlangt wirtschaftliche Unabhängigkeit. Nicaraguas Experiment mit der gemischten Wirtschaft ist sehr wichtig. Es läßt sich nicht mit dem vergleichen, was in Spanien, Mexiko oder anderen Ländern so genannt wird. Unser Konzept setzt den Kampf um nationale Befreiung voraus. Wenn die Unternehmer mitmachen, werden sie feststellen, daß ihre Interessen im Widerspruch zu ausländischen stehen. Sie werden merken, daß sie mit den Multis und Großkonzernen in Konflikt geraten. In den vergangenen neun Jahren haben sie ihre Betriebe nicht konsolidieren können; aber wenn sie in die Baumwoll-, Zucker- oder Industrieproduktion investieren, wird sich das ändern. Natürlich braucht das Generationen. Unsere Generation ist vom Krieg geprägt worden und man darf nicht vergessen, daß der Krieg grausam ist.

*ANN:* Und was passiert, wenn die Unternehmer trotz allem nicht produzieren wollen?

*Tirado:* Mit dieser Generation wird es schwierig werden, aber wir versuchen es. Es wird die Generation sein, die nach 1979 geboren wurde, die die gemischte Wirtschaft in die Hände nehmen und ausbauen wird. Dann erst werden die Früchte dieser tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung geerntet werden können. Wir können unterdessen jedoch nicht untätig bleiben. Ich denke dabei nicht nur an Veränderungen in den Besitzverhältnissen, sondern auch an die Frage, wie wir arbeiten sollen, um die Produktion zu erhöhen und die Verteilung zu verbessern. Heute stellen die Privatunternehmer nicht das Konzept der gemischten Wirtschaft an sich in Frage, sondern ihre Nicht-Teilnahme. Unter Bedingungen, wo der Krieg ein Wirtschaftswachstum unter Vorzeichen der gemischten Wirtschaft verhindert hat, warteten die Privatunternehmer ab, ob nicht vielleicht doch etwas für sie abfällt.

Aber für mich bedeutet die gemischte Wirtschaft, daß der Staats- und der Privatsektor in einem Konkurrenzverhältnis miteinander arbeiten und dennoch eine gemeinsame Strategie und ein gemeinsames Projekt haben, weil es sonst nicht geht. Zum Beispiel: wenn es nötig ist, neben der einen staatlichen auch eine private Speiseölfabrik zu haben, dann werden wir eine schaffen. Und wir werden sehen, wie beide sich entwickeln. Das Ziel muß aber klar sein: die Produktion! Aber wenn die Unternehmer nicht produzieren wollen, wird die nächste Generation sie ersetzen. In diesem Fall übernimmt der Staat auch eine gewisse Verantwortung, die sich längerfristig aber in eine Fessel verwandeln kann. Der Staat ist nicht daran interessiert, alles zu verwalten. Der Staat übernimmt nur in einer Übergangsphase die Verantwortung. Das alles erfordert eine tiefere, strategische Klarheit über die Etappen, die eingeleitet werden.

*ANN:* Soll also der Staat eine Art Herzschrittmacher sein, der von Fall zu Fall einspringt, wenn der Organismus — in diesem Fall ein Bereich der Gesellschaft — nicht reagiert?

*Tirado:* Genau!

*ANN:* Ist es vorstellbar, daß eine Übereinstimmung zwischen Staat und Privatunternehmern in Bezug auf bestimmte Produktions- und Wirtschaftszweige zustande kommt?

*Tirado:* Ja, selbstverständlich ist es möglich. Es ist die erste große Etappe der nationalen Revolution. Wenn einmal die Fundamente der wirtschaftlichen Entwicklung gelegt sind, werden Wissenschaft und Technik im Dienste der Produktion eingesetzt,

unabhängig davon, welche Gruppen sich daran beteiligen. Haben wir einmal das Niveau der entwickelten Länder erreicht, werden die Widersprüche auf einer anderen Ebene auftreten. Aber wir dürfen nicht neue Widersprüche schaffen und behaupten, daß nur wir zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Wir irren uns, wenn wir das behaupten. Ist das Projekt einmal konsolidiert und ist diese Phase überwunden, werden neue Widersprüche entstehen und der Lauf der Dinge wird eine andere Richtung nehmen. Dann erst wird definiert, ob man einen Sozialismus, einen Kapitalismus oder etwas anderes will.

*ANN:* Heißt das, daß es unmöglich ist, einen Sozialismus der Armut aufzubauen?

*Tirado:* Richtig! Der Sozialismus entsteht aus dem Reichtum, der Entwicklung. Es ist wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, daß wir den Sozialismus nicht einmal Anfang des nächsten Jahrhunderts sehen werden. Zuerst muß die Basis geschaffen werden, um sich in diese Richtung zu bewegen. Wenn wir das nicht begreifen, beweisen wir, daß wir unfähig sind, die Erfahrung anderer Staaten zu verstehen. Jene Staaten glaubten, historische Prozesse beschleunigen zu können, weil sie die Früchte ihrer Arbeit sehen oder genießen wollten, aber das ist nicht möglich.

*ANN:* Der Vorschlag zur nationalen Einheit beinhaltet ein klassenübergreifendes Engagement. Besteht nicht die Gefahr, daß das einfache Volk, die Arbeiter, Bauern und jene anderen, die das strategische Projekt der FSLN tragen, negative Konsequenzen dieses Klassenbündnisses zu spüren bekommen, etwa indem sie sehr lange unter sehr schlechten Bedingungen leben müssen?

*Tirado:* Ich glaube nicht, daß sich die Situation verschlimmert. Nehmen wir als Beispiel die Agrarreform: Um mit den Unternehmern zusammenarbeiten zu können, muß eine Verständigung mit ihnen gefunden werden. Bis wohin geht die Funktion des Staates, bis wohin die der Privatunternehmer, der Arbeiter? Die Abgrenzungen müssen definiert werden! Wir sind den ArbeiterInnen gegenüber verantwortlich, daß es ihnen gut geht.

Der Kampf, der jetzt geführt wird, muß in einem längerfristigen Kontext betrachtet werden. Für den Moment ist alles, was für die wirtschaftliche Entwicklung gut ist, nur unter der Bedingung einer Zusammenarbeit der sozialen Klassen möglich. Sowohl in der Krise wie im Überfluß wird der Staat direkt Einfluß haben. Wann tritt das Gegenteil ein? Ich meine, sobald es wirtschaftliche Fortschritte gibt. Vielleicht, wenn der Staat die Rolle des Verteidigers der Interessen der Arbeiter aufgibt und sie sich selber verteidigen können.

Ich spreche von einem sehr langfristigen Projekt. Ich glaube, heute kann man mit den Widersprüchen zurecht kommen, weil die Hauptdarsteller, die Arbeiter im Land sind. Sie existieren. Der Staat hat eine wichtige Funktion zu erfüllen und darüber muß sich die Privatwirtschaft im Klaren sein.

*ANN:* Zu Beginn des Gesprächs bestätigten Sie, daß die nationale Einheit, für die die FSLN eintritt und die heute einen entscheidenden Platz im nicaraguanischen Prozeß einnimmt, ein grundsätzliches Element des Sandinismus sei: würde das also heißen, daß die heutigen Antworten dem historischen Gedankengut der FSLN und von Carlos Fonseca nahestehen?

*Tirado:* Der Sandinismus ist ein Bestandteil des modernen, revolutionären Gedankenguts Lateinamerikas. Ich betone: Lateinamerikas, weil das Wesentliche daran die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit ist, also die totale Unabhängigkeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich in Lateinamerika einige politisch unabhängige Länder entwickelt, die sich für ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit einsetzten. Dies war schwierig, weil die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten groß ist und

sie es nicht zugelassen haben, daß wir die Initiative ergreifen und nach einer Alternative suchen. Die sandinistische Doktrin versteht sich als Einheit ganz Lateinamerikas, um eine echte wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen. Der Sandinismus führt dorthin. Seine Strategie strebt die Einheit ganz Lateinamerikas an. Sie will die wirtschaftliche Entwicklung fördern, kulturelle und künstlerische Fortschritte erreichen und das politische Gedankengut weiterentwickeln. Es gibt ähnliche Doktrinen, die die gleichen Ideen beinhalten. Sie sind vergleichbar hinsichtlich der Idee der nationalen Befreiung. Diese Strömungen können gemeinsam zur kulturellen Vielfalt beitragen.

*ANN:* Ist also der Sandinismus Ausdruck eines revolutionären Nationalismus?

*Tirado:* Nicaragua liegt in Zentralamerika und kann sich daher nicht auf einen nicaraguanischen Nationalismus beschränken. Diese Realität zwingt uns, mehr Zentralamerikaner und Lateinamerikaner als Nicaraguaner zu sein. Natürlich dürfen dabei andere Strömungen, die mindestens so wichtig sind wie der Sandinismus und die in der wichtigsten Frage, derjenigen der nationalen Befreiung, übereinstimmen, nicht außer acht gelassen werden. Es geht dabei um die Frage der absoluten wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Das heißt, wir können uns nicht in unseren Grenzen einschließen. In Zentralamerika kann Nicaragua eine Wirtschaftspolitik mitbestimmen. Es kann mit den übrigen Staaten übereinkommen, daß zum Beispiel die Landwirtschaft oder die Industrie auszubauen ist. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist in dem Sinne relativ, weil wir sie nicht alleine schaffen werden ... Unser Wirtschaftskonzept hat keinen Erfolg, wenn sich nicht die ganze Region daran beteiligt. Die fünf Staaten sollen zusammen bestimmen, in welchem Bereich wir uns entwickeln sollen, unabhängig von politischen Unterschieden. Wir müssen die Ruinen der zentralamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft wieder aufbauen. Wir brauchen eine Industrie, die regional zusammenhängt. Das läßt sich bewerkstelligen und mit der Zeit bringt das eine wirtschaftliche Unabhängigkeit. Wenn einmal die materielle Basis geschaffen und eine Entwicklung erreicht ist, können wir die Kursrichtung angeben. Und: die ausländische Wirtschaftshilfe wird nicht nur in ein Land fließen. Die Welt verbindet sich immer mehr zu Regionen, Konsortien, gemeinsamen Märkten und regionalen Gruppen. Deshalb ist es im Fall von Zentralamerika nötig, im Rahmen der ganzen Region zu denken. Die Realität zwingt uns, uns ebenfalls zusammenzuschließen. Wir müssen im Kontext einer Region oder sogar eines Kontinentes denken, um gemeinsam bei den großen Machtzentren der Welt anzuklopfen. Das führt zu einer neuen Konzeption und zum Ende der Unterentwicklung. Weder der Krieg, noch der Militarismus noch die Armeen werden das Hauptproblem sein, sondern die Wirtschaft. Sie wird für alle im Vordergrund der Diskussionen stehen.

*ANN:* Heißt das, daß zum Beispiel die Bewegung der blockfreien Staaten, die ein politischer Ausdruck der Dritten Welt ist, eine viel wichtigere Rolle spielen wird?

*Tirado:* Sie muß es. Die blockfreien Staaten müssen sich über einige zentrale Fragen klar werden. Was wird für die wirtschaftliche Entwicklung getan? Was werden sie im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts machen? Was werden sie mit den Massen machen? Was bieten sie ihren Völkern? Die Wirtschaftsfrage muß diskutiert werden. Die Organisation der Blockfreien ist eines der wichtigsten Instrumente, die sich die Dritte Welt geschaffen hat. Ihre Strategie ist bereits definiert und heißt: Kampf um eine neue Welt-Wirtschaftsordnung. Dieser Kampf kann auf legalem Weg geführt werden, weil die Bewegung von der UNO anerkannt und bestätigt wurde, doch hat sie bis heute leider noch keine geeigneten Instrumente gefunden, um den Kampf konsequent anzugehen.



## Kongreßberichte

### Strategien der Einmischung

1. Feministisches Ökonieforum West-Berlin, 24. bis 26. Februar 1989

Gearbeitet haben Frauen immer schon, ohne daß damit eine eigenständige materielle Existenzsicherung verbunden gewesen wäre. Mit ihrer steigenden Teilnahme an der Erwerbsarbeit dokumentieren sie, daß sie dazu nicht mehr bereit sind. Weil Frauen offenbar am Erwerbsarbeitsmarkt trotz verbesserter beruflicher Qualifikation grundsätzlich die schlechteren Karten haben, ist es an der Zeit, die vorgegebenen Spielregeln zu hinterfragen und sich neue auszudenken.

Auf der praktischen Ebene unterstützt das Frauennetzwerk Goldrausch seit sechs Jahren diesen kreativen Prozeß, indem es Zuschüsse und Kredite an Frauenprojekte vergibt. Um die theoretische Diskussion voranzutreiben, veranstaltete Goldrausch das 1. feministische Ökonieforum mit den Schwerpunkten: Theorie und politische Strategie, Geschlechterverhältnisse in der Erwerbsarbeit, Die Wirklichkeit der Frauenprojekte und -betriebe, Wirtschaftsentwicklung und Frauen weltweit und Veränderungen für die Frauen durch den Europäischen Binnenmarkt. Wir berichten hier vorrangig aus den beiden ersten Arbeitsschwerpunkten.

Die Einmischung von Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt hat zu einer Erhöhung ihrer Doppelbelastung geführt und nicht verhindert, daß viele Frauen auch in Europa in Armut leben. Vor diesem Hintergrund standen im Schwerpunkt »Theorie und politische Strategie« drei sozialpolitische Modelle zur Diskussion. *Selma James* aus Großbritannien forderte in ihrem Beitrag dazu auf, sich der Kampagne »Lohn für Hausarbeit« anzuschließen. Diese Forderung wurde schon von der alten Frauenbewegung (zu Beginn des Jahrhunderts) erhoben und, da das zugrunde liegende Problem der unbezahlten Arbeit von Frauen ungelöst ist, von der neuen Frauenbewegung wieder aufgegriffen. *Gisela Schade* aus den Niederlanden stellte den »Ehrenfestplan« vor, ein Umverteilungsmodell für eine finanzielle Kindheitsabsicherung. Danach soll ein Einkommen für die Erziehungs- und Betreuungsleistung sowie eine Unterhaltszahlung für Kinder in einer solchen Höhe gezahlt werden, daß diese Arbeit auch für Männer attraktiv wird. Mit zunehmendem Alter des Kindes erhöht sich das Unterhaltsgeld, und das Einkommen für die Erziehungsperson verringert sich. Das dritte Modell, das individuelle und scheinbar geschlechtsneutrale Basiseinkommen, handelte sich Kritik ein, weil es die unbezahlte Arbeit von Frauen nicht berücksichtigt und die Männer bevorteilt, die sich bekanntlich vor Hausarbeit drücken. Die drei Modelle wurden bislang nicht im Kontext ökonomischer Theorieansätze betrachtet. Es fehlt an einer frauenfreundlichen ökonomischen Theorie, die die Kategorie Geschlecht an zentraler Stelle berücksichtigt.

*Luise Gubitzer* aus Österreich plädierte für eine andere Wirtschaftspolitik: Ziel des Wirtschaftens müsse es sein, die Zerstörung der Umwelt zu vermeiden. Voraussetzung sei, in der Ermittlung des Bruttosozialprodukts zu differenzieren nach tatsächlich erbrachten Gütern und Dienstleistungen einerseits sowie Schäden, die bisher als Steigerung ausgewiesen wurden, andererseits. Hier könnten auch die Folgekosten des Patriarchats (z.B. durch Gewalt gegen Frauen verursacht) aufgelistet werden. Alle Diskutantinnen waren sich darüber einig, daß die von Frauen geleistete unbezahlte produktive und reproduktive Arbeit im Bruttosozialprodukt sichtbar gemacht werden muß.

Diese Umverteilungskonzepte basieren auf dem hier herrschenden materiellen Überfluß; und es ist anzunehmen, daß der Geschlechterkampf mit härteren Bandagen

geführt würde, wenn sich die Umverteilungsmasse durch zunehmende Gegenwehr der sogenannten »Dritten Welt« gegen ihre Ausbeutung verringerte. Vielleicht fällt es uns deshalb so schwer, die doppelte Diskriminierung durch Sexismus und Rassismus — auf nationaler und internationaler Ebene — immer in unsere Diskussionen miteinzubeziehen. Die Auslagerung in eine separate Arbeitsgruppe wurde zu Recht kritisiert.

Die Arbeitsgruppe, die sich mit den »Geschlechterverhältnissen in der Erwerbsarbeit« auseinandersetzte, entwickelte ihre Strategien aus zwei grundlegenden Erkenntnissen heraus: 1. Immer mehr »reproduktive« Tätigkeiten werden als gesellschaftlich notwendige Arbeit angesehen und auf dem Erwerbsarbeitsmarkt entlohnt. Dadurch verschieben sich die Bewertungen von Arbeit zunehmend. — Das ist auch erforderlich, denn unter den heutigen Bedingungen sind Familie und Beruf nicht zu vereinbaren. 2. Die soziale Konstitution von »Geschlecht« geschieht wesentlich in der Erwerbsarbeit. Das männliche Selbstverständnis findet dort seine Wurzeln und seine Nahrung und kann auch nur dort erschüttert werden. Frauen müssen sich also einmischen — sie tun dies ohnehin.

Die pauschale Feststellung, daß Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt diskriminiert werden, reicht heute nicht mehr aus, um politische Strategien zu entwickeln. Die Diskriminierungsmechanismen sind nach Arbeitsbereichen unterschiedlich, sie sehen z.B. in der Industriearbeit anders aus als in den sozialen Berufen oder im Bereich der Sachbearbeitung auf der mittleren Qualifikationsebene. »Frauenförderpläne«, die über simple Gleichstellungspolitik hinausgehen sollen, erfordern eine sorgfältige Analyse der konkreten Situation im Betrieb und können auf diese Weise zur Transparenz der Machtstrukturen und zur Auseinandersetzung mit ihnen beitragen.

Viele Frauen haben noch wenig Notiz genommen von der 1992 anstehenden Öffnung des »Europäischen« Binnenmarktes. Sie war daher Thema einer Plenumsdiskussion. Die Grundregeln des patriarchalischen Spiels werden sich 1992 nicht ändern. Dennoch brauchen wir mehr Spezialistinnen, die sich mit den Brüsseler Finessen auskennen und Fraueninteressen in die sich entwickelnden Binnenmarktstrukturen einbringen. Es wurde sogleich überlegt, wie ein europaweites Frauennetz zur Unterstützung und Herausforderung der Europapolitikerinnen gebildet werden könnte.

Wer sich vom Forum ein Konzept für eine »feministische Ökonomie« (was immer das sein mag) erhofft hatte, wurde enttäuscht. In der Analyse der Mechanismen, nach denen Frauen ihr Stückchen vom Wirtschaftskuchen zugeteilt bekommen, haben wir Fortschritte gemacht, das zeigten die Diskussionsergebnisse. Dabei wird spürbar, wie weit wir die Spielregeln selbst verinnerlicht haben. Mit den Widersprüchen, die zutage treten, wenn wir von innen gegen die Strukturen anarbeiten, müssen wir umzugehen lernen. (Der Tagungsreader kann für 20 DM beim Goldrausch-Frauenetzwerk, Potsdamer Straße 139, 1000 Berlin 30, bestellt werden.)

Claudia Gather und Sabine Hübner (West-Berlin)

## 75 Jahre Meißnerformel 1913

Jurtenlager am Hohen Meißner, 12. bis 16. Oktober 1988 bei Frankenhausen/Hessen  
Zum Meißner-Lager der Jungen Bünde, aus Anlaß des 75. Jubiläums des Freideutschen Jugendtags, fuhr ich mit gemischten Gefühlen. Einerseits verdankte ich der bündischen Jugend der fünfziger und sechziger Jahre große Fahrten- und Gemeinschafts-erlebnisse, andererseits war für mich mit dem Jahr 1968 ihre Zeit vorbei, und ich betätigte mich fortan in den Projekten der neuen sozialen Bewegungen. Die Neugründung von Jugendbünden mit bündischem Traditionshintergrund Ende der siebziger

Jahre bewertete ich als Begleiterscheinung der »Wende«, obwohl ich in Tübingen über meine Kinder auch progressive Ansätze beobachten konnte. Ich war zu einer Podiumsdiskussion über »Bünde in der APO-Zeit« als ein Vertreter der Generation eingeladen, die 1968 die These von der »Aufhebung« der bündischen Jugend in der Schüler- und Studentenbewegung vertreten hatte und nun mit dem Umstand konfrontiert wurde, daß die bündische Jugend 1988 in all ihren Facetten wieder präsent war, als hätte sich jugend- und gesellschaftspolitisch nichts verändert.

Auf einem Wiesengelände erlebte ich ein Zeltlager, das mich an die Landesmarklager des BDP in Nordbaden vor 30 Jahren erinnerte: Es gab Kohten und Jurten, an denen Fahnen und Wimpel mit bedeutungsschweren Symbolen flatterten, und junge Menschen, die Juvas mit Halstüchern, Kordeln und Abzeichen trugen, in Gruppen um offene Feuer lagerten und zu allen Tages- und Nachtzeiten gemeinsam Lieder sangen. Eindrucksvoll waren die mehrstöckigen Jurtenburgen und labyrinthartigen Zeltkonstruktionen, für die bis zu 300 qm Zeltfläche und Unmengen von Fichtenstangen verbaut wurden, und in denen bis zu 500 Menschen Platz fanden. Sogar eine eigene Lagerkirche aus Zeltbahnen war von den christlichen Bünden errichtet worden. Die Veranstalter sprachen von 3500 Teilnehmern aus über 70 Bünden und Gruppierungen, die eine Woche lang in 500 Kohten und Jurten lebten.

Der Diskussionsverlauf meiner Veranstaltung war besser, als ich befürchtet hatte. Die in der Jugendarbeit ergrauten Pfadfinderführer Hans-Dieter Wittke (BDP) und Klaus-Dieter Dahms (DPB) begründeten zwar eine apolitische Bundeskonzeption, wehrten sich gegen politisches Mandat und marxistische Unterwanderungsversuche und erinnerten an den Mitgliederschwund von 1968 und das damalige Hauptproblem, als Pfadfinder zu überleben. Doch war das jugendliche Publikum im Zelt weniger verbiestert und unterstützte die These, daß die bündische Jugend zum Umbruch von 1968, an dem interessanterweise viele ihrer damaligen Mitglieder beteiligt waren, ein positives Verhältnis entwickeln müsse. Auch einem politischen Engagement »von unten« war das Publikum nicht so abgeneigt wie die auf dem Podium sitzenden Jugendführer, die durch die politische Handlungsbereitschaft der Gruppen den Bestand des Bundes gefährdet sahen. Der Diskussionsleiter, ein Repräsentant des Pfadfinderbundes Mannheim und der Jugendbildungsstätte Burg Ludwigstein, vertrat abschließend die These, wenn es um das Überleben der Menschheit geht, müsse man den »Mut haben, die Formen zu zerschlagen, die wir uns gegeben haben«.

Thema der »Hecken-Uni« war das Selbstverständnis heutiger bündischer Jugend. Roland Eckert sprach über seinen »Traum eines Bundes aus Bünden« am Anfang der sechziger Jahre und seine Gegnerschaft zur Studentenbewegung, die er erst angesichts von Ökologie- und Frauenbewegung relativierte. Der SPD-Bundesabgeordnete Conradi und der Hamburger CDU-Fraktionsvorsitzende Perschau diskutierten an Hand eigener Erfahrungen, wobei Conradi — zur allgemeinen Erheiterung — die ungelöste sexuelle Problematik als Grund für sein damaliges Ausscheiden angab. Im anthroposophisch orientierten Zentrum »Lebendig leben« sprach Renate Riebeck über »Mitteleuropa als geistige Einheit«. Antje Vollmer (MdB Grüne) sagte ihre Teilnahme am Gesprächskreis »Das Jugendbewegte an den Alternativen« kurzfristig ab.

Auffällig war die Präsenz der Mädchen und jungen Frauen, die sich in den letzten 25 Jahren das Existenzrecht in der bündischen Jugend erkämpft haben. Das Zentrum »Frauen in der Jugendbewegung« lieferte mit einem feministischen Ansatz — u.a. wurde das Liederbuch »Lieder um den Hexenkessel« vorgestellt und die Ausstellung »Tusnelda und ihre Erbinnen« gezeigt — einen anregenden Beitrag. Jedoch blieben

sexuelle Themen ausgespart und wurden, als hätte es eine Absprache gegeben, auch nicht diskutiert, wenn sie von Referenten angesprochen wurden. Aids-Aufklärung und Kondom-Verkauf durch den Main-Taunus-Kreis des BDP mußten nach einem Protest der christlichen Bünde eingestellt werden.

Den größten Zuspruch hatten die ökologischen Themen. Die Beschäftigung damit wurde auch von Gruppen als legitim angesehen, die ansonsten jegliches politisches Engagement ablehnten. Von einzelnen Teilnehmern wurde allerdings angemerkt, daß die Bereitschaft zum ökologischen Engagement dort endet, wo gesellschaftliche und ökonomische Interessen berührt werden. Die ökologische Betroffenheit fand Eingang in die gemeinsame Erklärung der Bünde, mit der an die »Meißner-Formel« von 1913 angeknüpft werden sollte: »Die unverantwortliche Zerstörung der Natur, die Vereinsamung der Menschen und die Abkehr von Qualitäten des Lebens gefährden die Existenz der Erde und ihrer Geschöpfe. In der Suche nach einem neuen würdigen Weg der menschlichen Kultur sehen wir die Aufgabe eines jeden, der der heutigen Zeit gerecht werden will.«

Während das Lager den Interessen der Jugendlichen offenbar weitgehend entsprach, wirkte die Meißner-Feier mit ihren drei Festreden aufgesetzt. Damit soll nichts gegen den Inhalt der Reden von Alfred Toepfer, Jürgen Reulecke und Claus Eurich, sondern nur etwas gegen die Inszenierung gesagt werden. Die Medien brachten wenig Interesse auf. Das mag für manche eine Enttäuschung sein, hat jedoch den Vorteil, daß die eigenen Probleme nicht vor den Augen der Öffentlichkeit geklärt werden müssen. Und die Probleme sind offensichtlich: Auf der einen Seite steht die Gemeinschaftsutopie und der nonkonformistische und gesellschaftsverändernde Anspruch, auf der anderen die Antiquertheit vieler Stilformen und die Selbstblockierung durch die Rückbindung an die zwanziger und fünfziger Jahre, die den wachseren Jugendlichen kaum Entwicklungsmöglichkeit gibt. Muß tatsächlich bei jedem Zelt ein mindestens fünf Meter hoher Fahnenmast errichtet werden? Sind Jungenschaftsjacken und Tornister für alle Zeit die geeignetsten Ausrüstungsstücke? Und wozu die »Halstücher«? Müssen die martialischen Wecksignale der Fanfaren sein, und gibt es kein geeigneteres Morgenlied als das »Dämmert von fern über Hügel der Morgen« mit seiner anachronistischen Reiter- und Lagerromantik, das ich am Samstagmorgen mindestens zehnmal gehört habe?

Solange die bündische Jugend dogmatisch auf dem Stand verharret, der zwischen 1928 und 1930 entwickelt wurde, werden die Kritiker nicht verstummen. Hinzu kommen die grundsätzlichen Probleme dieser Form von Jugendbewegung wie Sexualidealismus und romantische Weltflucht. Das Lager und die Erinnerung an den Freideutschen Jugendtag von 1913 haben vielfältige Anregungen gegeben und einen erheblichen Diskussionsbedarf deutlich gemacht. Eckard Holler (Tübingen)

### **Franz Mehring — Historiker der Literatur, der Philosophie und der Arbeiterbewegung**

Internationales Symposium in Hamburg, 27. bis 29. Januar 1989

Das Symposium fand anläßlich des 70. Todestages statt. Von Interesse ist an Mehring die Entwicklung vom entschiedenen Gegner der Sozialdemokratie zum marxistischen Kritiker in der Sozialdemokratie. Seine Arbeiten erstrecken sich von der kritischen Geschichte der klassischen Literatur (Lessing-Legende) über die Kulturpolitik und die Publizistik bis zur Presse, Politik und Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. — Die Diskussion wurde an drei Schwerpunkten orientiert: Preußenbild und frühe Neuzeit, Bürgerliche Revolution und Frühsozialismus, Sozialdemokratie und Imperialismus.

Für Hans Hübner (Halle) war Mehring zu sehr auf die Kritik der Herrschenden orientiert. Heute sei eine differenziertere Betrachtung auch der Angehörigen herrschender Klassen notwendig. Mehrings Junker-Bild sei richtig als wissenschaftlich-analytische Kategorie, aber unscharf in der Verwendung für Adelsfraktionen über die bezeichnete Gruppierung hinaus. Zum Luther-Bild wurde angemerkt, daß es als Kampfbegriff und nicht in erster Linie aus dem Bemühen um historische Objektivität entstanden sei. Ebenso wurde auf die Methode Mehrings verwiesen, Argumentationslinien aus Quellen zu übernehmen, ohne den Kontext kritisch aufzuheben.

Hans-Jörg Sandkühler (Bremen) wies darauf hin, daß Mehrings Werk und Methode einen ganzen Theorietyp widerspiegelt, den der II. Internationale. Mit anderen marxistischen Theoretikern seiner Zeit teile er eine »eigentümliche Ambivalenz«: einerseits die schematische Rückführung ideologischer Prozesse auf die ökonomische Basis, andererseits eine Offenheit in grundsätzlichen Überlegungen. Interessant ist Mehring für Sandkühler auch im Hinblick auf den biographischen Bruch. »Der Übergang von dem an Kant geschulten Kritiker sozialistischer Theorie und Politik zum sozialistischen theoretisch-politischen Kritiker« verdiene Aufmerksamkeit. Der Bruch mit Wissenstraditionen führe immer auch zu einer Verarmung des Neuen. Grundsätzlich seien im Werk Mehrings zwei Dimensionen der Kritik zu unterscheiden: a) die Ideologiekritik als *ars critica*, als »geistiges Vermessen« des Gegners, b) die Entlarvungsstrategie unter Verzicht auf die Komplexität der Analyse. Aktuell sei Mehrings Bestehen auf der Notwendigkeit, Entwicklungsgesetze von Natur- und Gesellschaftswissenschaften zu unterscheiden: »Gerade dadurch war ja der Materialismus in unaufhaltsamen Verfall geraten, daß er eine mehr oder minder passable Kenntnis der Naturgesetze für ausreichend hielt, um nunmehr über alle möglichen gesellschaftswissenschaftlichen Probleme ins Blaue zu orakeln.«

In der Diskussion wandte sich Josef Schleifstein (Frankfurt) gegen den »kritischen Marxismus« als einen weiteren unter den zahllosen Pleonasmen in der Geschichte des Marxismus und gegen die Reduktion des Marxismus auf die Methode. Gegen den Anspruch auf langfristige prognostische Aussagen wandte er sich mit dem Hinweis, daß der Prozeß der Wissenschaftsentwicklung selbst dies nicht zulasse.

H.J. Ovčarenko (Moskau) überraschte mit der Feststellung, daß Mehring bereits die Grundlagen geschaffen habe für eine »Soziologie des Imperialismus«. Ihn überzeuge die Kritik an Mehrings ungenügender analytischer Durchdringung der Ökonomie des Imperialismus nicht, da im Vordergrund seiner Arbeit die sozialen und geistigen Aspekte des Imperialismus standen.

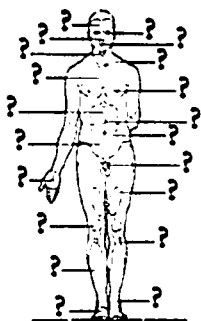
Cäcilie Friedrich (Halle) stellte Mehring als Literaturkritiker vor, der zwischen der Auffassung der II. Internationale, eine neue große Literatur könne erst nach einer Revolution entstehen, und der Einsicht in die Notwendigkeit fortschrittlicher Bewußtseinsbildung auch vor der Revolution stand. Neben der wohlwollenden Rezension sozialistischer Literatur finde sich auch eine zunächst positive Einschätzung des Naturalismus als Widerschein der Arbeiterbewegung in der Sphäre der Kunst. Diese Einschätzung wandelt sich zur Einsicht, daß die Kunst zu sehr in die Produktionsweise verstrickt sei, so daß das Bürgertum zwar keine große Kunst mehr hervorbringen könne, das Proletariat aber noch nicht dazu in der Lage sei.

Als Mangel der bisherigen Mehring-Forschung kritisierten die TeilnehmerInnen die fehlende Durchleuchtung der verschiedenen Schichten im Werk und die Vielzahl der bislang noch unerforschten Quellen. Angemerkt wurde auch, daß mehr als die Hälfte der Schriften Mehrings nicht greifbar sind. Eine wissenschaftlich-kritische Ausgabe wurde angeregt.

Siegfried Timpf (Hamburg)

---

# Kritik des Gesundheitswesens



## Der ganze Mensch und die Medizin

### Argument

#### Der ganze Mensch und die Medizin

Die Medizin-Reihe des Argument-Verlags wird als »wichtiges Forum der kritischen und oppositionellen Bewegung im Gesundheitswesen« gewürdigt. Der neue Band setzt sich kritisch mit verschiedenen, in sich sehr heterogenen Strömungen auseinander, die sich, bei aller Widersprüchlichkeit, unter dem Begriff »Ganzheitliche Medizin« zusammenfassen lassen. Trotz der teilweise gravierenden Unterschiede ist dieser Richtung doch ein distanzierteres Verhältnis zur naturwissenschaftlich orientierten Schulmedizin und ein mehr oder minder kritisches Verhältnis zur gegenwärtigen Gesundheitspolitik eigen.

Die »ganzheitlich« ausgerichteten Medizinrichtungen verstehen sich in der Regel nicht als gesell-

schaftswissenschaftlich begründet, vielmehr formulieren sie — oft von den Naturwissenschaften herkommend — ein umfassendes, alle Aspekte des menschlichen Daseins berührendes Theoriegebäude.

Einige Autoren des Bandes führen die Auseinandersetzung gerade unter gesellschaftstheoretischen Aspekten und versuchen auf diese Weise, den oszillierenden Begriff »Ganzheitsmedizin« einzuordnen.

Die erkenntnistheoretischen Ergebnisse des chilenischen Neurobiologen *Maturana* werden — stellvertretend für andere Entwürfe dieser Art — eingehend untersucht.

Eine weitere Diskussionsebene dieses Bandes ist die augenblickliche »Praxis der Medizin«. Plakativ gefragt: Was bedeutet es konkret, nicht mehr die Krankheit, sondern das Kranksein zu behandeln? Dabei rücken besonders das Arzt-Patient-Verhältnis und die Frage nach dem Stellenwert allgemeinmedizinischer Erkenntnis in den Vordergrund.

Aus dem Inhalt: F. Hartmann, Was kann ganzheitliche Medizin sein? — J.-U. Niehoff und R.-R. Schrader, Ganzheitliche Medizin — Perspektive oder Irrweg? — T. Brocher und C. Sies, Maturana und Psychologie — B. Guthke und E. Göbel, Gesundheit — ein Stiefkind der Arbeitskultur.

AS 162, ca. 180 S., DM 18,50

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

## Besprechungen

### Philosophie

**Himmelheber, Max (Hrsg.): Scheidewege. Jahresschrift für skeptisches Denken. Jahrgang 18 - 1988/89. Verlag der Max-Himmelheber-Stiftung (326 S., br., 28,- DM)**

»Überkommenes wird unserem Denken im gleichen Maße fragwürdig wie Fortschrittsgläubigkeit ... Skeptisches Denken erbringt Einwände und Einsichten, die nicht immer Weg und Ziel, aber doch eine Richtung anzeigen.« (Klappentext) Von Friedrich Georg Jünger und Max Himmelheber 1971 zunächst als Vierteljahresschrift begründet, seit 1983 dann jährlich erscheinend, hat die Zeitschrift »Scheidewege« versucht, Hinweise für einen Ausweg aus der diagnostizierten »Weltkrise« zu geben. Konservativ getönte Kulturkritik und schöngeistige Reflexionen verbanden sich dabei mit einem frühen Sinn für die Bedeutung von Ökologie und Umweltschutz: technik- und wissenschaftskritische Beiträge — besonders zum Bereich der Biowissenschaften — prägten zunehmend das Profil. Bei aller Radikalität der Kritik blieb freilich der ökonomisch/gesellschaftlich/politische Kontext der technisch-industriellen Entwicklung weitgehend ausgeblendet.

Dieses Manko bestimmt auch den vorliegenden Jahresband. So werden »grüne« Themen diskutiert — etwa Probleme der Gentechnik (G. Altner, E. Chargaff), der Wachstumsideologie (C. Leipert), der Computerisierung (R. und M.-R. Valk), der Reaktorsicherheit (O. Schumacher) —, ohne von wirtschaftlicher und politischer Macht, von Strukturen und Interessen, von Zwängen und Möglichkeiten der Veränderung — Ausnahme: E.U. von Weizsäcker »Plädoyer für eine ökologische Steuerreform« (197-203) — zu sprechen. Radikale politische Konsequenzen scheinen unerwünscht.

Dieser Tendenz zur Entpolitisierung entspricht bei den eher »philosophischen« Beiträgen ein kryptoreligiöser Ton zwischen Spätkatholizismus und New Age. Da werden etwa Hans Jonas' transzendenzsüchtige Spekulationen über Kosmologie und Gott (»Geist, Natur und Schöpfung«) vom Herausgeber mit skurriler Fabulierkunst überboten: »Die Trinität der Natur« (34-79) offenbart sich danach als »Licht« und als Einheit von »kosmogonischer Wirkpotenz« (44) — Kraft, Energie — »kosmogonischem Logos« — der die Weltentwicklung »sinnvoll geplant« (36) hat, assoziiert werden Ordnung, Zweckhaftigkeit, Sachwissen und Weisheit — und »kosmogonischem Eros«: dem Reich der »Schönheit« als »Manifestation geheimer Naturgesetze« (43) und des »Heilwissens« (63), zugleich Erklärung für den aufrechten Gang des Menschen und das »Mysterium der Fortpflanzung« (71). Alles »das nicht irgendwie symbolisch oder gleichnishaft, sondern ganz real und wörtlich« (76) gemeint. Bescheidener bleibt K.M. Meyer-Abichs pantheistisch klingender Holismus (»Die Natur des Ganzen ist in uns Mensch geworden, und dies ist naturgeschichtlich eigentlich eine besonders schöne und vielversprechende Entwicklung«; 135), der ein »neue(s) Selbstverständnis des Menschen im Ganzen der Natur« (128) begründen soll. Reinhard Löw (»Philosophische Begründung des Naturschutzes«) setzt nach einer Diskussion verschiedener Begründungstypen ganz auf Religiosität: »Allein die religiöse Begründung eines Eigenrechts der Natur verläßt den Rahmen des Anthropozentrischen und könnte eine auch unbedingte Gebotenheit einer Umkehr in unserem Verhältnis zur und im Umgang mit Natur begründen.« (163) Peter Koslowski (»Die Postmodernität der Weisheitstradition«) wiederum fordert — nach einer knappen Skizze

von Theosophie und Gnostizismus — vage einen »Fortschritt der Weisheit« zwecks »völlig neue(r) Formen der Symbiose mit der Natur« (117). Das versprochene »skeptische Denken« war bei diesen Beiträgen wohl meist beurlaubt.

Obwohl nicht alle 21 Beiträge diskutiert werden konnten — erwähnt seien noch Robert Spaemanns Lob wohlverstandener Disziplin (»Disziplin und das Problem der sekundären Tugenden«) und Michael Endes Lehrgeschichte »Die Legende vom Wegweiser« —, wurde hoffentlich deutlich, daß zwischen konkreter Technikkritik und grandiosen Weltbildentwürfen bzw. Läuterungshoffnungen das entscheidende Mittelglied fehlt: Gesellschaftsanalyse, Ökonomiekritik, Bestimmung politischer Strategien. So aber bleibt nicht nur »Weg und Ziel«, sondern auch die »Richtung nebulös.

Helmut Fallschessel (West-Berlin)

**Hofmann, Rupert (Hrsg.): Gottesreich und Revolution.** Zur Vermengung von Christentum und Marxismus in politischen Theologien der Gegenwart. Verlag Regensberg, Münster 1987 (215 S., br., 19,80 DM)

Gemeinsam ist den neun Beiträgen ihre Ablehnung von emanzipatorischen Theologien: der westdeutschen politischen Theologie (Ockenfels, 43-56), der Theologie der Befreiung, der Minjung-Theologie bzw. einer »Theologie des Volkes«. Kritisiert werden ihre Bewegungen und Organisationen, wie die Evangelischen Studentengemeinden (Schlichting, 143-166), die Christen für den Sozialismus (Senge, 113-125), die Ecumenical Association of Third World Theologians (Eatwot) bis hin zum Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf (Örk). Besonders die Beiträge von katholischer Seite sind nicht-argumentativ und berechnen ihre Wirkung auf das Ansehen des »Lehramtes«. So erschöpfen sich die Darstellungen von Kardinal Lopez Trujillo (75-92) und dem Dozenten der vatikanischen Universität in Rio de Janeiro Velez Rodriguez (57-74) sowie dem westdeutschen Professor für Christliche Sozialwissenschaften M. Spieker (93-112) in der Feststellung von Nicht-Übereinstimmungen mit der Lehre des Vatikan. Hofmann, Ockenfels und Hahn (127-142) beklagen eine angebliche Beschädigung politischer Vernunft. Die Texte wollen ihren strategischen Charakter nicht verbergen. Der zugrunde liegende Begriff von Aufklärung entstammt eher der Welt des Militärs als der Wissenschaft. So sieht Hofmann (8) von fremden Truppen besetzte Begriffe und theologische Strömungen, die »dem revolutionären Sozialismus neue Bataillone« zuführen« (41). Solche »Kritik« weckt Erinnerungen an den Kalten Krieg: Befreiungstheologie und ein Philosoph wie E. Bloch, dessen Exil der Eindeutigkeit halber nach Moskau verlegt wird (23), befördern die Ziele des äußeren Feindes (12). Der ehemalige Kulturminister und protestantische Theologe Hahn ist den Methoden, mit denen er die Studentenbewegung bekämpft hat, treu geblieben. Die Befreiungstheologie habe »die Rückendeckung der Supermacht UdSSR mit ihrer weltweiten Propagandamaschine, aber auch Staaten der Dritten Welt nutzen die Möglichkeit zur Anklage und Erpressung der Industrienationen« (128).

Der argumentative Gehalt beschränkt sich auf die Verunglimpfung von Theologien, die das marxistisch begriffene Politische zu ihrem Objekt machen. Diagnostiziert wird eine »Verschmelzung von christlicher Theologie und marxistischer Weltanschauung« (7). Der Heils- bzw. Erlösungsanspruch werde ins Diesseitige gewendet und damit in einem Kontinuum eingefordert, das nur vermeintlich das Ganze sei. So werde zunächst der politischen Vernunft Gewalt angetan, sodann das religiös-politische Projekt ebenso mit Gewalt verfochten. Daß Befreiungstheologie in Totalitarismus und Fanatismus münde, ist ein Vorwurf, der sich durch das ganze Buch zieht. Rodriguez untermauert ihn ideengeschichtlich am Beispiel von Saint Simon und Lamennais. Hahn sieht die Ursprünge der Misere im Programm der Französischen



Revolution von 1789: »Der Mensch soll sein Schicksal und das der Menschheit in seine eigenen Hände nehmen und eine menschenwürdige, ideale Welt schaffen.« (129) Von Robbespierre über Dutschke zur RAF sind es für ihn nur zwei Schritte. So wird die Panik bei Schlichting und Beyerhaus (167-205) verständlich: da »die Theologien des Volkes in der Dritten Welt sich in hohem Maße ökumenischer [der Örk] Initiative und Koordinierung verdanken« (204) und sich auf einem schleichenden Marsch durch die kirchlichen Institutionen befinden, drohe der Christenheit eine neuerliche Spaltung jenseits der konfessionellen (205).

Der Wert einzelner richtiger theologischer Beobachtungen sinkt angesichts der Tatsache, daß die Selbstkritik innerhalb z.B. der Befreiungstheologie (etwa von L. und C. Boff, J.C. Scannone) völlig ignoriert, die Geschichte dieser Theologien unterschlagen bzw. als von den Metropolen initiiert verzeichnet wird. Der Band gibt eher über die »Kritiker« Auskunft als über das Kritisierte. Thomas Klein (Heidelberg)

**Clévenot, Michel: Von Jerusalem nach Rom.** Geschichte des Christentums im 1. Jahrhundert. Aus dem Französischen von Kuno Füssel. Edition Exodus, Freiburg/Schweiz 1987 (193 S., br., 36,50 DM)

Clévenot, der mit Fernando Belo und Kuno Füssel (vgl. *Argument* 168, 272ff.) das Projekt der materialistischen Bibellektüre vorangetrieben hat, wagt sich nun daran, die Geschichte des Christentums neu zu schreiben. Die französische Originalausgabe ist auf zwölf Bände geplant (bisher sind sechs erschienen).

Dem Autor geht es weniger um eine neue Geschichte der Institution, um die Chronologie der Bischöfe und Konzilien oder die Kämpfe um die Dogmatik. Vielmehr versucht er, in 30 Sequenzen jeweils konkrete Personen in ihrem sozialen Umfeld lebendig werden zu lassen und so historische Entwicklungen zu beschreiben. Da ist z.B. der Schiffbaumeister Longidienus aus Ravenna, dessen Arbeit und Familiensituation an Hand seines Grabsteines rekonstruiert wird. Dieses sozialgeschichtliche Dokument eines italischen Kleinbürgers verdeutlicht das Selbstverständnis einer ganzen Schicht. Oder der Schriftgelehrte Hillel, der um 15 v.Chr. in einer babylonischen Diasporagemeinde lebt und von einer Pilgerreise nach Jerusalem träumt. Diese unternimmt er auch und gerät damit in die typische soziale Situation Palästinas, die nicht wie die römische durch soziale Mobilität gekennzeichnet ist, sondern durch eine religiös fest determinierte soziale Schichtung. Quer durch das Römische Reich und alle sozialen Schichten wählt Clévenot seine Beispiele: eine ägyptische Familie, die essenische Gemeinde von Qumran oder einen mauretanischen König. So wird deutlich, in welche politischen und soziokulturellen Konstellationen sich das Christentum hineinentwickelt hat.

Clévenot vermeidet jede reduktionistische Geschlossenheit, die das Christentum aus einer Ursache ableitet. Quer zu einer solchen idealisierten Entstehungsgeschichte stehen auch seine Quellen aus dem großrömischen Alltag: Rechnungen, Verträge und Graffiti. Doch kann er auf honorige Zeitzeugen wie Josephus, Philo oder Tacitus ebenfalls nicht verzichten. Aber wie ist diese »Herrschaftsliteratur« zu lesen? Es ist fraglich, ob Clévenot durch die Masse der Dokumente den einzelnen Quellen gerecht werden kann. So zitiert er z.B. Plinius mit seinem berühmten Brief an den Kaiser Trajan, der ihn nach Bithynien und Pontus geschickt hatte, und den er nun um Rechtsauskunft bittet, da sich die Christen dem Staatskult widersetzen: »Viele Leute nämlich, jedes Alters, jedes Standes, auch beiderlei Geschlechts, ... nicht nur über die Städte, sondern auch die Landschaft und die Dörfer.« Clévenot belegt damit, daß die Christen sehr zahlreich gewesen seien (156). Doch führt allein dieses Zitat auf eine Fülle soziologischer Fragen. Alle Mysterienkulte, die »Hauptreligion« des

Römischen Reiches, waren nach Ständen und Geschlechtern organisiert. Die Christen scheinen diese Struktur gesprengt zu haben, was Plinius so sehr irritiert haben muß, daß er um neue Instruktionen bat. Und war das Christentum in seinen Anfängen wirklich, wie oft behauptet, das Sammelbecken für Unterdrückte und Arme?

Dieter Eilert (Hamburg)

**Höffe, Otfried: Politische Gerechtigkeit.** Grundlegung einer kritischen Philosophie von Recht und Staat. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1987  
(511 S., br. 48,- DM/Ln., 64,- DM)

Der Autor unternimmt aus anthropologischer und staatstheoretischer Perspektive eine »Neuvermessung des Gerechtigkeitsdiskurses« (11). Den Ausgangspunkt bildet die von ihm konstatierte Unsicherheit über die Regelungskompetenzen der modernen Staaten z.B. in Fragen des Lebens- und Umweltschutzes oder der Steuerung ökonomischer und sozialer Entwicklungen. Höffe nimmt die aktuellen Problemlagen lediglich zum Anlaß, um ältere Kontroversen, die sich durch die spezifisch moderne Ausdifferenzierung in eine Ethik des Rechts (Rechts- und Sozialphilosophie) und die Positivität des Rechts (Rechtswissenschaft) ergeben haben, nach Maßgabe der in der aristotelischen Tradition stehenden anthropologischen Begründung politischer Ordnung aufzugreifen. Aus offensichtlich argumentationsstrategischen Gründen fügt er die gegenwärtige Debatte zwischen Diskursethik (Apel, Habermas) und »tendenziell ethikfreie(n) Institutionstheorien« (Gehlen, Schelsky, Luhmann) in eine auffällig simpel konstruierte Oppositionsbildung von »Rechts- und Staatspositivismus« und »anarchistischen Sozialutopien« ein. Erstere hätten prinzipielle Zweifel an einer philosophischen Legitimation von Recht und Staat aus einer Gerechtigkeitsperspektive, letztere seien entweder von der Utopie der Herrschaftsfreiheit inspiriert oder begnügten sich mit der Kritik gewisser »politische(r) Regelungen als Übergriffe des Staates« (26f.) und ließen eine Begründung von Recht und Staat vermissen. Höffe möchte die »Entfremdung der Philosophie von den Rechts- und Staatswissenschaften« bzw. dieser beiden von der Ethik mit »einer politischen Fundamentalphilosophie« (35) überwinden.

Der erste Teil des Buches ermittelt begriffsanalytisch den Standpunkt der politischen Gerechtigkeit. Dieser entspreche der höchsten Verbindlichkeitsstufe von politischen Entscheidungen und Handlungen, nämlich derjenigen der Moralität oder Sittlichkeit im Interesse jedes Betroffenen. Die Zwangsbefugnisse der Rechts- und Staatsorgane bedürften daher einer derartigen Legitimation. Die kritische Bewertung einer Zwangsbefugnis soll durch eine Kosten-Nutzen-Kalkulation erfolgen. Die Vorteilhaftigkeit einer Zwangsbefugnis bemißt sich dabei nach dem Verlust bzw. Gewinn an Freiheiten, die der Zwang nach sich zieht, d.h. der distributive Vorteil ist das entscheidende Kriterium der Gerechtigkeit. Die politische Gerechtigkeit wird als ein »kategorische(r) Rechts- und Staatsimperativ« beschrieben, der die Bedingungen eines moralischen Prinzips erfüllt: Unparteilichkeit, Universalisierbarkeit, Konsens- und Zustimmungsfähigkeit (vgl. 77ff.). Im folgenden begründet Höffe begriffsgeschichtlich die rechtsdefinierende Qualität des Gerechtigkeitsbegriffs, die er dem Rechtspositivismus entgegenhält. Dessen formaler Rechtsbegriff enthalte kein trennscharfes Kriterium, um Rechts- und Staatsordnungen »von einem Verbrechersyndikat oder einer Militärgruppe« unterscheiden zu können (147). Höffe reklamiert demgegenüber eine »Fundamentalschicht der Gerechtigkeit« (171), die zum einen aus den bei allen historischen Rechtsordnungen nachweisbaren Grundfunktionen des Rechts (z.B. der Gewährleistung der kollektiven Sicherheit) und zum anderen aus dem Kriterium der Einheit der von Zwangsmaßnahmen Betroffenen und der durch

sie Bevorteilten bestehen soll. — Ausgehend von der aristotelischen Annahme der politischen Natur des Menschen entwickelt der zweite Teil des Buches die wesentlichen Merkmale einer politischen Anthropologie. Dabei sind für Höffes Gerechtigkeitstheorie zwei Aspekte wesentlich. Einerseits ergeben sich aus den Schutz- und Hilfsbedürfnissen in der Kindheit und im Alter gemeinsame Interessen an Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit. Andererseits sind die Menschen zur Gewalt gegenüber ihresgleichen fähig. Mit diesem Verweis auf Hobbes begegnet Höffe der Utopie der Herrschaftsfreiheit im »Anarchismus«, der »ganz auf freie Vereinbarungen« vertraue (215).

Der Frage der rechtlichen und politischen Sicherung der in der politischen Anthropologie begründeten Gemeinsamkeit der Interessen geht Höffe im dritten Teil nach. Mit einem spieltheoretischen Experiment erörtert er Verhaltensweisen in Konfliktsituationen. Auf Grund seines Befundes, daß der Mensch sich potentiell egoistisch verhalte, votiert er für eine gemeinsam anerkannte Zwangsmacht, die in der Lage sei, die gemeinsamen Interessen bzw. »Grundrechte« durchzusetzen und auf Dauer zu garantieren. Ihre volle Anerkennung sei jedoch erst in einem demokratischen Verfassungsstaat realisiert.

In den bestehenden demokratischen Verfassungsstaaten sieht Höffe alle Forderungen seiner Gerechtigkeitstheorie erfüllt. Zwar will er dem Vorwurf entgehen, eine Apologie des status quo vorgelegt zu haben, indem er auf den normativ-kritischen Status seiner Philosophie verweist und das Widerstandsrecht bejaht (vgl. 473). Es stellt sich jedoch die Frage, in welchem Maße das Gerechtigkeitstheorem vom distributiven Vorteil wirklich ein kritisches Kriterium zur Beurteilung von staatlichen Zwangsbefugnissen darstellt. Mit der zugrunde liegenden Konzeption einer Einheit von Ethik und Politik ist Höffes Gerechtigkeitstheorie als eine Weiterführung der Aristotelismus-Diskussion der frühen siebziger Jahre zu verstehen, die jedoch nur teilweise die systematische und historische Kritik von Manfred Riedel und Joachim Ritter (Rehabilitation der Praktischen Philosophie, 1971) umgesetzt hat.

Frank Konersmann (Bielefeld)

**Lokhorst, Gert J.C.: Brein en Bewustzijn. De geest-lichaam theorieën van moderne hersenonderzoekers (1956-1986). Eburon, Delft 1986 (150 S., br., 35,- Hfl)**

Der holländische Mediziner und Philosoph läßt die Leib-Seele-Theorien von Gehirnforschern aus den letzten 30 Jahren kritisch Revue passieren. Sein Grundgedanke, daß das Leib-Seele-Problem im Falle des Menschen tatsächlich ein Gehirn-Seele-Problem ist, führt zu der Frage, ob Gehirnspezialisten zu seiner Lösung auf Grund des ihnen bekannten empirischen Faktenmaterials einen besonderen Beitrag geleistet haben. Sie wird in einer »Schlußbetrachtung« verneint: »Vage Behauptungen, Begriffsverwirrung und ungültige Schlußfolgerungen erwiesen sich mehr als Regel denn als Ausnahme; die Autoren hatten häufig eine seltsame Vorliebe für philosophische Theorien, die in der Philosophie selbst schon seit geraumer Zeit überholt sind; und es zeigte sich, daß das vorgelegte Faktenmaterial selten die Implikationen für das Leib-Seele-Problem hatte, die ihm die Forscher zuschrieben.« (117)

Die Theorien werden eingeteilt in dualistische, emergentistische, materialistische, psychisch-monistische und »informationelle« Theorien. Am ausführlichsten werden die dualistischen erledigt, besonders die von Eccles. Für diesen sind Geist und Gehirn zwei scharf getrennte Wesenheiten; der Geist ist immateriell, hat aber räumliche Ausdehnung, die mit der des Gehirns in etwa zusammenfällt, und wirkt auf die Gehirnrinde ein, von der er umgekehrt auch wieder Informationen »ablesen« kann. Lokhorst weist wegen des Energieerhaltungssatzes Interaktion von Immateriellem

mit Materiellem zurück und läßt auch keine Berufung auf Heisenbergs Unschärfere-lation gelten. Ferner ist er nicht der Meinung, daß die neuronalen Phänomene, die zu den Theorien von Kornhuber und Libet über ein »Bereithetpotential« bzw. eine »Vordatierung« geführt haben, die Annahme eines unkörperlichen Geistes rechtfertigen. Für ihn haben materialistische Theorien, die mentale Abläufe mit Abläufen im Zentralnervensystem gleichsetzen, die besten Chancen.

Zur Beantwortung der Frage, mit welchen Eigenschaften des Gehirns das Mentale gleichzusetzen sei, skizziert Lokhorst eine »Neuropsychologie« durch Kombination einer »Abwärts«-Strategie, die im Gehirn nach den materiellen Grundlagen psychischer Aktivitäten sucht, und einer »Aufwärts«-Strategie, welche die Eigenschaften einzelner Neuronen und ganzer Neuronennetze untersucht. Der Frage, ob wir uns damit abfinden müssen, uns unser Ich als eine bloße Ansammlung materieller Entitäten vorzustellen, begegnet er mit dem Hinweis, es handele sich dabei vielleicht nur um ein Problem der Perspektive: »Was von innen her aussieht wie ein mentales Phänomen, sieht von außen vielleicht wie ein Gehirnphänomen aus ... Wir sind entweder Zuschauer und observieren das Gehirn des Denkers, oder wir sind der Denker selbst, merken dann aber nicht, daß wir mit einem Gehirn denken ... Da wir nur entweder den externen oder den internen Standpunkt einnehmen können, wird es niemals möglich sein, Gehirn und Bewußtsein in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu sehen. Doch impliziert dies keinen ontologischen Unterschied zwischen Gehirn und Bewußtsein; im Gegenteil, die Tatsache, daß wir Gehirn und Bewußtsein nie Seite an Seite sehen können, deutet ja schon darauf hin, daß beide nicht in ein und demselben Sinn existieren.« (120)

Unbeeindruckt von den spirituellen, mentalen und sonstigen Körpern, die uns New Age beschert hat, setzt sich Lokhorst für einen methodologischen Materialismus ein (um den in der Praxis, wie er feststellt, auch die verstocktesten Dualisten unter den Gehirnforschern nicht herumkommen), ohne auszuschließen, daß künftige Resultate wissenschaftlicher Forschung eine rein physische Erklärung des Mentalen unmöglich machen könnten.

Hartmut Längin (Ottobrunn)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Belaval, Yvon: Digressions sur la rhétorique.** Editions Ramsay, Paris 1988 (131 S., br., 39,- FF)

Die Rückkehr der Rhetorik (womöglich mit metakritischem Status) in den Kreis der literaturwissenschaftlichen Disziplinen ist, zumindest in Frankreich, seit einer Reihe von Jahren schon so sehr vollendete Tatsache, daß ihre genauere Erörterung fast wieder aus der Mode gekommen zu sein scheint. In dieser Situation erscheinen aus dem Nachlaß (zu Lebzeiten) des berühmten Leibniz-Forschers Belaval zwei Texte aus der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, die über die Urgeschichte dieser jüngsten Rhetorik-Renaissance Auskunft geben können.

In Wirklichkeit war, so stellt sich bei genauerer Betrachtung heraus, die Rhetorik in Frankreich niemals ganz aus dem Blick, d.h. unter das aufklärerische (pietistische) und modernistische Verdikt geraten. Jean Paulhan — und Belaval als Rhetoriker (nicht als Philosoph) begreift sich als dessen Exeget — hatte gegenüber allen intuitionistischen Umschreibungen des künstlerischen Prozesses, z.B. der surrealistischen Schule und der Avantgarden überhaupt, immer wieder darauf bestanden, daß ein Text zunächst »gemacht« werden muß und es dazu einer Handwerkslehre bedarf, die traditionell eben »Rhetorik« heißt. Die Gegner heißen demnach Avantgarde

einerseits und Realismus andererseits. Entsprechend läßt sich die Auferstehung der Rhetorik immer dort beobachten, wo artistische und politische Avantgarden in die Krise geraten (vgl. 37), wie dies in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Fall war.

Belaval überführt mit der Zuverlässigkeit, die auch seinen philosophiehistorischen Arbeiten eigen ist, aber ohne Bildungspräntionen die antiken Begriffe in die zeitgenössische literaturtheoretische Debatte. Dieses Übersetzungsunternehmen reicht bis zu einem heute scheinbar so anachronistischen Begriff wie dem der »Imitation«: »Die Imitation profitiert von einer Doppeldeutigkeit, ... sie dient zugleich als inneres und äußeres Modell. Durch die Imitation anderer imitiert der Lernende sich selber.« (107) Die freiwillige, d.h. geschulte und angeleitete Imitation wäre demnach die einzige Abhilfe gegen die unfreiwillige. Die Informationen, die Belaval über den Aufbau der rhetorischen Disziplin vermittelt, sind immer präzise — zum alten Streitpunkt des Verhältnisses von Rhetorik und Dialektik z.B. erhält der Leser weder definitorische Kraftakte, die sich dann an den Quellentexten nicht mehr ausweisen lassen, noch philologische Kleinarbeit an Aristoteles und seinen Nachfolgern (vgl. 42ff.). Er erfährt aber immerhin das, was man innerhalb einer so unscharfen und zugleich umfangreichen Überlieferung wie der der rhetorischen Theorie überhaupt festhalten kann, nämlich: daß an dieser Stelle ein Problem liegt und die Rhetorik ebenso eine Kunstlehre des »Schmuckes« sei wie eine »art de penser« (49).

Solche Beobachtungen sind rhetorisches Allgemeingut und bei Belaval nur besonders klar dargestellt. Darüber hinaus finden sich aber verstreute Hinweise des »Philosophen« Belaval, die die Mühe einer genaueren Untersuchung lohnten. So führt er z.B. die Wiederentdeckung der Rhetorik in nachaufklärerischer Zeit auf Hegels Dialektik zurück: beide seien eine Methode zur Generation von Ideen (52). Wenn die Rhetorik also nachaufklärerisch und -avantgardistisch ist, folgt daraus noch nicht, jedenfalls nicht für Belaval, ihre antiaufklärerische Stoßrichtung. Sie hat für ihn einen technischen Status und ist daher stilneutral (99). Die in der Imitation notwendig enthaltene kulturkonservative Komponente, d.h. die scholastische Festlegung eines Kanons vorbildlicher Werke, schreibe keineswegs die Rhetorik als Klassenprivileg fest (88), sondern könne durch eine von jedermann erlernbare Kunstlehre naturwüchsige Vorrechte, die gerade intuitionistische Theorieumschreibungen immer enthalten, geradezu auflösen.

Manfred Hinz (Augsburg)

**Lins, Ulrich: Die gefährliche Sprache.** Die Verfolgung der Esperantisten unter Hitler und Stalin. Bleicher Verlag, Gerlingen 1988 (326 S., br., 36,- DM).

**Lins, Ulrich: La danĝera lingvo.** Studo pri la persekutoj kontraŭ Esperanto. Samloke 1988 (546 S., br., 65,- DM; zu beziehen über die Universala Esperanto Asocio, Nieuwe Binnenweg 176, NL-3015 BJ Rotterdam)

1887 veröffentlichte ein Arzt aus der heute zu Rußland gehörenden Vielsprachenstadt Bialystok, Lazarus Ludwik Zamenhof, eine Kunstsprache, die er Esperanto (wörtlich: »der Hoffende«) nannte, und die nicht nur die einzige zuvor massenhaft praktizierte Kunstsprache Volapük erstaunlich schnell verdrängte, sondern auch noch die von Zamenhof selbst initiierte Weiterbildung IDO sowie deren (vom dänischen Linguisten Jespersen entwickelte) logifizierte Fassung Novial mittlerweile um Dezennien überlebte. Zur Hundertjahrfeier hat Ulrich Lins eine Geschichte dieser Kunstsprache vorgelegt, die jetzt in Esperanto sowie in einer deutschen Fassung herausgegeben wurde.

Das Esperanto war bei Zamenhof als Weltsprache intendiert, die mit einer Weltreligion, dem Homaranismus, aber auch mit dem Pazifismus eng verbunden war. Genauer besehen, ist das Esperanto, da dessen Lexeme fast ausschließlich aus euro-

päischen Sprachen ausgewählt sind, nicht mehr als eine »europäische Hochsprache« (Richard Schulz). Der Begriff »Kunstsprache« sollte also nicht irreführen: Die sogenannten aposteriorischen Kunstsprachen bilden sich kaum anders als Hochsprachen, nur daß hier in der Regel die Schöpfer noch namentlich bekannt sind und fast immer eine größere Einfachheit und damit Erlernbarkeit angestrebt wird. Ein Riesenunterschied ist externer Natur: Während die Hochsprachen von den Herrschenden für den Zusammenhalt von Reichen benutzt, manchmal sogar von ihnen angeregt wurden (Karl der Große), wurden Kunstsprachen, wenn sie sich überhaupt durchsetzten, beinahe ausnahmslos verfolgt. Lins legt auf diesen Aspekt den Schwerpunkt seiner Monographie.

1936 werden im Vorfeld des 2. Vierjahrplanes und der Olympiade auch die bürgerlichen Esperanto-Vereinigungen verboten, genauer: dazu veranlaßt, sich aufzulösen. Die proletarischen Esperantobünde wurden kurz nach der Machtergreifung verboten. Vor allem während des Zweiten Weltkrieges und in den besetzten Gebieten landen nicht wenige Esperantisten, meist wegen ihrer pazifistischen Überzeugung, im KZ. Die Geschichte insbesondere der bürgerlichen Esperanto-Vereinigungen im 3. Reich gehört zum Spannendsten und Lehrreichsten in dieser Zeit, vor allem die Phase von der Selbstgleichschaltung bis zur Selbstauflösung. Lins zeichnet sie in den wichtigsten Stationen mit beachtenswertem narrativen Geschick nach. Er macht damit erstmals den Erforschern der neueren Geschichte der europäischen Sprachen, vor allem aber der Sprachpolitik reichhaltige Informationen aus entlegenen Publikationen und noch entlegeneren Archiven zugänglich.

Die deutsche Fassung ist zwar kürzer, weitgehend journalistischer geraten, weicht aber oft in den Formulierungen ab, weist eigene Teile und im Gegensatz zur Esperanto-Fassung ein Literaturverzeichnis auf. Ihr Esperanto-Pendant enthält dagegen die Anmerkungen, überdies die exakteren Angaben und natürlich viele zusätzliche Informationen, vor allem auch Abbildungen. Historiker, die über das Thema arbeiten wollen, werden nicht umhin können, beide Fassungen zu konsultieren. Auch dann müssen sie mit ausgesprochener Informationskargheit hinsichtlich der Quellen rechnen. Rundbriefe z.B. werden grundsätzlich nicht archivalisch ausgewiesen. Lins bewegt sich auch sonst am Rande des Prinzips der Auffindbarkeit seiner Materialbasis, dieser historisch-philologischen Variante des wissenschaftlichen Prinzips der Wiederhol- und Kontrollierbarkeit von Tatsachenaussagen. Daß er eine Hauptrolle der Erforschung der Geschichte des Esperanto offenbar nicht kennt, nämlich die Quellensammlung von Courtinat, deutet ebenfalls auf erstaunliche Unsicherheiten in der Handhabung der historischen Methode. Vor allem kommt gar nicht heraus, daß die nationalsozialistischen Feindseligkeiten alle internationalen Plansprachen betrafen, so z.B. auch IDO und pan-*kel*, und daß ein Hauptgrund dafür auch darin zu suchen ist, daß die Nazis zu wenig Leute hatte, die diese Sprachen beherrschten, und entsprechende Angst, den unbezweifelbaren geheimdienstlichen Verkehr in diesen Sprachen nicht mehr unter Kontrolle zu haben. Vor allem das Schicksal der Weltsprache *Wedé*, die von einem Nationalsozialisten der ersten Stunde entwickelt wurde, relativiert hier doch manches.

Die Arbeit ist aber vor allem theoretisch unbefriedigend. Die Faschismus-Forschung wurde anscheinend wie die Stalinismus-Forschung überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Nur so ist zu verstehen, daß sie sich mit der Kritik an der hilflosen Links-gleich-rechts-Gleichung nicht einmal auseinandersetzt, sondern fröhlich in den naheliegenden Fettnäpfchen herumtapst. Ökonomische Perspektiven fallen fast unter den Tisch. In Dresden gab es z.B. ein als Esperanto-Verein getarntes, von einer Bank protegiertes Vermittlungsbüro, die *Komercista Esperanto Unio*.

Dieses Büro ebnete Firmen der Dritten Welt, z.B. des Iran, die jedenfalls nicht in englischer Sprache korrespondieren wollten oder durften, aber auch kein Deutsch konnten, den Weg zu deutschen Handelspartnern über das Esperanto. Es betrachtete sich anfangs als nicht vom Esperanto-Verbot betroffen, wurde aber nach monatelangem Hin und Her trotz seines Hinweises auf den Verlust von beträchtlichen Summen für die Volkswirtschaft von den Nazis geschlossen. Bei Lins ist dieses Büro ohne Hinweis auf Funktion und Schicksal lediglich in einer Anmerkung erwähnt.

Nichtsdestoweniger hat die Arbeit wegen ihrer empirischen Daten einen nicht zu unterschätzenden Wert. Die Abfassung der wichtigeren Publikation in Esperanto sollte Historiker übrigens nicht abschrecken. Der Verfasser dieser Rezension hat das Esperanto auch nur auf einem Wochenendkursus immerhin in einem Umfang gelernt, der offensichtlich ausreichte, die Monographie von Lins zu verstehen. Die in Esperanto geschriebenen Quellen enthalten — nebenbei bemerkt — wichtige und zu meist in der Zeitgeschichtsschreibung nicht berücksichtigte Informationen über Widerstand und Alltag im 3. Reich, zum Teil auch über Vorgänge in den Konzentrationslagern.

Gerd Simon (Tübingen)

**Newmeyer, Frederick J.: The Politics of Linguistics.** The University of Chicago Press, Chicago 1986, 21988 (171 S., Ln., 47,80 DM)

Wer Sprachwissenschaftsgeschichte betreibt, sollte nicht vergessen, daß es dazu nicht nur einer Fachkompetenz in Linguistik, sondern auch in Wissenschaftsforschung und vor allem Geschichtswissenschaft bedarf, und er sollte sorgsam darauf achten, daß die Wissenschaftsbegriffe, die er in allen drei Bereichen als Bewertungskriterium anwendet, zumindest kompatibel sind. Was passieren kann, wenn man diese Minimalregeln wissenschaftlichen Arbeitens unberücksichtigt läßt, kann man jetzt an dem sprachwissenschaftshistorischen Werk von Newmeyer studieren.

Beginnen wir mit Newmeyers Geschichtsbegriff. Im ganzen Opus begegnen wir historischen Tatsachenaussagen der folgen Art: »Both Nazi Germany and fascist Italy had officially condemned strukturalism as incompatible with the ideology of the state. (...) Indeed, practically no structural linguistics was done at all in Germany and Italy in this period.« (37) Ich habe die offiziellen Verlautbarungen und den größten und wichtigsten Teil der nichtpublizierten Archivalien im 3. Reich regierungs- und parteiamtlicher Provenienz (letztere umfassen allein ca. 500000 Vorgänge!) durchgeforscht und nicht eine einzige den Strukturalismus betreffende Kritik, geschweige denn ein offizielles Verdammungsurteil gefunden. Selbst die damals tonangebenden Linguisten kennen kaum irgendwo eine Kritik am Grundsatz der Strukturalisten. Im Gegenteil: Weisgerber z.B. rechnet Saussure explizit zu seinen wissenschaftshistorischen Ahnen, er wollte ihn lediglich weiterentwickeln. Das »Indogermanische Jahrbuch« gehört zu den ersten periodischen Bibliographien, die unter der Sparte »Phonologie« fast alle strukturalistischen Arbeiten der Zeit verzeichnet und manchmal — und das regelmäßig wohlwollend — rezensiert. Unregelmäßigkeiten treten, was diese Sparte betrifft, erst im Zweiten Weltkrieg auf und liegen in der Person ihrer Bearbeiter begründet, haben ihre Ursache also nicht in einer besonderen antistrukturalistischen Feindseligkeit der damals Mächtigen. Strukturalisten wie Karl Bühler oder Friedrich Slotty wurden verfolgt, aber nicht weil sie Strukturalisten, sondern weil sie »Juden« und/oder Antifaschisten waren, die sich weigerten, den Eid auf Hitler zu leisten.

Damit ist auch bereits angedeutet, daß es in Nazi-Deutschland durchaus Strukturalisten gab; nicht viele, aber viele gab es seinerzeit ohnehin nicht. Den Begründer der Phonometrie, einen der hervorragendsten und bis heute auch bei Generativisten und

Strukturalismusegegnern unumstrittenen Strukturalisten Eberhard Zwirner, scheint Newmeyer gar nicht zu kennen. Gerade dieser gehört aber zu den politisch fragwürdigsten Linguisten der damaligen Zeit. 1936 wegen Streitigkeiten mit einem anderen SA-Mitglied aus der SA unehrenhaft entfernt, wegen von ihm heftig bestrittener pazifistischer Äußerungen seiner Frau sehr bald auch in Schwierigkeiten mit seiner Habilitation — beides versuchte er nur mit partiellem Erfolg vor Gericht einzuklagen —, reagiert er, wie damals Deutsche zu reagieren pflegten: er nimmt die Gelegenheit wahr, um einige Juden unter seinen linguistischen Gegnern als solche zu denunzieren. Außerdem gründet er in Braunschweig mit Hilfe des berüchtigten Gauleiters Klagges sein »Deutsches Spracharchiv«, das im Zweiten Weltkrieg der SS seine Mitarbeit bei deren Sprachforschungen in Umsiedler-, Gefangenen-, vermutlich auch Konzentrationslagern anbietet. Die SS nimmt das Angebot freilich nicht an — wohl wegen der unehrenhaften Entfernung aus der SA, keineswegs jedenfalls wegen der strukturalistischen Methode. Entgegen einem weitverbreiteten Vorurteil waren nämlich die nationalsozialistischen Machthaber — wenn man von dem immer einflußloser werdenden Amt Rosenberg absieht — spätestens ab 1936 an exakter Forschung interessiert, sofern sich im Rahmen ihrer politischen, militärischen oder ökonomischen Praxis für diese nur eine Anwendungsmöglichkeit erahnen ließ.

Newmeyer ergeht sich auch sonst in unhaltbaren Vermutungen. Er hängt dem längst als fragwürdig erwiesenen Konstrukt einer Wissenschaftsgeschichte als allmählicher Annäherung an die Wahrheit an. Er zieht eine klare Linie von den romantischen Sprachforschern Grimm, Bopp, Pott und Humboldt über Saussure und die amerikanischen Strukturalisten hin zu Chomsky. Alles, was nicht in diese Linie paßt, insbesondere alles, was die von dieser Art von Linguistik ja nicht hinterfragten Selbstverständlichkeiten und also Dogmen zu kritisieren wagt, wird wie auf einem Prokrustesbrett behandelt, und das heißt, zumeist als unwissenschaftlich oder gar wissenschaftsfeindlich abgetan. Damit ist bereits vieles über Newmeyers Wissenschaftsbegriff gesagt. Wissenschaft scheint zunächst nur ein Sammelsurium von Einzeldisziplinen, deren wichtigstes Merkmal ihre Autonomie ist, die sich also nicht von anderen Disziplinen in ihre Forschungstätigkeit hineinreden zu lassen brauchen. Psychologen und Soziologen werden gelobt, wenn sie sich Chomskys Sprachbegriff unterwerfen. Unhinterfragt werden Wissenschaftler zitiert, die der Linguistik in den Humanities eine ähnliche Rolle zuschreiben wie der Mathematik in den Naturwissenschaften. In eklatantem Widerspruch zu dieser Selbstüberhebung steht die Unfähigkeit, die Autonomie der Linguistik, statt sie ständig zu beschwören, mit allgemein anerkannten, aus einer in sich stimmigen Wissenschaftstheorie abgeleiteten Gründen zu untermauern. In ähnlicher Weise entzieht Newmeyer die formalistische Methode als Selbstverständlichkeit der Diskussion. Es ist immer wieder erstaunlich, mit welcher Gedankenlosigkeit selbst Linguisten, die es besser wissen müßten, der vulgäridealistischen Dichotomisierung des Begriffspaares »Form« — »Inhalt« wie Scylla oder Charybdis erliegen. Nirgendwo findet man auch nur den Ansatz einer Anstrengung, die offensichtlich in die Axiome abgeschobene Entscheidung dieser Frage zu begründen, geschweige denn die Frage selbst zu problematisieren.

Newmeyers Darstellung der Sprachwissenschaftsgeschichte der letzten 200 Jahre ist also eine flammende Apologetik für Chomsky. Sie gibt zunächst eine popartige Einführung in die Anfangsgründe der vergleichenden Methode der Romantiker, in die der amerikanischen Strukturalisten sowie in die Chomskys, um dann auf politische Hintergründe einzugehen, dies freilich auch nur bei den amerikanischen Strukturalisten ausführlich. Bei den Romantikern wie bei Chomsky werden sie mehr verschwiegen als angedeutet. Letzterem folgt er überdies in den letzten Kapiteln in



seinem Rechtfertigungsbemühen gegenüber Verdächtigungen der Linken. Auf die naheliegende Idee, daß Chomskys begrüßenswerte Initiativen auf politischem Terrain von der Anti-Vietnamkriegs-Kampagne bis zu seinem Auftritt in Nicaragua mit einer uneingestandenen Unsicherheit hinsichtlich der politischen, ökonomischen und militärischen Verwertbarkeit seiner neopositivistisch orientierten Linguistik zu tun haben könnten, geht Newmeyer selbstverständlich nicht ein. Er wiederholt nur Chomskys Eingeständnis, daß sein politisches Engagement und seine Wissenschaft wenig bis nichts Gemeinsames haben.

Die Darstellung ist also geschichtsklitternd, dilettantisch und wissenschaftstheoretisch unreflektiert. Sie ist zumindest in der Hinsicht widersprüchlich, daß sie zwar an die linguistischen Theorien einen strengen Exaktheits- und Wissenschaftlichkeitsanspruch anzulegen sucht, selbst aber einer historischen Methode huldigt, die sogar der großzügigste Geschichtstheoretiker nicht mit seinen Ansprüchen an Wissenschaftlichkeit in Einklang zu bringen wüßte. Insbesondere die Auffassung der Gegner Chomskys ist, wenn sie überhaupt angedeutet ist, bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Als Einführung in die Chomskyanische Linguistik oder gar in die der letzten beiden Jahrhunderte ist sie viel zu dürftig, um mit anderen Linguistik-Einführungen oder -Geschichten konkurrieren zu können. Das letzte Kapitel läßt freilich in aller Offenheit die Katze aus dem Sack: Newmeyer sind die Forschungsförderungssummen ein Dorn im Auge, die die Vereinigten Staaten Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre für die Soziolinguistik ausgaben. Ein Wink mit dem Zaunpfahl für die geldgebenden Instanzen, den Geldstrom doch in Zukunft mehr in Richtung generative Grammatik fließen zu lassen! Wie tief muß Sprachwissenschaftsgeschichtsschreibung eigentlich noch sinken, bis sie sich derartige Verwicklungen in das Gerangel um die Fleischöpfe mit ihren Intrigen und Meucheleien energisch erbittet und statt dessen z.B. für eine interdisziplinäre Entwicklung wissenschaftlicher Relevanzkriterien als Grundlage für Forschungsmittelverteilung plädiert? Letzteres mag unter den gegebenen Umständen vielleicht sogar aus grundsätzlichen Gründen aussichtslos sein. Alles andere entlarvt aber jeden Wissenschaftlichkeitsanspruch schon auf den ersten Blick als pathetische Leerformel und Imponiergehabe im Gezänk der Schulen und Richtungen, letztlich als hemmungsloses Herausstreichen der eigenen finanziellen Förderungswürdigkeit. Gerd Simon (Tübingen)

**Kaufmann, Hans: Über DDR-Literatur.** Beiträge aus fünfundzwanzig Jahren. Auswahl und Bibliographie von Ingrid Hähnel. Aufbau Verlag, Berlin/DDR, Weimar 1986 (272 S., br., 13,80 DM / 10,- M.)

Die Aufsatzsammlung, die zu Kaufmanns 60. Geburtstag erschien, beginnt mit Marginalien zu Fürnberg und einer Seghers-Rezension von 1960. Erst allmählich weitet sich die Perspektive. Notizen zu Hermann Kant, Volker Braun, Christa Wolf, Gerti Tetzner folgen die breiten »Beobachtungen an unserer Prosaliteratur«. Konzentriert wird die Debatte um DDR-Literatur und DDR-Gesellschaft in »Literatur in einer dynamischen Gesellschaft« erstmals 1976 veröffentlicht. Kaufmann geht hier von der Frage nach der Funktion von Literatur und Kunst aus. Beschreibt Peter Hacks diese Funktion als »postrevolutionär« und verlangt deshalb eine neoklassizistische Ästhetik, so geht es für Volker Braun um Literatur »während der Revolution« (87). Diesen Gesichtspunkt macht sich Kaufmann dann kenntnisreich und differenziert zu eigen. Freilich scheint sein Glauben an die revolutionäre Dynamik 1976 — dem Jahr der Biermann-Ausbürgerung — einen kräftigen Schlag bekommen zu haben. 1978 geht es ihm nicht mehr um Revolution und Dynamik. Er hofft bloß: »Der Kopf des Lesers ersetzt den erhobenen Zeigefinger des Autors.« (152) An der Schwelle der

achtziger Jahre ist dann die Rede von der weiter »veränderten Literaturlandschaft« (165). Für den Verfasser zeichnet sich nun »eine längere Wegstrecke« (170) ab. Globale Probleme (Ökologie, Krieg und Frieden, Dritte Welt) treten ebenso in den Vordergrund wie die literarische Durcharbeitung der Beziehung von Individuum und Gesellschaft und die Frage nach dem Sinn des Lebens. Geschlechterbeziehungen fehlen bei den globalen Problemen — erstaunlich angesichts der für DDR-Literatur seit den siebziger Jahren konstitutiven Frauenliteratur. Abgeschlossen wird die Sammlung durch ein Interview des Schriftstellers Volker Braun mit dem Literaturwissenschaftler Hans Kaufmann, einem Rollentausch mithin. Kaufmann entwickelt hier Gedanken zur Literaturwissenschaft als »universeller Gesellschaftswissenschaft«. Damit knüpft er an die Wichtigkeit von Literatur und Kritik in der DDR an — an die zentrale Stellung der DDR-Literatur in der Entwicklung von Öffentlichkeit, die nicht nur auf politische Zensur und langweilige Tagespresse zurückzuführen ist. Während Kaufmann bezogen auf die DDR-Literatur heute vorsichtig von »anderen Akzenten« spricht, wird sein Interviewer hier deutlicher: verglichen mit Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands« sieht er in der DDR »literarische Kleinhändler, Provinzsozialisten« (253) am Werk. Es bleibt Leserinnen und Lesern überlassen, über das Verhältnis von Provinzsozialismus und globalen Problemen nachzudenken.

Abgerundet wird der Sammelband durch eine m.W. vollständige Bibliographie der Arbeiten Hans Kaufmanns und ein unpräntiöses Vorwort, beides von Ingrid Hähnel.  
Volker Gransow (Berkeley/USA)

## Kunst- und Kulturwissenschaft

**Autorenkollektiv (Ltg.: Erwin Pracht): Ästhetik der Kunst.** Dietz Verlag, Berlin/DDR 1987 (683 S., Ln.)

Das Kollektiv wählte als Ausgangspunkt die Umbrüche im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution: die Globalisierung des Ästhetischen hin zu interkulturellen Prozessen, die wachsende Rolle der Massenmedien, die verstärkt politische Funktion der Kultur. »Kultur ist heute zur infrastrukturellen Voraussetzung jedes wirklichen sozialen Fortschritts geworden.« (6) Ziel der Arbeit ist die Bestimmung von Kultur im Topos einer »Koalition der Vernunft« angesichts der Gefahr globalen Untergangs. Von daher gilt den Autoren die Abwehr jeder Form des »Irrationalismus« als existentielle Voraussetzung. Wie in der Gegenwart Kunst noch Spiegel einer Epoche sein könnte, versuchen sie an der »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss zu beantworten. An diesem Werk wird die spezifische Leistung der Kunst deutlich gemacht, in ästhetischer Weise der Totalität einer Epoche zur sinnlich-sinnhaften Gestalt zu verhelfen.

Neben vielen und nicht immer notwendigen Exkursen in die Geschichte der Kunsttheorie und Philosophie enthält das Buch eine Theorie des Ästhetischen, die das Spezifische künstlerischer Wertungen in der Einheit von Sinn- und Gestaltqualitäten der sozialen Lebenstätigkeit zu begreifen sucht. Die Sinnfrage, die jede Kunst stellt, sei nicht zu trennen vom Aspekt der Gestalt, in der sich die Struktur der konkret tätigen Individuen ausdrückt. Indem die Sinnbedürftigkeit als zentrale Kategorie des Ästhetischen begriffen wird, ist es möglich, ästhetische Wertungskategorien als Streit der Sinnansprüche zu entwickeln, ohne sich mit plakativen Aussagen der Kunstproduzenten oder soziologischem Reduktionismus zu genügen. Zu bemängeln ist allerdings, daß die für das gesamte Buch entscheidende Theorie der Wertungen kaum begründet, eher axiomatisch vorausgesetzt wird.

Das Kollektiv, nach der gängigen Schematisierung der axiologischen, nicht gnoseologischen Richtung innerhalb der DDR-Ästhetik zuzuordnen, verzichtet weitgehend auf die traditionell üblichen Bestimmungen von Kunst als Wahrheit, Widerspiegelung etc. Die Wertungstheorie wird aber auch nicht in ein fundamentalontologisches und kulturtheoretisches Konzept wie bei Metscher oder in eine Alltagstheorie wie bei Lukács eingebunden.

Thorsten Themann (Bremen)

**Pfeiffer, Helmut, Hans-Robert Jaufß und Françoise Gaillard (Hrsg.): Art social und art industriel. Funktionen der Kunst im Zeitalter des Industrialismus.** Wilhelm Fink Verlag, München 1987 (479 S., Ln., 120,- DM)

Der Band enthält die Arbeitsergebnisse eines deutsch-französischen Kolloquiums. Dabei sollte die »interdisziplinäre Perspektive« Sorge tragen, daß die Entwicklung der Künste und ihrer Theorie im Zusammenhang mit der geschichtlichen Wirklichkeit begriffen wird. »Zeitlich beschränkte (sic!) sich das Kolloquium auf die Spanne vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum 1. Weltkrieg« (7). Beschränkte? Diese Art »Beschränkung« übt auch der Sammelband: er enthält nicht weniger als 27 Beiträge (zwischen 2 und 44 Seiten Länge). Diese Anzahl der Beiträge sowie der (nicht nur zeitlich) sehr offene thematische Rahmen führen zu einer Vielfältigkeit, die der Orientierung des Lesers Probleme schafft. Der Anspruch einer systematischen Darstellung wird gar nicht erhoben, doch wenn für ein Kolloquium die Beschränkung auf Sammeln noch legitim sein mag, so ist aus der Sicht des Lesers (und Käufers) eines solchen Buches die Frage verständlich, ob er nicht mehr erwarten darf als eine Anhäufung von Materialien, deren Teile notdürftig unter eine begriffliche Klammer gebracht wurden, die aber sonst nur wenige Bezüge untereinander aufweisen.

Den mehr oder weniger gemeinsamen Rahmen bildet die These, daß die Entwicklung der Künste zur einen, autonomen Kunst im Rahmen der idealistischen Ästhetik keineswegs seine bruchlose Fortsetzung im 19. Jahrhundert fand, wie es die Herausbildung des Konzepts von l'art pour l'art nahelegt. Nicht nur, daß dessen Absage an soziale Funktionen der Kunst keineswegs deren gesellschaftliche Funktionslosigkeit bedeute, vor allem sei der »Übergang in eine neue Polyfunktionalität der Künste« (10) zu beobachten. Diese aber wird in dem Sammelband weniger dadurch deutlich, daß sie in einem historischen Gesamtkonzept entwickelt würde, vielmehr ist sie aus der Vielfalt einzelner Aspekte mittelbar ersichtlich, die in den Einzelbeiträgen thematisiert werden. Dem entspricht, daß der verbal erhobene Anspruch auf Beschäftigung mit dem Funktionswandel (vgl. 7) im Untertitel dem schlichten Plural gewichen ist: Funktionen der Kunst werden aufgezählt, nebeneinandergestellt.

So ergibt sich eine Art Mosaik aus recht unterschiedlichen Steinchen, die kaum miteinander zu vergleichen sind — bestehen doch zwischen Jaufß' Reflexionen über die Begriffe »Spur« und »Aura« in Benjamins Passagen-Werk und (z.B.) Brunhilde Wehingers Aufsatz über Bühnenrevue und Boulevardpresse im Second Empire (»Bilderflut am Boulevard«, 410ff.) nicht nur thematische Unterschiede, sondern auch solche des methodischen Ansatzes, des Forschungsinteresses und des Darstellungskonzepts.

Vor allem die in der Fragestellung sehr speziellen Aufsätze bilden oft Fundgruben an Material für den nicht nur an geschichts- und kunsttheoretischer Reflexion, sondern auch am Aufsteigen zum Konkreten Interessierten. So Karlheinz Stierles Versuch, die Eisenarchitektur als Realisierung »imaginärer Räume« aufzufassen und deren Erfahrungsformen in der zeitgenössischen literarischen Verarbeitung nachzuspüren. Klaus Herding stellt in seinem Aufsatz »Industriebild und Moderne« die künstlerische Bewältigung der Technik im Übergang zur Großmaschinerie nicht nur als

Abfolge dar, sondern versucht darin die Herausbildung einer spezifischen Wahrnehmung unter dem Eindruck der Industrialisierung zu verfolgen.

Bei den eher theoretisch angelegten Beiträgen ist der orientierende Wert dadurch eingeschränkt, daß der Bezug der begrifflichen Überlegungen auf empirisches Material oft fehlt oder implizit bleibt, hilfreich die gründliche und übersichtliche begriffsgeschichtliche Studie zu »Art social bei Condorcet« (107ff.) von Dorothee Baxmann. Insgesamt bleibt bei der Mehrzahl der Texte in puncto Lesbarkeit der Eindruck, als seien die Referate für das Kolloquium kaum oder nur flüchtig für die Publikation überarbeitet worden. Schade auch, daß die in vielen Texten inhaltlich wesentlichen, zum Teil längeren französischen Zitate nicht übersetzt wurden.

Walter Kühnert (Ennepetal)

## Soziologie

**Weingart, Peter, Jürgen Kroll und Kurt Bayertz: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1988 (746 S., Ln. 68,- DM/br. 48,- DM)

Ein spannendes Feld der Faschismusforschung, vor allem in Anbetracht der Entwicklung der Gentechnologie und Reproduktionsmedizin, bildet die Bestimmung des Verhältnisses von biomedizinischen Wissenschaften und Politik im Nationalsozialismus. Die biomedizinischen Wissenschaften wurden im Nationalsozialismus, nachdem ihre progressiven Vertreter isoliert oder liquidiert worden waren, von der politischen Macht protegiert, übernahmen sie doch eine gewichtige Aufgabe: die Formung des gesunden, gereinigten und leistungsstarken »Volkskörpers«. Dieser Nachweis muß, soll er für die aktuellen gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen produktiv werden, für die jeweiligen Wissenschaftsdisziplinen im einzelnen erbracht werden. Für die Eugenik/Rassenhygiene wird die Studie von Weingart u.a. diesem Anspruch weitgehend gerecht. Die Autoren begreifen Wissenschaften nicht nur als Ideensysteme, sondern auch als soziale Organisationen, deren Bedeutung von der gelungenen strategischen Einschreibung in gesellschaftliche Problematiken bestimmt wird (188). Mit diesem Ansatz vermögen die Autoren die komplexe Geschichte der Eugenik/Rassenhygiene in Deutschland in allen ihren Facetten darzustellen, angefangen von den »Vorlaufentwicklungen der Eugenik« (verfaßt von Bayertz) über die Weimarer Republik (Kroll) und den Nationalsozialismus bis hin zu heutigen Entwicklungen im Bereich der Humangenetik (bearbeitet von Weingart). Hilfreich sind die Vergleiche mit der Situation der Eugenik/Rassenhygiene in anderen Ländern, vorrangig in England und in den USA.

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England von Galton unter der Bezeichnung Eugenik eingeführte neuzeitliche »Wissenschaft vom guten Erbe« (16) fand in Deutschland durch Ploetz (1895) unter dem Begriff »Rassenhygiene« Eingang in die öffentliche Diskussion; ein Begriff, der »für die deutsche Eugenik weithin charakteristisch werden und ihr inhaltliches Schicksal mitbestimmen sollte« (41). Hervorzuheben ist, daß bei Ploetz das Verständnis von Rassenhygiene nicht jene explizit rassistischen Gehalte der späteren Rassenhygiene aufwies, die von den Verfassern als »rassistische Rassenhygiene« bezeichnet wird. In der Weimarer Republik fanden forciert politische und ideologische Grabenkämpfe zwischen den »moderaten« Eugenikern, die auch im linken politischen Spektrum angesiedelt waren (z.B. Grotjahn), und den Rassenhygienikern statt. Der rassistische Flügel, der Elemente der Rassenanthropologie in sich aufnahm, erlangte die endgültige Vormachtstellung durch die

»Machtergreifung« der Nationalsozialisten: »So wie ein Teil der Rassenhygieniker ihre professionspolitischen und ideologischen Erwartungen auf die Nationalsozialisten richtete, wandten sich diese zur Legitimationssicherung ... an die Wissenschaft.« (384) Dies erkläre die »phänomenale politische Wirksamkeit der Rassenhygiene« (254) aber nur unzureichend. Entscheidend sei gewesen, daß sich der Rassenhygiene, die zugleich Wissenschaft und sozialpolitische Bewegung war, im Zuge »technokratisch-ökonomischen Denkens« (ebd.) und des desolaten Zustands der öffentlichen Finanzen in der Weimarer Republik Möglichkeiten boten, die Definitionsmacht sowohl für die Identifizierung von sozialen Problemlagen als auch für deren »Lösung«, nämlich die Ausgrenzung und letztlich Vernichtung der »Minderwertigen«, zu gewinnen.

Die Unterschiede zwischen der Eugenik, »die den politisch motivierten Rassismus ablehnte« (381), und der rassistischen Rassenhygiene seien allerdings nicht überzubewerten, da die Übergänge zwischen beiden fließend und von politisch-taktischen Kalkülen abhängig gewesen seien; kenntlich daran, daß beide Strömungen von Anfang an durch zwei Vorgehensweisen bei der »wissenschaftlichen Steuerung menschlicher Fortpflanzung« bestimmt waren: die selektionistische oder auch »darwinistisch-populationsgenetische«, welche auf die Umgestaltung gesellschaftlicher Institutionen im Sinne ihrer eugenischen Effizienz abzielte, sowie die »humangenetisch-klinische«, die an individuellen Eingriffen zur Vermeidung von erblichen Krankheiten ausgerichtet war (vgl. 23f.). Im Nationalsozialismus habe die selektionistische Vorgehensweise Vorrang besessen, da sozial-technologisch orientiert und staatliche Sanktionierung voraussetzend. Heute habe das populationsgenetische Modell keine Bedeutung mehr, da es durch die Beteiligung der Rassenhygiene an Zwangssterilisation und »Euthanasie« diskreditiert und in demokratischen Gesellschaften auch nicht durchsetzbar sei. Deshalb könne die Humangenetik, obgleich eugenische Utopien in sich bergend, diese kaum verwirklichen, da ihr hierzu die Legitimation fehle. Die Gefahr bestehe vielmehr darin, »daß die gerade erreichte öffentliche Kontrolle der Forschung und ihrer praktischen Umsetzung wieder ihrer Wirkung beraubt wird, weil uns mit der Nachfrage nach neuen Techniken«, die in der Überschrift des Schlußabschnitts als »individuelle« gekennzeichnet wird, »die Fähigkeit zur Reflexion auf die Wertbezüge verlorengegangen ist, die es uns erlauben, der Realisierung der eugenischen Utopien durch unser eigenes Verhalten zu widerstehen« (684). Dieser Schlußatz drückt eine gewisse Hilflosigkeit angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Gentechnologie aus (hingewiesen sei hier auf das von der EG initiierte Forschungsprogramm »Prädiktive Medizin«; s. Bundestagsdrucksache 11/3555) und vermag gesellschaftstheoretisch kaum zu überzeugen. So richtig es ist, daß heute präventive Strategien den Subjekten mittels Selbstkontrolle aufgeherrscht werden, so ist dies lediglich die eine Seite dieser Maßnahme. Einbezogen werden sollte, daß bei der Ermittlung und Erfassung der Subjekte diese als Bündel von Risikofaktoren im Fahndungsraster der Humangenetik dekonstruiert werden.

Uwe Bosum und Walter Grode (Hannover)

**Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation.** Juventa Verlag, Weinheim, München 1987 (243 S., br., 34,- DM)

Seit Mitte der siebziger Jahre steigt hierzulande die Zahl der statistisch erfaßten rechtsextremistischen Gesetzesverletzungen. Diese Entwicklung wird von Heitmeyer nicht als ein Verzweiflungsverhalten, um die legal kaum erreichbare öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen, interpretiert. Er teilt statt dessen die Auffassung, daß

vor dem Hintergrund veränderter sozialer und politischer Bedingungen die Aktivisten im rechtsextremen/organisierten Spektrum Ermunterung erfahren, »die als Schubkraft wirkt« (11). Die mittlerweile schon öffentlich geforderte Revision des Umgangs mit dem nationalsozialistischen Erbe, vorgetragen im Rahmen des sogenannten Historiker-Streits und von nicht-rechtsextremistischen Medien verbreitet, läßt darauf schließen, »daß bisher geltende politische und moralische Standards ins Wanken geraten« (9). Rechtsextremistische Orientierungen zeichnen sich dadurch aus, »daß sie Elemente eines gesellschaftlichen Gegenentwurfs enthalten zu den theoretisch formulierten, aber praktisch keineswegs vollständig eingelösten Verheißungen demokratischer, aufklärerischer Politik mit den Elementen des Vernunftpotentials, der Freiheit des Individuums, vor allem der Gleichheit der Menschen« (15). Kernbestandteile rechtsextremistischer Ideologie sind die Idee von der Ungleichheit der Menschen und die Gewaltperspektive bzw. Gewaltakzeptanz im politischen Verhalten (16). Heitmeyer geht davon aus, »daß die in manchen Orientierungsmustern von Jugendlichen aufscheinende Affinitäten oder Zustimmungen gegenüber rechtsextremistischen Ideologemen als Kristallisationen von Gesellschaftsbildern aufzufassen sind, die in zentralen politischen und sozialen Bereichen der Gesellschaft entstehen und nicht an ihren Rändern« (10). Er versucht zu dokumentieren, inwiefern Jugendliche Unsicherheiten, Interpretationsschwierigkeiten und Widersprüchlichkeiten zeigen, wenn sie mit entsprechenden Ideologiefragmenten konfrontiert werden (105).

Heitmeyer diskutiert theoretische Vorstellungen der Rechtsextremismus-Forschung und Ergebnisse der empirischen Jugendforschung. Er entwickelt ein sozialisationstheoretisches Untersuchungskonzept, das »auf die Frage nach der Identitätsentwicklung von Jugendlichen« (22) konzentriert wird. Auf Grund seiner empirischen Befunde gelangt er zu der Einschätzung, daß »die soziale Ausgrenzung vom Ausbildungsplatz nicht quasi automatisch mit einer Übernahme des autoritär-nationalisierenden Orientierungsmusters verbunden sein muß«, daß auch Jugendliche, »die in sozial akzeptierten und in von ihnen selbst als zufriedenstellend empfundenen Handlungsbedingungen und Interaktionskontexten leben, eine Nähe zu den als problematisch angesehenen Orientierungsmustern aufweisen. Dies deutet auf die gesellschaftliche Verankerung solcher Orientierungsmuster hin und zeigt, daß sie keine Sonderform für Deprivierte darstellen« (188). Jugendliche Lebensläufe zeigen eine Entwicklungsoffenheit, die keine Prognosen für die Orientierung einzelner auf rechtsextremistische oder andere Milieus zuläßt (191ff.). Heitmeyer kritisiert die theoretischen Konzepte und die gängige Praxis der Jugendarbeit, die darauf zielt, rechtsextremistischen Orientierungen vorzubeugen. Die organisierten rechtsextremistischen Gruppen spielen »im Bewußtsein von Jugendlichen eine ganz untergeordnete Rolle, die ideologischen Muster dagegen eine bei Teilen der Jugendlichen schon bedeutendere. Die Beschäftigung mit diesen Gruppen schafft allenfalls kognitive Distanz, gelegentlich Neugier, aber kein antifaschistisches Bewußtsein« (220). Anstelle der auf Ereignisse reagierenden und stationären Sozialarbeit propagiert Heitmeyer eine vorbeugende, aufsuchende Sozialarbeit (206). Diese Überlegungen sind Sozial- und Jugendarbeitern nicht fremd. Weiterführende Anregungen, für die Bedarf besteht, werden sie hier nicht finden.

Mangelhaft scheint die Dokumentation des methodischen Rahmens der empirischen Untersuchung. Die Untersuchungsgruppe umfaßt 1257 Schülerinnen und Schüler an Gymnasien, Haupt- und Realschulen im Alter von 16 bis 17 Jahren. Gesamt-, Fach- und SonderschülerInnen, berufstätige und arbeitslose Jugendliche bleiben ausgeschlossen. Das methodische Konzept der Stichprobenauswahl, das

Konzept und die Items des Fragebogens, die methodischen Aspekte der Befragung, die Abhängigkeits- und Unabhängigkeitshypothesen verschiedener Variablen werden nicht mitgeteilt. Die Objektivität, die Zuverlässigkeit und die Gültigkeit der Ergebnisse bleiben unreflektiert. Aus einzelnen Angaben ist zu entnehmen, daß rund 71 Prozent der Befragten den Fragebogen nicht vollständig ausgefüllt haben. Nur 29 Prozent der Befragten wurden in eine Clusteranalyse einbezogen. Ob die Grundgesamtheit (221) die Gesamtgruppe aller Befragten, die SchülerInnen der 10. Klassen nur an den 45 ausgewählten oder an allen Schulen in Nordrhein-Westfalen meint, wird nicht mitgeteilt. Aus der Gruppe der Haupt- und Realschüler wird schließlich eine Zufallsstichprobe gezogen, »die hinsichtlich der Bedeutungs- und Begründungsaspekte ausgewertet wurde« (221). Für jede der fünf clusteranalytisch differenzierten Gruppen wurde dann gezielt jeweils ein/e Vertreter/in ausgewählt, um das Kurzporträt zu erstellen (117 u. 221). Gründe für die Aufhebung des Zufallsprinzips, für die gezielte Auswahl von Probandengruppen und sogar von einzelnen Personen und die zu vermutende Verzerrung der Ergebnisse werden nicht reflektiert. Soweit ersichtlich, lassen die Items des Fragebogens eine statistische Auswertung auf dem Nominalskalenniveau zu. Einzelne Items mögen sogar die Bedingungen für eine Ordinalskalierung erfüllen. Dennoch präsentiert Heitmeyer arithmetische Durchschnitte, für deren Berechnung auf metrischem Skalenniveau die Voraussetzungen nicht erfüllt sind (222ff.). Das SPSS-Programmpaket und die Rechenanlage, mit deren Hilfe die erhobenen Daten verarbeitet wurden (223), reflektieren die methodischen und logischen Bedingungen und Voraussetzungen statistischer Berechnungen natürlich nicht. Wenn die EingabeprozEDUREN korrekt erfolgen, produzieren sie einen Output. Ob die jeweiligen Berechnungen wissenschaftlich sinnvoll und zulässig sind, muß der Forscher selbst wissen.

Jürgen Lichtenberger (Bielefeld)

**Breyvogel, Wilfried, und Heinz-H. Krüger (Hrsg): Land der Hoffnung — Land der Krise. Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900-1987.** J.H.W. Dietz Verlag, West-Berlin, Bonn 1987 (281 S., br., 30,- DM)

Ziel des Buches ist es, der historischen Entwicklung der Jugend im Ruhrgebiet seit der Jahrhundertwende nachzugehen und die vielfältigen Kulturen, Subkulturen und Gegenkulturen von Jugendlichen nachzuzeichnen. Analysiert werden die Geschichte der Arbeiterjugend seit 1900, das Zusammenkommen von Heimischen und Fremden (das in diesem industriellen Ballungsraum die geschichtliche Tradition einer Dauer-spannung hat) und die jugendlichen Gegenkulturen aus bürgerlichem Milieu (vom Wandervogel bis zur Friedensbewegung). Methodisch wählen die AutorInnen den Blick »von unten« in Form von Interviews, regionalen Zeitrecherchen, Fotos (davon zeugen ca. 200 Abbildungen) und Archivmaterial. Das Buch ist mit seinen 30 Beiträgen nicht nur Dokumentationsband, sondern auch Ausstellungskatalog zu einer gleichnamigen Ausstellung.

Die Beiträge lassen sich grob in zwei Blöcke gliedern: die Zeit von 1900 bis zum Ende des Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit. Die Zeit bis zum Faschismus ist im Ruhrgebiet nach Brüggemeier und Zimmermann (24-34) die Zeit des Bergbaus. Für die Jugendlichen war die Arbeit unter Tage eine Möglichkeit, frühzeitig Erwachsenenrechte zu erlangen durch den vollen Einsatz ihrer körperlichen Kraft. Mit der schrittweise Systematisierung und Reglementierung der Ausbildung und der damit einhergehenden Trennung von jüngeren und älteren Bergleuten wurde in den zwanziger Jahren die Solidarität von Jugendlichen und Erwachsenen erschwert. Die Zeit des Faschismus ist anfangs von den Jugendlichen als Möglichkeit gesehen worden, aus den autoritär familiären Verhältnissen auszubrechen, doch mit der expan-

dierenden Rüstungsindustrie und einer veränderten Lebensform der Bergarbeiter entstand eine Aversion gegen den Dienst in der Hitlerjugend. Breyvogel (50-61) berichtet über die erste Jugendbewegung der Wandervögel im Ruhrgebiet, in deren Alltagskultur sich politische Ansprüche mit Freizeitaktivitäten für Jungen und Mädchen verbanden. Parallel dazu entwickelte sich die Jugendbewegung der Altwandervögel, die bald Mädchen aus ihrem Jugendverband ausschlossen und im Gegensatz zu den Wandervögeln militärischen Drill in ihre Freizeitaktivitäten aufnahmen. Die Altwandervogelbewegung mündete mit dem Beginn des Nationalsozialismus in die nationalsozialistische Jugendbewegung. Über Jugendopposition im Dritten Reich und ihre Transformation in die »Ohne-Mich-Bewegung«, die sich gegen die Wiederaufrüstung in den fünfziger Jahren richtete, berichtet Arno Klönne (140-151). Skizziert wird die Jugendbewegung der Edelweißpiraten, die zu Beginn der dreißiger Jahre an die Tradition des Wandervogels (Neuroth) anknüpften und während des Faschismus ihre Existenz als eigene Jugendkultur bewahrten. Nach dem Zweiten Weltkrieg flossen Stilelemente der Edelweißpiraten in die »Freie Deutsche Jugendbewegung« ein. Für die Zeit nach 1945 werden jugendliche Musikkulturen (H.-H. Krüger, Peter Kuhnert), der Wandlungsprozeß von Halbstarken der fünfziger zu den Rockern der sechziger/siebziger Jahre (H.-J. v. Wensierski), die ästhetische Kultur des Graffiti (Frank Krispin) und der Weg der Frauenbewegung im Revier (I. Ketschau; E. Nysen) nachgezeichnet. Nach Wensierski (172-186) sind die Halbstarken Vorreiter eines neuen jugendkulturellen Selbstbewußtseins, das aber von der heraufziehenden Konsumgesellschaft als Trendsetter eingefangen wird. Die Subkultur der Rocker seit Beginn der sechziger Jahre, aus denen viele Jugendstile hervorgingen (Easy-Rider, Fußball-Fan-Clubs), drückte das Spannungsverhältnis von Macht und Ohnmacht aus: einerseits ihr aggressiver Widerstand gegen staatliche Autoritätsansprüche und andererseits ihre gesellschaftliche Ohnmachtsstellung als Jugendliche der Unterschicht.

Der Band hat trotz seiner eindrucksvollen Dokumentationen und Analysen kleine Mängel. Der Blick ist zu sehr auf expressive Jugendkulturen gerichtet, so daß »angepaßte« und »normale« Jugendliche in den Hintergrund rücken. Mit Ausnahme von zwei Aufsätzen wird über Jugend hauptsächlich in der Perspektive männlicher Jugendlicher geschrieben. Zwar finden sich Bemühungen, den einen oder anderen Satz über Mädchen einzuflechten, jedoch erinnert das mehr an eine Pflichtübung.

Jutta Ecarius (Wuppertal)

**Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Die ergraute Gesellschaft. Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit Bd. 71. Selbstverlag Deutsches Zentrum für Altersfragen, West-Berlin 1987 (537 S., br., 11,- DM)**

Menschen scheinen für Politik und Wissenschaft in der Jugend und Erwerbstätigkeit, nicht aber im vorgerückten Alter interessant zu sein. Auch für die politische Linke sind die neue Formation der »jungen Alten« (Frühergeständler) und auch die »alten Alten« bisher kein Thema. Die Geringschätzung der Potentiale (und Beschwerden) einer Lebensphase, die angesichts der in diesem Jahrhundert gesteigerten Lebenserwartung 20 bis 30 Jahre (»die gewonnenen Jahre«) ausmachen kann, spiegelt die herrschende Ausblendung von Lebensbereichen wider, die nicht Lohnarbeit oder Vorbereitung darauf ist. Nun werden die über 60jährigen im Jahr 2000 ein Viertel und in 40 Jahren über ein Drittel der Bevölkerung und fast die Hälfte der Wahlberechtigten darstellen — Resultat eines vorerst unumkehrbaren demographischen Prozesses auf Grund des generativen Verhaltens der Bevölkerung (starker Rückgang der Geburtenzahlen bei steigender Lebenserwartung). Spannender als die



Quantitäten sind die zu erwartenden qualitativen Veränderungen einer »ergrauenden Gesellschaft«. In den Beiträgen des Readers, einem Tagungsband zu den sozialen Fragen des demographischen Umbruchs in der Bundesrepublik, werden zum einen negative Prognosen zur zunehmenden Alters»last« bei den Renten und bei der Versorgung Pflegebedürftiger diskutiert. Ist die Alterspopulation zwar unverzichtbar als Konsumentengruppe, aber eine untragbare Last für das Sozialleistungssystem (Dieck, 322)? Solchen Fragen stehen zum anderen Einschätzungen gegenüber, wonach die Bevölkerungsentwicklung »beherrschbar« und die soziale Sicherung finanzierbar bleibt (allerdings durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit). Optimistische Szenarien finden Entfaltungsspielräume innerhalb von Freizeit und Stadt-Kultur, in nachberuflicher Eigenarbeit und im Engagement in »kleinen Netzen«, sehen sich gleichzeitig aber in sozialpolitischer Funktionalisierung »ehrenamtlichen« Helfens verstrickt.

Ein gesellschafts- und sozialpolitischer Stellenwert der Altersphase liegt im »Lupen-Effekt« des Alters: Im Alter sind sowohl die Privilegierungen als auch die Deprivierungen des gesamten individuellen und kollektiven Lebens wie in einem Brennglas zusammengefaßt (C.W. Müller, 451). Benachteiligungen der Alten schlugen bisher kaum in kollektive Aktionen um, die Bildung von Interessengemeinschaften ist steckengeblieben — denn Alte haben, nur weil sie alt sind, nicht schon die gleichen Interessen (Tews, 171). Schlagworte von der »Revolution der Alten« sind publizistischer Unfug. Politik und Sozialpolitik für die Alten wurde bisher von Jüngeren, nicht von den Alten selbst betrieben.

Das politische Verhalten der Alten-Generationen in der Geschichte der Bundesrepublik, gemessen am Wahlverhalten und an Einstellungsskalen, wurde bisher als »Alters-Konservatismus« beschrieben. Strittig ist, ob dieser Konservatismus ein ehernes Gesetz des Älterwerdens (Lebenszyklus-These) oder Resultat der Sozialisation der gegenwärtig Alten in Kaiserreich und Weimarer Republik und aus den Erfahrungen von Elend und Not in den Weltkriegen ist (Kohorten- bzw. Generationsthese, mit der politische Apathie und ein reduziertes Anspruchsniveau gerade sozial benachteiligter Alter und unkritische Lebenszufriedenheit der besitzenden und saturierten Alten erklärbar werden könnte). Die Auflösung kirchlicher und klassengeprägter Bindungen der kommenden Altengenerationen kündigt eher flexiblere politische Wahlentscheidungen und zunehmende politische Offenheit an. Schon jetzt stellen Politologen eine wachsende Sensibilität in der alten Bevölkerung bei aktuellen politischen Streitfragen wie der Kernenergie und Friedensbewegung fest. Solche Einstellungsveränderungen führen auch in der Kernklientel der CDU zu wechselnden Wahlentscheidungen, von der zunächst die etablierte Oppositionspartei, die SPD, profitiert (Bürklin, 123). Eine »latente Altenmacht« drückt sich darin aus, daß die Alten als Wähler wenig festgelegt und somit wirkungsvoller sind (Tews, 184). Über die Rolle passiver Sperrminoritäten hinaus können zukünftige, anders sozialisierte Altengenerationen, so wird vermutet, Träger neuer Bewußtseinsformen und Lebensstile werden. Indikatoren dafür sind ein gesteigertes Bildungsniveau, verbesserte Gesundheit und materielle Absicherung bei einer größeren Zahl Älterer als bisher, lebenslang erprobte neue Lebensweisen (Trend zur Singularisierung) und die Ausübung mehrerer Rollen im Leben (Berufswechsel, Fortbildungen/Umschulung, räumliche Mobilität), der Abschied von der standardisierten Normalbiographie, die »Feminisierung des Alters« (höhere Lebenserwartung v.a. der Frauen). Diese strukturellen Rahmenbedingungen bei gleichzeitig quantitativ hohem Altenanteil sind historisch einmalig. Nach Rosenmayr (476) bergen ein verlängertes Leben und neue Lebensweisen Chancen für Reflexion und Kreativität, für ein »entfaltetes Mensch-

sein«, das sich gerade bei den Älteren in einem wachsenden Verantwortungsbewußtsein für die Erhaltung von Mensch und Natur ausdrückt (484).

Bisher hat nur Lothar Späth das Thema »Altern als Chance und Herausforderung« zum Thema eines Zukunftskongresses einer Landesregierung gemacht. Dagegen sind die heutigen Kämpfe der sozialen Bewegungen bemerkenswert reaktiv und (im Zukunftsaspekt) geschichtslos. Der Reader ist ein Steinbruch an Material für die Entwicklung prospektiver Lebens- und Politikentwürfe. Fred Karl (Kassel)

**Karl, Fred: Alte Menschen im Stadtteil.** Gesamthochschule Kassel. Kasseler Gerontologische Schriften Bd. 8, Kassel 1989 (580 S., br., 15,- DM)

Der Autor untersucht im Rahmen eines Forschungsprojektes »Zugehende stadtteilorientierte Beratung älterer und alter Menschen« die Lebensverhältnisse »alter Menschen im Stadtteil«, insbesondere in Industrieregionen. Ausgangspunkt dieser Forschungen ist die sowohl in der wissenschaftlichen Literatur wie in der sozialen Praxis vielfach getroffene Feststellung, daß die Nutzung sozialer Dienste mit niedrigerem sozialem Status sinkt. In der Altenarbeit bedeutet dies, daß diejenigen Personen, für die Information und Beratung, offene Altenarbeit und Bildungsangebote gedacht sind, diese Angebote nicht in Anspruch nehmen. Eine geringe Nachfrage kann aber nicht als mangelnder Bedarf, ein hohes Angebot nicht als ausreichende Altenhilfe angesehen werden. Bedarf und Versorgungsrealität sind — so Karl — durch eine »globale Schiefelage« gekennzeichnet. Zu vermuten ist, daß das bestehende Angebot ein eigenes Klientel aussucht und nicht die Nachfrage seitens des Klientels die Struktur des Angebots prägt — dies übrigens eine der wesentlichen Feststellungen ebenfalls bei der Frage der ungleichen medizinischen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Diejenigen, die nicht über entsprechende materielle oder immaterielle Ressourcen verfügen, drohen später, unter anderen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen einem institutionellen Zugriff anheim zu fallen.

Vor dieser bekannten Situation hat Karl einen Zugang gewählt, der die bisherige Praxis der Altenarbeit umkehrt: einen »zugehenden« Ansatz mit dem Ziel, durch eine veränderte Form des Angebots die potentiellen Nachfrager trotz bestehender und normierender Problemzuschreibungen als autonome Subjekte anzuerkennen und zu respektieren. Den Zugang zu den bedürftigen älteren Personen eröffneten der den sozialen Einrichtungen der Kommune und der Kirchen bekannte Personenkreis sowie eine repräsentative Stichprobenauswahl. Die Stichprobenauswahl verlief nach standardisierten Kriterien, um abzuschätzen, ob finanzielle Probleme, gesundheitliche Einschränkungen, Anzeichen sozialer Isolation sowie weitere Defizitmerkmale vorlagen. Dieses klassische Verfahren sozialwissenschaftlicher Feldforschung — so argumentiert Karl mit Recht — macht die Adressaten allerdings zu Objekten der Forschung. Die entsprechenden Erhebungen sind Momentaufnahmen, die ganzheitliche Lebenslagen in einzelne Variable aufspalten. Durch diejenigen, die die Befragung verweigern oder die — immer wieder — nicht angetroffen werden, werden die Ergebnisse erheblich verfälscht. Bei Altenbefragungen sind Ausfallquoten von 25 bis 60 Prozent üblich. Auf diese Weise wird der Untersuchungsgegenstand gerade in den wichtigen Fragen der Schichtzugehörigkeit, der Altersgruppen und des Gesundheitszustandes verfehlt. Der besondere Beitrag der Arbeit Karls besteht darin, daß die klassischen Defizite gerontologischer Forschungspraxis durch »zugehende Altenarbeit« aufgebrochen wurden.

Die nach verschiedenen Dimensionen von Lebensbereichen vorgenommene empirische Auswertung der Altenbefragung im Stadtteil belegt die Verknüpfung der Lebenslageaspekte Wohnen, soziale Kontakte, Gesundheit und des Informations-

niveaus. Mittels bi- und multi-variater Analysemethoden werden die relevanten, statistisch signifikanten Korrelate der genannten Dimensionen herausgearbeitet. Der gesundheitlichen Situation, nicht dem kalendarischen Alter, kommt die stärkste Prädiktorfunktion bezüglich des Verhaltensumfangs und risikohafter Problemakkumulation zu. In allen Auswertungsstufen wird deutlich, daß ältere Frauen von schlechteren Lebensbedingungen besonders betroffen sind.

Sowohl im Rahmen des Gesamtprojekts als auch in der Einzelarbeit wurden Forschung und soziale Altenarbeit integriert: Die Befragung erfolgte im Rahmen langfristiger angelegter Kontakte zwischen der Projektgruppe und den Älteren im Untersuchungsfeld. Vor diesem Hintergrund diskutiert Karl seine Ergebnisse an Hand der gerontologischen Theoriediskussion. Hier offenbart sich der Gewinn einer relativ offenen Strukturierung der Arbeit. Eine vorherige theoretische Ableitung und enge Konzeptualisierung hätte bedeutet, sich für einen in der sozialen Gerontologie konkurrierenden Ansatz entscheiden und in der Folge das empirische Material der Fragestellung entsprechend anpassen zu müssen. Es ist jedoch unabdingbar, daß sich diejenigen, die sich wissenschaftlich und praktisch mit alten Menschen befassen, der Art des eigenen Praxisbezuges und weltanschaulicher Hintergründe bewußt zu werden haben. Denn alle Zielvorstellungen in der Altenhilfe wie in der Gerontologie — seien es Aktivitäts-, Disengagement-, Kontinuitäts- oder Kompetenzansätze — folgen bestimmten Vorstellungen darüber, was Alter und Altern bedeutet und wie sich Alter und Altern für einzelne Gruppen und Menschen auswirkt. Das hier verfolgte alternative und in gewissem Sinne spezifische Kasseler Konzept zugehöriger Altenarbeit bezieht sich hingegen auf mehrere Ansätze: der sozialpolitische Ansatz, den sozial benachteiligten und in der Altenarbeit vergessenen Problemgruppen unter den alten Menschen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, folgt wesentlich dem makrosoziologischen Lebenslage-Konzept. Die auf der Mikroebene zu leistende Informations-, Beratungs-, Bildungs- und Motivierungsarbeit erfordert jedoch, interventionsgerontologische Perspektiven aufzugreifen. Es müssen folglich gesamtgesellschaftlich-strukturelle Makroansätze und Theorien zusammengebracht werden, die den »subjektiven Faktor« sowie die soziale Realität konstituierende Interaktion auf der Mikroebene darstellen.

Karls Arbeit zeichnet sich dadurch aus, daß der Realitätsbezug sozialwissenschaftlicher Forschung greifbar wird. Realitätsbezug deshalb, weil die Arbeit nicht primär der wissenschaftsinternen Diskussion dient, sondern der Aufklärung eines außerordentlich relevanten und bislang vernachlässigten sozialen Feldes. Diese Aufklärungsarbeit wird allerdings in einem zweiten Schritt für die wissenschaftsinterne Diskussion fruchtbar gemacht, um auch hier auf neue Art realitätssetzend zu wirken. Die Arbeit besticht durch ihren interdisziplinären Ansatz, durch die Integration und Rückkoppelung von Theorie und Praxis und ihre umfassende Durchführung und klare Präsentation: demographische, sozialwissenschaftliche, medizinsoziologische, psychologische Aspekte werden berücksichtigt und verarbeitet. Durchweg spürbar ist ein großes Engagement für »die Alten im Stadtteil«.

Die Arbeit — eine Kasseler Dissertation — wurde mit dem Georg Forster Preis 1988 des Kasseler Hochschulbundes ausgezeichnet. Alfons Labisch (Kassel)

## Erziehungswissenschaft

**Keim, Wolfgang (Hrsg.): Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus. Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft. Peter Lang, Frankfurt/M. 1988 (253 S., br., 39,- DM)**

Jüngste Mißgriffe unserer obersten politischen Repräsentanten im Bereich deutscher Zeitgeschichte machen das Buch zu einer zwingenden Lektüre. Gefragt ist nämlich, warum jene Generation, der die dubiose »Gnade der späten Geburt« zuteil wurde, sich offenkundig mit dem Wesen der faschistischen Verbrechen nicht hinlänglich hat auseinandersetzen können, denn jene böse Verwirrung bezüglich des Holocaust steht bekanntlich nicht vereinzelt; weitere schlimme Auslassungen unserer politischen Führungskader sind bekannt. Mithin formuliert sich die Frage: Was ist in der deutschen Nachkriegserziehung sträflich vernachlässigt worden, daß im Bewußtsein mancher etwa 50jähriger Menschen jede Sensibilität für die zur Bewährung zugelassene deutsche Politik offenkundig mangelt?

Wolfgang Keim, Professor für Pädagogik in Paderborn, der zur eben genannten Altersgruppe rechnet, zeigt auf, daß die Leitwissenschaft der Traditionssicherung — die Pädagogik nämlich — selbst in einem geradezu sträflichen Maße die Aufarbeitung ihrer Vergangenheit versäumt hat und darum auch nur als blinde Kraft in Hinsicht auf die eigene Geschichte zu wirken vermag. Dabei steht zweifellos ein Begriff von Pädagogik im Hintergrund, der durch die Erfahrung des Faschismus sich Herrschaftsverhältnisse generell zu vergegenwärtigen hätte, um dem eigenen emanzipatorischen Ausgangsgesetz gerecht zu werden. Damit erst geriete Pädagogik zu einer Disziplin, die nicht nur einzelnen didaktischen Umständen gegenüber als urteilsfähig berufen ist, sondern auch hinsichtlich gesellschaftlicher und politischer Bildungsprobleme zur Expertenschaft vorankäme.

Das Buch hat einen solchen Ansatz im universitären Bereich exemplarisch vollzogen. Ein Vortragszyklus in Paderborn dokumentiert der Öffentlichkeit zunächst, wie wenig bisher die bundesdeutsche Erziehungswissenschaft sich der Aufgabe angenommen hat, ihre eigene Geschichte ideologiekritisch aufzuarbeiten. So ist die Kontinuität zwischen Weimarer Republik, offenem Faschismus und bundesrepublikanischer Wirklichkeit bisher nicht eingehend erforscht, sondern eher verdrängt, weil führende Professoren der Pädagogik in den genannten drei Perioden deutscher Zeitgeschichte auf Ordinariaten verblieben, ohne offenzulegen, wie sich dies mit ihrer Identität, ihrer geschichtlichen Verantwortung und ihrem Wissenschaftsverständnis vereinbaren ließ. Hinzu kommt, daß jene dem geisteswissenschaftlichen Lager zuzurechnenden Gelehrten als bedeutendste Förderer der Pädagogik bis heute weitgehend gelten, während die kritische Pädagogik seit der Weimarer Republik sich nur schwer vernehmen läßt, weil sie nicht in die öffentliche Auseinandersetzung einbezogen wurde.

Der Herausgeber eröffnet den Sammelband mit einer kritischen Bestandsaufnahme. Er belegt, unter welchen zum Teil schmählichen Umständen Rücksichten genommen wurde, Opportunismus obwaltete und damit die notwendige Klärung unterbunden wurde, aus der allein die Pädagogik sich als kritische Wissenschaft hätte neu begründen können. Der Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl zeigt auf, daß die Erziehungswissenschaft gut beraten wäre, wenn sie die vorliegenden Faschismustheorien in die pädagogische Grundreflexion einbezöge. Karl-Christoph Lingelbach arbeitet heraus, welche methodischen Probleme sich ergeben, wenn traditionelle Grundbegriffe der Pädagogik als Kategoriengefüge für eine mögliche faschistische »Unpädagogik« genutzt werden sollen. Adalbert Rang prüft, wie zwei exponierte

Pädagogen — Spranger und Flitner — im Jahre 1933 auf die Machtergreifung der Faschisten reagieren. Arno Klönne zeigt die bisherigen Ansätze über die Jugend im NS; solche lebensgeschichtlichen Anfragen werden von Bruno Schonig und Lutz van Dick fortgeführt. Sieglind Ellger-Rüttgardt weist auf die mangelhafte Erforschung der damaligen Hilfsschule durch die heutige Behindertenpädagogik hin. Rainer Lehberger stellt ein regionales Projekt in Hamburg vor, Hildegard Feidel-Mertz erinnert an die verdrängten Pädagogen 1933-1945 und Jan Hellwig untersucht das Schulwesen in Polen während der deutschen Okkupation. Von Manfred Weißbecker wird die einschlägige Forschungslage in der DDR referiert, und Klaus Himmelstein beendet den Band mit seinem konsequenten Beitrag über Neofaschismus in der Bundesrepublik als Problem der Erziehungswissenschaft.

Der vorzüglich gestaltete und bibliographisch reich unterlegte Text bietet einen Diskussionsbeitrag, von dem nur zu hoffen steht, daß er in den pädagogischen Seminaren unserer Hochschulen gebührende Aufmerksamkeit findet. Will Pädagogik nicht völlig ins historische Abseits geraten und damit unverantwortlich handeln, so sind die erörterten Probleme aufzugreifen, da sie die defizitäre Erkenntnislage der westdeutschen Pädagogik präzise bestimmen. Hans-Jochen Gamm (Darmstadt)

**Rutschky, Katharina: Deutsche Schul-Chronik. Lernen und Erziehen in vier Jahrhunderten.** Kiepenheuer & Witsch, Köln 1987 (240 S., br., 18,80 DM)

Diese Sammlung stellt das 6. und 7. Kapitel der großen gebundenen Ausgabe zur Deutschen Kinder-Chronik, Wunsch- und Schreckensbilder aus vier Jahrhunderten, von 1983 dar. Sie empfiehlt sich in dieser handlichen Fassung zur Lektüre, ihres unverfälschten dokumentarischen Wertes willen sowie der kurzen Kommentierung und übersichtlichen Gliederung wegen. Der Leser braucht dieses Buch im übrigen auch nicht von vorn nach hinten zu lesen, er kann überall einsteigen. Auch wenn er nur einiges überfliegt, wird er etwas spüren von den gewalttätigen Vorstellungen, den hoffnungsfrohen Erwartungen, den kaschierten Konflikten und den verdrängten Fragen, die unser Bild von Schule, Schulzwang und Lernen, von Lehrpersonen, Schülersitten und Kinderarbeit, von sozialem Aufstieg und geschlechtlicher Ungleichheit bestimmen. Rutschky bevorzugte als Quellen für ihre Auswahl Autobiographien — ein oft zu Unrecht für die »Geschichtsschreibung der Erziehung in praktischer Absicht« (240) abgewertetes Genre, weil es in seiner subjektiven Authentizität die allgemeinen Unverhältnismäßigkeiten des Schul-Systems zeigt. Den Textausschnitten sind Ort und Jahr vorangestellt sowie ein thematischer Titel, nicht die AutorInnen, sie lassen sich allerdings auf Grund eines durchnummerierten Literaturverzeichnisses leicht und präzise ermitteln, so sind auch für ein Weiterstudium die besten Voraussetzungen gegeben. Das Buch ist eine Fundgrube für Beispiele aus betroffener Perspektive, wie es so schön heißt. Die Interpretation entsteht zwischen den Texten, was auch ein Vorzug und insgesamt das Lesevergnügen der besonderen Art der Zusammenstellung Rutschkys ausmacht. Ein kleines Muster: »Preußisch-Friedland, um 1794: Da ich noch nicht lesen konnte, wurde ich in die Vorschule gebracht, welche von einer mehr als siebzig Jahre alten Frau gehalten wurde ... die Alte sprach wenig, machte ein Kind Fehler, so schob sie ihr Spinnrad vor Seite, kippte mit einer Hand das Kind über den Schoß, hob mit der andern den Rock in die Höhe, ergriff die Kelle oder Rute und bearbeitete nach Gutdünken das Sitzfleisch. Dann kam ein anderes Kind an die Reihe, bis man durch war.« (49) Im einleitenden Kommentar zum Kapitel, dem ich dieses Beispiel entnahm, schreibt Rutschky u.a.: »Vielleicht kann man sagen, daß die Schule, fußend auf der Idee der Erziehung, siegte, weil sie Ordnung schuf zwischen den Generationen ...« (44). Das könnte heißen, aus der Sicht der

alten Frau, der Vorschullehrerin, sieht dasselbe anders aus; hat derjenige etwa nicht lesen und schreiben gelernt? Der Text beweist es doch — und wir erkennen sofort diese Macht-vollen Umkehrungen.

Christian Mürner (Hamburg)

**Schlung, Franz H.: Sozialgeschichte des Schulwesens in Hessen-Kassel.** Omega Verlag, Kassel 1987 (233 S., br., 29,80 DM)

Schlung unternimmt den Versuch einer Sozialgeschichte des Schulwesens der Region Hessen-Kassel, die 619 Jahre lang ein eigenständiges Staatsgebilde war. Er will für den Zeitraum von 813 bis heute die »Ursachen und Auswirkungen« der Schulentwicklung analysieren, »kausale und finale Wechselwirkungen« zwischen der politisch-sozialen und der Entwicklung des Schulwesens aufzeigen und Bezüge herstellen zwischen der Entwicklung in diesem nordhessischen Gebiet und der in Preußen bzw. Deutschland (13). Damit ist ein Anspruch formuliert, der über die Befriedigung des derzeit modernen Interesses an Lokalgeschichte hinausgeht.

Kann über 1000 Jahre Schulgeschichte auf wenig mehr als 200 Seiten befriedigend Auskunft gegeben werden? Kann mehr geboten werden als eine »Institutionenkunde« wie sie Peter Lundgreen in zwei Bänden (Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Göttingen 1980/81) mit dem relativierenden Zusatz »Überblick« vorgelegt hat? Kann auf so wenigen Seiten eine sozialhistorisch orientierte Analyse verbunden werden mit einem (quellengesättigten) Einblick in die Schulwirklichkeit? Ich weiß es nicht. Gelungene Versuche sind mir nicht bekannt.

Schlung zeichnet die Entwicklung von den ersten deutschen Klosterschulen über Parochialschulen, höhere Trivialschulen, Stadtschulen, Hofschulen zum heutigen viergliedrigen Schulwesen nach. Er berichtet über den Wandel, den das »höhere« und das »niedere« Schulwesen in Hessen-Kassel durchgemacht haben. Er macht eine Fülle interessanter Quellen zugänglich. Mit Interesse (und schmunzelnd) habe ich beispielsweise die Klagen über mangelnde Schuldisziplin gelesen, die in keiner Epoche fehlen. Interessant und aufschlußreich fand ich die Einblicke in die Schulorganisation, den Fächerkanon, die pädagogischen Grundsätze und Lehrbücher des Kasseler Gymnasiums für die Zeit von 1581 bis 1600 (43ff.) oder den gesonderten Abschnitt über das »Mädchenschulwesen« (190ff.). Wichtig für die Einschätzung allgemeiner Aussagen über die Ergebnisse der Schulreform sind meines Erachtens Daten über regionale Entwicklungen, wie sie der Autor im letzten Kapitel (190ff.) vorlegt: In Kassel-Land wurden im Zuge der Bildungsreform flächendeckend Gesamtschulen eingerichtet und, so die Bilanz, »die Ungleichheit der Bildungschancen zwischen Stadt- und Landkindern nahezu aufgehoben« (205).

Gemessen am formulierten Anspruch enttäuscht das Buch. Verallgemeinerungen fallen sehr kurz aus. Interpretationen sind an verschiedenen Stellen spekulativ, zum Beispiel die Auffassung, die Idee der gleichen Rechte sei Ergebnis der Erfahrung mit der Pest, die alle gleich behandelt (63). Dokumente sind nicht durchgängig hinreichend erklärt (z.B. 68f.). Die Bezüge zur überregionalen preußischen/deutschen Schulgeschichte werden erst im letzten Drittel des Buches deutlicher (1866 wurde Hessen-Kassel in den preußischen Staat »integriert«). LeserInnen stehen vor der Aufgabe, die ausgebreiteten Details selbst daraufhin zu überprüfen, ob es sich um eine regionale Besonderheit handelt oder um einen für die allgemeine Schulentwicklung typischen Sachverhalt.

Ich empfehle das Buch lokalhistorisch Interessierten und KennerInnen deutscher Schulgeschichte, die sich zahlreiche »Rosinen« herauspicken können.

Norbert Franck (West-Berlin)

**Schlüter, Anne (Hrsg.): Quellen und Dokumente zur Geschichte der gewerblichen Berufsbildung von Mädchen.** Böhlau Verlag, Köln 1987

(348 S., Ln., 96,- DM)

Der Band enthält 70 Dokumente aus dem 19. und 20. Jahrhundert, die sich mit Fragen weiblicher Berufsbildung im und für den gewerblichen Bereich der Wirtschaft befassen; ausgeklammert werden kaufmännische, hauswirtschaftliche, landwirtschaftliche und berufsschulische Ausbildungsformen für Mädchen und die Lehrerinnenbildung.

Schlüter begründet in der Einleitung sachkundig ihre Konzentration auf den Teilbereich des gewerblichen Lehrlingswesens für Frauen und zeigt, wie dessen Institutionalisierung eingebunden war in die zeitgenössischen ökonomischen, ideologischen, rechtlichen, sozialen und politischen Prozesse. Der besondere Reiz der Einleitung besteht darin, daß sie die geschlechtsspezifische Aufgabenzuweisung und die historisch wechselnden Phasen des Ausschlusses, der Einschränkung und der Öffnung der (gelernten) Frauenerwerbsarbeit als Resultat eines je spezifischen Zusammenspiels eben dieser Prozesse darzustellen vermag: »Die Benachteiligung von Frauen als gering entlohnte und manövrierfähige Masse von Arbeitskräften kann historisch verstanden werden als Folge einer Verhinderungspolitik, die den Zugang zu sicheren oder den Aufstieg zulassenden Arbeitsplätzen erschwerte.« (10)

Der Quellenband, dessen Einleitung eine Fülle von Hinweisen auf benachbarte und weiterführende Literatur und mehrere Querverweise zu anderen Bänden des Quellenwerkes (vgl. *Argument* 159/1986, 746-748) enthält, verdeutlicht nicht nur die Ausbildungsmisere, die »vielfach beklagten Ausbeutungs- und Mißbrauchsverhältnisse von Mädchen« (14), sondern dokumentiert auch »Öffnungsstrategien«, Pläne, Programme und Initiativen zur beruflichen Emanzipation der Frauen: Das historisch weit ausgreifende Spektrum reicht vom 1866 gegründeten »Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts« über den 1909 ins Leben gerufenen »Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau« bis zu den derzeit praktizierten Förderungsprogrammen zur Berufsbildung von Mädchen im gewerblich-technischen Bereich (»Mädchen in Männerberufe«). Schlüter beschreibt und dokumentiert den langen und beschwerlichen Weg, »der zurückgelegt werden mußte, damit Mädchen auch in 'Männerberufen' ausgebildet werden können«. Sie gelangt zu der um weiteres Engagement werbenden Einschätzung, »daß die Hindernisse, Schranken und Grenzen für berufliches Fortkommen mit einer gewerblich-technischen Ausbildung für Mädchen noch nicht beseitigt sind« (32).

Wer die historischen Wurzeln des geschlechtsspezifischen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes kennenlernen möchte, dem erschließt dieser Quellenband wichtige Zugänge; er ergänzt die umfangreiche Literatur zur Frauenbewegung um die nicht eben unerheblichen Aspekte der beschwerlichen beruflichen Emanzipation insbesondere kleinbürgerlicher und proletarischer Mädchen.

Martin Kipp (Kassel)

## Geschichte

**Grupp, Peter: Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles.** Zur Politik des auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrages. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1988 (320 S., Ln., 64,- DM)

Der Verfasser gehört seit 15 Jahren der internationalen Historikerkommission zur Herausgabe der »Akten zur deutschen auswärtigen Politik« an und ist ein ausge-

zeichneter Kenner der Archivbestände des Auswärtigen Amts. Er stützt sich darüber hinaus auf diverse gedruckte Quellen und eine umfangreiche Literatur. Forschungsergebnisse marxistischer Wissenschaftler nimmt er allerdings nicht zur Kenntnis.

Die vorliegende, streckenweise polemisch angelegte Arbeit ist ein beachtlicher Beitrag zur Diskussion über die außenpolitische Kontinuität Kaiserreich-Weimarer Republik. Grupp untersucht die 14 Monate vom Abschluß des Waffenstillstands bis zur Ratifizierung des Versailler Vertrags, also eine Zeit tiefgreifender außenpolitischer Entscheidungen, die zugleich die Revolution und die unmittelbare Nachrevolutionsphase umfaßt, so daß in ihr neue Tendenzen oder gar ein grundsätzlicher Wandel im Herangehen an zwischenstaatliche Probleme — sofern vorhanden — am sichtbarsten hätten hervortreten müssen. Dabei geht er davon aus, daß die erdrückende Übermacht der Siegerstaaten Deutschland bei der Festlegung der Friedensbedingungen die Möglichkeit versperrte, die alte Machtpolitik fortzusetzen und folglich nur die Betrachtung der außenpolitischen »Nebenschauplätze« Auskunft darüber geben könne, ob sich die junge Republik zu neuen Grundsätzen der internationalen Politik bekannte. Zum engeren Untersuchungsgegenstand macht er deshalb Deutschlands Verhältnis zu den kleineren Staaten (u.a. den ehemaligen Verbündeten und Neutrallen, teils auch zu neu entstandenen Staaten), denen gegenüber es weiterhin als »Großmacht« auftreten konnte.

In drei Kapiteln (Das Auswärtige Amt in der Übergangszeit, Grundlagen und Grundzüge sowie Mittel und Methoden der deutschen Außenpolitik) behandelt er die personelle Kontinuität im Auswärtigen Amt und die damit zusammenhängende Konservierung überholter Denkmuster, die gegenüber den Siegerstaaten defensiven, ansonsten aber weiterhin expansionistischen Zielsetzungen der Wilhelmstraße und ihren unverändert machtpolitischen Stil. Anschließend belegt er mit einer Reihe von »Fallstudien« (Deutschlands Verhalten gegenüber Österreich, Rumänien, der Ukraine, Georgien, Finnland und Litauen), daß die »Exekutoren der alten Politik« nach wie vor an den Schalthebeln saßen, daß es keine Ansätze zu einer grundsätzlichen Wandlung gab, und daß die Abkehr von alten Methoden nur dort erfolgte, wo dies durch harte Realitäten erzwungen wurde. Sinngemäß trifft auch auf andere Bereiche zu, was Grupp über die deutsch-litauischen Beziehungen feststellt: »Unter Verkenning der durch den verlorenen Krieg neu geschaffenen realen Machtsituation wurden, nachdem der erste Schock überwunden war, alte Pläne bis zur Friedenskonferenz ganz massiv weiter verfolgt; aber auch nach der Unterzeichnung des in seiner Härte nicht erwarteten Versailler Vertrags, konnte sich das Auswärtige Amt nicht zu einer grundlegenden Neuorientierung seiner Litauenpolitik aufschwingen, sondern versuchte weiterhin, diese Pläne, zwar in immer bescheidenerem Rahmen, aber grundsätzlich in die alte Richtung zielend, zu verwirklichen« (286). So lautet denn das Fazit der Untersuchung, daß es nirgends einen wirklichen Bruch mit der Außenpolitik der Vergangenheit gegeben habe, sondern — »bei genauerem Hinsehen« — lediglich eine »pragmatische Anpassung an die Umstände der Zeit« (288).

Grupp nähert sich mit seiner Einschätzung dem von Marxisten vertretenen Standpunkt, ohne allerdings auf die von diesen herausgearbeiteten klassenmäßigen Wurzeln der Kontinuität zu verweisen. Immerhin klingen aber in einigen Abschnitten (z.B. über die Wirtschaftsexperten und über den Einsatz des Wirtschaftspotentials) auch in diese Richtung weisende Erkenntnisse an. So heißt es auf Seite 45, daß mit dem Antritt einer aus Bankiers, Großreedern und Elektroindustriellen zusammengesetzten neuen Beratungsmannschaft des Auswärtigen Amts »ein Teil der kaisertreuen Gesellschaft ... einen anderen Teil derselben Gesellschaft ab(löste): Die liberalen Wirtschafts- und Finanzimperialisten (traten) an die Stelle der autokratischen Mili-



tär imperialisten, ohne den Imperialismus als solchen in Frage zu stellen«. In anderen Abschnitten (z.B. über die Außenpolitik im Zeichen eines ideologischen Antibolschewismus) übersieht der Verfasser hingegen die klassenbedingten Zielsetzungen der deutschen Außenpolitiker, die er als ideologielose Pragmatiker hinstellt.

Wolfgang Ruge (Potsdam)

**Bracher, Karl-Dietrich, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft.** Droste Verlag, Düsseldorf 1987 (688 S., br., 36,80 DM)

Die Herausgeber verstehen ihren Sammelband »als Scharnier« zwischen den älteren und jüngeren Gesamtdarstellungen »einerseits und der Fülle an Spezialstudien und der Zeitschriftenliteratur andererseits« (12). Es handelt sich durchweg um Beiträge aus dem akademischen *mainstream*, der wiederum den ideellen Grundkonsens der Bundesrepublik repräsentiert: »Das geschichtliche Erbe der Weimarer Republik, ihre Tugenden und ihr Scheitern [bleiben] stets wirkungsmächtig als Prüfsteine für unsere eigene demokratische Lebenswahrheit« (13). Für alle Autoren steht die in Weimar geschaffene Verfassungsordnung als prekärer Kompromiß zwischen (fast) allen politischen und sozialen Gruppen außer Frage.

Die Beiträge in Teil I behandeln die verfassungsgeschichtlichen und -theoretischen Aspekte der Geburtsjahre 1918/19. Die Geschichte der Republik beginnt mit der Entscheidung für die parlamentarische Demokratie und der Ablehnung der sozialen Revolution in den Novembertagen — das Werk der MSPD unter Friedrich Ebert. Der Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde attestiert Ebert »tiefe demokratische Überzeugung« von der Gleichberechtigung aller Bürger, was eine revolutionäre Nutzung der Gunst der Stunde ausgeschlossen habe. Der Verzicht auf soziale Revolution wurde im sogenannten Groener-Ebert-Pakt am Abend des 9. November im berühmten Telefongespräch zwischen der OHL und dem neuen Reichskanzler fixiert. Die Vorentscheidung zugunsten der verfassungsgebenden Nationalversammlung fiel bereits auf einer Reichskonferenz von Ländervertretern am 25./26. November, und schon am 30. November ordnete der Rat der Volksbeauftragten Wahlen zur Nationalversammlung an. Diese Fakten relativieren die Bedeutung des Rätekongresses vom 16.-19. Dezember, wo die MSPD-Mehrheit die angestrebten Wahlen zur Konstituante bestätigte. Als wesentliche Weichenstellung nennt Böckenförde das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November, das mit den Zugeständnissen des Großkapitals an die Gewerkschaften diese gegen die Rätebewegung einstimmt.

Der soziale Konsens der jungen Republik, repräsentiert durch die »Zentrale Arbeitsgemeinschaft der Unternehmerverbände und Gewerkschaften« (ZAG), zerbrach im Krisenjahr 1923. Die von der Hyperinflation geschwächten Gewerkschaften hatten dem Angriff der Industriellenverbände auf die sozialen Errungenschaften des November 1918 (8-Stunden-Tag) nichts entgegenzusetzen. Umgekehrt hielt sich die rheinisch-westfälische Industrie mit 700 Millionen RM, die Reichsfinanzminister Luther unter Umgehung von Reichstag und Kabinett überwies, für die durch den »Ruhrkampf« entstandenen Verluste schadlos. Wiederbelebungsversuche der ZAG durch den Braunkohleproduzenten Silverberg scheiterten 1926. Zu Beginn der Weltwirtschaftskrise versuchten die Unternehmer-Spitzenverbände zwar noch einmal, mit den Gewerkschaften zu eigenen Konditionen zum Akkord zu kommen. Doch nach den Septemberwahlen 1930 entdeckten die mittelständischen Unternehmer und die bislang über die DVP operierende Schwerindustrie den geeigneten Bündnispartner in der NSDAP. Diese Fakten enthält der Aufsatz des Regensburger Wirtschaftshistorikers Fritz Blaich (»Selbstverständnis und politische Haltung der deutschen

Unternehmer 1918-1930«). Er gehört zu Teil II des Bandes (»Gestaltungskräfte und Entwicklungslinien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft«), wo man — unter Ausparung jeglicher Kapitalismuskritik — einen politik- und sozialgeschichtlichen Überblick findet.

Heinz Hürten (Eichstätt) behandelt mit Verständnis für Noske und Kritik an den »sinnlosen Gewalttaten« seiner Truppen aus Armee und Freikorps die »Bürgerkriege in der Republik« in den Jahren 1918-1920. Klaus Schwabe (Aachen) verfolgt in klaren Linien den Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Rücktritt des SPD-Reichskanzlers Müller 1930. Hervorzuheben sind die Aufsätze zum deutschen Protestantismus bzw. Katholizismus. Das Resümee des Leipziger Kirchenhistorikers Kurt Nowak: »Verweigert haben sich der Faszination der NS-Bewegung die liberale Mitte, religiöse Sozialisten, altkonservative Monarchisten ... und Teile des konfessionellen Luthertums.« (236) Der Bonner Zeitgeschichtler Ulrich von Hehl betont die »strikt verfassungstreue« Haltung des politischen Katholizismus gerade in der Ära Brüning. Koalitionsverhandlungen des Zentrums im Spätsommer 1932 mit DNVP und NSDAP hätten »eine eindeutige Stoßrichtung gegen die Kanzlerschaft Papens« gehabt. (252). Für den immer wieder vermuteten Zusammenhang zwischen der Zustimmung zum »Ermächtigungsgesetz« und dem Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 gebe es bis heute keinen schlüssigen Nachweis.

Daß die Rätebewegung, vor allem da sie des Rückhalts des bolschewistischen Rußland bedurft hätte, nie eine politische Chance gehabt hätte, meint Eberhard Kolb (Köln). Die Rücksichtnahme auf die Westmächte habe die Träger der November-Revolution dennoch keineswegs genötigt, »auf eine konsequente sozialdemokratische Reformpolitik zu verzichten« (283). Nicht von ungefähr bezieht Kolb lediglich auf die versäumte Demokratisierung in Heer und Verwaltung. »Bolschewistische« Experimente hätten die Alliierten mit Besetzung beantwortet. Die Alternative — das Zusammengehen mit Sowjetrußland — wird von Peter Grupp (Bonner Akteneditorengruppe) in seiner Untersuchung über die außenpolitischen Optionen zwischen Waffenstillstand und Versailler Frieden kurz gestreift. Grupp kritisiert die von Brockdorff-Rantzau in Versailles verfolgte Verhandlungslinie als zu starr: einerseits die Fixierung auf die USA (»Wilson-Frieden«), andererseits das Spiel mit der deutsch-russischen Kooperation als Auffangposition. Eine »bessere« außenpolitische Alternative weiß Grupp aber nicht anzugeben. Wesentlich schärfer kritisiert Ulrich Heinemann (Landeszentrale für Politische Bildung in NRW) in seinem Aufsatz über die politisch-psychologischen Aspekte der Kriegsschuldfrage und der Dolchstoßlegende die Position Brockdorff-Rantzaus als »ein Danaergeschenk für die junge Republik«, da sie den »Ausbruch aus dem deutschen Sonderwegendenken« verhindert habe (374). Diese spezifisch »bundesrepublikanische« Deutung des Weges in die deutsche Katastrophe beherrscht die Beiträge in Teil IV, wo es um »Die geistige Situation der Zeit — Tendenzen und Profile« geht. Mit großer Präzision behandelt hier u.a. der Münchner Literaturhistoriker Walter Müller-Seidel das Thema »Literarische Moderne und Weimarer Republik«.

Unter den Beiträgen zur Auflösungsphase der Republik sei hier nur Jürgen W. Falter (FU Berlin) Aufsatz über »Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstieges der NSDAP nach 1928« genannt. Mit seiner Methode der »ökologischen Regression« korrigiert Falter einige Standardurteile über das Wählerpotential der NSDAP. 1932 stimmte immerhin »jeder vierte Arbeiter«, aber nur »knapp jeder fünfte Angestellte und Beamte und knapp jede dritte Hausfrau« für die Nazis. Die Frauen blieben in der Begeisterung für den Führer mit 34,5 Prozent knapp unter den Männern. Insgesamt bietet der preisgünstige Band mit Karten, einer

detaillierten Zeittafel, Grafiken, Wahlstatistiken sowie einer umfangreichen Bibliographie samt Register eine handliche Arbeitsgrundlage zu jedem Themenkomplex.

Herbert Ammon (West-Berlin)

**Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich.** Ein biographisches Lexikon. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft und Militär, Kunst und Wissenschaft, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1987 (398 S., br., 16,80 DM)

»Who's Who in Nazi Germany« schrieb Robert Wistrich (London/Jerusalem), als er von 1974 bis 1980 als Herausgeber des *Bulletin der Wiener Library* in London arbeitete. Das Lexikon umfaßt knapp 400 Namen, nicht nur die berühmt-berüchtigten des NS-Regimes neben zahlreichen weniger bekannten Chargen aus Partei, Staat, Gestapo, SS, Wirtschaft und Wehrmacht, sondern auch Intellektuelle, Geistliche, Professoren, Künstler.

Die »Machtergreifung« sowie das Funktionieren der Diktatur waren nur möglich durch die Kooperation bzw. das Arrangement mit den alten Eliten in Staat, Wirtschaft und Militär. Die Kurzbiographien über von Papen, von Schacht, Flick, von Reichenau usw. machen das Zusammenspiel deutlich. Der kriminelle Charakter des Hitlerregimes tritt vor allem an der Vielzahl von typischen Lebensläufen hervor: Nach dem Ersten Weltkrieg und Freikorpsjahren kommt für die einen eine »bürgerliche« Lebensführung nicht mehr in Frage. Partei, SA und etwas später SS bieten die gesellschaftliche Ersatzheimat und eröffnen zugleich Karrierechancen. Zum Gesamtbild gehört einerseits der Exodus der Wissenschaftler (allein über 1000 Hochschullehrer, s.v. Rust, Bernhard), Schriftsteller und Künstler aus Deutschland, andererseits die tendenzielle »Normalität« des reduzierten Kulturlebens nach 1933. Diese illustriert Wistrich an Hand von Kurzbiographien etwa eines Gottfried von Cramm (der ein couragierter Nazi-Gegner war), einer Lil Dagover, eines Max Schmelung usw. Wir stoßen auf unbekannte Namen und Schicksale wie z.B. den beliebten Schauspieler Joachim Gottschalk, der 1941 mit Frau und Kind Selbstmord beging, daneben auf längst vergessene Repräsentanten des NS-»Zeitgeistes« wie den Schriftsteller Richard Euringer (1891-1953), einst geistig führend als Theoretiker und Praktiker des »Thingspiels«.

Nicht unerwähnt bleiben sollen vereinzelte Druckfehler (z.B. der Vorname des Dichters und Stauffenberg-Mentors Stefan George) und ein paar faktische Fehler. Die Mordbilanz des SS-Führers von dem Bach-Zelewski aus Riga am 31. Oktober 1941 (35000 Juden) bezieht sich auf das soeben okkupierte Lettland, nicht auf Estland (16). Ernst Niekisch schrieb sein Buch »Das Reich der niederen Dämonen« bereits 1935-36. Das Manuskript fiel der Gestapo 1937 bei der Zerschlagung des »Widerstandskreises« in die Hände. Nicht zuletzt wegen der dort fixierten Attacken auf die NS-Führungsgarnitur wurde Niekisch zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt. Er verbrachte die Haftzeit in Brandenburg-Görden, wo er schwer erkrankte und erblindete. Sein Buch erschien unverändert — mit einem 1948 geschriebenen Schlußteil — 1953 bei Rowohlt. Man kann ihm also unter Bezug auf dieses Buch nicht attestieren, er habe sich »in den Jahren nach dem Krieg ... zum Marxisten gewandelt« (253).

Ein einbändiges Personenlexikon nötigt naturgemäß zu selektivem Vorgehen. Die Gewichtung — zugunsten von bekannteren Figuren des NS-Alltags wie z.B. der »Fliegerheldin« Hanna Reitsch oder der Skifahrerin Christl Cranz-Borchers — scheint jedoch nicht immer überzeugend, da umgekehrt wichtige Namen des Widerstandes fehlen. Vergeblich sucht man z.B. hinter dem Namen des Verschwörers Fritz-Dietloff Graf von der Schulenburg den des Moskauer Botschafters Werner Graf von der Schulenburg, der als Außenminister nach dem Attentat vorgesehen war,

die Mitglieder der »Roten Kapelle« oder Repräsentanten des christlichen Widerstands wie Reinhold Schneider auf der katholischen Seite, Paul Schneider auf der protestantischen Seite. Insgesamt bietet Wistrichs Lexikon, leicht lesbar in flüssig erzählendem Stil verfaßt, schnelle biographische Informationen zur Zeitgeschichte.

Herbert Ammon (West-Berlin)

**Müller, Ingo: Furchtbare Juristen — Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz.** Kindler Verlag, München 1987 (320 S., br., 24,- DM)

»Der Beitrag der Jurisprudenz zum Terror des NS-Regimes ist, da ihre führenden Köpfe nach dem Krieg weiterhin ihre Lehrstühle behielten,« also »die Richtung der rechtswissenschaftlichen Forschung bestimmten, und die heutige Professorenschaft sich fast ausschließlich aus ihren angepaßtesten Schülern rekrutiert, ... unzureichend erforscht« (76). Zu den bedeutendsten Lehrern zählen Theodor Maunz (Staatsrecht), Karl Larenz (BGB) und Eduard Dreher, der Verfasser des in Strafrechtsverfahren meistverwendeten Kommentars. Sie prägten die »herrschende Meinung« in der bundesrepublikanischen Rechtsdogmatik (238). »Nur terminologisch entnazifiziert« (239) verbreitete die »Professorenschaft oft dieselben Lehren« wie im NS; Walter Hamel, dort Polizeirechtsexperte, arbeitete 1957 von seinem Marburger Lehrstuhl aus die Grundrechte in Pflichten um: sie sollten »Einheit des Staates«, »des Volkes konstituieren«, »die soziologischen Mächte ... zusammenordnen« (239).

Die unbewältigte Vergangenheit beginnt nicht 1933, sondern im Kaiserreich, als Bismarck sich mit »Säuberungsaktionen daran machte«, »der Richterschaft das liberale Kreuz zu brechen« (16). Bildeten zu Beginn des 19. Jahrhunderts »Juristen, darunter auch zahlreiche Richter, das Rückgrat der Aufklärungsbewegung«, so führten justizpolitische Maßnahmen sowie die politische und soziale Selektion des Nachwuchses zur Konstituierung einer Justizbeamtenschaft, deren Selbstverständnis Max Reichert 1912 ausdrückte: »Was die Wehrmacht nach außen ist, muß die Rechtsprechung nach innen sein« (19). Carl Schmitt formulierte 1927 mit seiner »Unterscheidung von Freund und Feind«, die ihre Verwirklichung in der »physischen Tötung« des politischen Feindes fände (vgl. 20), eine Wirklichkeit der Weimarer Rechtsprechung. »Innere Feinde« waren Sozialdemokraten, Kommunisten, Pazifisten und nicht zuletzt die Reichsregierung. So bescheinigte der Reichsankläger den Kapp-Puttschisten »edle Motive«, »selbstlose Vaterlandsliebe«. Im Gegenzug wurden über die »Räterepublikaner« 6080 Jahre Freiheitsstrafen verhängt. Nachdem schon in der Weimarer Republik die Juristen »Partei für die Nazis im innenpolitischen Kampf« (26) ergriffen hatten, wandten sie sich nach 1933 vollends der »inneren Front« zu, um »Artfremde« und Oppositionelle zu vernichten. So bot 1933 das Präsidium des Richterbundes den NS-Herrschern seine Mitarbeit am »nationalen Aufbau« an. Die Verfassung war durch die Reichstagsbrandnotverordnung außer Kraft gesetzt; die in deren Präambel festgelegten Zweckbestimmung »zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte« wurde dahingehend ausgelegt, daß gegen behördliche und polizeiliche Maßnahmen kein Rechtsmittel eingelegt werden konnte. Auch andere Rechte des bürgerlichen Rechtsstaates, wie Rechtsmittelinstanz und freie Advocatur, wurden abgeschafft. Die 1933 geschaffenen Sondergerichte hatten als »Standgerichte der inneren Front« (158) keine Verfahrensordnung mehr. Durch die »Volksschädlingsverordnung« und andere eigens erlassene Gesetze konnte die Justiz ihrer selbstgestellten Aufgabe: bei Wahrung der Rechtsförmigkeit die Opposition zu vernichten und die Bevölkerung zu disziplinieren, effektiver nachkommen als unter der Weimarer Verfassung.

Nach Kriegsbeginn verwaltete die Justiz auch die Bevölkerung der besetzten Länder. In Polen wurde das dort eingeführte Strafrecht als Kampfrecht gegen »Artfremde« und hinsichtlich seiner Funktion im »Volkstumskampf zur Niederhaltung des Polentums« (165) ausgelegt. Zunehmend wurden im Deutschen Reich auch Bagatelldelikte mit dem Tode bestraft, um den Einsatz aller Güter für den Krieg gewährleisten zu können. Bis 1945 verhängten die NS-Juristen ca. 80000 Todesurteile, den größten Teil während der letzten Kriegsjahre, »die rücksichtslose Verfolgung der politischen Gegner« und »der kriegsmüden Bevölkerung« wurde zu einer »Überlebensfrage« der NS-Justiz (179).

Bei der Bearbeitung seines Materials verzichtet Müller zugunsten der Lesbarkeit für rechtstheoretisch Ungeschulte ausdrücklich darauf, einen theoretischen Ansatz zu entwickeln: »der neumodische Trend zur »Theorieproduktion«« verhindere »die Aufarbeitung der Vergangenheit«, die »verschiedenen Erklärungsansätze« verdunkelten das Geschehene (293). An dieser Stelle prügelt er den Sack, da seine Kritik eher der Ausdrucksweise als den Inhalten gilt. Gleichzeitig glaubt er, auf die Verarbeitung vorhandener Literatur verzichten zu können, von der »in den letzten Jahren eine Menge geschrieben« wurde (293). Unschärf wird die anschauliche Darstellung, die den alltäglichen Schrecken sichtbar macht, wo Müllers Urteil über die »mörderischen Rechtskonstruktionen« sich auf dieselbe substantielle Rechtsvorstellung stützt, aus der die bundesrepublikanische Justiz ihre Rechtsförmigkeit ableiten konnte.

Evelyne Hohmann (West-Berlin)

**Messerschmidt, Manfred, und Fritz Wüllner: Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende.** Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1987 (365 S., br., 44,- DM)

Die »Zerstörung einer Legende« gilt dem Bild einer unpolitischen bzw. gar zum Gegner des NS stilisierten Wehrmachtjustiz, eines Bollwerks des Rechts inmitten von Rechtsperversion und Terrorherrschaft im Dritten Reich. Zu dieser Legendenbildung hat wesentlich die bisher einzige Monographie über »Die deutsche Militärjustiz in der Zeit des Nationalsozialismus« von Schweling/Schwinge (Marburg 1977) beigetragen. Messerschmidt/Wüllner erheben nicht den Anspruch, eine erschöpfende Monographie geschrieben zu haben, vielmehr haben sie ihr Buch bewußt als kritische Auseinandersetzung mit dieser apologetischen Darstellung konzipiert. Analog zu den Themenschwerpunkten bei Schweling/Schwinge untersuchen sie sowohl die Größenordnung der Tätigkeit der Militärgerichte unter besonderer Berücksichtigung der Zahl der Todesurteile wie auch die Praxis der Militärjustiz u.a. bei politischen Strafsachen, Fahnenflucht und Wehrkraftzersetzung, bei Feldpostpäckchen-Diebstahl und Plünderung sowie die Rechtsprechung aus der Zeit nach der Kapitulation.

Auf der Grundlage von umfangreichem, teils jetzt erst erschlossenem Quellenmaterial, u.a. aus dem Kriegsarchiv in Wien, widerlegen die Autoren Punkt für Punkt die Befunde von Schweling/Schwinge. Es ergibt sich das Bild einer politisch nur allzu willfährigen »furchtbaren« Militärjustiz, die mit teilweise »vorausgehendem juristischen Gehorsam« Stabilisator und Lebensverlängerer der Naziherrschaft war (168, 305). Indem der Täter zum Feind der Volks- und Wehrgemeinschaft erklärt wurde, war nicht mehr die individuelle Tat unter Berücksichtigung der Motive und Zwänge oder des tatsächlich entstandenen Schadens zu ahnden, sondern die behauptete »Gemeinschaftlichkeit«. Unter dieser Prämisse ließ sich jedes Delikt von Fahnenflucht bis Mundraub mit härtesten Strafen aburteilen, bis hin zur physischen »Ausmerzung« des zum »Volksschädling« erklärten Täters. Mit einer Gesamtzahl von 2,4 Millionen Strafverfahren gegen Wehrmattsangehörige (50) und etwa 50000 Todesurteilen (87)

zeigt sich das unfaßbare Ausmaß kriegsgerichtlicher Strafgewalt, das die Terrorjustiz des Volksgerichtshofs und der Sondergerichte bei weitem übertraf. Die engagierte Untersuchung hat das Buch von Schweling/Schwinge endgültig in den Bereich geschichtsverfälschender Rechtfertigungsschriften von ehemaligen Angehörigen der Wehrmachtgerichtsbarkeit verwiesen.

Das Buch hätte allerdings gewonnen, wenn man sich zugunsten einer systematischeren Behandlung des Stoffes weniger eng an die Darstellung von Schweling/Schwinge angelehnt hätte. Bedenklicher scheint der Umgang mit Zahlen. Beispielsweise kommen die Autoren für das Delikt »Wehrkraftzersetzung« auf der Grundlage der unvollständigen Zahlen der Wehrmacht kriminalstatistik in einer Hochrechnung auf »mindestens 30000 Verurteilungen« (132), wenig später wird dann von »30000 bis 40000 Fällen« (143) ausgegangen, ohne diese nochmalige Steigerung zu erklären. Unter der Annahme von insgesamt 2,4 Millionen Verfahren gegen Wehrmichtsangehörige sei damit zu rechnen, »daß bis zu 5 Millionen Soldaten Bekanntschaft mit Militärgerichten gemacht« hätten (50). Zwar schränken die Autoren selbst diese Zahl als »sicherlich zu hoch gegriffen« ein, aber hier werden völlig unnötig Angriffspunkte für Kritiker geliefert, denen der Gesamtbefund der Untersuchung nicht ins politische Konzept paßt.

Positiv anzumerken sei noch, daß die breit angelegte Dokumentation der wichtigsten Quellen dieses Buch auch für Nicht-Fachleute sehr lesenswert macht.

Gundula Knobloch (Hamburg)

**Nachhilfe zur Erinnerung.** 600 Jahre Universität zu Köln. Hrsg. v. Wolfgang Blaschke, Olaf Hensel, Peter Liebermann, Wolfgang Lindweiler sowie der Redaktion der Uni-Stadt-Revue Köln. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988 (288 S., br., 16,80 DM)

**Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus.** Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte. Hrsg. v. Heinrich Becker, Hans-Joachim Dahms und Cornelia Wegeler. K.G. Saur Verlag, München, London, New York, Oxford, Paris 1987 (524 S., Ln., 58,- DM)

Die Anti-Festschrift hat sich nach '68 als ein Genre etablieren können: Offizielle Jubiläen liefern den Kräften der »kritischen Universität« Anlässe zu eigenem Rückblick, damit zur Verständigung über ihren Einbau ins Geflecht von Herrschaft und Interessen. Traditionell ist der Faschismus als das in den Hochglanz-Darstellungen lange Zeit Bestverdrängte ein Hauptkapitel.

In der 600jährigen Geschichte der, so die korrekte Anrede, Universität zu Köln — einer vom Zwei-Päpste-Konflikt provozierten Gegengründung zur Pariser Universität — erscheinen »jene zwölf Jahre« zwar als besonders vorübergehend. Was man über ihre Geschichte erfährt, läßt die ehrwürdige Tradition freilich eher aussehen wie ein Präludium zu den NS-Veranstaltungen. Als »Zensurinstanz und Kadenschmiede von Inquisition und Gegenreformation« (18) kümmert sich die (bis in die Neuzeit hinein) mittelalterliche Universität um die Verbrennung sogenannter »Hexen« (Spencers berüchtigter *Malleus Malificarum* erscheint 1487 mit Unbedenklichkeitserklärung der theologischen Fakultät), sie vertreibt humanistische Gelehrte, setzt sich für ein Verbot jüdischer Bücher ein und befindet in einem vom Papst erbetenen Luther-Gutachten auf Häresie. »In Gegenwart des Kaisers, des Stadtrats, des Domkapitels und des Senats der Universität brennen am 12. November 1520 auf dem Kölner Domhof zum erstenmal in Deutschland Bücher ...« (61) 1716 zerstört die Studentenschaft eine (protestantische) Kirche. 1794 verweigert der Rektor den Eid auf die republikanische Verfassung — auf die der französischen Besatzungsmacht, welche darauf die

Universität schließt und ihr Erfahrungen mit Humboldtscher Reform, demokratischer Bewegung, bürgerlicher Revolution und entstehender Arbeiterbewegung erspart. Die Neugründung 1919 als »Bollwerk des deutschen Geistes in den gefährdeten Rheinlanden« (Gründungsrektor Eckert; 25) verdankt sich der Nachfrage nach ökonomisch-technischen Spezialausbildungen seitens der Kölner Bourgeoisie und deren Zahlungskraftigkeit. So entsteht die in Wahrheit 70jährige Universität als moderne Gegengründung zu den Bildungstempeln der »deutschen Mandarine« — die allerdings in der Weimarer Republik schnell dort heimisch werden und ihr das heutige Gepräge von wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Modernität unter elitär-konservativem »Geist« verleihen. Am 11. April 1933 vollzieht sie als erste Universität, der ministeriellen Verfügung vom 21. April vorausseilend, ihre »Selbstgleichschaltung« durch Neuwahl des Rektors (wie im Parallellfall Freiburg gehört mit Heinz Heimsoeth ein bekannter Philosoph zu den Motoren; 69f.).

Die Beiträge zur NS-Zeit widmen sich (neben Psychiatrie, Kriminologie, Medizin, Rechtswissenschaft, Völkerkunde) vor allem der Soziologie mit ihrer »Kölner Schule« (C. Klingemann destruiert u.a. die Legende der »inneren Emigration« von Leopold von Wiese; W. Schönleiter interviewt René König). Weitere Schwerpunkte liegen auf der Studentenbewegung und der neokonservativen Restrukturierung im Zeichen des High-Tech-Kapitalismus — die sich, so die Autoren, in Köln besonders glatt vollziehe, weil hier die 68er-Bewegung kaum Strukturreformen durchsetzen konnte.

Während Gerda Stuchlik für ihre Studie über die Frankfurter Universität im NS (siehe *Argument* 150, 313f.) keinen Zutritt zum Universitätsarchiv erhielt, stand es den Kölnern offen; ebenso den Autoren des Bandes über Göttingen. Dieser sprengt den Rahmen der Alternativ-Festschrift nicht nur durch Umfang, Preis und Förderungswürdigkeit (u.a. durch städtisches Kulturamt, GEW, private Stiftungen). Es ist die bei weitem gründlichste Durchleuchtung einer Universität im Faschismus, die der NS-Wissenschaftshistoriographie eine Sammlung von zweifellos wichtigen Fallstudien liefert. Die behandelten Disziplinen (Theologie, Jura, Ökonomie, Philosophie, Pädagogik, Geschichte, Altphilologie, Germanistik, Soziologie, Volkskunde, Psychologie, Mathematik, Physik, Agrarwissenschaft, Leibesübungen) werden von den zwanziger bis in die fünfziger Jahre hinein verfolgt, so daß Kontinuitäten und Brüche sich genauer differenzieren lassen. Der Band enthält auch die (im Kölner Band fehlende) Aufstellung der nach dem Beamtengesetz vertriebenen Hochschullehrer.

Allerdings demonstriert die Transparenz, in der das »verdrängte Kapitel« deutscher Universitätsgeschichten sich hier darstellt, daß es eben genau das *nicht* mehr ist. Die offizielle Pressekonferenz zum Jubiläumsprogramm der Kölner Universität — »einer der konservativsten Hochschulen der Republik« (9) — hatte gar angekündigt, man werde sich »in einer Extensität, die in der deutschen Hochschullandschaft noch nicht gewagt worden« ist, der eigenen braunen Vergangenheit zuwenden (zit. n. 34). Fragen, auf die die Universität der sechziger Jahre mit Abwehr reagierte, können die neokonservative Hochschulreform offenbar nicht mehr erschüttern; ein gewisser faszinierter Blick auf das »Verdrängte« scheint mit ihr nicht völlig unvereinbar.

Thomas Laugstien (West-Berlin)

**Borth, Fred: Nicht zu jung zum Sterben. Die »Hitler-Jugend« im Kampf um Wien 1945. Amalthea Verlag, Wien, München 1988 (360 S., Ln., 38,- DM)**

»Unsere Kameraden [HJ und SS] eilten bereits voraus, da kamen ihnen Muschiks entgegen. Und mitten unter ihnen befand sich ein uniformiertes Flintenweib, das

geradezu hysterisch lachte ... Ein Nahkampf war daher unvermeidbar. Wir bestanden ihn zwar, aber trotzdem empfand ich ihn noch lange als Alptraum: Da schoß ein sowjetischer Unterleutnant einen meiner Kameraden nieder. Mein Freund Ernst retete mich mit einem Spatenhieb das Leben, als hinter mir ein Iwan den Nahkampfdolch zog. Aber andererseits [sic!] war es nicht zu verhindern, daß ein etwa 18jähriger Kriegsfreiwilliger über die Treppe hinuntergeworfen wurde. Und unten im Mezzanin drosch ihm dann ein Muschik den Schädel ein.« (209) Diese Passage sagt eigentlich alles. Hier hat ein Unbelehrbarer zur Feder gegriffen und sich seine seit mehr als 40 Jahren währende Sympathie für den deutschen Faschismus von der Seele geschrieben. Als Vorwand dienen seine »Erinnerungen« an die miterlebten HJ-Einsätze in den letzten Kriegsmonaten.

Es lohnt nicht, auf die sachlichen Ungenauigkeiten, Ungereimtheiten und Unwahrheiten, auf fehlende Quellenangaben, nicht nachprüfbare Literaturhinweise u.ä. einzugehen. Auch der miserable Stil, die grammatikalischen Fehler und die braune Wortwahl sollen nicht en détail abgehandelt werden. Nicht einmal auf die von Borth beabsichtigte Exkulpation von Massenmördern und auf die unerträgliche Aufrechnung faschistischer Untaten mit angeblich gleich schweren der Alliierten soll an dieser Stelle eingegangen werden. Schlimm ist nur, daß der Leiter der Militärwissenschaftlichen Abteilung des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien, Hofrat Dr. Othmar Tuider, dieses Buch mit einem wohlwollenden Vorwort schmückt. Aber vielleicht darf man einen Hofrat nicht strenger beurteilen als einen Bundespräsidenten?!

Stefan Bajohr (Düsseldorf)

**Sternheim-Peters, Eva: Die Zeit der großen Täuschungen. Mädchenleben im Faschismus.** AJZ-Druck & Verlag GmbH, Bielefeld 1987 (481 S., br., 49,- DM)

Das Buch der im Jahre 1925 geborenen Autorin verbindet die Rückschau auf Kindheit und Jugendzeit in Paderborn während des sogenannten Dritten Reiches mit zum Teil ausführlichen Darstellungen der Ereignisgeschichte. In erfreulichem Gegensatz zu dem oben rezensierten Werk des Österreichers Borth hat Sternheim-Peters, die in einer katholisch-nationalsozialistisch geprägten Familie (Vater NSDAP-Mitglied, ein Bruder Freiwilliger der Waffen-SS, sie selbst u.a. JM-Führerin und BDM-Mitglied) aufwuchs, mit der faschistischen Vergangenheit gebrochen. Mehr noch: Obwohl sie im August 1944 um Aufnahme in die NSDAP nachsuchte und sogar noch gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht aus Protest den Arm zum »deutschen Gruß« reckte (452), unterzog sie die faschistische Ideologie und Praxis danach einer gründlichen persönlichen und wissenschaftlichen Kritik — mit dem Ergebnis, daß ihr Text den Widerspruch zwischen nachträglich gewonnener und wissenschaftlicher begründeter Ablehnung und zeitgenössisch-subjektivem Dafürsein immer wieder spüren läßt. So wollen der Autorin manchmal die eigenen, intellektuell gewonnenen Erkenntnisse nicht recht schmecken, und dann bricht die subjektive Sicht von damals mit Vehemenz durch. Das gilt beispielsweise für ihren Protest gegen die Bewertung der Kapitulation als Befreiung vom Faschismus (455) oder für die jeweils mit den Worten »Man mag es glauben oder nicht« unterstrichene Behauptung, von den NS-Verbrechen nichts gewußt zu haben (193, 195, 201, 280) — eine Behauptung, die sie übrigens selbst an anderer Stelle (392, 394) Lügen straft.

Der gedankliche Aufbau wird dem Leser nicht auf Anhieb klar. Der erste Teil (»Zwischen den Kriegen«, 12-46) befaßt sich mit der familiären und der politischen Vorgeschichte in den zwanziger Jahren, während Teil II (»Volksgemeinschaft«, 48-120) auf jene Ideologie eingeht, aus denen sich das Kleinbürgertum (Sternheim-Peters entstammt einem Studienrats-Haushalt) die Versatzstücke für seine Welt-



erklärung zusammenstellte. Die Verfasserin behandelt darunter die Weltwirtschaftskrise und das damit einhergehende soziale Elend, die von den Rechten gezogenen Folgerungen, die sozialpolitischen Maßnahmen des NS-Staates sowie die völkisch-nationale Ideologie des NS. Im Vergleich zu anderen Kapiteln fallen diese beiden ziemlich farblos aus und enthalten zudem groteske Fehleinschätzungen wie beispielsweise die, daß die Arbeiterschaft im Faschismus »eine gewisse wirtschaftliche Machtposition« gewonnen habe (91). Positiv heraus ragen die Kapitel »Antisemitismus« (122-203) und »Hitlerjugend« (204-266), was sich wohl darauf zurückführen läßt, daß die Autorin über Dinge berichtet, die ihr eigenes Werden deutlich beeinflußt haben. Eine Tante mütterlicherseits war mit einem jüdischen Schriftsteller verheiratet und mußte 1933 mit ihm nach Belgien flüchten, doch brachte dem Onkel die Emigration »letztlich nicht mehr als einige Jahre Aufschub vor Verfolgung und Tod« (122). Die Verfasserin zeichnet die Eskalation der Judenverfolgung in Paderborn nach und diskreditiert in diesem Zusammenhang zu Recht die antisemitische Hetze auch von Teilen der katholischen Kirche und das Schweigen des Klerus zu den rassistischen Verbrechen. Auch die Schilderung des Innenlebens der faschistischen Mädchenorganisationen lebt von dem unmittelbaren persönlichen Dabeisein der Autorin, wobei sie auf einen bisher zu wenig beachteten subjektiven Aspekt aufmerksam macht: Sowohl bei ihrer Schilderung einer Frauenwohngemeinschaft (218) als auch im Zusammenhang mit der Übertragung von Organisationsaufgaben (236ff.) legt die Verfasserin dar, daß der Dienst in JM oder BDM gerade Mädchen und jungen Frauen aus rückständigen Milieus (ländlich, katholisch, kleinbürgerlich) bis dahin ungekannte Chancen zur Trennung von elterlicher Bevormundung und zur Selbstbestätigung durch eigenes Tun bot. Wäre es nicht denkbar, daß die jungen Frauen dabei — vom Faschismus ungewollt — eine Selbständigkeit und ein Selbstbewußtsein gewannen, wie es ihre Töchter zumindest in den fünfziger und sechziger Jahren nicht erleben durften?

»Die Zeit der großen Täuschungen« beansprucht nicht, ein wissenschaftliches Werk zu sein. Die geschilderten Eindrücke können auch nicht ohne weiteres verallgemeinert werden. Dennoch stellt das Buch einen lesenswerten Versuch dar, Erinnertes und intellektuell Angeeignetes zu verzahnen, um die Widersprüchlichkeit eines faschistischen Mädchenlebens und die nachträgliche innere Zerrissenheit einer Betroffenen verstehen zu lernen.

Stefan Bajohr (Düsseldorf)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Schmid, Thomas (Hrsg.): Entstaatlichung. Neue Perspektiven für das Gemeinwesen.** Verlag Klaus Wagenbach, West-Berlin 1988 (138 S., br., 15,- DM)

Die neun Aufsätze stellen den Versuch dar, Entstaatlichung als Projekt linker Politik einzufordern. Die *Verstaatlichung* der Gesellschaft wird als ein Verlustprozeß gezeichnet. Mit der institutionellen Formierung der verschiedenen Staatsfunktionen ging die Vereinheitlichung, Normierung und Kontrolle der gesellschaftlichen Alltagskultur einher (13). Die Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsansprüche lokaler und funktionaler »lebensweltlicher, auf Erfahrung aufbauender Regelsysteme des Alltags« (10), beispielsweise der Dorfgemeinde oder auch der Handwerkszünfte, wurden der Staatsraison des »Allgemeinwohls« untergeordnet; die zentralstaatliche Sinnstiftung trat an die Stelle lebensweltlich begründeter sozialer und kultureller Sinnzusammenhänge (22ff.). Die Unterwerfung der Volks- und Regionalkulturen war Bestandteil eines weit ausgreifenden Krieges gegen jedwede Diversität (32f.).

Wissenschaft statt Erfahrung, Leistung statt Bedürfnis, Zeitökonomie statt Lebens-Zeit werden die tragenden Prinzipien der verstaatlichten Gesellschaft (17); Fortpflanzungsmoral wird gegen Freizügigkeit ins Feld geführt, Hygiene gegen Schmutzdelei, Arbeitsfleiß gegen Festtagsbräuche, Schriftsprache gegen Dialekt, Eigentumsrecht gegen Gemeinnutzen, mechanistische Naturlehre gegen Aberglaube (32). Die Disziplinierung der Staatsuntertanen durch staatliches Reglement und Erzeugung normativer Selbstdisziplin ist das Ergebnis der Verstaatlichung.

Ogleich der Gedanke des Subsidiären — dem Größeren nur, was das Kleine nicht vermag (71) — die entstaatlichte Gesellschaft durchdringt, reden die Autoren nicht der »Privatisierung« im neoliberalen Sinne einer Politik der Durchsetzung individueller Selbstversorgungsgebote über den Markt bei gleichzeitigem Abbau politischer Öffentlichkeit das Wort. Zurückzugewinnen ist soziale und lokale Autonomie, die aktive Teilhabe an den gesellschaftlichen Vorgängen erlaubt und erfordert. Die Begriffe Gemeinde, Vernetzung, Kooperation, Gemeinschaftlichkeit, Nachbarschaft bezeichnen diejenigen Lebenszusammenhänge, in denen die Individuen die ethische Verantwortung für ihr Handeln wiedergewinnen können und in denen an die Stelle des Konsums der Angebote der anonymen staatlichen Institutionenversorgung die Selbsthilfe der Betroffenen tritt (95-100; 106-112). Diese Selbsthilfe und Selbstverwaltung muß abgestützt werden durch verbrieftes Recht und Ressourcen; die Gemeindeautonomie muß einhergehen mit der Rekommunalisierung von Finanz- und Sachentscheidungen (37; 98).

In zwei Aufsätzen wird eine ideengeschichtliche Verankerung für das Projekt der Entstaatlichung aufgezeigt. Wolfgang Sachs zeigt, daß für W. v. Humboldt der Sinn der Beschränkung des Staates nicht so sehr darin lag, die Rechte der Individuen zu sichern, als vielmehr darin, der »Mannigfaltigkeit der Situationen« eine Heimat zu geben (26-37). In seiner Diskussion über die »Kontinuität einiger staatsabgeneigter Traditionen« stellt Thomas Schmid zentrale Argumente von Tocqueville und Hannah Arendt zusammen. Beiden war eine Abneigung gegen den »totalen« revolutionären französischen Staat, der auf den Trümmern der *pouvoirs intermédiaires* gegründet war, zu eigen. Beide stellten der Gängelung und Strukturierung der Gesellschaft durch den Staat in Frankreich die (nord-)amerikanische nachrevolutionäre Gesellschaft gegenüber, in der sich die handelnden Menschen nicht in eine vorgegebene Struktur einfügten, sondern die Gesellschaft immer wieder neu strukturierten und konstituierten (117-130). Beide Autoren werden auch in anderen Aufsätzen angeführt, die nordamerikanische Gesellschaft auch an anderer Stelle als Vorbild einer weitgehend entstaatlichten Gesellschaft genannt (36, 50, 102, 111f.). Diese Einschätzung der beiden Revolutionen wird man aber nur teilen können, wenn man bereit ist zu vergessen, daß die amerikanische Revolution eine elitäre, oligarchische Republik begründete, in der die Unterdrückung und Ausbeutung der Indianer und der schwarzen Bevölkerung eine wesentliche Rolle in der Entwicklung des politischen »Gemeinwesens« und der kapitalistischen Wirtschaft spielte und noch spielt.

In keinem der Aufsätze wird der widersprüchliche Charakter der Verstaatlichung diskutiert (vgl. aber 76ff.). Die hart erkämpften politischen, sozialen und ökonomischen Staatsbürgerrechte, die mit der Verstaatlichung einhergingen, lassen sich nur dann eindeutig auf der Negativseite abbuchen, wenn man die Machtstrukturen der »vor-staatlichen« Gesellschaft außer Acht läßt. Indem Verstaatlichung als unzweideutiger Verlustprozeß charakterisiert wird, wird die »traditionale« Gesellschaft implizit zum herrschaftsfreien Idyll. Anders gewendet: welche Konfliktlagen wären in einer »rekommunalisierten« Gesellschaft zu erwarten? Eine weitere Schwäche scheint mir darin zu liegen, daß Entstaatlichung nur als politisches Projekt, nicht als

empirisch ablaufender Vorgang konzeptualisiert wird. Ich meine damit nicht die Privatisierungspolitik neoliberaler Regierungen, sondern den Zerfall des Nationalstaates als eines souveränen Akteurs. Die Internationalisierung der wirtschaftlichen Produktion sowie der finanziellen Transaktionen untergräbt den Gestaltungsspielraum nationaler Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Einordnung von Staaten in militärische Bündnisse begrenzt nationalstaatliche Außenpolitik. Transnationale Organisationen wie etwa die EG, der Internationale Währungsfond oder die Weltbank beeinflussen politische Entscheidungen und Konstellationen innerhalb der Mitgliedstaaten. Internationales Recht begrenzt zunehmend die Rechtssetzungskompetenz nationaler Legislativen. Welche Auswirkungen diese außerstaatlichen Faktoren für einzelne Staaten haben (werden), wird selbstverständlich mitbestimmt durch ihre jeweilige Position im internationalen Machtsystem. Betrachtet man die Diskussion über Entstaatlichung von dieser Perspektive, wird deutlich, daß die Autoren den souveränen Nationalstaat als einzigen Bezugspunkt voraussetzen. Die Möglichkeit selbstbestimmten Lebens in gesellschaftlicher Verantwortung wird aber zunehmend durch überstaatliche Machtkonstellationen bestimmt. Welche Formen kollektiven politischen Handelns sind erforderlich, um im Widerstand gegen *diese* Kräfte, aber auch unter Ausnutzung ihrer Möglichkeiten, Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit zu erreichen?

Roland Axtmann (London)

**Lambsdorff, Otto Graf, und Lothar Späth: Aktive Industriepolitik? Über die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik.** Bonn aktuell, Stuttgart 1987 (94 S., br., 19,80 DM)

Wortschöpfungen wie Späth-Kapitalismus oder Späth-Absolutismus beleuchten schlaglichtartig die Sonderstellung, die die baden-württembergische Landespolitik innerhalb neokonservativer bzw. neoliberaler Modernisierungsstrategien einnimmt. Zukunftsplanung, -gestaltung und persönlich verkörperte -gewißheit haben um Lothar Späth einen Mythos entstehen lassen, der ihm nicht nur zur selten gewordenen Position des populären Landesvaters verholfen, sondern auch in allen politischen Lagern großes Interesse an seiner Politik hervorgerufen hat. Dies findet u.a. seinen Ausdruck darin, daß SPD-Zukunftsplaner Glotz wiederholt auf Späths Modell rekurriert und eine Zusammenarbeit für möglich hält, während ökolibertäre Grüne von schwarz-grünen populistischen Bündnissen schwärmen. Pikanterweise scheint der energischste Widerstand gegen Späth von anderer Seite zu kommen: Lambsdorff, weiland Wirtschaftsminister und nach geglückter Resozialisierung nunmehr FDP-Vorsitzender, wirft Späth schon seit Jahren »Staatsvergötzung« vor und sieht die »Marktwirtschaft« durch dessen Politik gefährdet.

Wer von dem Bändchen eine detaillierte Darlegung der konträren Positionen erwartet, wird enttäuscht. Was hier zum Buch aufgemotzt worden ist, sind nicht mehr als zwei vor der baden-württembergischen IHK gehaltene Vorträge und ein Streitgespräch zwischen Lambsdorff und Späth in der *Zeit*. Die gelegentlich etwas grantige Kontroverse fand im Jahr vor der Wahl zum Stuttgarter Landtag statt und darf getrost als Kampf um mittelständische Wählerstimmen aufgefaßt werden.

Lambsdorff perseveriert sein marktwirtschaftliches Credo; er setzt auf die »Funktionsfähigkeit des Preissystems« und den »souveränen Konsument«, der letztlich über Angebotsstruktur und Innovation bestimme. Sein Vorwurf an Späth: Der »aktive Industriepolitik« betreibende Staat erklärt bestimmte Industrien zu Zukunftsindustrien, obwohl ihn nichts dazu befähigt (das kann nur der Markt!), und fördert diese Industrien; andere Staaten machen das gleiche mit denselben Branchen; der Subventionswettlauf führt zu Überkapazitäten, Handelsprotektionismus und zur

Verödung nicht geförderter Wirtschaftsbereiche. Demgegenüber empfiehlt Lambsdorff ein »investitions- und innovationsfreundliches Klima, ein effizientes Bildungssystem und ansonsten weitestgehenden Verzicht auf staatliche Aktivitäten und Interventionen in das Wirtschaftsleben« (40), Streichung von Subventionen, Steuersenkungen, Abbau von Sozialabgaben. Späth kontert, indem er den Vorwurf der Subventions- und Industriepolitik weit von sich weist, seine Technologiepolitik aber vehement verteidigt. Die Integration von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft beim Aufbau einer wissenschaftlichen und technologischen Infrastruktur habe in Baden-Württemberg zur Organisation eines flächendeckenden Technologietransfers geführt, der ausschließlich an den Interessen der Wirtschaft orientiert sei. Das klassische marktwirtschaftliche Instrumentarium reiche nicht mehr aus, die Existenz des Mittelstandes zu sichern, deshalb sei eine staatliche Forschungs- und Technologiepolitik notwendig, die mittelstandorientierte infrastrukturelle Einrichtungen anbietet.

Vor dem Hintergrund millionenschwerer baden-württembergischer Subventionen für Daimler-Benz klingen Späths mittelstandsfreundliche Sirenengesänge zynisch wie Lambsdorffs Attacken auf das eh schon zerfetzte soziale Netz angesichts der sich immer deutlicher herausbildenden »Zweidrittelgesellschaft«. Späth verfolgt das Ziel, sein Ländle für die bevorstehenden Konkurrenzschlachten auf dem Weltmarkt zu präparieren und eine schnelle Einführung neuer Technologien zu ermöglichen. Die angeblich mittelstandorientierte FuT-Politik entpuppt sich aber bei genauerer Prüfung überwiegend als Pfründe der Großindustrie; soweit der Mittelstand davon profitiert, fungiert er vorrangig als Zulieferindustrie für die Monopole, die damit indirekt ein zweites Mal absahnen.

Udo Fedderies (Bischofsheim)

**Grottian, Peter, Friedrich Krotz, Günter Lütke und Heide Pfarr: Die Wohlfahrtswende.** Der Zauber konservativer Sozialpolitik. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1988 (157 S., br., 14,80 DM)

»Wohin steuert ein Wohlfahrtsstaat christdemokratischer Prägung? ... wer trägt die Last ...?« — so lautet die etwas hochtrabende Grundfragestellung dieses Sammelbandes zweier Soziologen (Krotz, Lütke), eines Politologen (Grottian) und einer Arbeitsrechtlerin (Pfarr) aus Hamburg und West-Berlin. Denn die »eigentlichen Veränderungen« auf dem Weg in eine »Ellbogengesellschaft« oder »Zweidrittelgesellschaft« werden »unterhalb der Ebene der großen Versicherungssysteme« in der Neuorganisation der sozialen Arbeit durch staatlich kontrollierte, aber nur mangelhaft finanzierte Ergänzung um Selbsthilfe, ehrenamtliche und Zwangsarbeit lokalisiert, wobei vorrangig Frauen angesprochen sind (8).

Im ersten Teil zur Sozialpolitik der Christdemokraten identifiziert Krotz drei ideologische Positionen: die christliche Sozialethik, insbesondere die katholische Soziallehre mit den Sozialprinzipien Subsidiarität, Solidarität und Ganzheit, daneben die wirtschaftsliberale Vorstellung auch sozialpolitisch relevanter individueller Nutzenoptimierung im vollkommenen Wettbewerb, schließlich die These von der »Neuen Sozialen Frage«, aus der eine sozialpolitische Konzentration auf die »wirklich Bedürftigen« sowie eine Umverteilungserfordernis zugunsten nichtorganisierter Gruppen abgeleitet wird. Die reale christdemokratische Sozialpolitik erscheint als ein ständig wechselnder Kompromiß dieser drei Strömungen, wobei allerdings die »Neue Soziale Frage« eine gemeinsame Grundlinie der Verteilung und Zuweisung unentgeltlicher Arbeit zur Lösung sozialer Probleme markiert, bei der Frauen die Rolle einer »Art sozialer Reservarmee« zukommt (37).

Grottian kennzeichnet konservative Sozialpolitik als »paradoxe Legitimierung sozialstaatsabbauender familien- und frauenfeindlicher Politik« (41), da selbst in den

strategischen Kernbereichen bei Saldierung von Be- und Entlastungen realer Sozialabbau erkennbar wird (42). Neben der reduzierten Beibehaltung der traditionellen Flankierung der Produktions- und Erwerbssphäre und der Vernachlässigung der ohnehin Deklassierten gelingt hierbei die weitgehende Dethematisierung sozialpolitischer Themen, die auch keine direkte wählerwirksame Rolle mehr spielen (47ff.).

Konservative Frauenpolitik wird von Pfarr als »frauenfeindlich formulierte Fassade« gekennzeichnet, »die ganz gegen die Interessen der Frauen gerichtet ist« (51). Exemplifiziert wird dies an Hand der Gestaltung von Teilzeitarbeit und dem Komplex Erziehungsurlaub/Erziehungsgeld. Beides fördert entgegen den verkündeten Intentionen die spezifische Arbeitsmarktrolle der Frauen und dient Unternehmensinteressen nach interner Flexibilität und Elastizität durch die Ermöglichung einer männlichen, höherqualifizierten Vollzeit-Stammebelegschaft und einer variierenden, weiblichen Teilzeit-Randbelegschaft (59ff.).

Teil II beschäftigt sich in Auswertung eines DFG-geförderten Projekts mit dem »Berliner Modell« der Selbsthilfe- und Sozialstationsförderung. Krotz beschreibt die fortschreitende »Instrumentalisierung« des Selbsthilfeprogramms mit dem Ziel »der Unterordnung von Selbsthilfe unter das von Experten und Unternehmen gesteuerte und an deren Interessen und Zielen ausgerichtete Gesundheits- und Sozialwesen« (106), die auch im weitgehenden Ausschluß kritischer Gruppen und innovativer Aktivitäten erkennbar wird. Die Förderung wirkt darauf hin, die Selbsthilfestrukturen zu »Außenposten des etablierten professionellen Systems« zu degradieren, »an die Problempatienten und -klienten hin überwiesen« (107) und dabei Kosten gespart werden können.

Auch die kritische Betrachtung des Sozialstationen-Förderprogramms (Lütke) weist eine Konzentration auf erhoffte Kostenersparnis aus, indem die krankenpflegerische Versorgung Vorrang hat und damit Bettenabbau in den Krankenhäusern ermöglicht, »anstatt bedarfsgemäß den Schwerpunkt auf ein sozialpflegerisch-geriatrisch orientiertes Angebot für die in erster Linie versorgungsbedürftigen alten und/oder behinderten Menschen zu legen« (141). Dabei flankiert die Verknüpfung der Sozialstationen mit ehrenamtlichen und nachbarlichen Helferkreisen »den partiellen Rückzug des Staates aus der Gesundheitsversorgung« (142).

Zum Schluß hält Krotz eine fiktive Rede zur »Übergabe der vorletzten öffentlich finanzierten Klinik in private Hand« (154) und blickt aus dem Jahr 2000 auf die nunmehr abgeschlossene christdemokratische »Sozialreform« zurück — die für »Leistungsverweigerer« vorgesehene letzte öffentlich finanzierte Klinik ist nun an eine Strafanstalt angeschlossen und dient der Ärzteausbildung sowie der Erprobung von Neuentwicklungen der Pharmaindustrie ...

Das Buch enthält entgegen der in Vorspann und Einleitung geweckten Erwartung keine umfassende Darstellung des Sozialabbaus in den achtziger Jahren sowie der darin erkennbaren Strategien und Strukturen. Zweifelhaft erscheint, ob die Ebene der Sozialversicherungen und des Steuersystems (laufende AFG-Änderungen, »Gesundheitsreform« — seit 1. Januar 1989 in Kraft, angedrohte »Rentenreform«, Steuerreformen 1986-1990) im bezeichneten Kontext so einfach vernachlässigt werden dürfen, und statt dessen die Veränderungen in der lokalen Sozialarbeit sowie gesellschaftliche Rollenzuweisungen an Frauen im Zentrum stehen. Denn gerade die »Reformen« der großen Systeme stehen im Vordergrund neoliberal-konservativen Umbaus, und die Folgen des vorgenommenen Leistungsabbaus und verschärfter Zugangsvoraussetzungen sind es, die auf lokaler Ebene in spezifischer Weise mit der »neuen Subsidiaritätspolitik« und »Frauenförderung« zusammentreffen. Dies wird bei hinreichender Aufarbeitung der theoretischen Grundlagen und daraus abgeleiteter

Strategien christdemokratischer Sozialpolitik auch deutlich — seien es nun »konservative« (wie im Text meist synonym für christdemokratisch verwandt), neokonservative oder neoliberale Positionen oder eine fallbezogen variable Mischung derselben. Insofern stellt die im ersten Beitrag bemühte Konzeptionsskizze zwar einen notwendigen Einstieg, jedoch noch keineswegs den Abschluß der zu führenden ideologiekritischen Debatte dar. Weiter führen da schon die zutreffende Wirkungsanalyse im Sinne paradoxer Legitimierung, Entpolitisierung und Frauenfunktionalisierung sowie die detaillierte Aufarbeitung der Wirkungszusammenhänge der Neuordnung der Teilzeitarbeit und des Erziehungsurlaubs für die Frauenrolle.

Der zweite, mit dem Berliner Modell befaßte Teil dürfte insbesondere für grüne-alternative Kommunalpolitiker und -theoretiker von Interesse sein, die immer noch allzu leicht in die Falle der »neuen Subsidiaritätspolitik« tappen, ohne deren Risiken und Konsequenzen zu sehen. Vielleicht wäre hierzu eher kritische Phantasie, lokalpolitische Forschung und -entwicklung gefordert, denn das Weiterdenken eines inkonsistenten, neoliberalen Mosaiks?

Insgesamt erscheint der Band als Einstieg und Anreiz zu weiterer und vertiefter kritisch-analytischer Beschäftigung mit der sozialpolitischen Wende; die zum Teil essayistische Form, der teilweise Verzicht auf quantitative Belege sowie das lediglich auf Zitiertes beschränkte, angesichts der Themenbreite eher knapp ausgefallene Literaturverzeichnis erschweren dies allerdings. Peter Gitschmann (Gießen)

**Natter, Ehrenfried, und Alois Riedlsperger (Hrsg.): Zweidrittelgesellschaft, Spalten, splittern — oder solidarisieren?** Herausgegeben von der Katholischen Sozialakademie Österreichs. Europaverlag, Wien, Zürich 1988 (232 S., br., 24,- DM)

»Was macht die neue Dimension aus, daß trotz steigender Produktion, höherer Produktivität und Einkommenszuwächsen für bestimmte Gruppen die Armut in den Industrieländern immer größere Ausmaße annimmt?« (10) Einerseits befindet die Bundesrepublik Deutschland sich seit 1983 im konjunkturellen Aufschwung; das Bruttosozialprodukt wuchs jahresdurchschnittlich um 2,5 Prozent, die Zahl der Erwerbstätigen nahm um rund eine Million zu. Andererseits stieg von 1982 bis 1986 die Zahl der Arbeitslosen von 1,8 auf 2,2 Millionen, der Anteil der längerfristig Arbeitslosen am Gesamtbestand wuchs von 17,9 Prozent auf rund ein Drittel, und die Zahl der Sozialhilfeempfänger nahm von 2,3 auf 3 Millionen zu. Zur Kennzeichnung und Analyse dieses Phänomens wachsenden Reichtums bei gleichzeitig zunehmender Armut findet sich in der politischen und (sozial-)wissenschaftlichen Diskussion vermehrt der Begriff der »Zweidrittelgesellschaft«. Die Herausgeber definieren ihn als »jenen Zustand der Gesellschaft, in dem eine *Mehrheit* der Bevölkerung (zwei Drittel) eine *Minderheit* (ein Drittel) durch formaldemokratische Entscheide *ausgrenzt* und zu Lasten dieses ausgegrenzten Drittels in relativem Wohlstand lebt« (12).

Für *Wolfgang Fach* entspricht die »alte Solidarität« nicht mehr der gegenwärtigen Gesellschaft. Gefordert werde heute Flexibilität, die Folge seien differenzierte Lebenslagen und Bedürfnisse. Traditionelle Denk- und Verhaltensmuster können diese Ansprüche nicht erfüllen. »Die 'alte' Solidarität basiert auf Massenkonsum, Massenproduktion, Massenwohlfahrt — und erzeugt unter den 'neuen' Bedingungen *Massenarbeitslosigkeit*. Sie spaltet das Gesellschaftssystem.« (48) An die Stelle kollektiver Schicksale und Solidarität trete die »gespaltene' Sicherheit«, d.h. der Wohlstand von Solidarblöcken zu Lasten von Ausgegrenzten, oder die »zersplitterte' Freiheit« (62) für alle. Beide Optionen verabschieden das Projekt der Aufklärung, das sich auf Gesellschaftsgestaltung als gemeinsames Ziel aller beruft.

Aktuelle Spaltungs- und Splittertendenzen unter dem Aspekt der »Intregation

oder Nichtintegration in den Arbeitsmarkt« (73) untersucht *Emmerich Tálos*. Der Zugang zur Erwerbstätigkeit als dem zentralen Bereich, in dem soziale Chancen verteilt würden, sei immer mehr Bevölkerungsgruppen verwehrt. Wolle man Chancengleichheit garantieren, so sei »eine andere Politik der Verteilung von Arbeit und Einkommen unumgänglich« (102). Ähnlich argumentiert *Eva Cyba* am Beispiel der Frauen, die nicht nur abgespalten von und benachteiligt gegenüber den Männern, sondern auch in sich vielfach zersplittert seien. Die Frauenbewegung eröffne aber eine Möglichkeit, daß sich Frauen ihre Rechte im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe sichern können, denn sie biete »einen Interpretationsrahmen, um die eigenen Schicksale unter übergreifenden Gesichtspunkten zu interpretieren« (122).

Die Mehrzahl der Autoren sieht in der sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit, die ihrerseits nicht näher erklärt wird, eine Hauptursache für die »Zweidrittelgesellschaft«. Betroffen hiervon sind überproportional stark »Frauen, Ausländer, Ungelernte, Behinderte und Ältere, aber auch immer mehr Jugendliche« (132). Diese Gruppen werden zunehmend auf Dauer ausgegrenzt. *Gisela Hegemann-Mahlitz* und *Stephan Leibfried* analysieren diese Ausgrenzungsprozesse und weisen nach, daß sozialpolitische Maßnahmen, die unter Bedingungen von Wohlstand und Vollbeschäftigung entwickelt wurden, in Krisenzeiten kaum in der Lage sind, die Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen zu verhindern. So ist »das Lebensniveau der Sozialempfänger ... im Vergleich zum Rest der Bevölkerung um mindestens ein Jahrzehnt zurückgeschraubt worden« (143); zudem gelten Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in der »öffentlichen Meinung« vermehrt als »Drückeberger« (143). Die herrschende Sozialpolitik befördere »die Spirale des sozialen Abstiegs« (148), was sich jedoch eines Tages struktursprengend auf diese Form von Sozialpolitik auswirken werde.

*Georg Vobruba* stellt die Frage: »Wie werden soziale Probleme zum Anlaß für und zum Gegenstand von Sozialpolitik?« (155) Die Antwort: Nur wenn sich um soziale Probleme unterschiedliche Interessen bündeln lassen und dies zugleich die Akteure im politischen System verunsichert, sei sozialpolitisches Eingreifen möglich. Gegenwärtig treten soziale Probleme jedoch stark fragmentiert auf und würden so »das politische System eher noch entlasten« (156). Mitverantwortlich hierfür sei die herrschende Sozialpolitik mit ihrer »Tendenz« zu zunehmender Interessenfragmentierung unter Krisendruck« (173). Damit zerstöre sie aber zugleich ihre eigene Grundlage: jene kollektiven Interessen, auf denen sozialpolitische Solidarität beruhe. Demgegenüber fordert der Autor eine Politik, die soziale Risiken gleich verteilt und Chancen für alle vergrößert. Die Spaltung zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen müsse abgebaut und zugleich der Verteilungsspielraum erweitert werden. Hierdurch könne eine Vereinheitlichung unterschiedlicher Interessen als Basis einer »solidarisierenden Sozialpolitik« (179) erreicht werden.

Für *Erich Kitzmüller* ist die »Zweidrittelgesellschaft« nur »aus dem Verhalten ... von Eliten und auch von Mehrheiten« (197) zu verstehen. »Das soziale Problem ist ein Problem von Mehrheiten, ein Problem der Mitläufer, die insgeheim an Opferungen mitprofitieren.« (197) Das Paradoxon, daß Reichtum und Armut gleichzeitig wachsen, wird dadurch zum »sozialen Problem«, daß »überwältigende Mehrheiten« (197) dieses »Rätsel« ignorieren. Ursache hierfür seien Kommunikationsstörungen, die zu einer »Zunahme ökologischer und sozialer Verelendung« (204) führten. Diesem Elend könne man nur mit einem Konzept begegnen, das »Grundeinkommen in Verbindung mit anwachsenden Möglichkeiten der Eigentätigkeit und steuerlicher Entlastung der lebendigen Arbeit« (220) fördert.

Das Verdienst des Buches besteht vor allem darin, (neo-)konservative Harmonievorstellungen durch empirische Fakten widerlegen zu können. Trotzdem bleiben

Fragen offen. Es wird nicht deutlich, welchen Stellenwert der Begriff der »Zweidrittelgesellschaft« besitzt. Soll er Begriffe wie Industriegesellschaft, (Spät-)Kapitalismus etc. ablösen oder sie lediglich ergänzen? Ist er als ein theoretisches Konzept oder als Zusammenfassung empirischer Tendenzen zu verstehen? Zudem muß es verwundern, daß bei der Analyse der Spaltungs- und Splittierungstendenzen die Strategien des Kapitals nur am Rande oder gar nicht behandelt werden. Die Grundlagen der »Zweidrittelgesellschaft« in der sich verändernden Produktionsweise können somit nicht systematisch verbunden werden mit den sozialen Lebenslagen. Und letztens, einige der Autoren machen Kommunikationsstörungen zwischen Bevölkerungsgruppen für das Entstehen der »Zweidrittelgesellschaft« verantwortlich. Doch sind diese Störungen nicht eher Folge denn Ursache der sozialen Spaltung und Splittierung? Wo sind zudem die Akteure, die in »offener Kommunikation« das »Soziale« der Gesellschaft retten bzw. wiedergewinnen sollen? Einzig Eva Cyba wird konkret, wenn sie auf die Frauenbewegung verweist; die anderen Autoren begnügen sich damit, zwischen »Modernisierern« und »Bewahrern« in Parteien und Interessenvertretungen zu unterscheiden (20). Fazit: Das Subjekt, das ein Projekt »solidarisierender Sozialpolitik« vorantreiben soll, muß sich erst noch aus unterschiedlichen sozialen Bereichen konstituieren.

Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

**Lüscher, Kurt, Franz Schultheis und Michael Wehrspau (Hrsg.): Die »postmoderne« Familie.** Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit. Universitätsverlag, Konstanz 1988 (456 S., br., 120,- DM)

Die »Heilige Familie«, so bezeugen das ständige Gerede von ihrer Krise ebenso wie die vielfältigen Bemühungen ihrer Restauration, wird zusehends profan. Als Element der bürgerlichen Gesellschaft unterliegt sie deren strukturellen Wandlungsprozessen, als Objekt staatlicher Maßnahmen und politischer Ideologien fungiert sie als Auffangmechanismus sozialstaatlicher Defizite und als Basis von Reprivatisierungsstrategien. Darüber hinaus konstituiert sie eine Bindestrich-Soziologie, die ihre Strukturen und Transformationen theoretisch und empirisch zu fassen versucht. Allen drei Dimensionen des Phänomens Familie versucht der aus einer internationalen Tagung hervorgegangene Band in 28 Beiträgen gerecht zu werden. Er informiert breit über den derzeitigen Stand der Familiensoziologie; der thematische Bogen reicht von der Pluralität familialer Lebensformen über neue Formen der Identität und veränderte Beziehungsmuster, über Familienbildung als Entscheidung und alltägliche Strategien familialen Handelns bis hin zu den Ambivalenzen der Familienpolitik im Wohlfahrtsstaat.

Die Schwierigkeiten, »die« Familie empirisch zu erfassen und theoretisch zu vertiefen, weisen zugleich auf den ideologischen/normativen Gehalt der Begrifflichkeit hin, worüber die Familiensoziologie in zunehmenden Maße zu reflektieren beginnt. Aber auch die Abkehr von traditionellen Familienbildern dient wiederum der Legitimation, diesmal einer modernen Familienpolitik à la Süßmuth (11f.). Allerdings ist die dialektische Beziehung zwischen Familie und Staat grundlegender Natur, geht doch schon nach Durkheim der Individualismus mit dem Etatismus Hand in Hand (369). Ebenso sehr wie durch die Politik werden Familien und individuelle Handlungsmöglichkeiten durch die Entwicklung des gesamtgesellschaftlichen Rahmens beeinflusst. Hier fallen Folgekosten des Modernisierungsprozesses an, Interdependenzprobleme ausdifferenzierter Gesellschaften erzeugen »familialen Streß«, ebenso wie sie konträre Muster von weiterer Ausdifferenzierung und Entdifferenzierung bzw. Entinstitutionalisierung in Gang setzen (401ff.). Die »neue Unübersichtlichkeit« (Habermas) der Familie — von außen wie von innen her betrachtet — wird mit



der Diskussion um die Postmoderne in Beziehung gesetzt und als »gesellschaftliche Aleatorik« zugespitzt. Für diese ist kennzeichnend, daß »es sich um eine geplante, innerhalb eines gegebenen Rahmens verlangte bzw. voraussehbare Zufälligkeit handelt, deren sich die Beteiligten bewußt sind und die dementsprechend mitspielen bzw. mitspielen müssen« (34).

Für den familiensoziologisch interessierten Leser liefert dieser Band damit eine gute Zusammenfassung des derzeitigen Standes der Forschung; vor allem die französische Theoretiktradition (Durkheim, Le Play) verdient dabei Beachtung. Zugleich lohnt sich die Lektüre auch für Gesellschaftstheoretiker und Politologen, die mit Familie ansonsten »nichts am Hut« haben.

Entgegen der weitgehend abstrakt und gelegentlich sogar abstrus geführten Diskussion über die sogenannte Postmoderne wird hier der Versuch einer Konkretisierung unternommen. Als »postmodern« gelten jene familiäre Formen, die das »Strickmuster« der Moderne — nämlich funktionale Differenzierung — nicht weiterführen, sondern alternative Assoziationsformen beinhalten. Analysiert werden beispielsweise neue Beziehungsmuster zwischen Partnern, Eltern(-teilen) und Kindern sowie veränderte Identitäten dieser »Familien« und Individuen. Die Einschätzung solcher Phänomene bleibt — notwendigerweise — ambivalent: sowohl Erweiterung als auch Eingrenzungen von Handlungsspielräumen lassen sich neben nicht-intendierten Folgen beobachten. Dadurch wird das Konzept der »Postmoderne« auch entmystifiziert: Das moderne »Gehäuse der Hörigkeit« (M.Weber) wird wohl eher labyrinthischer, als daß es zerbricht. Neokonservative Herrschaft und Emanzipation stellen darin zwei Extremwerte dar, zwischen denen sich ein Großteil der realen gesellschaftlichen Entwicklung verorten läßt. Darüber hinaus werden Hintergründe und Ambivalenzen der derzeit praktizierten und mit Vehemenz propagierten Familienpolitik sichtbar, verbinden sich darin doch Aspekte der Frauen-, Jugend-, Alten- und Sozialpolitik zu einem Diskurs. Die Familie wird zum Ort von unterschiedlich motivierter und strukturierter staatlicher Interventionen, in dem »Geben« und »Nehmen« neu organisiert werden soll. Konkrete Ansätze reichen von der Unterstützung alleinerziehender Mütter über das (freiwillige) Zusammenleben mehrerer Generationen bis hin zur Selbsthilfe in kleinen Netzen.

Auch als profane so scheint es, erfüllt die Familie demnach ihre — wenn auch gewandelte — politische und gesellschaftliche Funktion. Josef Schmid (Bochum)

**Rüb, Friedbert W.: Die Auswirkungen der Computertechnologie auf das politische System.** Untersucht an Hand des Gesetzgebungsprozesses zur Rentenreform 1985. Verlag Peter Lang, Frankfurt/M. 1987 (400 S., br., 74,- sFr)

Rüb analysiert (1) die aus den Strukturen der Computertechnologie resultierenden allgemeinen Wahrnehmungs- und Handlungsformen des Politischen Systems, (2) die durch den Einsatz der Computertechnologie vermittelten Konzeptionen für die Reform des Wahlfahrtsstaats, (3) die Interessenlagen gesellschaftlicher und politischer Kräfte im Blick auf eine größere soziale Gleichheit herstellende Rentenreform und (4) die Zielprojektion einer durch Computerrechnungen gestützten, sogenannten kostenneutralen Neufassung der Rentenregelung. Der Autor erweist sich für diese komplexe Aufgabe wohl gerüstet, denn ihm gelingt es, bisher unverbundene methodische Ansätze zusammenzubringen. Diese beachtliche Integrationsleistung beruht darauf, daß er sich in den einzelnen Sachgebieten äußerst kompetent bewegt.

Die Ergebnisse der Arbeit liegen in zwei Richtungen. Zum einen zeigt Rüb systematisch, worin die Problemwahrnehmungsgrenzen der Computertechnologie bei der Begründung und Durchsetzung politisch-rechtlicher Entscheidungen liegen und zum

anderen weist er detailliert nach, welche technologischen und politischen Faktoren dazu führen, daß ein sozialpolitisches Hauptziel der Rentenreform, die strukturelle Verbesserung der Lage der benachteiligten (nicht berufstätig gewesenen) Witwen, nicht erreicht wurde.

Der Einsatz von Computertechnologien erweist sich als ambivalent. Auf der einen Seite steigt durch die ungeheure Erweiterung der Verfügung über sozialpolitische Daten die Steuerkapazität des Politischen Systems. Auf der anderen Seite aber treten auf Grund der Reduktion auf eine technische Rationalität die sozialen Problemlagen nicht zureichend in den Blick: Die computergerichtete Lösungstechnik »fragt ausschließlich nach der Formalisierbarkeit und Kalkulierbarkeit ... nicht nach dem Inhalt, nach der Genese ... des Problems« (89). Indem die Praxis der Rentenverwaltung zur automatisierten, computergesteuerten Erstellung von Rentenbescheiden übergeht, wird nicht nur der Kontakt zwischen den Klienten und den Verwaltungen entpersönlicht, vor allem wird die Sachverhaltsermittlung, durch den quantifizierenden Zugriff, ungenau und vielfach unzutreffend — mit der Konsequenz, daß der größte Teil der Bescheide unrichtig ist und in einem Widerspruchsverfahren angefochten werden muß. Für die computergestützten Modellrechnungen schließlich beschränkt sich das Problem der Rentenreform auf die »Bewegung der formalisierten Systeme«, in denen sich die ökonomischen Funktionsgesetzmäßigkeiten — etwa der Haushaltsvorgaben — unmittelbar ausdrücken lassen, während die konkrete Situation und die kommunikativen Bedürfnisse der Subjekte aus dem Blick verschwinden. Rüb spricht von der Tendenz zum »automatisierten Wohlfahrtsstaat, der 'nur redet anstatt zuzuhören' (Deutsch)« (185).

Im zweiten Teil analysiert Rüb die politischen Auseinandersetzungen um die Rentenreform von 1984. In einem Vergleich mit anderen Modellen (der SPD und der GRÜNEN) erweist sich, daß das »Anrechnungsmodell« gegen das »Teilhabemodell« dadurch durchgesetzt werden konnte, daß es — abgestützt durch computergestützte Simulationsmodelle — als »kostenneutral« ausgegeben werden konnte. Die Funktionsnotwendigkeit des ökonomischen Systems wurden zu Lasten der verwitweten, nicht erwerbstätig gewesenen Frauen — das sind 58,4 Prozent aller rentnenberechtigten Witwen — durchgesetzt. Eine besondere Pointe ist dabei, daß die ökonomischen Systemimperative nicht nur von der CDU geführten Bundesregierung getragen wurden, sondern auch vom DGB, der die Interessen der nicht berufstätigen Frauen vernachlässigte, während die SPD und der Arbeitgeberverband für das Teilhabemodell eintraten, das die Interessen der nicht erwerbstätig gewesenen Witwen besser realisiert hätte. Die Kostenneutralität der Rentenreform erscheint allerdings keineswegs als gesichert, wenn man den Mehraufwand an Verwaltungsarbeit bei der Realisierung des Anrechnungsmodells in Betracht zieht und die finanziellen Umschichtungsmöglichkeiten im Teilhabemodell in den Blick nimmt.

Der Ertrag der Arbeit liegt darin, daß sie das vor allem von Habermas entwickelte Theorem der Durchsetzung ökonomischer und politischer Systemimperative gegenüber der Lebenswelt der Menschen exemplarisch diskutiert und dabei empirisch genauer faßt. Damit treten die politischen Konsequenzen einer das konkrete Zusammenleben der Individuen ausklammernden Anwendung der Computertechnologie an den Tag. Zugleich gelingt es Rüb, die in scheinbar bloß technischen Sachvollzügen verpuppten politischen und gesellschaftlichen Interessenpräferenzen hinsichtlich der Sozialpolitik durch eine Kritik an der Wertneutralität der Computertechnologie systematisch aufzudecken.

Abgesehen von Einzelproblemen, wie der ungenaue Umgang mit bestimmten Großbegriffen (wie Vernunft, Gerechtigkeit, Angst) und manche zitathafte Bezug-

nahme auf Luhmann, dessen Ansatz zunächst kritisiert wurde, bei der Beschreibung höchst alltäglicher Sachverhalte, setzt sich Rüb einem grundlegenden Einwand aus. Mir scheint, daß Rüb seiner am Anfang angedeuteten Problemdefinition, welche die moderne Computertechnologie weder maschinenstürmerisch verwirft noch in einer naiven Technikgläubigkeit hypostasiert, nicht ganz gerecht wird. Denn Rüb kritisiert die Ausblendungsstrukturen der Computertechnologie und ihre Funktionalität für systemische Prozesse so grundsätzlich, daß er die Frage, ob mittels computergestützter Simulation nicht auch Prozesse entwickelt werden können, die größere soziale Gleichheit und damit eine humane Veränderung der sozialen Lebenswelt zum Ziele haben, in seinem computerkritischen Bezugsrahmen nicht zu stellen vermag, obgleich er diese Frage — pragmatisch — durch den positiven Rekurs auf das von einer Sachverständigenkommission propagierte, ebenfalls durch Modellrechnungen gestützte Teilhabemodell doch beantwortet. Anders gesagt: Rüb reflektiert nicht genug, daß die Computertechnologie die quantitative Analyse sozialpolitischer Verteilungsprobleme durchaus verbessern könnte, daß aber die konkreten Zielsetzungen der Sozialpolitik nicht von der Computertechnologie, sondern von politischen Präferenzen abhängen. Er entwickelt zwar diesen Gedanken in der Kritik an der vorgebliehen Kostenneutralität der Rentenreform 1984, macht ihn aber für eine variantenreichere Funktionsbestimmung moderner Technologien nicht systematisch fruchtbar.

Dennoch bleibt Rüb's Kritik nicht abstrakt negatorisch. Implizit entwickelt er alternative Gesichtspunkte für eine Sozialpolitik, in der Computersysteme sich nicht wie ein fremdbestimmendes Netz über die Lebenswelt der Individuen werfen. Er formuliert sowohl Ansatzpunkte für selbstverwaltete Formen von Sozialpolitik, durch die die Betroffenen in die Lage versetzt werden, sich systemisch bedingter Vereinzelung entgegenzustellen, als auch Ansatzpunkte dafür, verteilungsgerechtere, durch Computersimulation gestützte Modell von Sozialpolitik zu entwickeln.

Joachim Perels (Hannover)

**Memmi, Albert: Rassismus.** Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1987  
(226 S., br., 24,80 DM)

Irritationen bei der Lektüre eines Buches verweisen auf Abweichungen vom erwarteten Üblichen: Albert Memmis 1982 bei Gallimard erschienene Studie verbindet Erklärung und Definition des Rassismus mit der phänomenologischen Beschreibung seiner Wirkweisen, vereinigt die Entwicklung einer theoretischen Perspektive mit dem Nachvollzug ihres Entstehens aus der eigenen Erfahrung und deren Verarbeitung in sukzessiven Veröffentlichungen (einschließlich der Repliken auf Kritiker). Da der Autor aber immer wieder auf seine zentralen Argumente zurückkommt, ergeben sich in immer neuen Zugängen zum Thema Variationen in der Begrifflichkeit *und* in der Erklärung rassistischen Verhaltens. Memmis Essay nimmt seinen Ausgang von der Ubiquität des Rassismus — trotz immer wieder nachgewiesener Unhaltbarkeit und interner Inkonsistenz theorieförmiger Annahmen seine Anhänger — und entwickelt die Genese und Funktionalität der individuellen und kollektiven handlungsleitenden Einstellungen, welche Memmi als »Rassismus« bezeichnet.

Seiner Definition nach sind Einstellungen rassistisch, welche 1. Unterschiede zwischen Menschengruppen behaupten, 2. diese Unterschiede verallgemeinern und verabsolutieren und mit einer Bewertung versehen und 3. diese Bewertung zur Steuerung und Rechtfertigung von Privilegien und aggressiven Akten nutzen. (Dabei ist die dritte Komponente die entscheidende: das Interesse an der Aufrechterhaltung eines Herrschaftsvorteils oder an der Legitimität von (Gegen-)Aggression steuert rassistische Mythen und Handlungen, nicht spezifische behauptete Eigenschaften des

abgewerteten kollektiven Anderen. Gleichzeitig betont Memmi im Anschluß an diese Definition, daß die Feststellung von Unterschieden allein nicht rassistisch ist — daß Antirassisten also nicht, um die »égalité« zu verteidigen, krampfhaft Unterschiede leugnen müssen; vielmehr gelte es gerade für Antirassisten kulturelle Pluralität als Reichtum zu werten.) Die Definition macht deutlich — hier liegt die zweite Irritation des Lesers begründet, die überwunden werden muß, will man Nutzen aus diesem Buch ziehen —, daß Memmi einen sehr weiten »Rassismus«-Begriff vertritt, die kausale Verknüpfung des »Rassismus« mit einer bestimmten Gesellschaftsformation (Kapitalismus, Imperialismus) und einer bestimmten Menschheitsepoche (Kolonialismus) also ablehnt. Er selbst unterscheidet zwischen einem »engen« und einem »weiten« Begriff. Genaugenommen handelt es sich um drei Phänomen-Schichten: »Rassismus« meint 1. die Ausgrenzung, Ablehnung und Unterdrückung »rassistischer« Gruppen mittels biologischer Argumente; 2. entsprechende Einstellungen/Handlungsweisen ohne Biologismen (z.B. durch Abwertung von Kulturen); 3. schließlich analoge Ablehnungen und Unterdrückungen anders definierter Gruppen (z.B. Frauen, Jugendliche, Behinderte). »Schichten« soll heißen, daß die in der »weiten« Definition gefaßten Einstellungen/Handlungsweisen die Grundlage bilden für den Rassismus im »engeren« Sinne. In der untersten Schicht, in der Psyche des (aller) Menschen findet Memmi den Kausalfaktor »Heterophobie«: die genetisch fixierte Aggressivität und/oder den stammesgeschichtlich erklärbaren Nutzen der Abwehr von »Fremden«. Hier oszillieren die Erklärungen zwischen einem eher »finalen« Ansatz, der den Nutzen einer Abwehrhaltung gegenüber Fremden konstatiert, und einem eher »kausalen« Ansatz zur Erklärung der dabei beobachtbaren Angst-Aggressions-Kreisläufe, der stärker genetisch argumentiert. (Die zweite Variante führt in beunruhigende Nähe zu ethologisch-biologistischen und soziobiologischen Argumentationen, welche — »nur« in umgekehrter Wertung wie der Autor — die Natürlichkeit von Aggressionen zwischen Menschen unterschiedlicher »Rasse« oder »Kultur« behaupten.) Für einen Antirassismus, der sich selbst ernst nimmt, wichtiger sind die Passagen, in denen der Autor auf der Funktionalität von Rassismus beharrt, den (psychischen, sozialen, ökonomischen, politischen) *Nutzen* entsprechenden Verhaltens beschreibt — auch bei Ausgebeuteten, welche gegenüber Eingewanderten oder Kolonisierten qua Rassismus ihr »relatives Privileg« legitimieren und verteidigen und dabei freilich indirekt ihre eigene Ausbeutung und die größeren Privilegien anderer mitlegitimieren und verteidigen; denn ohne diese Annahme operierende Manipulationstheoretiker implizieren ungewollt das Bild der vollkommenen Blindheit und Blendbarkeit der manipulierbaren »Unteren«. Am überzeugendsten ist der Autor, wo er am Beispiel der Kolonialsituation die durch den Rassismus hervorgerufene Verformung und Zerstörung des Unterdrückers und des Unterdrückten in ihrem Aufeinanderbezogensein und die Kette der Unterdrückung durch alle Gesellschaftsschichten (welche mit ethnischen Gruppierungen zusammenfallen) hindurch beschreibt. In diesen Beschreibungen auch wird die wechselseitige Abhängigkeit realinstitutioneller Unterdrückung und ideologischer Abrichtung von Menschen im Rassismus faßbar. Generalisiert wird das Kolonialverhältnis im Begriff »Herrschaft«, die durch Rassismus legitimiert und ausgeübt wird (und umgekehrt eine Realität schafft, die sich rassistischer Auslegung andient). Ontogenetisch ist Sozialisation der Handlungskontext, durch den Rassismus — als Schatz von Mythen und Verhaltensanweisungen — sich in die individuelle Identität einbaut.

Freilich bleiben solche Verknüpfungen — zwischen Herrschaft und Rassismus — sehr allgemein, wie auch ihre Verbindung zu der genetisch oder stammesgeschichtlich verankerten Heterophobie. So wird die Doppelfunktion des Rassismus, sein ein-

und ausschließender Charakter, benannt; doch unklar bleibt, wie die historische Entwicklung die Definitionen des »Wir« und des »Fremden« verändert. Nirgends ist herausgearbeitet, wie Rassismus im Laufe dieser Entwicklung sich nicht nur inhaltlich verändert, sondern sich in unterschiedlichen Formationen unterschiedlich »artikuliert«. Ähnlich hätte der wichtige Hinweis auf die Verteidigung des »relativen Privilegs« durch den »kleinen« Rassisten zu einer genaueren Beschreibung der Funktion von Rassismus als Herrschaftsmittel ausgebaut werden müssen: als *ein* Baustein in der Herstellung von Hegemonie herrschender Gruppen, die gerade dadurch erreicht wird, daß ideologisch und real den Ausgebeuteten ein »relatives Privileg« gewährt und sie illusorisch in das Weltbild als Herrschende aufgenommen werden.

Damit müssen aber auch die Hinweise, wie Rassismus zu bekämpfen sei — und hierauf zielt die gesamte Studie —, sehr allgemein bleiben. Die Bedeutung der pädagogischen Arbeit wird hervorgehoben, der politische Kampf gegen jede Form von Herrschaft benannt. Die Zielrichtung politischen Handelns wird faßbar, wo Memmi den Rassismus als Einschränkung von Solidarität und als Einschränkung des Geltungsbereichs moralischer Prinzipien beschreibt: Antirassismus soll daher die vertragliche Ausweitung der Rechtsgleichheit der Menschen befördern. Der aufklärerische Gedanke des Staatsvertrags, welcher Institutionen schafft, die allen Individuen eine naturrechtlich legitimierte Selbstverwirklichung garantieren, wird über die historische Schranke des Nationalstaats hinweg ausgeweitet (wobei unerwähnt bleibt, daß im Nationalstaat selbst Rassismus im »weiten« Sinne gerade Teil des Gesellschaftsvertrages war und ist).

Ansatzpunkte für antirassistische Politik und Pädagogik bietet die »gute« Seite des Menschen. Für Memmi ist er Tier-Mensch *und* moralisches Wesen; besitzt er genetisch Aggressivität *und* prosoziale Triebneigungen; hat er stammesgeschichtlich erfahren, daß fremdenfeindliches *und* prosozial-solidarisches Verhalten für das Überleben funktional ist. — Überraschenderweise fehlt an dieser Stelle der Hinweis, daß heute nur noch solidarisches Verhalten funktional ist, daß die globale Situation (und nicht nur die Moralität) der Menschheit eine globale Identifikation erzwingt. Gleichzeitig, das war oben bereits impliziert, bleibt der Gegner auf dem Weg in eine nicht-rassistische Zukunft im dunkeln: Herrschaft, sozial vermittelte Ideologien, psychisch verankerte Aggressivität, stammesgeschichtlich erworbene Fremdenfurcht — in dieser Allgemeinheit. Die Enthistorisierung der Diskussion läßt in der aufgeklärten Phänomenologie dieses Essays nicht erkennen, welche konkrete Interessen sich heute des Rassismus bedienen, mit welchen konkreten Institutionen und verwandten Ideologemen er verknüpft ist.

Dennoch: zwei wichtige Lehren (mindestens) lassen sich für Antirassisten aus diesem Buch ziehen. Die eine betrifft die definitorische Entkrampfung der Diskussion, die möglich wird, wo Rassismus nicht mehr ausschließlich mit Kolonialismus und Imperialismus verknüpft wird und deshalb auch (fast) identische Phänomene nicht mehr als scharf voneinander trennbar behauptet werden müssen. Die zweite, damit verbundene Lehre betrifft die Zukunft: Mit der sehr allgemeinen Sicht auf rassistische Phänomene ergeben sich heilsame Zweifel an dem »Absterben« des Rassismus durch ökonomische Transformationen, wächst der Stellenwert politischer und pädagogischer Arbeit. Noch ein letztes: weil in jeder Zeile deutlich wird, daß hier nicht ein Thema »abgehandelt« wird, sondern ein Mensch aus eigener Erfahrung und Entwicklung heraus mit der Legitimität des Aufklärers spricht, handelt es sich um ein spannendes Buch. Hierzu — und das ist leider auf dem Büchermarkt nicht selbstverständlich — hat auch der Übersetzer einen wichtigen Beitrag geleistet.

Klaus F. Geiger (Kassel)

## Ökonomie

**Mahnkopf, Birgit (Hrsg.): Der gewendete Kapitalismus.** Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1988 (226 S., br., 24,- DM)

Die mit den Arbeiten von Aglietta, Lipietz, Boyer, Delorme u.a. verknüpfte Theorie der Regulation hat in den letzten Jahren raschen Einzug in die bundesdeutschen Sozialwissenschaften gehalten. Aus der Regulationsschule entlehnte Begriffe wie »Fordismus«, »Regulationsweise«, »Akkumulationsregime« fehlen heute in kaum einem wissenschaftlichen Aufsatz, gehören zum intellektuellen Alltagsvokabular und haben gar die Tagespresse erreicht. Der dynamische »intellektuelle Diffusions- und Internationalisierungsprozeß« (Hurtienne, 183) dieses Theoriekonzeptes hat zugleich zur Vulgarisierung beigetragen. Die fünf AutorInnen, alle Mitarbeiter der Zeitschrift *Prokla* versuchen, die Kategorien, methodischen und theoretischen Prämissen, Arbeitshypothesen sowie die wissenschaftlichen und politischen Intentionen der Regulationisten nachzuzeichnen und ihre Tragfähigkeit zu überprüfen.

Die französischen Theoretiker beanspruchen nicht weniger als die Einlösung dessen, was Marx in der Einleitung zu den »Grundrissen« als Ziel der »Kritik der Politischen Ökonomie« formuliert hatte: »eine Analyse des allgemeine(n) Verhältnis(es) der Produktion zu Distribution, Austausch und Konsumtion«. Während andere sozialwissenschaftliche »Großtheorien« in der Krise stecken (»Krise des Marxismus«, »Krise der globalen Entwicklungstheorien« etc.) und der Trend zu pragmatischen Forschungsprogrammen, Einzelfallstudien und möglichst überschaubaren Fragestellungen unübersehbar ist, nimmt der Regulationsansatz mit neuen Begrifflichkeiten den alten Anspruch marxistischer Theoriebildung, der »Totalität des Ganzen« Rechnung zu tragen, wieder auf.

Deutlich wird in den sechs Artikeln, daß es sich offenbar verbietet, von der Regulationsschule zu sprechen. Übereinstimmend stellen die Autoren die Heterogenität dieses Ansatzes fest: marxistische Positionen (z.B. der »frühe« Aglietta) existieren neben Theoriefragmenten aus der Keynes-Kalecki-Tradition (z.B. Boyer) oder explizit dem Eklektizismus verhafteten Arbeiten. Auch das Urteil der *Prokla*-Autoren fällt nicht einheitlich aus. Zudem wird der Gehalt des Regulationsansatzes nicht textexegetisch, sondern an Hand von Analysen unterschiedlicher Problemfelder überprüft. Dieses Vorgehen ist um so interessanter, als sich die Autoren des Sammelbandes und die Protagonisten der Regulationsschule(n) einige sind, daß es sich bei den derzeitigen Krisenprozessen um gesellschaftliche Umbruchphasen von größerer Bedeutung handelt, in denen die alten Formen gesellschaftlicher Regulierung, Produktion und Konsumtion zur Disposition stehen.

Kurt Hübner vermißt einen originären Beitrag der Regulationisten zur Krisentheorie. Heiner Ganßmann widmet sich dem Sozialstaat als Regulationsinstanz und kommt zu dem Ergebnis, daß von einer Krise, sowohl bilanzmäßig wie im Sinne einer Legitimationskrise, nicht die Rede sein könne. Die von rechts und links gepflegte Krisensemantik diene letztlich der Beschaffung von Legitimität zu noch stärkerer monetärer Belastung der Lohnarbeiter bei gleichzeitiger Steuerentlastung für Besserverdienende. Birgit Mahnkopf untersucht, inwieweit die Regulationisten ihren Anspruch einlösen, individuelles und kollektives Handeln sowie die Entwicklung von Institutionen und ökonomischen Prozessen »einer nicht-reduktionistischen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse« (Boyer) zu unterziehen, um den funktionalistischen Fallstricken der Althusser-Schule zu entgehen. Ihr Fazit: »Für Phänomene des historischen Wandels, die sich nicht in den Horizont der ökonomischen Logik über-

setzen lassen (Ökologieproblematik, Gleichheitsdiskurse etc.) fehlen dem Regulationsansatz ... alle entscheidenden soziologischen Theoriebestandteile.« (125f.) Elmar Altwater befaßt sich mit dem »Bankrott 'fordistischer' Industrialisierung« in der Peripherie der Weltwirtschaft und richtet sein Augenmerk damit auf bisher von den Regulationisten kaum bearbeitete Fragen. Thomas Hurttienne gelangt zu dem Ergebnis, daß sich Erkenntnisse der Regulationisten über die Abfolge unterschiedlicher Akkumulationsregimes in den kapitalistischen Industrieländern sich für die Entwicklungstheorie fruchtbar machen ließen, wenn es gelänge, »sozioökonomische Transformationsprozesse im Vektor von Weltmarkt, Hegemonialsystemen, Nationalstaaten und regionalen Entwicklungen herauszuarbeiten« (191).

Der Band stellt wohl die bisher komprimierteste kritische Würdigung der regulationstheoretischen Ansätze dar. Die Beiträge bieten eine gute Einführung in die Debatte, da die gesamte Breite der Literatur verarbeitet ist, und erschweren zugleich den unbeschwerten »intellektuellen Massenkonsum« (Hurttienne, 184), da sowohl die Komplexität des Ansatzes als auch dessen theoretische Widersprüche und Leerstellen herausgearbeitet werden.

Dirk Messner (West-Berlin)

**Pasinetti, Luigi L.: Vorlesungen zur Theorie der Produktion.** Aus dem Italienischen von B. Preißl. Metropolis Verlag, Marburg 1988 (313 S., br., 44,80 DM)

In der »Cambridge-Debatte« über die herrschende neoklassische Kapital- und Verteilungstheorie war Pasinetti einer ihrer heftigsten Kritiker. An der Seite von J. Robinson und P. Sraffa in Cambridge/England beteiligte er sich an dem Streit über die Inkonsistenzen der neoklassischen Theorie, deren bekannteste Vertreter P.A. Samuelson und R. Solow in Cambridge/USA waren.

Das Lehrbuch zur Theorie der Produktion entstand aus Vorlesungen in Mailand und Cambridge gehalten. Sie vereinigen eine Kritik der neoklassischen Lehre mit einem der ökonomischen Klassik, insbesondere Ricardo, verpflichteten Ansatz. In einer dogmenhistorischen Einführung (Kap. I) skizziert Pasinetti die Bedeutung produktionstheoretischer Argumente für die Surplustheorie klassischer Provenienz (Quesnay, Ricardo, Marx). Der »surplus approach« versteht die Produktion als zirkulären Prozeß, in dem die Bedingungen für die Reproduktion durch die Existenz und die Art der Verteilung des Nettoprodukts der Gesellschaft bestimmt werden. Anders als bei der konkurrierenden neoklassischen Theorie, die auf dem Prinzip des Grenznutzens beruht, sind die relativen Preise nicht durch den Knappheitsgrad bestimmt, sondern allein durch die technischen Bedingungen der Produktion und die jeweils herrschenden Verteilungsparameter, Lohnsatz und Profitrate. Von diesen beiden wird angenommen, daß sie außerhalb des ökonomischen Systems festgelegt werden, durch und vermittelt sozialer Konflikte und institutioneller Regelungen.

Die »Theorie der Produktion« basiert auf linearen Produktionsmodellen (Kap. II/III), wie sie bei W. Leontief in Form von Input-Output-Tabellen (Kap. IV) und bei P. Sraffa in seinem epochemachenden Buch »Warenproduktion mittels Waren« (Kap. V) Verwendung gefunden haben. Im Zentrum der Vorlesung steht die Darstellung des Sraffa-Systems. Es kann jedem, der mit sich mit diesem und verwandten Theorieentwürfen beschäftigen möchte, als Einführung empfohlen werden. Die grundlegende These von Sraffa, die Pasinetti vortrefflich aufbereitet, ist die folgende: Die Preis- und Werttheorie von Ricardo und Marx ist konzeptionell konsistent. In einem ökonomischen System, das über die Reproduktionsbedingungen hinaus ein Nettoprodukt erzielen kann, werden die relativen Preise bestimmt durch die Produktionsbedingungen der Basisgüter und die Verteidigung des gesellschaftlichen Nettoprodukts, des Surplus. Angebot und Nachfrage im traditionellen Sinn, insbesondere

aber die subjektiven Präferenzen zur Bestimmung des Nachfrageverhaltens finden in dieser »objektivistischen« Preistheorie keine Verwendung, sie sind zur Preisbestimmung nicht mehr relevant.

In einem Anhang wird das Marxsche Transformationsproblem von Werten in Produktionspreise behandelt. Die darin liegenden logischen Probleme werden mit Hilfe der von Sraffa entwickelten Methode neu gefaßt. Die Marxsche Arbeitswertlehre wird als Sonderfall des Sraffa-Systems verstanden, insofern, als der sofortige Übergang von Warenwert zu Produktionspreis im Falle einer Profitrate  $r = 0$  als korrekt gelten kann. Nur wenn es keine Profite gibt, lassen sich die relativen Preise der Güter direkt aus der in ihnen inkorporierten Arbeit bestimmen. Ob die Preisveränderung einer Ware auf die Änderung der Produktionsbedingungen (technischer Fortschritt) oder auf eine Veränderung der Verteilungsgrößen (Lohn-/Profitrate) zurückgeht, kann mit dem Konzept der Standardware eindeutig bestimmt werden. Die thematische Nähe zu Ricardo und Marx wird in der Behandlung dieser beiden Problemen exemplarisch deutlich. Der Frage nach der Wertbestimmung und dem unveränderlichen Wertmaßstab galten unzählige Überlegungen von Ricardo und, an ihn anschließend, von Marx. Erkennbar wird nun aber auch die Reduktion der Fragestellung bei Pasinetti. Die Formtheorie von Marx scheint ihm unbekannt. Die Verteilung des Surplus wird nicht analysiert, nach dessen Bestimmungsgründen nicht gesucht. Die Produktionsbedingungen werden ausschließlich durch technische Eigenschaften beschrieben. Einige Textstellen sind daher eher mathematisch-logische Operationen die Oberflächenrelationen betreffend, als daß sie dem Titel der Vorlesungen gerecht werden.

In Kapitel VI und VII untersucht Pasinetti verschiedene Aspekte der Kapitalakkumulation, insbesondere die Wahl der profitabelsten Technik, die Kapitalintensität und den Zusammenhang zwischen Wachstums- und Profitrate. Die für die Input-Output-Modelle hilfreiche Mathematik der Matrizen wird im Anhang auch dem mathematisch nicht geübten Leser in seinen Grundzügen sehr verständlich erläutert. Komplexere Themen wie Kuppelproduktion und Fixkapital werden nicht, dynamische Produktionsmodelle nur am Rande erörtert. Wie gut sie aber im Rahmen linearer Modelle zu behandeln sind, wird aus anderen Arbeiten des Autors deutlich. Es seien nur die »Essays on the Theory of Joint Production« (Hrsg., 1980) oder seine Arbeit »Structural Change and Economic Growth — A theoretical Essay on the Dynamics of the Wealth of Nations« (1981) genannt.

Die Vorlesungen sind in der Klarheit und analytischen Qualität, mit der sie jene Vielzahl von theoretischen Problemen darlegen, ein herausragendes Lehrbuch. Als fortgeschrittene Einführung in eine »wiederbelebte« klassische Theorie und postkeynesianische Wachstumstheorie ragt es heraus aus der Vielzahl neoklassischer Abhandlungen. Der noch junge Metropolis-Verlag ist für die sorgfältige Edition wie auch für sein sonstiges ambitioniertes Verlagsprogramm zu loben. Wichtige neuere Arbeiten, die sich in der Tradition der ökonomischen Klassik (Smith, Ricardo und Marx) befinden, sollen in den nächsten Jahren endlich auch im deutschen Sprachraum zur Verfügung stehen.

Dirk Bergemann (Frankfurt/M.)

**Flora, Peter e.a.: State, Economy and Society in Western Europe 1815-1975. A Data Handbook in two Volumes. Volum I: The Growth of Mass Democracies and Welfare States. Volume II: The Growth of Industrial Societies and Capitalist Economies, Campus Verlag, Frankfurt/M. 1983, 1987 (633 und 758 S., Ln., je 148,- DM)**

Dieses Handbuch ist eine Kollektivarbeit von Soziologen, Ökonomen und Politikwissenschaftlern, die Frucht der gut dreizehnjährigen Arbeit einer Forschergruppe



mit wechselnder Zusammensetzung. Mit ihm wird ein programmatischer Anspruch eingelöst, den Protagonisten einer »Makro-Soziologie« genannten, historisch, komparativ und interdisziplinär gemeinten Forschungsrichtung bereits Anfang der siebziger Jahre erhoben hatten: den »Entwicklungsgesetzen« der modernen Gesellschaften durch die systematische Sammlung und Analyse von Zeitreihen relevanter ökonomischer, politischer und sozialstruktureller Daten auf die Spur zu kommen. Die Auswahl der gesammelten Daten folgt einem von Stein Rokkan (einem Pionier der international vergleichenden Politikforschung) entwickelten Makromodell der politischen und ökonomischen Entwicklung Europas im 19. und 20. Jahrhundert. In der Einleitung des Gesamtwerks stellt der Projektleiter Peter Flora die zentralen Konzepte dieses Modells kapitalistischer Entwicklung vor. Für den an systematischer »Makro-Geschichte« interessierten Stein Rokkan waren die territorial gebundenen Sozialgebilde (Städte, Dörfer, Staaten, Reiche) die analytische Grundeinheit; er versuchte, die Entwicklung zum modernen Typus des Nationalstaats, wie er sich allererst im Europa des 16. Jahrhunderts herausbildete, zu erklären — und zwar als Resultat eines »violdimensionalen« Prozesses, in dem Ökonomie und Technik, Politik und Verwaltung ebenso wie Kultur und Religion zusammenwirken. Rokkan unterscheidet vier Phasen oder Prozesse: die Entwicklung einer staatlichen Organisation überhaupt, die Bildung einer Nation (im Kontext staatlicher Organisation), die Entwicklung zur Massendemokratie und schließlich die Entwicklung der demokratischen Nationalstaaten zu Wohlfahrtsstaaten. Die Pointe dieses Ansatzes ist klar: Es gibt für Rokkan eine oder mehrere »Logiken« staatlicher Entwicklung in Europa, die der kapitalistischen zumindest historisch vorgelagert sind. Will man die von Marx gestellte Frage beantworten, warum sich der moderne industrielle Kapitalismus zuerst in Westeuropa entwickelt hat, dann muß man auf den langwierigen Prozeß der Staatenbildung ebendort zurückgehen. Die Entwicklung des modernen Staates in Westeuropa hat zwar notwendige ökonomische Voraussetzungen, aber die Entwicklung zum wie die Entwicklung des modernen Kapitalismus ist ohne die von unabhängige Entwicklung des modernen Staates bzw. eines Staatensystems in Westeuropa nicht denk- und erklärbar. Wenigstens was dieses politische Element der politischen Ökonomie des Kapitalismus betrifft, können Marxisten von den Modernisierungstheoretikern einiges lernen.

Der Aufbau des Handbuchs folgt im großen und ganzen dem Schema Rokkans. Im ersten Band werden Daten zur Staatsbildung zusammengebracht, im zweiten folgen Daten zur Entwicklung des Kapitalismus. Der erste Band enthält in fünf Abschnitten Daten zur Entwicklung der Territorial- und Nationalstaaten (Territorien, Bevölkerung, Religionszugehörigkeit, Sprache und Alphabetisierung), der Massendemokratien (Wahlrecht, Wahlbürger, Wahlen, Parteien, Parlamente und Regierungen), der staatlichen Ressourcen (Staatspersonal und Staatsfinanzen — Steuern und Staatsausgaben) und des Wohlfahrtsstaates (Sozialversicherung und öffentliches Bildungswesen). Der zweite Band vereinigt sozialstrukturelle Daten zur Entwicklung der Bevölkerung und der Familienstruktur, zur Entwicklung der Städte und der Wohnverhältnisse mit ökonomischen Daten zur Entwicklung von Größe und Struktur des Sozialprodukts, zu Umfang und Struktur der Erwerbsbevölkerung, zur Struktur des Nationaleinkommens bis hin zur Entwicklung der personellen Einkommensverteilung und schließlich zur Entwicklung der Arbeitskämpfe. In beiden Bänden werden jeweils die Daten für 13 europäische Länder (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz) wiedergegeben — wo möglich, für den gesamten Zeitraum von 1815 bis 1975.

Nur wer selbst einmal versucht hat, aus den Daten verschiedener nationalstaatlicher Statistiken brauchbare Zeitreihen zu basteln, kann wohl die immense Arbeit ermessen, die in dieser Datensammlung steckt. Was immer man von der Modernisierungstheorie halten mag, der Anspruch einer empirisch wohlfundierten Makro-Soziologie hat auf jeden Fall zu einer Materialsammlung geführt, auf deren Basis viele weiterarbeiten können. Statistische Analysen enthalten die beiden Bände nicht. Die können und müssen andere machen — und auch die Politischen Ökonomen sollten sich dazu, des Vorbilds ihrer Altväter eingedenk, nicht zu schade sein.

Michael Krätke (Amsterdam)

**Frauenbewegungen  
in der Welt/Band 1**



**Westeuropa**

**Argument**

**Frauenbewegungen in der Welt  
Band 1: Westeuropa**

**Hrsg. Autonome Frauenredaktion**

Der Band soll Auskunft geben über Geschichte und Gegenwart der westeuropäischen Frauenbewegungen, über ihre Ziele und Bündnisse, über das Verhältnis zu anderen politischen Gruppen und zum Staat. Die Autorinnen analysieren die verschiedenen Strömungen innerhalb der jeweiligen Frauenbewegung und berichten von der Entstehung von Frauenkultur und Frauensolidarität. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der weltweiten Frauenkämpfe werden erkennbar.

**Argument Sonderband 150**

176 S., br., DM 18.50 / 15,50 für Studenten  
Bei Subskription aller vier Bände DM 13,50

## Verfasser/innen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

*Anders, Günther:* siehe *Argument* 173

*Ammon, Herbert,* 1943; Studienrat am Studienkolleg der FU Berlin. V: *Die Linke und die Nationale Frage* (Mitautor, 1981). A: Neuere Geschichte; Zeitgeschichte; Amerikanistik. M: GEW

*Auernheimer, Georg:* siehe *Argument* 173

*Axtmann, Roland,* 1956; M.A., Research Assistant. A: Staatsformierung in Westeuropa; Soziologische Theorie

*Balibar, Etienne,* 1942; Maitre de Conférences (Philosophie) an der Universität Paris-I. V: *Das Kapital lesen* (mit L. Althusser, 1965, dt. 1972); *Race, Nation, Classe — Les identités ambiguës* (mit I. Wallerstein, 1988)

*Bosum, Uwe,* 1957; M.A., Wiss. Mitarb. am Inst. f. Politische Wissenschaft der Univ. Hannover. A: Bevölkerungspolitik, Faschismustheorie. M: BdWi

*Ecarius, Jutta,* 1959; Dipl.-Päd.; wiss. Mitarb. der Fernuniv. Hagen. A: Jugendforschung, qualitative Forschung, Kulturtheorie

*Eilert, Dieter,* 1962; Studium der Theologie an der Univ. Hamburg

*Fallschessel, Helmut:* siehe *Argument* 173

*Fedderies, Udo,* 1956; Gymnasiallehrer (Geschichte/Sozialkunde). A: Politische Ökonomie; Soziale Bewegungen; Faschismus

*Franck, Norbert:* siehe *Argument* 174

*Gamm, Hans-Jochen,* 1925; Dr.phil., Prof. f. Erziehungswissenschaft an der TH Darmstadt. V: *Allgemeine Pädagogik* (1979); *Das pädagogische Erbe Goethes* (1980); *Materialistisches Denken und pädagogisches Handeln* (1983). A: Allgemeine Pädagogik/Historische Pädagogik

*Gather, Claudia,* 1956; Arbeit in der »Weiberwirtschaft« (Verein zur Errichtung eines Frauengewerbehofes in West-Berlin). A: Biographieforschung mit alten Frauen

*Geiger, Klaus F.,* 1940; Dr.phil., wiss. Mitarb. an der GH Kassel. V: *Kriegsromanhefte in der BRD* (1974); *Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland* (Hrsg., 1985). M: GEW, Deutsche Ges. f. Volkskunde, DGS

*Gitschmann, Peter,* 1954; wiss. Mitarbeiter an der Univ. Gießen. V: *Kommune als Gegenmacht* (Mithrsg., 1985); *Alterssozialpolitik auf kommunaler Ebene* (1987); »Zum Stand alternativer Kommunalpolitik und -wissenschaft«, in: *Argument* 163 (Mitautor, 1987). A: Wirtschafts- und Sozialpolitik. M: DVPW, GEW

*Goebbels, Heiner,* 1952; Dipl.-Soz., Komponist und Musiker. V: »Expeditionen in die Textlandschaft«, in: *Heiner Müller Arbeitsbuch* (1988). A: Theater-, Film-, Ballettmusik, eigene Hörstücke nach Texten von Heiner Müller, Schallplatten, Konzerte

*Gransow, Volker,* 1945; Dr.phil., Prof. an der Univ. of California, Berkeley. V: *Kommunismusforschung* (1980); *Mikroelektronik und Freizeit* (1982); *Der autistische Walkman* (1985). A: Politische Kultur, politische Soziologie

*Grode, Walter,* 1949; Dr.phil., Politologe. V: *Die »Sonderbehandlung 14f13« in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches* (1987). A: Faschistische Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitiken. M: GEW

*Holler, Eckard,* 1941; Oberstudienrat/Bildungsreferent. V: *29 Thesen zur Frage einer alternativen Ästhetik* (1988); *Gewerkschaft und Soziokultur* (1988); *Kulturinitiativen im ländlichen Raum* (1989). A: Soziokultur, Kulturpolitik, Jugendbewegung. M: AL Tübingen

*Hohmann, Evelyne,* 1959; Studium der Philosophie an der FU Berlin

*Hübner, Sabine,* 1950; Dipl.-Volkswirtin, wiss. Mitarb. im Projekt »Frauen und Technik« an der TU Berlin. A: Geschlechterverhältnisse in der Erwerbsarbeit

*Karl, Fred,* 1947; Dipl.-Soz.; wiss. Mitarb. an der GH Kassel. V: *Die Bürgerinitiativen* (1981); *Die »neuen« Alten* (Mithrsg., 1989); *Alte Menschen im Stadteil* (1989). A: Soziale Bewegungen, Soziale Gerontologie, Biographieforschung. M: GEW, BdWi

*Klein, Thomas,* 1962; Studium der ev. Theologie. A: Materialistische Bibellektüre. M: VVN, CFK

*Knapp, Gudrun-Axeli,* 1944; Dr.phil., wiss. Mitarb. an der Univ. Hannover. V: »Arbeitsteilung und Sozialwissenschaft«, in: Ursula Beer (Hrsg.), *Klasse Geschlecht* (1987); *Geschlechtertrennungen und Geschlechterdifferenz* (Mitautorin, 1987). A: Sozialpsychologie, Arbeit, Feministische Theorie. M: Sektion Frauenforschung in der DGS

*Kobloch, Gundula,* 1945; M.A., wiss. Mitarb. an der HWP Hamburg. A: Justiz im NS

- Konersmann, Frank**, 1961; M.A., wiss. Hilfskraft an der Univ. Bielefeld, Doktorand. A: Absolutismus, Aufklärung, Politische Philosophie
- Krätze, Michael**, 1949; Dr.rer.pol.; Ass.Prof. an der Univ. Amsterdam. V: *Viktor Agartz — Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik* (1978); *Kritik der Staatsfinanzen* (1984). A: Politische Ökonomie; Finanzpolitik; Sozialpolitik
- Kühnert, Walter**, 1949; Dr.phil., Päd. Mitarbeiter an einer VHS. V: *Die Aneignung sprachlicher Begriffe und das Erfassen der Wirklichkeit* (1983). A: Kunst und Literatur des 19. Jh.; Sprachdidaktik und Sprachtheorie
- Labisch, Alfons**, 1945; Dr.med., Dr.phil., M.A., Prof. für Gesundheitspolitik an der GH Kassel. V: *Medizinische Versorgung ohne Konzept* (1982); *Der Weg zum »Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens« v. 3. Juli 1934* (Mitautor, 1983)
- Längin, Hartmut**, 1943; Oberstudienrat. V: »Duo cerebra«, in: DASIU 2 (1987); »Von Sokrates zu Achenbach«, in *Anregung* 34 (1988). A: Besprechung von niederländ. wiss. Werken
- Laugstien, Thomas**, 1953; M.A. Philosophie, Redaktionssekretär des *Argument*. V: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 1979); *Deutsche Philosophen 1933*, AS 165 (Mitautor)
- Lichtenberger, Hans-Jürgen**, 1948; Dipl.-Soz., Dipl.-Päd., Bild- und Textjournalist. V: *Männer für Mädchen — eine Inhaltsanalyse* (1987). A: Nahrungsmittelhilfe, Neonazismus, Erziehungs- und Sozialwesen. M: DJUG
- Messner, Dirk**, 1962; Studium der Politologie und Volkswirtschaftslehre. A: Weltwirtschaft, Entwicklungstheorien
- Miles, Robert**, 1950; Direktor der »Research Unit On Racism and Migration« an der Univ. Glasgow. V: *Capitalism and Unfree Labour: Anomaly or Necessity?* (1987); *Racism and Migrant Labour: A Critical Text* (1982); *Racism* (1989). A: Migration, Rassismus im internationalen Vergleich
- Miller, Wayne**, 1959; Studium der Germanistik an der Univ. of California, Berkeley. A: Geistesgeschichte, Literatur des 20. Jh.
- Mürner, Christian**: siehe *Argument* 174
- Ng, Roxana**, 1951; Prof. f. Soziologie an der Univ. Toronto. V: *Immigrant Housewives in Canada* (Mitautorin, 1981); *The Politics of Community Services* (1988). A: Verh. v. Sexismus, Rassismus und kanadischem Nationalismus. M: »Women working with immigrant women in New Brunswick«
- Perels, Joachim**, 1942; Dr.jur., Prof. f. Politische Wissenschaft an der Univ. Hannover. V: *Demokratie und soziale Emanzipation* (1988); *Streitbare Juristen* (Mithrsg., 1988). A: Geschichte der Arbeiterbewegung, Verfassungstheorie der bürgerl. Gesellschaft und des Sozialismus
- Ruge, Wolfgang**, 1917; Prof. (em.) am Zentralinst. f. Geschichte der Akademie der Wiss. der DDR. V: *Hindenburg* (1974, 1981); *Weimar — Republik auf Zeit* (1977, 1983); *Das Ende von Weimar* (1983, 1989). A: Deutsche Geschichte zwischen den Weltkriegen
- Schmid, Josef**: siehe *Argument* 174
- Simon, Gerd**, 1937; Dr.phil., Akad. Oberrat an der Univ. Tübingen. V: *Vorschläge zum Aufbau des Studiums für germanist. Linguistik* (1979); *Sprachwissenschaft und politisches Engagement* (Hrsg., 1979); »Wissenschaft und Wende 1933«, in *Argument* 158 (1986). A: Soziolinguistik, linguist. Hochschuldidaktik, Sprachwissenschaftsgeschichtsforschung, Bedeutungslehre. M: AHD, DGfS, AL, DS
- Themann, Thorsten**, 1962; Studium der Literaturwiss. an der Univ. Bremen
- Timpf, Siegfried**, 1958; Studium der Soziologie an der HWP Hamburg. A: Hegemonietheorie Gramscis; Arbeitsbegriff Marx/Hegel. M: SPD, ÖTV
- Watzlawczik, Gerd-Uwe**, 1956; Dipl.-Soz., Doktorand, wiss. Mitarb. an der Univ. München, Lehrbeauftragter an der Bayr. Beamtenfachhochschule. V: *Soziologie des Wohnens* (Mitautor, 1981); *Innovative Verwaltungsarbeit* (Mitautor, 1986). A: Arbeits- und Berufssoziologie; Staats- und Verwaltungstätigkeit; Stadtsoziologie
- Wulff, Erich** (Pseudonym: Georg W. Alsheimer), 1926; Dr.med., Prof. f. Sozialpsychiatrie an der Med. Hochschule Hannover; Redakteur des *Argument*. V: *Vietnamesische Lehrjahre* (1968); *Eine Reise nach Vietnam* (1979); *Psychiatrie und Klassengesellschaft* (1972); *Transkulturelle Psychiatrie*, SH 23 (1979); *Psychiatrie und Herrschaft*, SH 34 (1979). M: Sprecher d. antiimp. Solidaritätskom., Freundschaftsges. Vietnam/BRD (Vorstand), BdWi, Dt. Ges. f. soziale Psychiatrie, Weltfriedensrat

# JOURNAL FÜR SOZIALFORSCHUNG

3'89

## *Sozialwissenschaftliche Theoriebildung*

F.Traxler: Politischer Tausch, kollektives Handeln und Interessenregulierung. Zu einer Theorie der Genesis verbandlicher Tarifbeziehungen und korporatistischer Steuerungssysteme

## *Alkoholwirtschaft in sozialgeschichtlicher und vergleichender Sicht*

I.Eisenbach-Stangl/A.Pilgram: Die Alkoholwirtschaft

## *Historische Kulturosoziologie*

A.de Swaan: Die Inszenierung der Intimität. Städtische Wohnverhältnisse und die Intimierung des Familienlebens

## *ISIS-Meinungsprofile*

China nach dem 13. Parteitag 1987 (Red. G.Wagner, B. Marin)

Arbeitszeitflexibilisierung in der EG (Red. P.Kenis)

Arbeitszeitpolitik in der BRD (Red. W.Frühstück, G.Pany)

Aids-Erlaß in der BRD (Red. W.Frühstück, G.Pany)

## *Buchbesprechungen*

W.Luthard: Formen und Elemente direktdemokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung im Vergleich. Ein Literaturbericht

Journal für Sozialforschung 1980-1988

29. Jg. 1989

Im Auftrag der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) herausgegeben von Bernd Marin. — Redaktion: Peter Blaha, Vera Blaha, Gertrude Gugerell. — Erscheint vierteljährlich. Einzelheft ÖS 95,-; DM 14,-; sfr. 14,-. Jahresabo: Einzelpersonen ÖS 300,-; für Lehrlinge, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstpflichtige ÖS 120,-; Redaktionsadresse: Maria-Theresien-Straße 9/8b, 1090 Wien

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie  
und Sozialismus

3 '89

Gespräch mit Achille Occhetto: »Riformismo forte«

R.Uessler: »Roter Faden — Demokratie«. Die PCI vor ihrem 18. Parteitag

## *Thema: Fundamentalismus*

D.Neuhaus: Fundamentalismus in der protestantischen Kirche

Th.Meyer: Der unverhoffte Fundamentalismus. Der Aufstand gegen die Moderne in unserem Land

D.Krochmalnik: Religiöse Renaissance und Fundamentalismus im heutigen Judentum

M.N.Ebertz: Fundamentalismus im Katholizismus

A.Taheri: Islamismus zwischen Religion und Politik

O.Kallscheuer: Fortschrittsfundamentalismus. Philosophische Nachfragen

W.Geiger: Das Gespenst des Fundamentalismus

U.Ackermann: Erfahrung der Ambivalenz. Geschlechtertrennung — Geschlechterdifferenz

B.Clemens: Der »männliche« Blick auf die Frauenbewegung

S.Miller: Anmerkungen zum Geschichtsverständnis der SED und der SPD

Gespräch mit Peter Schütt: Das Ende der DKP?

36. Jg. 1989

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirka, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann, Norbert Seitz (beide verantw.) - Erscheint monatlich. Einzelheft 9,50 DM zzgl. Versand; Jahresabo 66,- DM zzgl. Versand. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1

# rote blätter

Zeitschrift für  
Sozialistische Politik  
und Wirtschaft



## 2-3'89

### *Frühjahrsputz bei den Linken?*

M.Confurius: Generalüberholung. Zur Krise der Politik und zur Neubestimmung des Marxismus

Ein Interview mit der Juso-Vorsitzenden zur Grundsatzdiskussion in der SPD

W.Runge: »Modernisierer« und »Traditionisten« in der SPD

M.Stamm: Die neue Illusionslosigkeit bei den GRÜNEN

J.Dietrich: Differenzierung. Der Fundi/Realo-Streit ist out

E.Weber u. K.Barloschky: Streitgespräch zum Parteitag der DKP

S.Lehndorff: Nach der Ausgrenzung. Lohnt sich die Erneuerung der DKP?

### *Hochschule*

C. Renz: Sexismus im Streik. Geschlechterkampf in der StudentInnenbewegung

Mann kann. Beschluß des Marburger Männerplenums.

Marburger Studentinnen über den alltäglichen Sexismus.

Hamburger Streikräte. Was ist neu an der StudentInnenbewegung 88/89?

### *Politik*

M.Hopster: Frauenselbstverteidigung

O.Woronina: Patriarchalischer Sozialismus in der UdSSR

G.Matzke: Die neue Abrüstungsdynamik

### *Leben*

Interview mit U.Ranke-Heinemann: Die Hengste der Amtskirche

19. Jg. 1989

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus — Redaktion: Achim Bühl (verantwortlich), Mechthild Hopster, Wendelin Niedlich, Ulrich Schweers, Uta Rauser (Gestaltung) — Erscheint monatlich (außer März und August) — Einzelheft 2,50 DM. Jahresabo 24 DM. — Redaktionsanschrift: rote blätter, Postfach 2006, 5300 Bonn 2 Telefon (0228) 22 20 54. — Verlag: VVG-Verlags- und Vertriebsgesellschaft m.b.H., Postfach 101555, 4040 Neuss

## 45'89

### *Europa*

K.P.Kisker: Europa der Kapitale oder Sozialraum Europa? Was bringt der geplante Binnenmarkt 1992?

### *SPD-Programmdébatte*

Interview mit Peter von Oertzen

### *Vorwärts*

K.Vater: Vom Umgang mit dem »Vorwärts«

### *Berlin*

A.Wehr: Berlin als Vorbote?

### *Rot-grüne Perspektiven*

R.Meng: Erfolge und Schwierigkeiten der rot-grünen Kommunalpolitik in Hessen

W.Schöler/W.Zellner: »Sind die Grünen noch zu retten?«

J.Maier: Rechtsruck? Zur Lage der Grünen nach dem Karlsruher Parteitag

### *Kommunistische Kontroversen*

M.Jansen: Deutsche Kommunistische Partei — eingeklemt zwischen Vergangenheit und Zukunft

### *Novemberrevolution*

H.G.Hofschien: Die Sozialdemokratie in der Deutschen Revolution 1918/1919: Replik auf Susanne Miller

### *Regionale Wirtschaftspolitik*

M.Heine: Endogene Entwicklungspotentiale

K.Wand: Arbeitsplätze für das Revier

W.Lerch: Beschäftigungskrise im Saarland

12. Jg. 1989

Hrg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Katrin Fuchs, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Ursula Pausch-Gruber, Olaf Scholz, Klaus Thüsing, Kurt Wand, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann. — Redaktion: J.Blume, J.Günther, F.Heidenreich, Sv.Ingersleben, M.Karnatz, D.Scholz, A.Wehr, H.-W. Weizen, A. Westphal. — spw erscheint 1988 in 6 Heften, Jahresumfang 576 S. — Einzelheft: 9,50, Jahresabo 7,50. DM zzgl. Vers. Bestellungen: spw-Vertrieb, Graefstr. 71, D-1000 Berlin 61




---

## 27'89

### Theaterausbildung

J.Jenisch: Learning by doing. Theaterausbildung in der Bundesrepublik

P.Kelting: Gründerfieber. Zwei neue Regiestudiengänge in Hamburg

U.Schaar/P.Rein: »Die Auswahl ist letztlich immer subjektiv ...«. Ein Gespräch über Regieausbildung in Wien

Redaktion TZS: Theaterwissenschaft und Berufspraxis. Ergebnisse einer nicht-repräsentativen Befragung von Dramaturgen

J.Minetti u.a.: »In Erwägung unserer Schwäche ...«

U.Schaar/T.Weinheimer: »Ohne die tägliche Praxis im Theaterbetrieb ...«. Ein Gespräch über Theorie und Praxis der Schauspielausbildung

K.Hickethier: »Das Beste von meiner Erzählung kommt erst noch.« Historisches und Gegenwärtiges zum Erzählen in Raten

B.Büscher: Neue Frauenbilder oder alte Bilder in neuer Verpackung? Frauen-Programme im Fernsehen

M.Meister: Versuch eines Nachrufs für Paul Stefanek

J.Auberg: Aufrecht gehen. Abraham Polonsky, Hollywood und die Schwarze Liste

Rezensionen

# vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte  
und Gesellschaftspolitik

---

## 2'89

### »Weichenstellung für die Neunziger Jahre«

High-tech Metropolen: Am Erfolg ersticken. Stadtentwicklung und lokale Politik im gesellschaftlichen Umbauprozess

Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts in den neunziger Jahren

Über Utopie, Revolution, Zivilcourage und das Suchen nach Neuem

Kommunikationsprobleme in der Informations- und Wissenschaftsgesellschaft

EG-Binnenmarkt: Der »Europäische Sicherheitsstaat« naht ...

Das Artikelgesetz

Planen in Städten und Gemeinden

Eine vergessene Alternative zur Restauration  
Abermals der »Fall Jenner« Oder: Haben wir etwas gelernt?

Wir brauchen eine »Ökonomie für das ganze Haus«

Aufbruch der Neuen Rechten?

Aufruf zur deutsch-sowjetischen Friedensarbeit. »Wir erklären den Frieden«

Bonn und die Nazi-Zeit

28. Jg. 1989

---

Einzelverkaufspreis: 12 DM zuzügl. Versandkosten. Abonnement: 34 DM (ermäßig: 30 DM) zuzügl. Versandkosten. Bestellungen bei: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Straße 103-105, 6231 Schwalbach/Ts.

---

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Dieter Hoffmann. — Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 13 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 58 DM zuzügl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Kurfürstenstr. 22, 8000 München 40

# WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im  
Bildungs-Gesundheits- u. Sozialbereich

## 29 '89

### Politische Bildung

B.Hafenecker: Zwei Jahre nach der »Wende«, Jugendpolitik in Hessen

G.Hurrle/R.Nejedlo: Live im Seminar. Das Thema »Neue Medien« in der gesellschafts-politischen Bildungsarbeit an der DGB-Bundesschule Hattingen

AG-Propser/Frankfurt: Zur Aktualität des Kopflangers. Vom Unsinn, sich zwischen unpolitischer Bildung und ungebildeter Politik zu entscheiden

A.Gruschka: Kritische Theorie und Pädagogik. Eine Begegnung und ihre Folgen

### Forum

K.Ahlheim: Das Recht älterer Erwachsener auf Bildung und das Elend mancher Pädagogik

G.Geiger: Auf der Suche nach dem Ich. Ansätze einer feministischen Subjekttheorie

AG-Propser/Frankfurt: Denkmale. Zur Kritik des schlaun Realismus in der Bildungsarbeit

### Magazin: Buchbesprechung

M.Schrader: Jugend im Wandel

## wiener tagebuch

marxistische  
monatsschrift

## 3'89

### Tabu

Polen: Vernunfttheirat auf wackeligem Boden (J.Kubiak) / Jahrhundertchance? (H.Rosenstrauch) / EG-Norm Sicherheit? (H.R.) / Das verräterische »Z« (L.Spira) / Ohnmacht und Moral / Erneuern um jeden Preis? (C.-W.Macke)

Th.Frank: Mein Tagebuch

P.Gstettner: »Europareife« im Schulwesen?

J.Tabor: Wonen in Wenen. Über ein Propaganda-Desaster und über das Ende eines Architektur-Aufschwungs

L.Spira: Ideologische Monatsschau

F.Lizhi: Chinas Verzweiflung und Chinas Hoffnung

I.Bakcsi: Tagebuch extra. Die neuen politischen Bewegungen in Ungarn

I.Pollack: Planet Ungarn. Zum Tod eines Dichters

E.Galeano: Der Lobpreisungen zweiter Teil

E.Wangermann: Das österreichische Echo auf die Französische Revolution

K.-M.Gauß: Das Leben des einzelnen und der Fortgang des Ganzen. Der albanische Erzähler Ismail Kadaré

H.Raimund: Einübung ins Leben. Über Scipio Slatapers »Mein Karst«

Buchbesprechungen

Herausgeber: Sozialistisches Büro, Redaktion: N.Diemer, E.Schmid, F.Schütte, Ch.B.Kimmich, Th.Kimmich, T.Kunstreich, F.Düchting, R.Laux, F.Manke, B.Rose, K.Dehnhostel, H.Narr, H.Dorn, K.Blanc, D.Hail, C.W.Macke, W.Völker, G.Pabst, M.Hentschel, A.Wagner, A.Schaarschuch. - Jährlich 3-4 Hefte. - Einzelh. 9 bis 15 DM incl. Versand. Jahresabo 39 DM. - Redaktion Widersprüche: Postf. 102062, 6050 Offenbach. Vertrieb: Verlag 2000, Postfach 102062, 6050 Offenbach

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuch«. - Chefredakteur: Leopold Spira, Redakteur: Christof Reinprecht. - Erscheint monatlich. - Einzelpreis ÖS 35,-; Jahresabo ÖS 320,- (Ausland ÖS 400,-/DM 60,-); Studenten ÖS 200,- (Ausland ÖS 250,-/DM 40,-). - Verlags- und Redaktionsadresse: Belvederegasse 10, A-1040 Wien



# blätter der iz3w

## 156'89

### *Städtliches Afrika*

Entkolonisierung Namibias

Namibia und die Deutschen

Die RENAMO in Mozambik

Kommunalwahlen in Azania

Die Krankheit Apartheid

Geschichte der Bevölkerungspolitik

Grenada nach der US-Invasion

Strukturanpassungskredite der Weltbank

Türkische Flüchtlingspolitik

Nicaragua

Rezension »Sur« von Solanas

Entwicklungstheoriediskussion

## 155 '89

### *Biotechnologie*

Die Zukunft der Welternährung im Griff des Agrobusiness

Gen- und Biotechnologie

Die Konzernstrategien der Ferruzzi-Gruppe

Gentechnik — neue Waffe im Kampf um Nahrungsmittel

Basler Appell

Totalherbizide

George Bush's dunkle Machenschaften

El Salvador

Die PLO auf Friedenskurs

Einzelheft 5 DM, Jahresabo 40 DM. Aktion Dritte Welt e.V., Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg i.Br.

FORSCHUNGSJOURNAL

## Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomark: Termine, Material, Aktionen und Konferenzen. Viermal pro Jahr auf 76 Seiten.

## Zündstoff

## für neue

## Diskussionen:

Medien und Bewegungen -  
Bewegungen und Medien

Heft 1/89

Alternativökonomie  
zwischen Utopie und Realität

Heft 2/89

Institutionalisierung von  
Neuen Sozialen Bewegungen

Heft 3/89

Gegenexperten in der  
Risikogesellschaft

Heft 4/89

### Ich bestelle:

- Jahres-Abonnement des Forschungs-  
journals NSB (DM 35,- gegen Rechnung)
- Einzel exemplar Nr. \_\_\_\_\_ /89  
(DM 9,70 per Scheck oder in Briefmarken)
- Einzel exemplare des Jahrgangs 88  
(Vorzugspreis von DM 6,70 per Scheck oder  
in Briefmarken)
- Geschlechterverhältnis in den NSB
- Parteien und NSB

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß ich diese Bestellung inner-  
halb einer Woche widerrufen kann.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_ 02/89

Coupon an: NSB c/o Thomas Leif,  
Taanusstraße 66, 6200 Wiesbaden

---

# Aufklärung als Kompromiß



*Carmelo Lacorte*  
**Kant. Die Versöhnung  
von Religion und  
Philosophie**  
*Vorrede zur deutschen Ausgabe  
von Italo Cubeddu*

Lacortes Buch, das zwanzig Jahre nach der italienischen Ausgabe nun auf deutsch erscheint, ist ein großangelegter Versuch, anhand einer Analyse der *Kritik der reinen Vernunft* die innere Einheit der Kantschen Philosophie nachzuweisen. Dabei richten sich Lacortes ideologiekritische Thesen vor allem gegen die Behauptung, Kants Erkenntnistheorie stehe in einem Spannungsverhältnis zur überkommenen Religion des Christentums. Lacorte geht es demgegenüber um den Nachweis, daß es im Kantschen System keine Spal-

tung zwischen theoretischer und praktischer Philosophie, zwischen Erkenntnistheorie und metaphysisch-ethischer Grundlegung der Religion gibt. Weit davon entfernt, eine implizite oder explizite Kritik der geoffenbarten Religion zu liefern, ist Kants Philosophie vielmehr, so die brisante These Lacortes, der Versuch, den christlichen Glauben allererst philosophisch-metaphysisch zu untermauern. Kants aufklärerisches Denken ist die Versöhnung von Philosophie und Religion, nicht ihre (kritisch-revolutionäre) Trennung.

»Für die große Mehrheit der Kantianer gilt Kant auf dem Gebiet der ›praktische Philosophie‹ (...) als konservativer wenn nicht gar als reaktionärer Denker. Auf dem Gebiete der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie hingegen gilt er fast uneingeschränkt als revolutionärer Philosoph. Die vorliegende Untersuchung versucht die politisch konservativen Zielsetzungen und Orientierungen der gesamten kantianischen Philosophie zu erhellen, ausgehend von der theoretischen Philosophie, d. h. von dem Teil des Gesamtwerks, das die Philosophiegeschichte zu Unrecht als ›revolutionär‹ bisher einschätzte.«  
*(Carmelo Lacorte)*

ca. 180 S., br., DM 38,—

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

---

30 Jahre Argument

## Summaries

### **Robert Miles: On Signification and the Concept of Racism**

The author reconsiders the meaning and utility of the concept of racism. To achieve this, he clarifies the relationship between racism and other related concepts, such as racialisation, institutional racism, and exclusionary practices. He then draws attention to the fact that racism as an ideology can be articulated within related ideologies, such as nationalism and sexism. A general concept of racism is thus developed which can locate racism in its various instantiations.

### **Etienne Balibar: Does a »New Racism« exist?**

The logic of a »racism without race« is analysed, which uses a certain concept of »culture« to replace the idea of »race«. It is shown how anti-racist arguments and practices are used to develop a new »differentialist racism«: the necessity to preserve all cultures is the ground from which new racists argue that a »mixture« leads to aggression and spoils the specificity of cultures. The link between this new racism and political and technological changes is also drawn.

### **Georg Auernheimer: Cultural Identity — An anti-Enlightenment Myth?**

Assuming that »cultural identity« is used in the service of domination and segregation, as well as by liberation movements and ethnic minorities, the author clarifies its ideological and emancipatory usage. He investigates ethnicity as an element of a process of individuation and interprets this from a historical-materialist perspective. The meaning of »cultural identity« is explained both in terms of the individual and the collective.

### **Roxana Ng: Gender, Ethnicity or Class? Some Methodological Considerations**

The author wants to make the debate over gender, ethnicity and class available to empirical investigation. Using her own research as an example, she shows how the subordination of women as immigrants and as ethnic minorities can be grasped by a focus on the social organization of everyday experience. She then discusses the implications of this method of analysis for future investigations and for political practice.

### **Gudrun-Axeli Knapp: On the Micropolitics of »Technology-detachment«**

The author discusses the relative importance for the feminist debate over technology of Cynthia Cockburn's book *Machinery of Domination*, which addresses the gendering of different occupations in the realm of the new technologies as well as questions of power and domination. She focuses on specific theoretical dimensions of this investigation, and critically examines Cockburn's suggested political conclusions.

### **Heiner Goebbels: Prince and the Revolution**

The use of the language of revolution in popular music has totally changed. Nowadays the »revolution« occurs in disco music and in underground experiments such as »noise-art« from New York city; the academic approach to contemporary music has lost its sharpness and effect. The author examines this postmodern situation and tries to find a musical perspective that is still able to confront future battles.

### **Volker Gransow/Wayne Miller: Carl Schmitt — Enemy or Essential Source?**

The article reviews the debate over Carl Schmitt in the US journal *Telos* (No.71-74, 1987-88), which addressed Schmitt's relationships with the Frankfurt School and with fascism, and his possible relevance for a re-examination of the foundations of marxist political theory. The article also outlines some topics for further discussion.

**Geschichte**

<i>Grupp, Peter</i> : Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles. Zur Politik des Auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags ( <i>W.Ruge</i> ) . . . . .	471
<i>Bracher, Karl Dietrich, u.a. (Hrsg.)</i> : Die Weimarer Republik ( <i>H.Ammon</i> )	473
<i>Wistrich, Robert</i> : Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon ( <i>H.Ammon</i> ) . . . . .	475
<i>Müller, Ingo</i> : Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz ( <i>E.Hohmann</i> ) . . . . .	476
<i>Messerschmidt, Manfred, und Fritz Wüllner</i> : Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus ( <i>G.Knobloch</i> ) . . . . .	477
<i>Blaschke, Wolfgang, u.a. (Hrsg.)</i> : Nachhilfe zur Erinnerung. 600 Jahre Universität zu Köln ( <i>Th.Laugstien</i> ) . . . . .	478
<i>Becker, Heinrich, u.a. (Hrsg.)</i> : Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus ( <i>Th.Laugstien</i> ) . . . . .	478
<i>Borth, Fred</i> : Nicht zu jung zum Sterben. Die »Hitler-Jugend« im Kampf um Wien 1945 ( <i>S.Bajohr</i> ) . . . . .	479
<i>Sternheim-Peters, Eva</i> : Die Zeit der großen Täuschungen. Mädchenleben im Faschismus ( <i>S.Bajohr</i> ) . . . . .	480

**Soziale Bewegungen und Politik**

<i>Schmid, Thomas (Hrsg.)</i> : Entstaatlichung ( <i>R.Axtmann</i> ) . . . . .	481
<i>Lambsdorff, Otto Graf, und Lothar Späth</i> : Aktive Industriepolitik? ( <i>U.Fedderies</i> ) . . . . .	483
<i>Grottian, Peter, u.a.</i> : Die Wohlfahrtswende. Der Zauber konservativer Sozialpolitik ( <i>P.Gitschmann</i> ) . . . . .	484
<i>Natter, Ehrenfried, und Alois Riedlsperger (Hrsg.)</i> : Zweidrittelgesellschaft. Spalten, splintern — oder solidarisieren? ( <i>G.-U.Watzlawczik</i> ) . . . . .	486
<i>Lüscher, Kurt, u.a. (Hrsg.)</i> : Die »postmoderne« Familie ( <i>J.Schmid</i> ) . . . . .	488
<i>Rüb, Friedbert W.</i> : Die Auswirkungen der Computertechnologie auf das politische System ( <i>J.Perels</i> ) . . . . .	489
<i>Memmi, Albert</i> : Rassismus ( <i>K.F.Geiger</i> ) . . . . .	491

**Ökonomie**

<i>Mahnkopf, Birgit (Hrsg.)</i> : Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation ( <i>D.Messner</i> ) . . . . .	494
<i>Pasinetti, Luigi L.</i> : Vorlesungen zur Theorie der Produktion ( <i>D.Bergemann</i> )	495
<i>Flora, Peter, e.a.</i> : State, Economy and Society in Western Europe 1815-1975 ( <i>M.Krätke</i> ) . . . . .	496